

Weltentwicklungsbericht 1978

PUB2080

Weltbank, August 1978

Public Disclosure Authorized

Public Disclosure Authorized

Public Disclosure Authorized

**Weltentwicklungsbericht
1978**

**Weltbank
Washington, D. C.
August 1978**

Copyright © The International Bank
for Reconstruction and Development /
The World Bank

Alle Rechte vorbehalten

Vorwort

Mit dem vorliegenden *Weltentwicklungsbericht* des Jahres 1978 und dem dazugehörigen statistischen Anhang wird voraussichtlich eine Serie von Jahresberichten eingeleitet, in denen die weltweiten Entwicklungsprobleme umfassend beurteilt werden. Dieser erste Bericht behandelt eine Reihe fundamentaler Probleme, denen die Entwicklungsländer gegenüberstehen, und untersucht die Beziehungen dieser Probleme zu den grundlegenden Trends in der internationalen Wirtschaft. Da es nicht möglich ist, in diesem ersten Band alle wichtigen Fragen anzusprechen, wird die Analyse in späteren Jahren auf die anderen Aspekte der Entwicklung ausgedehnt werden.

Das vergangene Vierteljahrhundert war eine Periode von beispiellosen Veränderungen und Fortschritten in der sich entwickelnden Welt, und dennoch sind nach wie vor etwa 800 Millionen Menschen in dem gefangen, was ich als absolute Armut bezeichnet habe: in einem Zustand, der so stark geprägt ist von Unterernährung, Analphabetentum, Krankheit, erbärmlicher Umgebung, hoher Kindersterblichkeit und niedriger Lebenserwartung, daß er außerhalb jeder vertretbaren Definition der menschlichen Würde liegt.

Absolute Armut in einem so gewaltigen Ausmaß ist bereits heute ein grausamer Anachronismus. Sollte es jedoch nicht gelingen, das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern erheblich zu beschleunigen, so wird die Zahl der absolut Armen infolge des zur Zeit unaufhaltbaren Bevölkerungswachstums selbst bis zum Ende dieses Jahrhunderts unerträglich hoch bleiben.

Das doppelte Ziel der Entwicklung muß deshalb die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und die Verringerung der Armut sein.

Größere Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Ziele werden an die Entwicklungsländer immense Anforderungen stellen – Anforderungen, die durch einen realistischeren Umfang der Hilfe von Industrieländern ergänzt werden müssen. Es ist eine Tatsache, daß die wechselseitige Verflechtung in der internationalen Wirtschaft zunimmt. Diese Entwicklung kann und sollte sowohl den Entwicklungsländern als auch den entwickelten Ländern Vorteile bringen; dies setzt jedoch Anpassungen in der Zusammensetzung des Welthandels voraus, um

Änderungen der komparativen Vorteile Rechnung zu tragen.

Diese Anpassungen werden nicht leicht sein; alternative Lösungsversuche, zu vernünftigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu kommen, können jedoch letztlich nur zu größeren Belastungen für alle führen.

Was auch immer die Ungewißheiten der Zukunft sein mögen, in der Zwischenzeit müssen die Regierungen handeln. Sie stehen unter dem Druck täglicher Entscheidungen. Deshalb sind auch die Qualität der Informationen und die Spanne der zur Wahl stehenden Handlungsmöglichkeiten, auf deren Grundlage diese Entscheidungen zu treffen sind, von ausschlaggebender Bedeutung.

Aus eben diesem Grund haben wir die vorliegende Untersuchung vorgenommen. Mit ihrer breitgestreuten Mitgliedschaft, ihrer langwährenden Erfahrung und ihrer täglichen Befassung mit den Entwicklungsproblemen ihrer Mitglieder bringt die Weltbank die besten Voraussetzungen mit, um die wechselseitigen Beziehungen zwischen den wichtigsten Komponenten des Entwicklungsprozesses zu analysieren. Soweit es gelingt, das Verständnis für diese Beziehungen zu verbessern, werden sowohl die Weltbank selbst als auch jede einzelne Regierung ihrer Mitgliedsländer in der Lage sein, bei der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und der Verringerung der unerträglichen Entbehrungen der Massenarmut wirksamer zusammenzuarbeiten.

An der Ausarbeitung dieses ersten Bandes haben viele meiner Kollegen mit Sachverstand und Hingabe mitgewirkt. Die Beurteilungen, die im folgenden zum Ausdruck gebracht werden, sind natürlich nicht notwendigerweise identisch mit den Ansichten unseres Exekutivdirektoriums oder den Ansichten der dort vertretenen Regierungen. Der Bericht wurde unter der Leitung von Ernest Stern erstellt; D. C. Rao lieferte den umfangreichsten Beitrag. Ihnen und all jenen, die zu dieser Arbeit beigetragen haben, ist unsere Institution zu tiefem Dank verpflichtet.



Robert S. McNamara

WELTENTWICKLUNGSBERICHT 1978

Inhaltsübersicht

	Seite
1. Einführung	1
<hr/>	
2. Die Erfahrungen mit der Entwicklung in den Jahren 1950-1975	3
<hr/>	
Die bisherige Entwicklung in den Entwicklungsländern	3
Das internationale Umfeld	10
Schlußfolgerungen	13
3. Internationale Probleme der Entwicklungspolitik	15
<hr/>	
Das Wachstum der entwickelten Volkswirtschaften	15
Protektionismus in den Industrieländern	17
Handel mit Rohstoffen ohne Brennstoffe	22
Aussichten im Energiesektor	23
Internationale Probleme der Versorgung mit Nahrungsmitteln	25
Die Bereitstellung von Auslandskapital	27
4. Aussichten für Wachstum und Milderung der Armut	30
<hr/>	
Mittelfristige Wachstumsprojektionen	31
Die Auswirkungen auf die Armut	37
Maßnahmen zur Verringerung der Armut	39
Erfolgskontrolle	42
5. Länder Asiens mit niedrigem Einkommen	43
<hr/>	
Beschleunigung des Wachstums	44
Produktivität und Einkommen der Kleinbauern	48
Beschäftigung	50
Bevölkerungsentwicklung	52
6. Afrika südlich der Sahara	54
<hr/>	
Entwicklung der Landwirtschaft	55
Industrialisierung	57
Handel	58
Bevölkerungsentwicklung	59
Strategische Entwicklungsprioritäten	60
Internationale Entwicklungshilfe	63
7. Prioritäten der Entwicklung in Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen	65
<hr/>	
Industrie- und Handelspolitik	65
Landwirtschaft	71
Verteilung der Wachstumserträge	74
8. Schlußfolgerungen	76
<hr/>	
Anhang: Kennzahlen der weltwirtschaftlichen Entwicklung	81
<hr/>	

Zusammenstellung der Texttabellen

	Seite
1. Entwicklungsländer: Wachstum des Bruttosozialprodukts pro Kopf, 1950–1975	3
2. Entwicklungsländer: Wachstum der Produktion, 1960–1975	4
3. Entwicklungsländer: Produktionsstruktur, 1960 und 1975	4
4. Entwicklungsländer: Zunahme der Ausbildung, 1960–1975	5
5. Entwicklungsländer: Geburten und Sterbeziffern, 1960 und 1975	5
6. Entwicklungsländer: Bevölkerung, 1950–2000	6
7. Entwicklungsländer: Städtische Bevölkerung, 1960–1975	6
8. Entwicklungsländer: Investitions- und Sparraten, 1960 und 1975	7
9. Entwicklungsländer: Öffentlicher Verbrauch in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 1960–1975	8
10. Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit, 1960 und 1975	8
11. Entwicklungsländer: Relative Größe, 1960 und 1975	9
12. Zunahme des Handels der Industrieländer in Fertigwaren nach Ländergruppen, 1960–1975	10
13. Zunahme der Warenausfuhr, 1960–1975	10
14. Entwicklungsländer: Zunahme der Exporte von Gütern und Dienstleistungen, 1960–1975	11
15. Fertigwarenausfuhr der Entwicklungsländer nach ausgewählten Größenklassen und Anzahl der Länder, 1965–1975	11
16. Entwicklungsländer: Veränderungen der Kaufkraft der Exporte, 1960–1975	12
17. Industrieländer: Zunahme des Bruttoinlandsprodukts, 1960–1985	15
18. Rohstoffe geordnet nach dem Grad ihrer Preisinstabilität	23
19. Produktion und Verbrauch von Primärenergie, 1965–1985	24
20. Entwicklungsländer: Saldo bei bedeutenden Grundnahrungsmitteln, 1975 und 1985	25
21. Mittel- und langfristiges Kapital zu Marktkonditionen, 1970–1985	27
22. Nettoströme öffentlicher Entwicklungshilfe nach Geberländern, 1965–1985	29
23. Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, 1960–1985	31
24. Entwicklungsländer: Investitions- und Sparraten, 1975 und 1985	32
25. Entwicklungsländer: Wachstum der Warenexporte, 1960–1985	32
26. Anteil der Fertigwarenausfuhr der Entwicklungsländer an den Märkten in den Industrieländern, 1960–1985	33
27. Entwicklungsländer: Wachstum der Fertigwarenexporte, 1970–1985	34
28. Entwicklungsländer: Externer Finanzbedarf, 1970–1985	35
29. Nettoauszahlung von mittel- und langfristigem Kapital an Entwicklungsländer, 1970–1985	35
30. Nettoauszahlung von mittel- und langfristigem Kapital an Entwicklungsländer nach Kapitalarten und Einkommensgruppen der Länder, 1970–1985	36
31. Entwicklungsländer: Schuldendienstrelationen, 1970–1985	36

32. Alternative Annahmen über durchschnittliche jährliche Zuwachsraten, 1975–1985	36
33. Implikationen alternativer globaler Annahmen für die Entwicklungsländer	37
34. Projektierter Rückgang der absoluten Armut, 1975–2000	38
35. Abhängigkeit von der Landwirtschaft in Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen	43
36. Landwirtschaftliche Grenzbetriebe und Haushalte ohne Grundbesitz in Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen	43
37. Wachstum in den Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen, 1960–1985	44
38. Demographische Indikatoren in Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen	52
39. Afrika südlich der Sahara: Ausgewählte Kennzahlen der Entwicklung	54
40. Entwicklungsländer: Zusammensetzung der Ausfuhren ohne Brennstoffe, 1975	58
41. Demographische Kennzahlen in ausgewählten Ländern Afrikas südlich der Sahara	59
42. Indices der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf, 1966–1970 und 1971–1976	60
43. Größe der Märkte für Fertigwaren und Anteil der Importe in Ländern mit mittlerem Einkommen, 1975	65
44. Industrieländer: Durchschnittliche Zölle für breite Güterklassen einschließlich Rohstoffe, 1973	67
45. Entwicklungsländer: Zusammensetzung des Warenhandels nach Gütern, 1975	69
46. Zusammensetzung des Handels in Fertigwaren zwischen Entwicklungsländern, 1975	69
47. Verteilung des Landbesitzes nach Größenklassen und Anteil an der Gesamtfläche in ausgewählten Ländern mit mittlerem Einkommen	73

Abbildung 1: Zugang zu unbedenklichem Wasser und Kanalisation: Entwicklungsländer, 1975

Definitionen

Dieser Bericht unterscheidet zwischen den folgenden *Ländergruppen*:

Die *Entwicklungsländer* werden auf der Basis ihres Bruttonationalprodukts (BSP) pro Kopf im Jahre 1976 unterteilt in:

Länder mit niedrigem Einkommen - mit einem Einkommen pro Kopf von 250 US-Dollar und darunter.

Länder mit mittlerem Einkommen - mit einem Einkommen pro Kopf über 250 US-Dollar.

Ölexportierende Länder mit einem Überschuss in der Kapitalbilanz - Katar, Kuwait, Libyen, Oman, Vereinigte Arabische Emirate und Saudi-Arabien - werden als gesonderte Gruppe geführt. Die anderen bedeutenden ölexportierenden Länder werden der Gruppe der Entwicklungsländer zugerechnet.

Als *Industrieländer* werden die Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bezeichnet ohne Griechenland, Portugal, Spanien und die Türkei, die hier in die Gruppe der Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen einbezogen sind.

Zu den *Staatshandelsländern* (CPEs - Centrally Planned Economies) zählen Albanien, Bulgarien, die Volksrepublik China, die Deutsche Demokratische Republik, die Demokratische Republik Korea, Kuba, die Mongolei, Polen, Rumänien, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Ungarn.

Mitglieder der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD - Organisation for Economic Co-operation and Development) sind Australien, Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden,

die Schweiz, die Türkei und die Vereinigten Staaten.

Der *Ausschuß für Entwicklungshilfe* (DAC - Development Assistance Committee) der OECD umfaßt Australien, Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz, die Vereinigten Staaten und die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Zur *Organisation Ölexportierender Länder* (OPEC - Organization of Petroleum Exporting Countries) gehören Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Der hier verwendete Begriff der *Fertigwaren* schließt die Produkte ein, die im Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (revidiert) (SITC - Standard International Trade Classification) in den Abschnitten 5-9 ohne Teil 68 aufgeführt sind: chemische Produkte und verwandte Erzeugnisse; Eisen und Stahl; Fertigwaren wie Textilien und Produkte aus Leder, Gummi, Holz, Metallen und Mineralen; Maschinenbau- und elektrotechnischen Erzeugnissen sowie Fahrzeuge; Gebäudeausstattungen und -einrichtungen; Möbel, Kleidung, Schuhwerk, Werkzeuge und wissenschaftliche Instrumente; fotografische und optische Geräte; Uhren und verschiedene andere Artikel, die in der SITC nicht klassifiziert sind.

Der Begriff *Rohstoffe* umfaßt die in den Abschnitten 0-4 der SITC aufgeführten Produkte: Nahrungsmittel und lebende Tiere; Getränke und Tabak; nichteßbare Rohmaterialien; Brennstoffe einschließlich Kohle; Rohöl und Rohölprodukte; Erdgas und industriell erzeugtes Gas sowie elektrischen Strom; tierische und pflanzliche Öle; Fette und Wachse; sowie die nicht eisenhaltigen Metalle in Teil 68 der SITC.

1. Kapitel: Einführung

Im Verlauf des vergangenen Vierteljahrhunderts wurden in den Entwicklungsländern große Fortschritte erzielt. In fast allen diesen Ländern sind die Einkommen schneller gestiegen als die Bevölkerung, was zu einem Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen führte. Das wirtschaftliche Wachstum wurde begleitet von einem raschen Ausbau des Ausbildungswesens, abnehmendem Analphabetentum, Verbesserungen in der Ernährung und den gesundheitlichen Bedingungen, von zunehmender technologischer Differenziertheit sowie strukturellen Änderungen wie die Verbreiterung der industriellen Grundlage und die zunehmende Verstärkung. Diese Fortschritte an so vielen Fronten und die stetig wachsende Fähigkeit der Entwicklungsländer, ihre Wirtschaften effizient zu führen, sind eindrucksvolle Errungenschaften.

Viele Aufgaben warten jedoch noch auf eine Lösung. Die meisten Länder haben den Übergang zu modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen noch nicht abgeschlossen, und ihre Wachstumsmöglichkeiten werden durch eine Vielzahl heimischer und internationaler Faktoren behindert. Darüber hinaus leben etwa 800 Millionen Menschen immer noch in absoluter Armut. Diese Menschen leben am äußersten Existenzminimum mit ungenügender Nahrung und Behausung, unzulänglicher Ausbildung und Gesundheitsfürsorge. Für viele von ihnen hat sich der Lebensstandard nur geringfügig verbessert, und für einige mag sogar eine Verschlechterung eingetreten sein. Zu dem Gefühl der Frustration angesichts des Umfangs der zu bewältigenden Aufgaben tritt die zunehmende Erkenntnis darüber, wie schwer die Änderung von Traditionen und sozialen Hemmnissen ist, die häufig die Bemühungen um eine Beschleunigung des Wachstums und die Hebung des Lebensstandards der Armen behindern.

Die bisherige Entwicklung hat dazu beigetragen, daß über die in der Zukunft anzustrebenden Ziele weitgehend Einigkeit besteht. Die Entwicklungs Bemühungen sind demnach auf ein doppeltes Ziel auszurichten, und zwar auf ein schnelles Wachstum und darauf, die Anzahl der in absoluter Armut lebenden Menschen so schnell wie möglich zu verringern. Die meisten Entwicklungsländer haben sich bei der Ausarbeitung ihrer Entwicklungsstrategien bislang auf diese Ziele zubewegt oder sind im

Begriff, dies zu tun; sie dienen auch den Industrieländern bei der Festlegung ihres Beitrags zur Entwicklung zunehmend als Grundlage.

Ein schnelles Wachstum und die Milderung der Armut sind untrennbar miteinander verbunden. Die meisten absolut Armen leben in den armen Ländern Asiens und Afrikas, deren Wirtschaften nur relativ langsam gewachsen sind. In einigen der schneller wachsenden Volkswirtschaften wurden die Einkommen der unteren Einkommensgruppe beträchtlich angehoben. Besondere Aktionsprogramme zur Verbesserung der Lebensqualität der Armen sollten integraler Bestandteil jeder Entwicklungsstrategie sein, sie sollten jedoch mit einer Zunahme der Produktivität und der Einkommen einhergehen, um das verfügbare Ressourcenangebot zur Hebung des Lebensstandards zu vergrößern.

Die Hindernisse, die sich den Entwicklungsländern bei ihren Bemühungen, den Fortschritt zu beschleunigen, entgegenstellen, sind nach Ausmaß und Art ebenso verschieden wie die Instrumente, die diesen Ländern zur Verfügung stehen. Diese Unterschiede reflektieren die gewaltigen Disparitäten, die in ihrer Ausstattung mit Ressourcen, den wirtschaftlichen Strukturen, sozialen und politischen Traditionen, in ihrem unternehmerischen Können sowie ihren Beziehungen innerhalb der Weltwirtschaft bestehen.

In den Ländern mit niedrigem Einkommen - in Ländern mit einem Jahreseinkommen pro Kopf von bis zu 250 US-Dollar - hängt die Verringerung der Armut entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, die landwirtschaftliche Produktivität zu steigern, um die Kaufkraft der Klein- und Kleinstbauern zu erhöhen und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Grundbesitzlosen bei zugleich höheren Löhnen zu schaffen. Bei der Verwirklichung dieser Strategie stoßen jedoch die Länder Asiens und Afrikas südlich der Sahara auf sehr verschiedene Probleme, die auf Unterschiede in der Verfügbarkeit von Boden und örtlich anwendbarer Technologien für eine rasche Ertragssteigerung zurückzuführen sind; ebenso bedeutend sind Unterschiede in der Qualität der wirtschaftlichen Infrastruktur (wie im Transport- und Kommunikationswesen, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung) sowie das von Land zu Land unterschiedlich hohe

Potential an verfügbaren Fach- und Führungskräften.

Die Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen bilden unter Berücksichtigung ihrer Wirtschaftsstruktur, ihrer bisherigen Entwicklung und der Einkommenshöhe pro Kopf eine heterogene Gruppe. Im allgemeinen wird ihr wirtschaftliches Wachstum stärker als bei Ländern mit niedrigem Einkommen durch den internationalen Handel und die Kapitalmärkte beeinflusst. Die wichtigsten strategischen Entscheidungen, die sich ihnen stellen, betreffen die Frage, wie sie mit ihrer Industrie- und Handelspolitik auf die Veränderungen im internationalen Umfeld reagieren sollen. In diesen Ländern werden Fortschritte im Kampf gegen die Armut weniger durch die Knappheit an Ressourcen behindert, wie das in Ländern mit niedrigem Einkommen der Fall ist; nichtsdestoweniger sind energische Anstrengungen nötig.

2 Während der letzten 25 Jahre wirkte die Weltwirtschaft in mehrfacher Hinsicht stützend auf das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern. Das schnelle Wachstum in den Industrieländern begünstigte eine starke Expansion des internationalen Handels. Darüber hinaus wurde die inländische Ersparnis durch die Zunahme des Tourismus und der Beschäftigung von Arbeitskräften im Ausland, das Einsetzen umfangreicher öffentlicher Kapitaltransfers und die in jüngerer Zeit eingetretene Wiederbelebung der internationalen Kapitalmärkte alimentiert; diese Faktoren erleichterten zugleich die Aufbringung von Wäh-

rungsreserven zur Finanzierung von Entwicklungsprogrammen. Mit dem Wachstum ihrer Wirtschaften haben sich die Entwicklungsländer zu einem bedeutenden Markt für die Ausfuhren der Industrieländer, zu Anbietern einer breiten Palette von Fertigwaren und zu beachtlichen Kreditnehmern auf den internationalen Kapitalmärkten entwickelt. Es besteht nunmehr eine enge wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Wirtschaftspolitik und den Wachstumsbedingungen in den Industrieländern einerseits und der künftigen Entwicklung einer großen Anzahl von Entwicklungsländern andererseits; diese Interdependenz beeinflusst zugleich die Entwicklungsstrategien, die die Entwicklungsländer mit Aussicht auf Erfolg verwirklichen können.

Dieser Bericht soll dabei helfen, den Zusammenhang zwischen der internationalen Wirtschaft und den nationalen Strategien der Entwicklungsländer aufzuhellen, der vor dem Hintergrund einer sich ändernden Struktur der wechselseitigen Verflechtungen und einer wachsenden Komplexität der Weltwirtschaft zu sehen ist. Er beurteilt die Erfolgsaussichten für eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und eine Verringerung der Armut; zugleich werden einige der vorrangigen wirtschaftspolitischen Probleme aufgezeigt, die einen Einfluß auf diese Aussichten ausüben. Dieser Bericht wird in der Erwartung vorgelegt, daß er zu einem besseren Verständnis der Rollen beiträgt, die sowohl den Industrieländern als auch den Entwicklungsländern bei der Bewältigung dieser Fragen zukommen.

2. Kapitel: Die Erfahrungen mit der Entwicklung in den Jahren 1950 - 1975

Die ersten Bemühungen um eine systematische und beschleunigte Entwicklung gehen in den meisten Entwicklungsländern auf die Mitte dieses Jahrhunderts zurück. 25 Jahre sind für Vorhaben, die grundlegende soziale Veränderungen hervorbringen sollen, eine kurze Zeit, und für viele Länder – vor allem für diejenigen Afrikas, die erst zu Beginn der sechziger Jahre unabhängig wurden – ist die einschlägige Erfahrung noch kürzer. Dennoch erscheint es nützlich, die heutigen Probleme im Lichte der Erfahrungen des vergangenen Vierteljahrhunderts zu untersuchen¹⁾.

Die bisherigen Ergebnisse sind sowohl ermutigend als auch ernüchternd. Das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer hat die ursprünglichen Erwartungen übertroffen, und ihr Potential für die weitere Entwicklung ist – insbesondere was die wirtschaftlichen Kapazitäten, die vorhandenen Führungskräfte und die Ausstattung mit Kapitalgütern betrifft – beachtlich gestiegen. Trotz dieser Erfolge leben jedoch in der sich entwickelnden Welt noch immer etwa 800 Millionen Menschen in absoluter Armut – mit Einkommen, die zu niedrig sind, um eine angemessene Ernährung zuzulassen, und ohne Zugang zu unentbehrlichen öffentlichen Leistungen. Der Lebensstandard vieler dieser Menschen hat sich nicht verbessert, und in Ländern mit niedrigem wirtschaftlichen Wachstum mag der Lebensstandard der Armen sogar gesunken sein. Die Zahlen über die Armut sind bereits für sich genommen ein unverblümter Maßstab für den Umfang der Probleme, die noch zu bewältigen sind.

1) Von besonderem Interesse sind die Erfahrungen einiger Länder, die ihre Entwicklungsbemühungen mit Hilfe von drastischen Maßnahmen auf die Verbesserung des Lebensstandards von Gruppen mit niedrigem Einkommen gerichtet haben. Hierzu gehören die Volksrepublik China und Kuba. Da beide nicht Mitglied der Weltbank sind, ist unser Wissen über ihre Erfahrungen äußerst begrenzt. Auch die verfügbaren Daten sind knapp, und die Erörterungen in der Literatur basieren im allgemeinen nur auf Teilmeldungen. Die von diesen Ländern ergriffenen Maßnahmen sind in vielen Bereichen von außerordentlichem Interesse; es besteht jedoch nach wie vor Ungewißheit darüber, ob diese Maßnahmen in einem sozialen Umfeld oder in politischen Systemen anwendbar sind, die nicht in dem Maße transformiert wurden wie in diesen Ländern. Diese Länder bleiben wie auch die übrigen Staatshandelsländer in diesem Bericht unberücksichtigt, wenn auf Entwicklungsänderungen Bezug genommen wird.

Die bisherige Entwicklung in den Entwicklungsländern

Wirtschaftliches Wachstum und Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaften der Entwicklungsländer sind im Verlauf der vergangenen 25 Jahre in eindrucksvoller Weise gewachsen: Das Einkommen pro Kopf ist jährlich um fast 3% gestiegen, wobei sich der Jahreszuwachs von rd. 2% in den fünfziger Jahren auf 3,4% in den sechziger Jahren beschleunigt hat. Hierin ist eine beträchtliche Verbesserung im Vergleich zu den bisherigen Erfahrungen zu sehen, insbesondere wenn man sich die geringen Erfolge vor Augen führt, die in diesen Ländern in den Jahren bis 1950 vorzufinden sind. Darüber hinaus ergibt auch ein Vergleich mit den Wachstumsraten, die von den jetzt entwickelten Ländern im Verlauf ihrer Industrialisierung erreicht wurden, ein äußerst vorteilhaftes Bild: Über den gesamten Zeitraum der Industrialisierung hinweg, die Mitte des 19. Jahrhunderts begann und mehr als hundert Jahre anhielt, wuchs das Pro-Kopf-Einkommen in den meisten Industrienationen der westlichen Welt mit einer Jahresrate von weniger als 2%. Selbst für Japan, das zu den am schnellsten wachsenden Industrieländern gehört, wird die langfristige Wachstumsrate für das Pro-Kopf-Einkommen auf weniger als 2,5% pro Jahr geschätzt.

Innerhalb dieses Zeitraums ergaben sich natürlich erhebliche Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder. In den Ländern Afrikas und Asiens mit niedrigem Einkommen, in denen die Mehrheit aller Armen lebt, lagen die erzielten Wachstumsraten im allgemeinen vergleichsweise niedrig. In den Ländern, die die Hälfte der Bevölkerung der sich entwickelnden Welt auf sich vereinen, ist das Pro-Kopf-Einkommen jährlich um weniger als 2% gestiegen.

1. Entwicklungsländer: Wachstum des Bruttosozialprodukts pro Kopf, 1950-75

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (in %)	Anzahl der Länder	In % der Bevölkerung *
weniger als 0	3	1
0-2	25	48
2-4	33	35
über 4	11	15

* Anteil an der Bevölkerung aller hier erfaßten 72 Entwicklungsländer. Auf diese 72 Länder entfielen 88% der Gesamtbevölkerung in den Entwicklungsländern im Jahre 1976.

Mit wachsender Produktion und zunehmendem Einkommen treten im allgemeinen erhebliche Veränderungen in der wirtschaftlichen Struktur auf; dabei nimmt der Anteil der Industrie an der gesamten Ausbringung zu Lasten des landwirtschaftlichen Sektors auch dann zu, wenn in letzterem ein hohes Wachstum zu verzeichnen ist. Im Vergleich zu den anderen Sektoren ist die Industrie in fast allen Entwicklungsländern am schnellsten gewachsen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die industrielle Wachstumsrate nur in einigen dieser Länder über 10% p.a. lag.

2. Entwicklungsländer: Wachstum der Produktion, 1960-75

(Medianwerte, in Preisen von 1975)

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (in %)			
	Bruttoinlandsprodukt	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
Länder mit niedrigem Einkommen	3,1	2,1	5,4	3,7
Länder mit mittlerem Einkommen	6,0	3,5	7,9	6,7

In den ärmeren und langsamer wachsenden Ländern ist der Anteil der Landwirtschaft an der gesamten Produktion nur geringfügig zurückgegangen und weiterhin hoch. Das schnelle Wachstum des Dienstleistungssektors ist differenziert zu beurteilen. In den Industrieländern ist der hohe und steigende Anteil des Dienstleistungssektors infolge von Veränderungen in der Nachfragestruktur entstanden. Während die zunehmende Bedeutung der Dienstleistungen in den Entwicklungsländern zum Teil das Ergebnis der gestiegenen Nachfrage

3. Entwicklungsländer: Produktionsstruktur, 1960 und 1975

(Medianwerte, in laufenden Preisen)

	Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (in %)					
	Landwirtschaft		Industrie		Dienstleistungen	
	1960	1975	1960	1975	1960	1975
Länder mit niedrigem Einkommen	52	43	12	23	35	45
Länder mit mittlerem Einkommen	26	15	23	38	46	47

Anmerkung: Die Anteile der Sektoren summieren sich nicht zu 100 %, da die Medianwerte für jeden Sektor gesondert abgeleitet wurden.

ist, reflektiert sie jedoch auch das Unvermögen des industriellen Sektors, die Zugänge zum städtischen Arbeitskräftepotential vollständig zu absorbieren. Menschen, die innerhalb der organisierten Industrie keine Beschäftigung finden, versuchen sich durch Tätigkeiten mit geringer Produktivität schlecht und recht durchzuschlagen, oder sie finden eine Beschäftigung innerhalb des ausufernden öffentlichen Sektors.

Diese globalen Veränderungen innerhalb der sektoralen Zusammensetzung der Produktion vermitteln nicht die volle Tragweite der wirtschaftlichen Verschiebungen. So enthüllen sie zum Beispiel nicht die grundlegenden Verbesserungen im Transport- und Kommunikationswesen und bei der Stromversorgung; ebenso wenig geben sie Aufschluß über die starke Zunahme der Verschuldungskapazität und der Fähigkeit zur Anwendung von Technologien, die für den Aufbau und die Diversifizierung des Produktionspotentials der Wirtschaft lebenswichtig sind. Auch der Zuwachs an Sachverstand sowohl bei Facharbeitern als auch bei Führungskräften, der für das wirtschaftliche Wachstum in der heutigen Zeit von überragender Bedeutung ist, kommt nicht zum Ausdruck. Solche Entwicklungen lassen sich nur schwer quantifizieren, und auch abgesehen hiervon liegen in den Entwicklungsländern kaum Daten über soziale Faktoren vor. Die verfügbaren Indikatoren – wie zum Beispiel über das Analphabetentum und Angaben über den Besuch von Schulen, die in Tabelle 4 wiedergegeben sind – vermitteln nur ein sehr unvollständiges Bild über einige der Veränderungen, die stattgefunden haben.

Illustrativer für das Ausmaß der wirtschaftlichen Fortschritte während der vergangenen 25 Jahre ist vielleicht der Umstand, daß viele Entwicklungsländer ihre Landwirtschaft modernisiert haben, daß sie anhaltend hohe Zuwachsraten in der landwirtschaftlichen Produktion erzielen konnten und daß viele von ihnen inzwischen technisch ausgereifte Ausrüstungsgüter herstellen (wie zum Beispiel Generatoren für die Elektrizitätserzeugung). Viele verfügen über beachtliche Kapazitäten im Maschinenbau, und einige bewerben sich inzwischen mit Erfolg auf internationaler Ebene um die Ausführung schlüsselfertiger Projekte.

Die wachsende Differenziertheit der sich entwickelnden Wirtschaften ist gekennzeichnet durch große und moderne Institutionen von zunehmender Komplexität, die bedeutende Industriegesellschaften wie auch erstklassige Universitäten einschließen. Sowohl öffentliche wie auch private Institutionen, die sich vorwiegend mit der wirtschaftlichen Entwicklung befassen, haben sich stark ausgebreitet. Hierzu gehören industrielle Entwicklungsban-

4. Entwicklungsländer: Zunahme der Ausbildung, 1960-75
(Medianwerte)

	Anteil der Kinder im Grundschulalter, die eine Schule besuchen, in %		Anteil der Kinder in der für weiterführende Schulen typischen Altersgruppe, die eine Schule besuchen, in %		Anteil der Erwachsenen mit Lese- und Schreibkenntnissen, in %	
	1960	1975	1960	1975	1960	1974
	Länder mit niedrigem Einkommen	30	52	2	8	10
Länder mit mittlerem Einkommen	79	97	12	35	61	63

Quelle: Kennzahlen der Weltwirtschaftlichen Entwicklung, Tabelle 18.

ken, landwirtschaftliche Kreditinstitutionen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, berufsausbildende Institute, Forschungszentren, Zentralbanken und wirtschaftliche Planungsagenturen. Nicht alle diese Institutionen funktionieren zufriedenstellend, und in vielen Ländern bestehen weiterhin schwerwiegende Lücken in der institutionellen Entwicklung. Einer der bedeutendsten Mängel liegt im Bereich der landwirtschaftlichen Forschung, und hier vor allem in dem allgemeinen Versäumnis, ausreichende inländische Kapazitäten für eine adaptive Forschung aufzubauen, die den örtlichen agroklimatischen Bedingungen gerecht wird und damit eine wesentliche Bedingung für eine nachhaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität erfüllt.

Die Entwicklungsländer haben ihre wirtschaftlichen Fähigkeiten unter Beweis gestellt, als sie sich in den letzten Jahren an eine Reihe von außenwirtschaftlichen Erschütterungen anpassen mußten, wie zum Beispiel an die weiten Fluktuationen der internationalen Rohstoffpreise, an den plötzlichen Anstieg der Ölpreise, die anhaltende Rezession in den Industrieländern sowie die unberechenbaren Windungen der internationalen Wechselkurse. Durch den Einsatz von Maßnahmen, die auf die Struktur der inländischen Produktion und der Preise wie auch auf die des Außenhandels und der Verschuldung einwirkten, konnten sie diesen außenwirtschaftlichen Erschütterungen widerstehen, das wirtschaftliche Wachstum aufrechterhalten und die Inflation kontrollieren. Jene Länder, die hierbei eine exportorientierte Politik verfolgt haben, sind im allgemeinen besser gefahren als andere.

Bevölkerung

Die Erfolge der Entwicklungsländer erscheinen umso eindrucksvoller, berücksichtigt man, daß ihre Bevölkerungen in einem historisch beispiellosen Ausmaß gewachsen sind. Im Verlauf der Jahre 1950 bis 1975 nahm ihr Bevölkerungsbestand um 2,4% pro Jahr zu. Dies ist wesentlich mehr als die Bevölkerungswachstumsraten – in der Regel etwa 1% pro Jahr –, mit denen die heute entwickelten Länder während der Zeit ihrer Industrialisierung zu kämpfen hatten.

5. Entwicklungsländer: Geburten- und Sterbeziffern, 1960 und 1975
(Medianwerte)

	Unbereinigte Geburtenziffer je Tsd Einwohner		Unbereinigte Sterbeziffer je Tsd Einwohner	
	1960	1975	1960	1975
	Länder mit niedrigem Einkommen	48	47	26
Länder mit mittlerem Einkommen	45	40	17	12

Quelle: Kennzahlen der Weltwirtschaftlichen Entwicklung, Tabelle 15.

Das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern im Verlauf der letzten 25 Jahre illustriert die Vielschichtigkeit der wechselseitigen Beziehungen zwischen verschiedenen Entwicklungsfaktoren. So war der Rückgang der Sterblichkeit, der in erster Linie die Beschleunigung des Bevölkerungswachstums verursachte, das Ergebnis der ersten Bemühungen um eine Verbesserung des Lebensstandards. Hierzu gehörten u. a. die Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsfürsorge und Massenkampagnen gegen so folgenschwere Krankheiten wie die Malaria, die Pocken und die Cholera. Die Zunahme der Lebenserwartung wurde jedoch aus einer Reihe von Gründen nicht von einem Rückgang der Fruchtbarkeit begleitet. In einigen Ländern führte die Verbesserung der öffentlichen Gesundheitspflege und der Ernährung sogar zu einem Anstieg der Geburtenziffer, da infolge dieser Verbesserungen die krankheitsbedingte Unfruchtbarkeit bei Frauen sank.

Daß die Fruchtbarkeit im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung auch sinken kann, wurde in einigen Entwicklungsländern insbesondere in Ostasien und in Teilen Südasiens dokumentiert. Dennoch sind die allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern²⁾ in den Entwicklungsländern noch höher als 6, verglichen mit einer Ziffer für die Industrieländer von rd. 2,3, die nahe an dem Niveau einer stationären

2) Zur Definition dieses Ausdrucks vergleiche die Erläuterungen zu Tabelle 15 in den Kennzahlen der weltwirtschaftlichen Entwicklung.

nären Bevölkerung liegt. Selbst unter optimistischen Annahmen darüber, wie schnell die Fruchtbarkeit in den Entwicklungsländern zurückgehen wird, ist davon auszugehen, daß ihre Bevölkerung auch weiterhin bis weit in das 21. Jahrhundert hinein expandieren wird. Schätzwerte für die Gesamtbevölkerung der Entwicklungsländer im Jahr 2000 werden in Tabelle 6 ausgewiesen.

6. Entwicklungsländer: Bevölkerung, 1950-2000 (in Milliarden)

	1950	1975	2000*
Länder mit niedrigem Einkommen	0,7	1,2	2,0
Länder mit mittlerem Einkommen	0,5	0,9	1,5

* Die Annahmen, auf denen diese Projektionen basieren, werden in den Erläuterungen zu Tabelle 16 in den *Kennzahlen der Weltwirtschaftlichen Entwicklung* beschrieben.

Letztlich dürfte der Entwicklungsprozeß doch zu einer Verringerung der Fruchtbarkeit und zu einer Verlangsamung des Bevölkerungswachstums führen. Dabei dürften Kräfte wirksam werden wie die Ausbildung und Beschäftigung von Frauen, der Wunsch nach einer Ausbildung der Kinder und damit das Ziel, den Umfang der Familie zu begrenzen, um die Versorgung jedes einzelnen Kindes zu verbessern, sowie die Erkenntnis, daß Kinder eine höhere Überlebenschance haben, was zu der Bereitschaft führt, die Zahl der Geburten zu limitieren. Diese Kräfte reichen jedoch insbesondere in den ärmsten Ländern nicht aus. Der Druck, der von einem schnellen Bevölkerungswachstum auf die vorhandenen Ressourcen ausgeht, und die Schwierigkeiten, die daraus für eine Erhöhung der Einkommen und des Beschäftigungsniveaus entstehen, machen die Anwendung wirksamer Familienplanungsprogramme zu einer dringenden Angelegenheit.

Selbst bei Anwendung wirksamer Programme ist infolge der Dynamik der gegenwärtigen demographischen Struktur zu erwarten, daß die Bevölkerung auch weiterhin über mehrere Dekaden hinweg zunehmen wird. Viele Länder wenden immer noch äußerst unangemessene Programme an, und einige von ihnen insbesondere in Afrika haben die Probleme, die aus der gegenwärtigen demographischen Situation für die Zukunft erwachsen, noch nicht berücksichtigt. Obwohl die Bevölkerung der Entwicklungsländer auch in den kommenden Jahrzehnten weiter wachsen wird, kann durch wirksame Maßnahmen bereits heute die Zeitspanne verkürzt werden, die verstreicht, bis eine stationäre Bevölkerung erreicht wird und auf den Abbau des maximalen Bevölkerungsbestandes hingewirkt werden kann.

Städtische Entwicklung

Die rasche Ausdehnung der Städte gehört zu den charakteristischen Merkmalen der vergangenen 25 Jahre, in deren Verlauf das Gefälle zwischen den wirtschaftlichen Möglichkeiten in städtischen und ländlichen Gebieten zugenommen hat. Die städtische Bevölkerung ist in den Entwicklungsländern bei weitem schneller gewachsen als die Gesamtbevölkerung. Dies kann nur zum Teil mit der gestiegenen industriellen Aktivität erklärt werden. Entscheidend wirkte sich aus, daß häufig durch einseitige wirtschaftspolitische Maßnahmen starke Anreize geschaffen wurden, die Wirtschaftstätigkeit eher in städtischen als in ländlichen Gegenden auszuweiten; hierdurch wurde die Bevölkerung ermutigt, in Erwartung einer besser bezahlten Arbeit und einer besseren Versorgung mit Dienstleistungen in die städtischen Gebiete zu ziehen. Der Zustrom an Menschen überstieg bei weitem die Aufnahmefähigkeit dieser Gebiete mit dem Ergebnis, daß die städtischen Dienstleistungen und der Arbeitsmarkt trotz der umfangreichen Investitionen im Bereich der städtischen Infrastruktur aufs äußerste belastet wurden.

In den meisten Entwicklungsländern führten diese Belastungen zu einer ausgesprochenen Zweiteilung der städtischen Wohngebiete, in denen sich moderne Inseln mit hohem Einkommen mit Barackensiedlungen und Elendsvierteln abwechseln. Dem dauerhaften Charakter der neu entstandenen Randsiedlungen wurde noch nicht ausreichend Rechnung getragen, und auch der Finanzierung und Verwaltung der Städte wurde bislang nicht die Aufmerksamkeit entgegengebracht, die sie erfordern. Insgesamt wurde wenig unternommen, um den erschreckenden Mangel an den wichtigsten öffentlichen Leistungen in diesen Siedlungen – wie etwa im sanitären Bereich – zu beseitigen oder dem Großteil der städtischen Wirtschaft zu helfen, der sich aus Kleinunternehmen und unorganisierten Produktionstätigkeiten zusammensetzt, die mit geringer Wirtschaftlichkeit arbeiten.

7. Entwicklungsländer: Städtische Bevölkerung, 1960-75

	Anteil an der Gesamtbevölkerung, in %		Jährliche durchschnittliche Wachstumsrate
	1960	1975	1960-1975
Afrika			
südlich der Sahara	14	19	5,0
Nordafrika			
und Mittlerer Osten	32	44	5,0
Lateinamerika	49	61	4,3
Asien	17	22	4,0
Südeuropa	40	51	3,2

Quelle: *Selected World Demographic Indicators by Countries, 1950-2000* (New York: Vereinte Nationen, 1975)

Während die Probleme leicht aufzufinden sind, trifft dies auf ihre Lösungsmöglichkeiten nicht zu. Die Ausbreitung der Städte erfordert beträchtliche Investitionen im Infrastrukturbereich, die mit alternativen Verwendungsmöglichkeiten der knappen investiven Ressourcen konkurrieren.

Investition und Ersparnis

Die Entwicklungsstrategien der meisten Länder zielten mit besonderem Nachdruck auf die Steigerung der Investitionen, um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen. Es wurden Anstrengungen unternommen mit dem Ziel, die Zuwachsraten der inländischen Bruttoinvestition durch öffentliche Investitionen und durch Maßnahmen zur Ermutigung der privaten Investitionstätigkeit zu steigern; infolge unterschiedlicher Ansichten über die Rolle des öffentlichen Sektors entwickelten sich allerdings die relativen Anteile der öffentlichen und der privaten Investitionen in den einzelnen Volkswirtschaften uneinheitlich.

8. Entwicklungsländer: Investitions- und Sparraten 1960 und 1975

(in % des Bruttoinlandsprodukts, in laufenden Preisen)

	Länder mit niedrigem Einkommen		Länder mit mittlerem Einkommen	
	1960	1975	1960	1975
Bruttoinlandsinvestition	14,7	19,1	20,2	26,4
Finanziert durch:				
Bruttoinlandsersparnis	11,6	15,6	17,8	22,1
Nettozustrom ausländischer Ressourcen	3,1	3,5	2,4	4,3
<i>Nachrichtlich:</i>				
Nettozustrom ausländischer Ressourcen in Prozent der Investition	21	18	12	16

Im allgemeinen ist es den Entwicklungsländern gelungen, ihre Investitions- und Sparraten zu steigern. In den Ländern mit mittlerem Einkommen hat der Zufluß von Auslandskapital – das eine bedeutende Rolle bei der Finanzierung der Neuinvestitionen spielt – sowohl im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt als auch zur Gesamtinvestition zugenommen. Auch die Länder mit niedrigem Einkommen erzielten beachtliche Erfolge bei ihren Bemühungen, ihre inländischen Sparraten anzuheben, wenngleich ihre Investitionsraten im Jahre 1975 lediglich mit denen vergleichbar sind, die die Länder mit mittlerem Einkommen bereits 15 Jahre davor erzielten. Das kann teilweise mit dem rückläufigen Anteil erklärt werden, der den Investitionen aus ausländischen Quellen zugeflossen ist; hierin spiegelt sich die relativ geringe Zunahme des zu konzessionären Bedingungen gegebenen Kapi-

tals und der begrenzte Zugang dieser Länder zu den schnell expandierenden Märkten für privates Kapital wider. Ihre inländischen Sparraten lagen infolge des niedrigen Einkommensniveaus unter denen der Länder mit mittlerem Einkommen. Die starken Abweichungen zwischen den Investitionsquoten, die vor allem deutlich werden, wenn man die Abschreibungen berücksichtigt, trugen sicherlich erheblich zu den verschiedenen hohen Wachstumsraten zwischen den Ländern mit niedrigem und hohem Einkommen bei. Hinzu kommen beträchtliche Unterschiede in der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern, die die Effizienz der Investitionen beeinflussen. Das hat dazu geführt, daß einige Länder mit vergleichbaren Investitionsraten sehr verschiedene Zuwachsraten in der Produktion erzielten.

Wenn sich auch die mit der Anhebung des Investitionsniveaus verbundenen Schwierigkeiten in den einzelnen Ländern unterscheiden, so reflektieren sie doch im wesentlichen den Mangel an unternehmerischen und organisatorischen Talenten und das Problem, die Sparraten auf einem niedrigen Einkommensniveau zu steigern. In einigen Ländern, die sich noch in einem frühen Entwicklungsstadium befinden – wie insbesondere die in Afrika südlich der Sahara – ergaben sich bei der Suche nach ertragreichen Investitionen ernste Probleme. Wichtige Voraussetzungen für erfolgversprechende Investitionen sind ein dynamisches Unternehmertum und öffentliche Institutionen mit einem ausreichenden Mitarbeiterstab, deren Aufgabe im Aufspüren und in der Durchführung einer breiten Skala von ertragreichen Projekten liegt. Viele Länder erfüllen diese Voraussetzungen nur allmählich; dabei war die Schaffung eines Unternehmertums und geeigneter öffentlicher Institutionen gerade ihre erste wichtige Entwicklungsaufgabe.

Die mit der Steigerung der Sparrate verbundenen Schwierigkeiten sind in vielen Ländern auf die traditionell starke Abhängigkeit des Steueraufkommens von Verbrauchsteuern zurückzuführen; die dabei erzielten Einnahmen reagieren weniger empfindlich auf Einkommenssteigerungen als etwa progressive Einkommenssteuern oder Mehrwertsteuern. In einigen Ländern wurde erwartet, daß die öffentlichen Unternehmen Überschüsse zur Finanzierung von Investitionen erwirtschaften würden. Diese Erwartung hat sich oft als unrealistisch erwiesen, da diese Betriebe damit belastet wurden, soziale Ziele zu verfolgen wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Aufrechterhaltung niedriger Preise für Schlüsselprodukte, während es zugleich an ausreichend qualifizierten Kräften für eine leistungsfähige Geschäftsleitung fehlte.

Darüber hinaus ist es den Regierungen äußerst

schwer gefallen, den Zuwachs ihrer Verbrauchsausgaben zu begrenzen, um die erhoffte Zunahme der öffentlichen Ersparnis zu erreichen. Das hohe Niveau und der schnelle Anstieg der öffentlichen Verbrauchsausgaben in den ärmsten Ländern illustrieren das Dilemma, das sich ihnen bei dem Versuch stellt, angesichts der wachsenden Erwartungen die dringendsten Aufgaben zu erfüllen und zugleich die Ersparnis aufzubringen, die für die Finanzierung einer höheren Produktion in der Zukunft gebraucht wird. Nachfolgend werden die Veränderungen der Relationen zwischen dem laufenden öffentlichen Verbrauch und der gesamten Erzeugung dargestellt:

9. Entwicklungsländer: Öffentlicher Verbrauch in % des Bruttoinlandsprodukts, 1960-75
(in laufenden Preisen)

	1960	1970	1975
Länder mit niedrigem Einkommen	8,8	10,4	13,9
Länder mit mittlerem Einkommen	11,0	12,2	13,1
Alle Entwicklungsländer	10,5	11,9	13,2

Bis zum Jahre 1975 wiesen die ärmsten Länder dem öffentlichen Verbrauch einen geringfügig höheren Anteil am Bruttoinlandsprodukt zu als die reicheren Länder, und mit Sicherheit lag er über dem Anteil, den die reichen Länder in dem vergleichbaren Stadium ihrer Entwicklung dem öffentlichen Verbrauch zuführten. Zwischen 1960 und 1975 stieg der Anteil der öffentlichen Verbrauchsausgaben in den Ländern mit niedrigem Einkommen um fast 58%. Die Gründe für diese Entwicklung sind leicht zu finden: Die vergangenen 25 Jahre waren Zeuge einer gewaltigen Ausweitung des Einflusses, den die Regierungen der Entwicklungsländer auf die Entwicklung ausüben, und selbst in den relativ armen Ländern wurden an die Behörden große Erwartungen gestellt. Die Erfüllung dieser Erwartungen – etwa durch die Bereitstellung von Dienstleistungen im Bereich der Gesundheitsfürsorge und der Ausbildung, die sowohl für die Entwicklung wichtig, aber auch politisch unumgänglich sind – erfordert jedoch die Zuteilung beträchtlicher Ressourcen.

Auswirkungen auf die Armut

Die wirtschaftliche Entwicklung brachte eine Verbesserung des Lebensstandards, die Fortschritte waren jedoch langsam und uneinheitlich. Die Lebenserwartung ist infolge der besseren Ernährung und Gesundheit gestiegen; dabei konnte auch die Säuglingssterblichkeit gesenkt werden, die allerdings noch auf einem alarmierend hohen Niveau liegt (vgl. Tabelle 10).

Immer noch leben fast 800 Mio Menschen oder rd. 40% der Bevölkerung der Entwicklungsländer in

10. Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit, 1960 und 1975
(Medianwerte)

	Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)		Säuglingssterblichkeit pro Tsd	
	1960	1975	1960	1975
Länder mit niedrigem Einkommen	36	44	142	122
Länder mit mittlerem Einkommen	49	58	72	46
Industrieländer	70	72	25	15
Staatshandelsländer	66	70

.. Nicht verfügbar

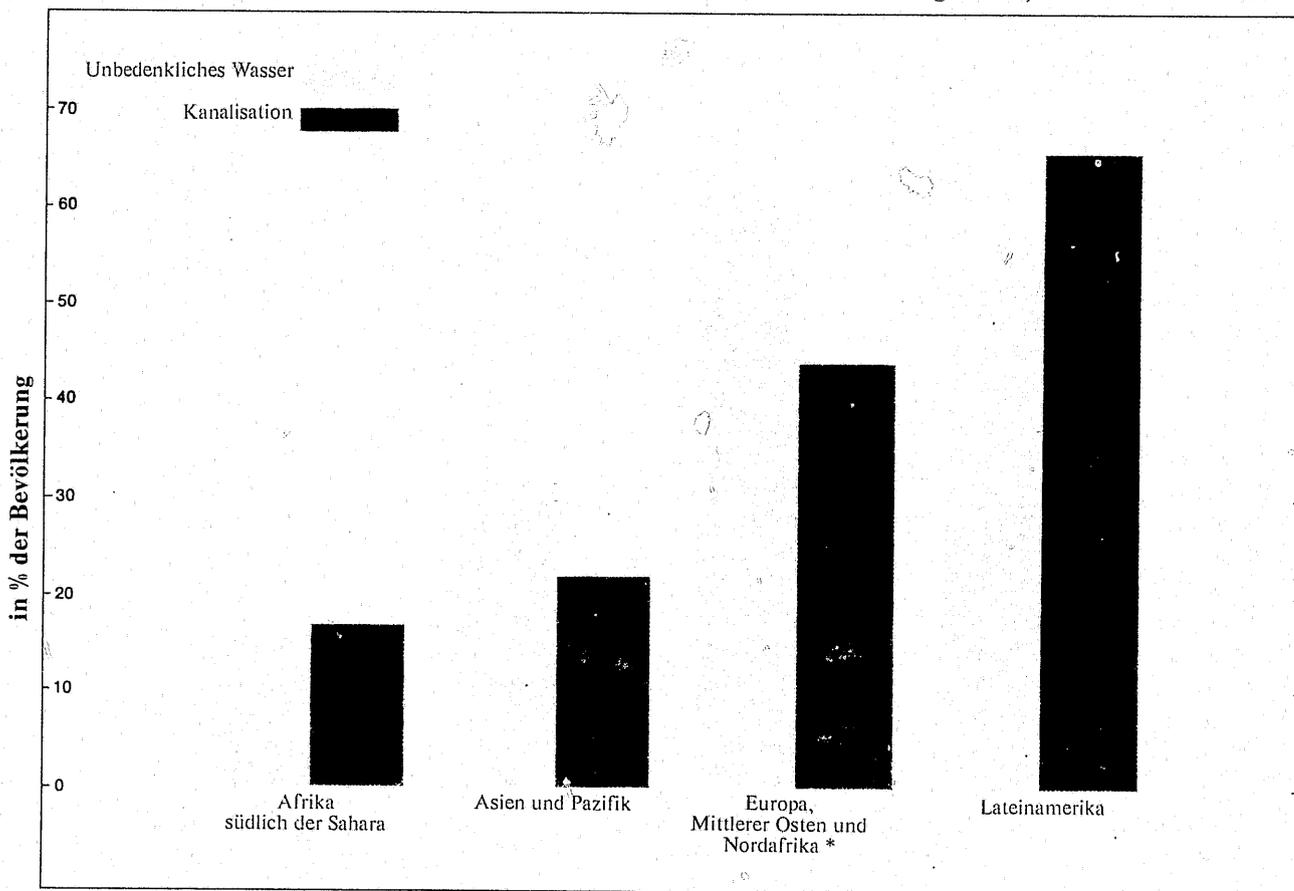
Quelle: *Kennzahlen der Weltwirtschaftlichen Entwicklung*, Tabelle 17.

absoluter Armut. Die Mehrzahl von ihnen wohnt in städtischen Gebieten und überwiegend in den Ländern Südasiens und in Indonesien. Auch in den Ländern Afrikas südlich der Sahara lebt ein hoher Anteil der Bevölkerung in absoluter Armut, obwohl die absolute Zahl der Armen infolge der viel geringeren Gesamtbevölkerung weitaus niedriger liegt. Zusätzlich zu diesen absolut Armen gibt es viele andere Menschen, deren Zugang zu lebenswichtigen öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitspflege, Trinkwasserversorgung und sanitäre Anlagen unangemessen ist. Wie Abbildung 1 zeigt, entfällt auf diese Gruppe ein beträchtlicher Anteil der Gesamtbevölkerung in den Ländern mit mittlerem Einkommen.

Die bisherigen Erfahrungen legen nahe, daß die ärmeren Bevölkerungsschichten in aller Regel keinen gerechten Anteil am wirtschaftlichen Wachstum erhalten; dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sie nur in relativ geringem Umfang über die produktiven Aktiva verfügen, die für die Erwirtschaftung von Einkommen erforderlich sind, wie Landbesitz, Zugang zu Krediten, Ausbildung und zu einer Beschäftigung in den modernen Sektoren der Wirtschaft. In den ärmsten Ländern, die in der Vergangenheit nur ein geringes durchschnittliches Wachstum erzielen konnten, stagnierten die Einkommen und die Verbrauchsausgaben der ärmeren Hälfte der Bevölkerung. Noch schwerwiegender ist, daß die Einkommen eines Teils der ländlichen Bevölkerung in Ländern, deren landwirtschaftliche Erzeugung langsamer gewachsen ist als die Bevölkerung (in Teilen Südasiens und Afrikas südlich der Sahara), wahrscheinlich gefallen sind.

In einigen der schnell wachsenden Länder, insbesondere in der Republik China (Taiwan), der Republik Korea und Jugoslawien, sind die Wachstums-erträge augenscheinlich gleichmäßig aufgeteilt worden. Dies dürfte auf wichtige Eigenschaften zurückzuführen sein, die diese Länder teilen: Sie verfügten vor dem Einsetzen des hohen Wachstums über ein

Abbildung 1: Zugang zu unbedenklichem Wasser und Kanalisation: Entwicklungsländer, 1975



* In dieser Abbildung umfaßt der Begriff „Europa“ die Länder Griechenland, Jugoslawien, Portugal, Spanien und die Türkei.
Quelle: *World Health Statistics Report*, Bd. 29, Nr. 10 (Genf: Weltgesundheitsorganisation, 1976)

breites Potential an qualifizierten Arbeitskräften und – als Ergebnis der Landreformen in der Republik Korea und der Republik China sowie der weitreichenden Reformen der Eigentumsverhältnisse in Jugoslawien, die zum gesellschaftlichen Eigentum und zur Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe führte – über eine gleichmäßige Verteilung des Vermögens einschließlich des Grundbesitzes. Diese Ausgangslage ist jedoch für die meisten Entwicklungsländer nicht charakteristisch. Die

bisherigen Erfahrungen legen im allgemeinen nahe, daß sich die Einkommensverteilung wahrscheinlich im Verlauf des wirtschaftlichen Wachstums verschlechtert. Aber selbst bei zunehmenden Einkommensdisparitäten kann das Einkommen der Armen ansteigen. Insbesondere dort, wo die Menschen am Existenzminimum leben, verdient in erster Linie ihre Einkommenshöhe und weniger ihre relative Position innerhalb der Einkommensverteilung die dringendste Aufmerksamkeit.

11. Entwicklungsländer: Relative Größe, 1960 und 1975

	Entwicklungsländer (in Mrd)		Industrieländer (in Mrd)		Anteil der EL an der Summe, in % *	
	1960	1975	1960	1975	1960	1975
Bevölkerung	1,4	2,1	0,6	0,7	70	75
BSP **	460	1048	2071	3841	18	21
Wertschöpfung in der Industrie **	120	350	745	1483	14	19

* Anteil an der Summe der Industrie- und Entwicklungsländer.

** Diese Angaben erfolgen in US-Dollar, wobei offizielle Wechselkurse zugrunde gelegt wurden, die die Unterschiede zwischen den Ländern möglicherweise nicht richtig reflektieren. Dieses Problem wird in den Erläuterungen zu Tabelle 1 in den *Kennzahlen der Weltwirtschaftlichen Entwicklung* ausführlicher erörtert.

Das internationale Umfeld

In den meisten Jahren zwischen 1950 und 1975, in deren Verlauf der Handel liberalisiert wurde und die Kapitalbewegungen zunahmen, hat die Expansion der internationalen Wirtschaft zu dem hohen Wachstum in vielen Entwicklungsländern beigetragen. Nach wie vor und trotz der starken Zunahme ihres Anteils am weltweiten BSP seit dem Jahre 1960 erreichen jedoch die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer im Vergleich zu denen der Industrieländer nur eine geringe Bedeutung.

Wachstum des Welthandels

Auf die Jahre des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg folgte in den Industrieländern eine langwährende Periode mit einem hohen Wirtschaftswachstum, das zwischen den Jahren 1950 und 1975 im Jahresdurchschnitt 4% erreichte. Mit einem jährlichen Durchschnitt von 5% lag das Wachstum in dem Jahrzehnt vor der Ölkrise im Jahre 1973 besonders hoch.

Das hohe Wachstum in den Wirtschaften der OECD-Länder und die fortgesetzten Erfolge bei der Liberalisierung des internationalen Handels, die in aufeinanderfolgenden Verhandlungsrunden unter der Schirmherrschaft des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) erzielt werden konnten, brachten eine gewaltige Ausweitung des Welthandels. Eine führende Rolle spielte hierbei der Handel zwischen den Industrieländern, der durch

12. Zunahme des Handels der Industrieländer in Fertigwaren nach Ländergruppen, 1960-75 (in laufenden Preisen)

	Anteil an der Zunahme der Fertigwarenimporte der Industrieländer (in %)	Anteil an der Zunahme der Fertigwarenxporte der Industrieländer (in %)
Handel innerhalb Westeuropas	55	38
Sonstiger Handel zwischen Industrieländern	34	24
Handel mit Entwicklungsländern	9	29
Handel mit ölexportierenden Ländern mit Kapitalbilanzüberschuß	—	3
Handel mit Staatshandelsländern	2	6
Welthandel	100	100

— Vernachlässigbar

Quellen: *United Nations Yearbook of International Trade Statistics* (New York: Vereinte Nationen, Statistisches Büro der UN, 1976); sowie *Handbook of International Trade and Development Statistics* (Genf: Konferenz über Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen, 1976)

die regionale Integration innerhalb Westeuropas zusätzlichen Auftrieb erhielt. Im Verlauf der fünfziger Jahre stieg das Exportvolumen der Industrieländer jährlich um 7%, und zwischen 1960 und 1975 beschleunigte sich dieser Anstieg auf 8,5% pro Jahr. Ihre mengenmäßigen Importe nahmen um 7,5% bzw. 8,5% zu.

In den vergangenen 25 Jahren haben sich die Entwicklungsländer zu einem bedeutenden Markt für die Fertigwarenxporte der Industrieländer entwickelt, deren Export – abgesehen vom Handel innerhalb Westeuropas – von den Ausfuhren in die Entwicklungsländer getragen wurde.

Wachstum und Diversifizierung der Ausfuhren der Entwicklungsländer

Die Ausfuhren der Entwicklungsländer sind in den vergangenen 25 Jahren langsamer angestiegen als die der Industrieländer, wobei allerdings zwischen den Zuwachsraten von Land zu Land sehr große Unterschiede auftraten.

13. Zunahme der Warenausfuhr, 1960-75

(Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten, in % und in Preisen von 1975)

	Welt-handel insgesamt	Industrie-länder	Entwick-lungs-länder
Nahrungsmittel und Getränke	4,1	5,2	2,8
Nicht verzehrbare landwirtschaftliche Produkte	4,5	5,6	2,6
Minerale ohne Brennstoffe und Metalle	3,9	3,1	4,8
Brennstoffe und Energie	6,3	4,2	6,2
Fertigwaren	8,9	8,8	12,3
Waren insgesamt	7,1	7,5	5,9

Quellen: Weltbank; *United Nations Yearbook of International Trade Statistics*, 1960 und 1976, sowie *Handbook of International Trade and Development Statistics*, 1976, a. a. O.

Die größere Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Rohstoffen ist einer der Gründe für die – im Vergleich zu den Industrieländern – langsamere Zunahme ihrer Exporte. In den Jahren 1960 bis 1975 wuchsen die Ausfuhren der Entwicklungsländer von Fertigwaren, Brennstoffen, Mineralien und Metallen stärker als die der Industrieländer. Im Bereich der Ausfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse, in dem die Entwicklungsländer einen großen Anteil am Welthandel halten, haben ihre Exporte hingegen weniger zugenommen als die weltweiten Ausfuhren. Dies ist zum Teil auf das langsame Wachstum der Weltnachfrage nach tropischen Getränken und Hartfasern zurückzuführen, die zu den bedeutendsten Ausfuhrprodukten der Entwick-

lungsländer zählen; ein weiterer wichtiger Grund ist die ungenügende Aufmerksamkeit, die der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion eingeräumt wurde. Während die Anreize für eine Erhöhung der Produktivität häufig zu gering waren, ist die inländische Nachfrage mit dem Wachstum der Bevölkerung und der Einkommen gestiegen, so daß die Ausfuhr der Entwicklungsländer nicht mit der Weltnachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen Schritt halten konnte.

Diese Faktoren erklären zugleich weitgehend das unterschiedliche Exportwachstum in einzelnen Entwicklungsländern. Die Ausfuhren der Länder mit niedrigem Einkommen, die sehr stark von Rohstoffen abhängen, sind im allgemeinen in den Jahren 1960–1975 um weniger als 5% pro Jahr gestiegen. In der entgegengesetzten Extremsituation, in der die Fertigwaren einen großen Anteil an den Gesamtexporten stellten und die Ausfuhr nicht durch die Wirtschaftspolitik behindert wurde, lag das Wachstum sehr viel höher. In acht Ländern stiegen die Exporte jährlich um mehr als 10%.

14. Entwicklungsländer: Zunahme der Exporte von Gütern und Dienstleistungen, 1960-75 (in Preisen von 1975)

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (in %)	Anzahl der Länder
weniger als 0	3
0-5	26
5-10	30
10-15	4
über 15	4

Brennstoffe trugen in den Jahren 1960 bis 1975 mit etwa 40% zum realen Wachstum der Exporte in den Entwicklungsländern bei. Auf die Fertigwaren entfiel mehr als ein Drittel dieses Wachstums; sie repräsentieren heute etwa ein Viertel der gesamten Warenausfuhr. Eine größere Zahl von Ländern hat an dem starken Zuwachs im Export von Fertigwaren partizipiert, der damit zu dem bedeutendsten Aspekt des Fortschritts herangewachsen ist, den die Entwicklungsländer in den vergangenen 25 Jahren erzielt haben.

Drei Merkmale der Fertigwarenausfuhren sind bemerkenswert. Erstens, kommen sie aus einer recht geringen Anzahl von Ländern und Gebieten, die alle – im Vergleich zu den meisten übrigen Entwicklungsländern – industriell fortgeschritten sind. Etwa 45% der gesamten Fertigwarenausfuhr entfallen auf die Republik Korea, die Republik China, auf Spanien und Hongkong. Rechnet man Jugoslawien, Brasilien, Indien, Mexiko, Israel, Portugal, Singapur und Griechenland hinzu, so steigt dieser Anteil auf rd. 80%. Zweitens, erzielten seit dem Jahre 1965 nicht nur die Mehrheit dieser Länder, sondern auch Länder wie Malaysia,

Kolumbien, die Türkei und Thailand ein spektakuläres Wachstum in ihrer Fertigwarenausfuhr. Drittens, exportierte eine zunehmende Anzahl von Ländern Fertigwaren.

15. Fertigwarenausfuhr der Entwicklungsländer nach ausgewählten Größenklassen und Anzahl der Länder, 1965 (in Preisen von 1975)

Ausfuhr von Fertigwaren im Wert von über	1965	1970	1975
2 Mrd US-\$	0	2	9
1 Mrd US-\$	3	6	12
500 Mio US-\$	7	11	15
200 Mio US-\$	12	15	25
100 Mio US-\$	18	22	40

Anmerkung: Die Anzahl der Länder innerhalb jeder Kategorie ist kumulativ. So erreichten zum Beispiel im Jahre 1975 die Ausfuhren von 9 Ländern einen Wert von jeweils über 2 Mrd US-\$; weitere drei erzielten Ausfuhren von über 1 Mrd US-\$, was in dieser Kategorie eine Anzahl von insgesamt 12 Ländern ergibt.

Zwei Ländergruppen haben nur dürftige Ergebnisse erzielt. Einige der länger etablierten Exporteure von Fertigwaren, wie etwa Indien, konnten ihre Ausfuhren nur vergleichsweise wenig steigern, so daß ihr Anteil an der gesamten Fertigwarenausfuhr aller Entwicklungsländer beträchtlich gefallen ist. Die Industriepolitik dieser Länder war sehr stark auf die Importsubstitution ausgerichtet und mit einer Behinderung der Exporte verbunden. Die industriellen Sektoren der meisten Länder Afrikas südlich der Sahara sind noch recht unbedeutend und unterentwickelt; entsprechend hat ihre Ausfuhr um vieles langsamer zugenommen als in den anderen Entwicklungsländern.

Das Wachstum der Fertigwarenexporte hat vielen Ländern geholfen, die Zusammensetzung ihrer Ausfuhren zu diversifizieren und dabei ihre Abhängigkeit von Rohstoffen zu verringern. Dieses Wachstum wurde innerhalb der Kategorie der Fertigwarenausfuhren von einer zusätzlichen Diversifizierung begleitet, die zu einer Verlagerung der Produktion auf die Herstellung von Bekleidung, elektronischen Geräten und Maschinen zu Lasten der Produktion von Webwaren führte. Darüber hinaus wurden die Entwicklungsländer in die Lage versetzt, ihre Ausfuhr von Rohstoffen auf eine breitere Basis zu stellen: Während im Jahre 1960 die gesamten Exporteinkünfte von fast der Hälfte der Entwicklungsländer zu 50% und mehr von einem einzigen Produkt abhingen, trifft dies seit dem Jahre 1975 nur noch auf weniger als ein Fünftel dieser Länder zu.

Die Ausweitung des Ausfuhrvolumens der Entwicklungsländer wurde von Verschiebungen in ihren Terms of Trade (reale Austauschverhältnisse) begleitet, die zu einer Erosion der Kaufkraft ihrer

Exporteinnahmen führten³⁾. In den fünfziger und den frühen sechziger Jahren sind die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse (vor allem tropischer Getränke und landwirtschaftlicher Rohstoffe) gegenüber den Preisen für Fertigwarenexporte der Industrieländer gefallen. Gleichzeitig entwickelten sich die relativen Preise für Minerale und Metalle ohne deutlichen Trend unter breiten Schwankungen. Die Vervielfachung der Ölpreise im Jahre 1973 verursachte eine starke Verbesserung der Terms of Trade der Netto-Exporteure von Rohöl, sie verschlechterte jedoch die Terms of Trade aller anderen Entwicklungsländer. Per Saldo bewirkten diese Faktoren, daß sich die Terms of Trade vieler Entwicklungsländer nicht nur in den fünfziger, sondern auch in den sechziger Jahren zu ihren Ungunsten verschoben. Dabei war die Verschlechterung besonders stark bei den ärmsten Ländern, was den Nutzen, den sie aus der Expansion des Welthandels gezogen hatten, zusätzlich schmälerte.

16. Entwicklungsländer: Veränderungen der Kaufkraft der Exporte, 1960-75
(in % pro Jahr)

	Veränderungen der Terms of Trade	Zunahme der Kaufkraft
Länder mit niedrigem Einkommen	-0,2	0,7
Länder mit mittlerem Einkommen	1,9	7,0

Kapitalströme

Die Import- und Investitionsmöglichkeiten der Entwicklungsländer wurden durch den Zustrom von Kapital sowohl zu konzessionären als auch zu Marktbedingungen auf entscheidende Weise ergänzt. Die vergangenen 25 Jahre waren Zeuge der Verabschiedung bilateraler Hilfsprogramme in fast allen Industrieländern sowie eines wachsenden Volumens zunehmend konzessionärer Hilfe. Die Anzahl internationaler Stellen, die sich mit den verschiedenen Bereichen der Entwicklungshilfe befassen, ist ebenso gestiegen wie die Ressourcen, die über diese Stellen in die Entwicklungsländer geleitet wurden.

Trotz der Zunahme der Institutionen und der schnellen Expansion der Hilfeleistungen in den

fünfziger und frühen sechziger Jahren reichte der Ressourcentransfer jedoch bei weitem nicht aus, um die Erwartungen und den Bedarf zu befriedigen oder dem Angebot an nützlichen Verwendungsmöglichkeiten gerecht zu werden. Das Ziel für das »Erste Entwicklungsjahrzehnt« der Vereinten Nationen bestand in dem Transfer von einem Prozent des BSP der Industrieländer in Form von Entwicklungshilfe und privaten Investitionen. Später wurde jedoch nur ein Ziel für die Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7% des BSP vereinbart. Während die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD an die Entwicklungsländer in den fünfziger Jahren von ihrem ursprünglich niedrigen Niveau aus schnell angestiegen war, erreichte ihre reale Zunahme innerhalb des Zeitraums von 1960 bis 1975 lediglich 1,4% pro Jahr. Der prozentuale Anteil der Hilfeleistungen am BSP der Geberländer sank bis 1975 auf weniger als die Hälfte des 0,7%-Ziels ab. Von der geringen Zunahme dieser Leistungen wurden vor allem die ärmsten Entwicklungsländer und insbesondere die großen Länder Südasiens am stärksten berührt.

Die internationale Kreditgewährung zu Marktbedingungen aus privaten und öffentlichen Quellen nahm eine ganz andere Entwicklung. Sie stieg in den späten sechziger Jahren stark an, um nach dem Jahr 1973 dramatisch anzuwachsen, nachdem die Überschüsse der OPEC-Staaten zur Stützung der Investitionstätigkeit und zur Finanzierung der Zahlungsbilanzdefizite in die Entwicklungsländer geleitet wurden.

Infolge der stärkeren Zunahme der Kreditvergabe aus privaten Quellen gegenüber derjenigen aus öffentlichen Quellen hat sich die Fristenstruktur der Verschuldung der Entwicklungsländer verschlechtert. Der Zuwachs der privaten Kreditgewährung bestand überwiegend aus mittelfristigen Euro-marktkrediten und ist in erster Linie Ländern mit mittlerem Einkommen zugeflossen. Der Zugang der Entwicklungsländer zu den internationalen Anleihemärkten war weiterhin äußerst begrenzt.

Die ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern sind seit 1960 real gemessen mit einer Jahresrate von ungefähr 6,5% gestiegen; sie erreichten in vielen Ländern einen beträchtlichen Anteil am gesamten Kapitalzufluß. Diese Investitionen sind jedoch überwiegend in die Fertigwarenindustrie der Länder mit mittlerem Einkommen und in die Exploration von Mineralien gelenkt worden. Fast die Hälfte floß nach Lateinamerika. Die private Direktinvestition erwies sich auch als wichtiger Wegbereiter für den Technologietransfer und die Einführung moderner Formen der Unternehmensführung.

³⁾ Veränderungen der Terms of Trade sind seit langem Gegenstand von Auseinandersetzungen. Es wird jedoch weithin anerkannt, daß Verallgemeinerungen über langfristige Verschlechterungen unter Verwendung der frühen fünfziger Jahre als Basisperiode potentiell irreführend sind, da die Terms of Trade der Entwicklungsländer – zum Teil bedingt durch die Warenhaussse, die mit dem Korea-Krieg einherging – in diesen Jahren außergewöhnlich vorteilhaft waren.

Fremdenverkehr und Heimatüberweisungen von Gastarbeitern

Ein Nebenprodukt des wachsenden Wohlstandes in den Industrieländern war die Zunahme des Fremdenverkehrs und die vorübergehende Auswanderung von Arbeitskräften aus Entwicklungsländern in entwickeltere Länder, wodurch beträchtliche Deviseneinnahmen aus Heimatüberweisungen entstanden. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr erreichten fast 1% des zusammengefaßten Einkommens aller Entwicklungsländer im Jahre 1975. Für einige Länder stellen die Einnahmen aus dem Tourismus eine sehr wichtige Einkommens- und Devisenquelle dar: Sie beliefen sich im Jahre 1975 auf mehr als 3% des BSP bei 16 Ländern, die Ägypten, Jamaika, Jordanien, Kenia, Mexiko, Marokko, Trinidad und Tobago sowie Tunesien einschließen. In über 20 Ländern erreichten sie den Gegenwert von mehr als 10% der gesamten Einnahmen aus dem Warenexport.

Der Nettozufluß von Heimatüberweisungen der Gastarbeiter entsprach in etwa den Einnahmen aus dem Tourismus. Die Heimatüberweisungen, die den sechs bedeutendsten Exporteuren von Arbeit für Westeuropa zugeflossen sind (Algerien, Griechenland, Marokko, Tunesien, Türkei und Jugoslawien), erreichten im Jahre 1975 schätzungsweise 5 Mrd US-Dollar, was dem Gegenwert von einem Viertel der gesamten Ausfuhren dieser Länder entspricht. Die Heimatüberweisungen in die Länder, die im Mittleren Osten die größten Lieferanten von Arbeit sind (Ägypten, Jordanien, Indien, Pakistan, Syrien, die Arabische Republik Jemen und die Volksrepublik Jemen), sind in den jüngsten Jahren stark gestiegen. Im Jahre 1975 beliefen sie sich bereits auf 1,5 Mrd US-Dollar; für das Jahr 1976 werden sie auf 2,8 Mrd US-Dollar geschätzt.

Schlußfolgerungen

In Anbetracht der schnell wachsenden Bevölkerungen waren die beträchtlichen Fortschritte, die im Verlauf der letzten 25 Jahre bei der Beschleunigung des Wachstums, der Modernisierung der Wirtschaft und der Anhebung des Lebensstandards erzielt werden konnten, weder ausreichend hoch noch genügend breit gestreut, um die Zahl der absolut Armen zu verringern. Dieses Ergebnis kam trotz der Tatsache zustande, daß im Verlauf dieses Zeitraumes einige der leichter zu verwirklichenden Möglichkeiten, die Produktion zu steigern, ausgeschöpft wurden. So konnte zum Beispiel ein Teil des landwirtschaftlichen Wachstums durch die Einbeziehung brachliegenden Bodens in den Produktionsprozeß sowie den Rückgriff auf das vorhandene technische Wissen in der Landwirtschaft erzielt werden. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß die Bevölkerung in den Entwicklungsländern

selbst dann, wenn der günstige Trend bei der Verringerung der Fruchtbarkeit anhalten sollte, bis zum Jahre 2 000 wahrscheinlich auf 3,5 Mrd Menschen anwachsen wird gegenüber 2,1 Mrd im Jahre 1975.

Die wichtigste Voraussetzung für Fortschritte bei der Verringerung der Armut ist die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den Ländern mit niedrigem Einkommen, die in der Vergangenheit nur die Hälfte der Zuwachsraten der Länder mit mittlerem Einkommen erreicht haben. In beiden Ländergruppen wird es darauf ankommen, ein hohes Spar- und Investitionsniveau aufrechtzuerhalten. Die Knappheit der Ressourcen, die zur Bekämpfung der drängendsten Probleme der Armut, Unterernährung und Krankheit gebraucht werden, ist in den Ländern mit mittlerem Einkommen am kritischsten; sie stehen ununterbrochen vor der schwierigen Wahl zwischen Investitionen zur Ausweitung der künftigen Produktionskapazität und Ausgaben zur Befriedigung dringender Konsumbedürfnisse.

Die Vergangenheit ist natürlich kein eindeutiger Maßstab für künftige Entwicklungsstrategien. Die Erfolge und Fehlschläge sind unter den verschiedensten physischen Voraussetzungen, Ausgangspositionen und politischen Bedingungen eingetreten. Während einige allgemeine Lehren gezogen werden können, bleiben viele Wechselbeziehungen zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Armut, zwischen Einkommen und Bevölkerungszunahme sowie zwischen Anreizsystemen für Produzenten und Produktionsausweitung im unklaren. Unsere Kenntnis über die möglichen Erscheinungsformen und zeitlichen Veränderungen sozialer Strukturen sowie über die Einflüsse sozialer Veränderungen auf die Produktion und ihre Verteilung ist sogar noch unvollkommener.

Mit ihren expandierenden industriellen Kapazitäten können die sich entwickelnden Wirtschaften nicht mehr lediglich als Lieferanten von Rohstoffen angesehen werden. Das Heranwachsen moderner Industrien wurde von zunehmenden Fähigkeiten in den Bereichen der Produktgestaltung und -entwicklung begleitet. Die Entwicklungsländer stellen inzwischen einen bedeutenden Markt für die Ausfuhren der Industrieländer dar. Die Expansion dieses Marktes ist dadurch unterstützt worden, daß sich die Entwicklungsländer auf den internationalen Kapitalmärkten verschulden konnten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ihre Schuldendienstkapazität von den Devisenerlösen aus ihren Ausfuhren abhängt, die immer noch überwiegend in den Industrieländern abgesetzt werden. Diese strukturellen Beziehungen sind für ihre künftige Entwicklung ebenso bedeutend wie die Veränderungen, die in ihren Binnenwirtschaften eingetreten sind.

Die starke Expansion des internationalen Handels und der Kapitalströme haben einen entscheidenden Beitrag zu den erheblichen Errungenschaften der Entwicklungsländer geleistet. Allerdings haben nicht alle Länder im gleichen Ausmaß an diesem Nutzen teilgehabt. Jene mit außenhandelsorientierten Wirtschaften konnten die günstigen Gelegenheiten für die Steigerung ihrer Ausfuhren nutzen, und eine zunehmende Anzahl von Ländern mit mittlerem Einkommen gewann Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten. In den ärmeren Ländern, die bei der Deckung ihres Kapitalbedarfs völlig oder überwiegend auf öffent-

liche Entwicklungshilfe angewiesen sind, wurde jedoch das Wirtschaftswachstum infolge der sehr geringen Zunahme dieser Hilfeleistungen schwerwiegend beeinträchtigt.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft ist die Frage, ob die Entwicklung in den Entwicklungsländern weiterhin so stark durch das internationale Umfeld gestützt werden wird wie in den vergangenen 25 Jahren. Die folgenden Kapitel untersuchen die Aussichten der Entwicklungsländer; dabei werden zuerst die grundlegenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen erörtert, die die Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflussen.

3. Kapitel: Internationale Probleme der Entwicklungspolitik

Die wechselseitigen Abhängigkeiten innerhalb der Weltwirtschaft sind kein neues Phänomen - ihre Bedeutung hat über Jahrzehnte wenn nicht sogar über Jahrhunderte hinweg ständig zugenommen. Vielleicht hat man jedoch weder völlig begriffen, wie weit dieser Prozeß inzwischen gediehen ist, noch um wieviel mehr er selbst im kommenden Jahrzehnt noch fortschreiten wird. Das weltweite Ungleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot von Nahrungsmitteln und die Preissteigerungen für Rohöl in den letzten Jahren haben einige der schwerwiegenden Aspekte dieser Interdependenz aufgezeigt. Sie haben mehr Menschen darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig die Aufrechterhaltung stabiler Handelsbeziehungen für diese lebensnotwendigen Waren ist. Die Interdependenz prägt jedoch darüber hinaus viele andere Aspekte der internationalen Beziehungen.

Mit ihrem wachsenden Industriepotential werden inzwischen mehr und mehr Entwicklungsländer von den tiefgreifenden Umschichtungen in den internationalen komparativen Vorteilen erfaßt, die zwischen den Industrieländern begonnen hatten. Dieser Anpassungsprozeß ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Die umfangreichen internationalen Wanderbewegungen der Arbeit und die Zunahme des Fremdenverkehrs haben zu einer Verstärkung der wirtschaftlichen Bindungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beigetragen.

Die Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer zu marktgerechten Konditionen haben dramatisch zugenommen. Die internationale Tätigkeit der führenden Geschäftsbanken, die als Lieferanten von mittelfristigen Investitionskrediten an die Entwicklungsländer auftreten, hat sich gewaltig ausgeweitet. Einige Entwicklungsländer sind auf technologischer Ebene zurückgeblieben und verfügen über mehr Kapital als sie selbst investieren können; andere Entwicklungsländer haben trotz ihrer modernen Industrien einen hohen Kapitalbedarf und sind gezwungen, sich zur Finanzierung ihrer Investitionen und ihres Wirtschaftswachstums international zu verschulden.

Angesichts der langsamen Erholung von den Turbulenzen der vergangenen Jahre besteht zur Zeit eine weitverbreitete Unsicherheit über die weitere internationale Wirtschaftsentwicklung. In diesem Kapitel werden die wirtschaftspolitischen Hauptfragen und die möglichen Entwicklungen unter

verschiedenen Aspekten der Weltwirtschaft erörtert soweit sie die Entwicklungsländer berühren. Die Untersuchung erstreckt sich im einzelnen auf die Aussichten für das wirtschaftliche Wachstum in den Industrieländern, die Zunahme des protektionistischen Drucks in diesen Ländern und seine Implikationen für die Ausfuhren der Entwicklungsländer, den Ausblick für die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Energie sowie auf die voraussichtliche Entwicklung der Kapitalströme von Industrie- in Entwicklungsländer.

Das Wachstum der entwickelten Volkswirtschaften Industrieländer

Im Jahre 1975 erwarben die Industrieländer fast zwei Drittel aller Warenexporte der Entwicklungsländer. Da die Nachfrage der Industrieländer nach Importen von ihrem Einkommen abhängt, ist ihr Wirtschaftswachstum von größter Bedeutung für die Export- und Wachstumsaussichten der Entwicklungsländer. Das Wachstum und die Zahlungsbilanzposition der wichtigsten Industrieländer haben sich in den jüngsten Jahren sehr unstetig entwickelt, weshalb bei der Projektion ihrer Aussichten als Gruppe Vorsicht geboten ist. Die meisten Beobachter stimmen allerdings darin überein, daß ihr Wirtschaftswachstum im nächsten Jahrzehnt hinter der Zuwachsrate von 5 % pro Jahr zurückbleiben wird, die sie in den sechziger und frühen siebziger Jahren aufrechterhalten konnten; dies wird auf ihre anhaltenden Schwierigkeiten bei der Steuerung der Gesamtnachfrage und bei der Bekämpfung des Inflationsauftriebs zurückgeführt. Die Schwierigkeiten, zu einer hohen Wachstumsrate zurückzukehren, werden durch die schnell wechselnden Ungleichgewichte im außenwirtschaftlichen Zahlungsverkehr verschärft. Die Anpassungspolitik verschiedener Industrieländer scheint durch den

15

17. Industrieländer: Zunahme des Bruttoinlandsprodukts, 1960-85

(Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten, in % und in Preisen von 1975)

	1960-70	1970-75	1975-85
Nordamerika	4,0	2,4	4,3
Japan und Ozeanien	9,4	5,0	5,6
West- und Nordeuropa	4,7	2,5	3,5
Industrieländer insgesamt	4,9	2,8	4,2

Mangel an gegenseitiger Vereinbarkeit ihrer Zahlungsbilanzziele einen deflationären Einschlag erhalten zu haben; die meisten Defizitländer haben nachfragedämpfende Maßnahmen ergriffen, und selbst in den Überschußländern war die Expansionspolitik alles andere als kraftvoll.

Obwohl die Schätzungen einzelner Beobachter voneinander abweichen, erscheint die Annahme vernünftig, daß die Volkswirtschaften der Industrieländer zwischen 1975 und 1985 im Durchschnitt um 4,2 % pro Jahr wachsen werden. Unter Anrechnung des recht schwachen Wachstums in den letzten Jahren wird damit unterstellt, daß die japanische Wirtschaft bis zum Ende dieses Zeitraums jährlich um etwa 6 % expandiert, was durch ein niedriges Wirtschaftswachstum in Italien, Großbritannien und in einigen anderen europäischen Ländern aufgewogen wird. Die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik und Frankreich werden den Annahmen zufolge etwa mit der Durchschnittsrate ihrer Gruppe wachsen. Die Zuwachsraten können nicht um vieles niedriger sein als diese Projektionen, ohne daß hierdurch eine unerträglich hohe Arbeitslosigkeit und eine ungleichgewichtige Entwicklung zwischen der Arbeitsproduktivität und den Löhnen hervorgerufen wird, die zu höheren Lohnstückkosten führen müßte.

Die wechselseitigen Beziehungen zwischen wirtschaftlichem Wachstum, Inflation, Löhnen und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht werden durch eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Maßnahmen einschließlich der Geld-, Einkommens- und Handelspolitik beeinflusst; eine Erörterung dieser Zusammenhänge würde den Rahmen dieses Berichts überschreiten. Von besonderer Bedeutung für das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer ist allerdings die steigende Tendenz, zum Schutz gegen Importe zu protektionistischen Maßnahmen Zuflucht zu nehmen, um dadurch die Auswirkungen der anhaltenden Rezession auf die Beschäftigung aufzufangen; dadurch werden einige der schwierigen strukturellen Anpassungen verzögert, die unumgänglich sind, sofern die Rückkehr auf einen höheren Wachstumspfad erreicht werden soll.

Es ist unwahrscheinlich, daß das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern die hier angenommenen Raten erreichen wird, falls der Protektionismus spürbar um sich greifen sollte. Eine offene Handelspolitik, wie sie für die sechziger Jahre charakteristisch war, trägt auf verschiedene Weise und in erheblichem Umfang zum Wachstumstempo in den Industrieländern bei: Sie fördert die Arbeitsteilung, die beschleunigend auf die Zunahme der Fähigkeiten und der Arbeitsproduktivität in der Industrie wirkt und dadurch den technischen Fortschritt ermutigt; sie eröffnet den Zufluß von

Fertigwaren zu niedrigeren Preisen, stärkt damit die reale Kaufkraft und dämpft den Preisauftrieb, der die Anregung des wirtschaftlichen Wachstums mit Hilfe von expansiven geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen behindert; sie regt schließlich das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern an und wirkt damit expansiv auf die Exportmärkte der Industrieländer.

Staatshandelsländer

Das Wirtschaftswachstum in den Staatshandelsländern (CPEs – Centrally Planned Economies) hat keinen substantiellen Einfluß auf die Entwicklungsländer. Auf die CPEs entfielen im Jahre 1975 ungefähr 5 % der Ausfuhren der Entwicklungsländer, und diese Ausfuhren bestanden etwa zu 40 % aus Nahrungsmitteln und Getränken. Der Handel zwischen diesen beiden Ländergruppen ist nicht so schnell gewachsen wie der zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern; er beschränkt sich überwiegend auf relativ wenige Länder¹⁾. Der Nettobeitrag an Entwicklungshilfe, den die CPEs an die Entwicklungsländer leisten, ist gering.

Dennoch können die Aussichten der Entwicklungsländer in verschiedener Weise unmittelbar durch die Wirtschaftslage in den CPEs beeinflusst werden. Erstens, könnten die protektionistischen Neigungen in Westeuropa zunehmen, wenn die CPEs ihre Fertigwarenexporte in die Industrieländer ebenso stark steigern wie in der Vergangenheit. Der Wert der Fertigwarenausfuhr der CPEs nach Westeuropa stieg von 2,3 Mrd US-Dollar im Jahre 1970 auf 5,5 Mrd US-Dollar im Jahre 1975 und damit weniger stark als die Ausfuhr industrieller Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern; sie betraf jedoch in etwa die gleichen sensitiven Produktkategorien. Zweitens, haben die CPEs in den letzten Jahren an den Eurogeldmärkten in beträchtlicher Höhe kommerzielle Kredite aufgenommen, und sie werden voraussichtlich auch weiterhin stark auf diese Märkte zurückgreifen. Sie könnten deshalb den Umfang an mittel- und langfristigem Kapital beeinflussen, der den Entwicklungsländern zur Verfügung steht. Drittens, bestehen beträchtliche Unsicherheiten über die Zunahme der Importnachfrage der CPEs nach Nahrungsmitteln und Brennstoffen und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die verfügbaren Mengen und die internationalen Preise.

1) Im Jahre 1976 sandten nur 8 Entwicklungsländer mehr als 15 % ihrer Ausfuhren in CPEs: Ägypten, Afghanistan, Ghana, die Arabische Republik Jemen, Jugoslawien, Mali, Peru und Syrien.

Protektionismus in den Industrieländern

Neuere Entwicklungen

In den Industrieländern ist der Protektionismus erheblich angewachsen, und es bestehen starke Bestrebungen, zusätzliche Maßnahmen einzuführen. Diese Bestrebungen werden zum Teil durch das anhaltend niedrige Wachstum in den Industrieländern und das daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeitsniveau ausgelöst; teilweise sind sie auch das Ergebnis der Konzentration der Exportausweitung der Entwicklungsländer auf verhältnismäßig wenige Kategorien von Fertigprodukten. Die protektionistischen Maßnahmen stützten sich auf die Anwendung der verschiedensten Instrumente wie zum Beispiel auf »Vereinbarungen zur Sicherung geordneter Marktverhältnisse« und neue Importquoten; Import-Mindestpreise wie im Falle von Stahl und landwirtschaftlicher Erzeugnisse; neue »freiwillige« Exportbegrenzungen; »Ausgleichszölle«; administrative Importbehinderungen und Subventionen für inländische Industrien, mit dem Ziel, die Produktion auf einem höheren Niveau zu halten, als durch die Nachfrage gerechtfertigt war. Es wurde nach der Beeinflussung von Marktanteilen auf regionaler oder weltweiter Basis sowie danach gerufen, den Protektionismus auf eine breitere Palette von Produkten auszuweiten. Die Exporteure der Entwicklungsländer werden von allen Arten dieser Maßnahmen berührt: Mengemäßige Beschränkungen und Vereinbarungen zur Aufteilung der Märkte begrenzen unmittelbar ihren Absatz in Industrieländern, wohingegen dieser Effekt bei Subventionen an schwache Wirtschaftszweige indirekt auftritt.

Während die Ausfuhren der Entwicklungsländer bis einschließlich 1977 anhaltend stark gestiegen sind, hatten neuere wirtschaftspolitische Entwicklungen im Bereich der Handelsbeziehungen deutlich nachteilige Wirkungen. Sie haben, soweit die Entwicklungsländer betroffen sind, zwei bedeutende Formen angenommen und zwar die zunehmend starke Beschränkung ihrer Ausfuhren sowie das Entstehen eines Klimas, in dem eine steigende Zahl von Produzenten lautstark nach protektionistischen Maßnahmen ruft, wobei die Wahrscheinlichkeit zunimmt, daß ihnen etwas geholfen wird. Eine Voraussage darüber, wie, wann oder in welchem Ausmaß dem protektionistischen Druck nachgegeben wird, ist nicht möglich; die augenblickliche Lage und die daraus entstehende Ungewißheit für die künftige Entwicklung der Exporte ist jedoch sehr besorgniserregend.

Die Ausfuhrbeschränkungen für Bekleidung und Textilien aus Entwicklungsländern basieren auf einem System von bilateralen Quoten, das für jede Gruppe von Textilerzeugnissen aus einem be-

stimmten Exportland in ein bestimmtes Importland Quoten festlegt; dieses System wird von den international vereinbarten Regelungen und Verfahren des Welttextilabkommens (MFA – Multi-Fibre Arrangement) getragen. Das MFA wurde ursprünglich im Jahre 1973 ausgehandelt und kürzlich bis zum Jahre 1981 verlängert. Die Bestimmungen des MFA, die dem Schutz der Exporteure gelten, sind abgeschwächt worden, und im vergangenen Jahr wurden restriktivere Quoten eingeführt. So wird durch die neuen Quoten für den europäischen Gemeinsamen Markt nicht lediglich der Zuwachs begrenzt, sondern sogar die Höhe der Importe reduziert. Die für das Jahr 1978 geltenden Quoten unterschreiten bei drei führenden Lieferanten (die Republik China, Hongkong und die Republik Korea) für mehrere wichtige Produktkategorien deutlich das von ihnen im Jahre 1976 erreichte Handelsniveau. Alle bedeutenden und potentiell bedeutenden Exporteure mußten mitansehen, wie ihr Spielraum für Exportsteigerungen stark durch Quoten eingeengt worden ist, die nur langsam über das in der Vergangenheit erzielte Handelsniveau hinauswachsen; der Anstieg der Quoten liegt gewöhnlich zwischen 0,5% und 4% pro Jahr gegenüber der vorausgegangenen Norm von 6 % pro Jahr. Die neuen Vereinbarungen legen darüber hinaus niedrige »Auslöseschwellen« für zusätzliche Quoten fest, die den Spielraum der Diversifizierung durch die Herstellung neuer Produkte begrenzen. Neue restriktive Quoten wurden auch von anderen Ländern wie Australien, Kanada, Norwegen und Schweden festgelegt, während die Vereinigten Staaten im Rahmen ihrer neuen bilateralen Vereinbarungen die Quoten ihrer bedeutendsten Lieferanten für das Jahr 1978 auf dem Niveau des Jahres 1977 gehalten haben. Obwohl die Importzunahme in der Vergangenheit über die festgelegten Grenzen hinausgegangen ist und diese Divergenz auch in den kommenden Jahren auftreten dürfte, wirken die jüngsten Maßnahmen restriktiver als die vorausgegangenen, so daß der Zuwachs der Ausfuhren von Textilien und Bekleidung zurückgehen wird. Sie werden nicht nur die Ausfuhren der bedeutenderen Exporteure, sondern auch die aus den kleineren, ärmeren und weniger fortgeschrittenen Entwicklungsländern beeinträchtigen, in denen Textilerzeugnisse im allgemeinen einen großen Anteil der Fertigwarenausfuhr stellen.

Auch für andere Produktkategorien, die für die Entwicklungsländer von Bedeutung sind, wurden Quoten eingeführt, und es ist zu befürchten, daß noch mehr Kategorien einbezogen werden. In den letzten Jahren sind in Ländern wie Australien, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Schweden und den Vereinigten Staaten neue quantitative Beschränkungen über den Import von Schuhen

verhängt worden, während die bereits bestehenden mengenmäßigen Restriktionen wie zum Beispiel in Japan unverändert in Kraft geblieben wurden. In der Europäischen Gemeinschaft werden Restriktionen aller Mitgliedsländer erzwungen. In der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten sind besondere Schutzmaßnahmen für Stahl eingeführt worden, die den Entwicklungsländern, die inzwischen in diesem Bereich als Exporteure auftreten, ernsthafte Schwierigkeiten bereiten. Der Import von Fernsehgeräten aus der Republik China und der Republik Korea wurde in Großbritannien durch Quoten begrenzt; er ist auch in den Vereinigten Staaten und anderswo gefährdet. Im Schiffbau, in dem die Entwicklungsländer zunehmend wettbewerbsfähig geworden sind, wenden einige Industrieländer besondere Maßnahmen an, um ihre eigenen Unternehmen zu unterstützen. In den Industrieländern mehren sich die Forderungen der Hersteller nach protektionistischen Maßnahmen für einen weiten Bereich anderer Produkte, der von petrochemischen Erzeugnissen bis zu Fahrradreifen und Schläuchen reicht. Die Barrieren, die in der Landwirtschaft und im Bereich der Nahrungsmittelherstellung den Anstieg der Ausfuhren der Entwicklungsländer am weitestgehenden beeinträchtigen, richten sich gegen Rindfleisch, Zucker, Gemüse, Tabak und Getreide sowie gegen industrielle Nahrungsmittelprodukte verschiedenster Art.

Die systematische Verringerung dieser Schranken bleibt eine der großen unbeeendeten Aufgaben in den multilateralen Verhandlungen über Handelsfragen, eine Aufgabe, bei der für die Entwicklungsländer viel auf dem Spiel steht.

Neben den direkten Beschränkungen können sich auch viele andere Maßnahmen diskriminierend auf die Ausfuhren der Entwicklungsländer auswirken, selbst wenn dies ursprünglich nicht beabsichtigt ist. Als Beispiele sind hier zu nennen industrielle Normen, gesundheitliche Regelungen, Verpackungsvorschriften, Zollbewertungspraktiken, administrative Zulassungsverfahren, Beschaffungsvorschriften für öffentliche Stellen und die Subventionierung der inländischen Produktion. Allein die Komplexität der Zulassungsbestimmungen für Einfuhren wirkt schon auf viele Entwicklungsländer und insbesondere auf jene abschreckend, die noch nicht in nennenswertem Umfang exportieren oder keine internationale Unternehmen zur Vermarktung ihrer Erzeugnisse einsetzen. Zu den wünschenswerten Merkmalen eines Handelssystems, das zum gemeinsamen Nutzen der Industrie- und Entwicklungsländer beiträgt, gehören die Kodifizierung der geltenden Regeln, die Festlegung expliziter Kriterien für ihre Anwendung sowie die Einräumung eines ausreichenden Anpassungszeitraums für ausländische Lieferanten.

Die zunehmenden Restriktionen verschlimmern die Ungewißheit über die Zukunft. In einem Klima, in dem Rufe nach Schutzmaßnahmen gute Erfolgsaussichten haben, können schon Proteste von Produzenten in Industrieländern gegen die Zunahme der Einfuhren abschreckend auf die Investoren in Entwicklungsländern wirken. Länder, die auf das Wachstum ihrer Ausfuhren angewiesen sind, werden ihre Expansionspläne in den Exportindustrien nach unten revidieren und die Investitionen in diesem Bereich kürzen. Bislang unbedeutendere Exportländer werden eher zögern, die erforderlichen langfristigen Verpflichtungen auf sich zu nehmen, die mit einer Änderung der Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik auf die Förderung der Ausfuhren einhergehen.

Implikationen für die Industrieländer

Indem die protektionistischen Maßnahmen das Handelswachstum beeinträchtigen, unterbrechen sie zugleich die zunehmende Arbeitsteilung, die in den vergangenen 25 Jahren eine bedeutende Quelle des Wachstums in den Industrieländern darstellte. Indem sie die strukturellen Anpassungen verzögern, behindern protektionistische Maßnahmen die Umleitung der Arbeit aus traditionellen Wirtschaftszweigen mit einer niedrigen Arbeitsproduktivität – wie im Bereich der Fertigung von Textilien, Bekleidung und Schuhen – in Industrien mit höherer Arbeitsproduktivität wie im Maschinenbau und in der Chemie. Die Arbeitskosten werden deshalb in den letztgenannten Bereichen in den Industrieländern schneller ansteigen als dies bei einer höheren Mobilität der Arbeit der Fall gewesen wäre, und das wirtschaftliche Wachstum wird niedriger ausfallen.

Einfuhren aus Ländern mit niedrigen Produktionskosten können die Preise günstig beeinflussen, indem sie den Preisauftrieb dämpfen und die Steuerung der Nachfrage erleichtern. So stiegen zum Beispiel die Preise innerhalb der beiden Güterklassen, in denen die Vereinigten Staaten einen beträchtlichen Anteil ihrer Importe aus Entwicklungsländern bezogen, viel langsamer als andere Güterpreise. Die Großhandelspreise für Bekleidung nahmen in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1970 bis 1976 um lediglich 26 % zu, während der Anstieg bei anderen Großhandelspreisen 66 % erreichte. Innerhalb des gleichen Zeitraums sanken die Preise für Erzeugnisse der Verbrauchselektronik um 2,5 %. Importbeschränkungen drücken im allgemeinen die Preise in den Industrieländern unweigerlich nach oben und verschärfen damit das bereits schwierige Problem der anhaltenden Inflation.

Das Argument, die Verhinderung zusätzlicher Arbeitslosigkeit infolge gestiegener Importe aus den

Entwicklungsländern sei die Kosten eines Mehr an Inflation und niedrigerer Wachstumsraten wert, ist in mehrfacher Hinsicht zweifelhaft. Erstens, wird das gesamte Beschäftigungsniveau weitaus stärker durch das Wirtschaftswachstum schlechthin als durch die Einfuhr aus Entwicklungsländern beeinflusst. Zweitens, werden die durch Importschranken gegen Entwicklungsländer unmittelbar erzielten Beschäftigungsgewinne wieder aufgewogen durch die Beschäftigungsverluste in Wirtschaftszweigen die in diese Länder exportieren. Der Beschäftigungsverlust, der auf diese Weise eintritt, ist häufig unterschätzt worden; er ist jedoch beträchtlich und im Wachsen begriffen. Eine detaillierte Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland hat gezeigt, daß der Beschäftigungsrückgang in Wirtschaftszweigen, die mit Importen konkurrieren, bei einem ausgeglichenen Wachstum der Exporte und der Importe voll ausgeglichen wurde durch eine Beschäftigungszunahme in der Ausfuhrindustrie.

Darüber hinaus ist zu beachten, daß die Auswirkungen sinkender Exporterlöse der Entwicklungsländer auf ihr Wirtschaftswachstum und ihre Importnachfrage auf die Industrieländer zurückzuschlagen und deren Beschäftigung ungünstig beeinflussen. Die Fertigwarenausfuhr in Industrieländer hat im Vergleich zu allen anderen Gütergruppen, die die Entwicklungsländer exportieren, in realen Einheiten am stärksten zugenommen; Beschränkungen dieser Zunahme werden das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer und ihre Schuldendienstfähigkeit beeinträchtigen. Dies müßte zweifellos geringere Ausfuhren der Industrieländer in die sich entwickelnden Wirtschaften nach sich ziehen.

Der Umfang der Importmärkte in den Entwicklungsländern und ihre Bedeutung für die Industrieländer wird nicht überall richtig eingeschätzt. So belief sich der Gesamtwert der Ausfuhr der Industrieländer im Jahre 1975 auf etwa 550 Mrd US-Dollar, der zu einem vollen Viertel von Entwicklungsländern erworben wurde. 30 % ihrer gesamten Fertigwarenausfuhr gingen in Entwicklungsländer. Die Abhängigkeit von den Märkten in den Entwicklungsländern liegt für die Vereinigten Staaten (34 %) und Japan (45%) über diesem Durchschnitt. Die Märkte in der sich entwickelnden Welt sind jedoch nicht nur für die Fertigwarenbranche in den Industrieländern von großer Bedeutung, sie gehören auch zu den schwungvollsten Nachfragekomponenten in der augenblicklichen rezessiven Entwicklung. Durch eine verstärkte Kreditaufnahme waren die Entwicklungsländer in der Lage, ihre Importnachfrage aufrechtzuerhalten; wäre ihnen das nicht gelungen, so hätten sich die Probleme der Industrieländer bei der Steuerung ihrer Nachfrage sogar noch schwieriger gestaltet.

Schließlich sollte auf die gewaltigen Unterschiede in den Größenordnungen des Handels mit Fertigwaren hingewiesen werden, der in die beiden Richtungen geht: Der Wert der Exporte von Industrieländern in Entwicklungsländer betrug im Jahre 1975 rd. 123 Mrd US-Dollar; in die umgekehrte Richtung flossen lediglich 26 Mrd US-Dollar. Entsprechend kann sich eine Begrenzung der Importe aus Entwicklungsländern als »Bumerang« erweisen, da sie weitaus umfangreichere Exportströme in die umgekehrte Richtung gefährdet.

Diese aggregierte Betrachtungsweise erscheint wichtig, da sie die voraussichtlichen Nettokosten und den Nutzen für die Gesamtwirtschaft offenlegt. Sie kann natürlich die Besorgnis über einzelne Wirtschaftszweige oder Regionen, in denen Anpassungsmaßnahmen nötig sein könnten, nicht beschwichtigen. Aber selbst auf sektoraler Ebene sind die Auswirkungen auf die Beschäftigung im Vergleich zu denen anderer Einflußfaktoren gering, zu denen technologische Neuerungen und Nachfrageänderungen gehören, die die treibenden Kräfte struktureller Verschiebungen und des Wirtschaftswachstums darstellen. Mehrere Studien haben gezeigt, daß in einem gegebenen Industriesektor die durch den Importwettbewerb erlittenen Beschäftigungseinbußen im allgemeinen weitaus geringer sind als die Einbußen, die durch technologische, die Arbeitsproduktivität steigernde Änderungen verursacht werden. Eine andere deutsche Studie hat gezeigt, daß im gesamten Industriesektor der Bundesrepublik in den Jahren 1962 bis 1975 auf jeden Arbeiter, der seinen Arbeitsplatz als Folge der Einfuhr aus Entwicklungsländern aufgeben mußte, 48 Arbeiter entfallen, deren Stellen infolge des Produktivitätsfortschritts verloren gegangen sind. Selbst in der Bekleidungsindustrie, in der die Importe aus Entwicklungsländern stark gestiegen sind und deren Produktionsverfahren sich wenig änderten, lag dieses Verhältnis unter 1 : 3.

Abgesehen von sehr eng begrenzten Produktgruppen, tragen die Einfuhren aus Entwicklungsländern nur in sehr geringem Umfang zum Angebot in den Importländern bei. Selbst in der Bekleidungsindustrie, die am stärksten zum Exportwachstum der Entwicklungsländer beigetragen hat und in der die Geschwindigkeit des Markteinbruchs am größten war, lieferten die Entwicklungsländer in die Vereinigten Staaten noch im Jahre 1976 lediglich rd. 7% der gesamten Nachfrage nach Bekleidung gegenüber weniger als 3% im Jahre 1970. Für Textilien und Bekleidung insgesamt betrug dieser Anteil in den Vereinigten Staaten im Jahre 1974 4%, verglichen mit etwa 8% in der Bundesrepublik, 6% in Großbritannien, 5% in Kanada, 4% in Japan und 2% in Frankreich. Entsprechend haben diese Einfuhren nur einen bescheidenen Einfluß auf die

industrielle Struktur der importierenden Länder. Ihre Auswirkungen auf die Beschäftigungsstruktur sind sogar noch geringer, da bestimmte Berufe von verschiedenen Wirtschaftszweigen gemeinsam nachgefragt werden.

Höhere Einfuhren haben innerhalb der Gesamtwirtschaft und der einzelnen Sektoren nur geringe Nettoeffekte auf die Beschäftigung. Sie können jedoch einzelne Unternehmen vor ernsten Schwierigkeiten stellen, sofern ihre Erzeugnisse sehr arbeitsintensiv sind und mit herkömmlichen Produktionsverfahren hergestellt werden; diese Eigenschaften begünstigen die Entwicklungsländer mit ihren niedrigen Arbeitskosten und ihren vergleichsweise wenig entwickelten Fähigkeiten. Die Beteiligung am Wettbewerb bereitet denjenigen Unternehmen die allergrößten Schwierigkeiten, die ungelernete Kräfte beschäftigen und deren Arbeitsproduktivität nur langsam zunimmt. Infolge der Starrheit der Löhne erreichen die Stückkosten der Produkte dieser Unternehmen ein Niveau, auf dem sie nicht mehr wirksam mit den Importen und selbst mit den Erzeugnissen anderer effizienter Industrieunternehmen im Inland konkurrieren können. Solche Fälle verlangen jedoch nach dem Einsatz gezielter Maßnahmen, um den Anpassungsprozeß zu erleichtern und nicht nach breit angelegten protektionistischen Schranken, die die Anpassung verhindern.

Die derzeitigen Bemühungen der Industrieländer um eine Erleichterung der strukturellen Anpassung gehen nicht weit genug. Gegenwärtig zielen die angewendeten Maßnahmen häufig eher darauf, die beeinträchtigten Industriezweige zu unterstützen, als darauf, die Arbeitnehmer umzuschulen und wirtschaftliche Anreize für die Umleitung von Arbeit und Kapital in andere Sektoren zu schaffen. Sehr wenige Länder haben darüber hinaus damit begonnen, sich mit den Anpassungserfordernissen der Zukunft zu befassen, die mit der weiteren Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der zunehmenden Fähigkeit der Entwicklungsländer, Fertigprodukte zu exportieren, entstehen werden.

Nur mit Hilfe einer angemessenen, vorausschauenden Planung können die Friktionen, die die Anpassungsprozesse begleiten, verringert und die Vorteile aus dem Handel sowohl für die importierenden als auch die exportierenden Länder verwirklicht werden; auch die Ungewißheit, die die Investitionsplanung in den Entwicklungsländern belastet, läßt sich hierdurch etwas einschränken. Da ein anhaltendes Wachstum des internationalen Handels für alle Länder von Nutzen ist, gilt dies letztlich auch für den Fortschritt, der bei der Anpassung an die internationalen Verschiebungen der komparativen Vorteile erzielt wird. Es wäre deshalb

wünschenswert, Maßnahmen der Industrieländer, die darauf abzielen, ihre inländischen Industrien zu schützen, einer geeigneten multilateralen Überwachung zu unterwerfen; diese sollte sicherstellen, daß solche Maßnahmen nur selten Anwendung finden, daß sie eine angemessene Zunahme der konkurrierenden Einfuhren zulassen und daß sie von Schritten begleitet werden, die die Abwanderung der Arbeit und des Kapitals aus den beeinträchtigten Industrien erleichtern, um letztlich zu erreichen, daß die Schutzvorkehrungen innerhalb einer angemessenen Frist wieder abgebaut werden können.

Implikationen für die Entwicklungsländer

Wie stark das Wachstum der Fertigwareneinfuhren der Entwicklungsländer durch die Schutzvorkehrungen der Industrieländer beeinträchtigt werden wird, hängt zum Teil davon ab, wie strikt die ausgehandelten quantitativen Restriktionen angewendet werden. Obwohl zum Beispiel das Welttextilabkommen ursprünglich Bestimmungen enthielt, die das Wachstum der Ausfuhr der Entwicklungsländer von Textilerzeugnissen mengenmäßig auf 6% pro Jahr begrenzten, wurde dieser Spielraum durch den tatsächlichen Zuwachs bis zum Jahre 1976 beträchtlich überschritten. Aus mehreren Gründen ist es jedoch unwahrscheinlich, daß sich diese Erfahrung wiederholen wird: Die protektionistischen Neigungen sind ausgeprägter, die geltenden bilateralen Vereinbarungen erfassen eine höhere Anzahl von Erzeugnissen und lassen nur niedrigere Zuwachsraten zu; darüber hinaus wurden die Möglichkeiten, durch eine Anhebung der Qualität (und der Preise) Marktanteile bei bestimmten Erzeugnissen zu gewinnen, bereits überwiegend ausgenutzt. Wie stark die Exporte der unter dem Textilabkommen erfaßten Produkte im kommenden Jahrzehnt steigen werden, hängt von der Handhabung der existierenden Quoten und von den Entscheidungen ab, die nach ihrem Auslaufen getroffen werden.

Das Ausmaß, in dem die protektionistischen Maßnahmen in den Vereinigten Staaten und in Europa tatsächlich gegen die Einfuhren aus Japan gerichtet sind, ist ein Faktor von besonderer Reichweite für die Exporte der Entwicklungsländer. Einige der Entwicklungsländer bewegen sich im Fahrwasser Japans, indem sie ihre Ausfuhren von arbeitsintensiven Fertigprodukten in dem Maße ausweiten, in dem Japan diese Ausfuhren wegen der steigenden Arbeitskosten einschränkt. Ihre Fähigkeit, die Exporte auszuweiten, wird von der weiteren Verlagerung der Ausfuhren Japans in technisch anspruchsvollere Erzeugnisse abhängen, aber auch davon, inwieweit der protektionistische Druck als Reaktion auf eine liberalere Importpo-

litik in Japan nachläßt. Sollte gegen die Ausweitung der japanischen Ausfuhren von Personenwagen, ausgereiften elektronischen Geräten und Maschinenbauerzeugnissen ein starker Widerstand entstehen, so ist es weniger wahrscheinlich, daß Japan seine verbleibenden Marktanteile in den anderen Produktarten aufgeben wird. Die gleichen Überlegungen gelten für Produktionsverlagerungen zwischen Entwicklungsländern, die sich in ihrer industriellen Differenziertheit auf unterschiedlichen Stufen befinden. So können zum Beispiel die Republik Korea und die Republik China ihre Ausfuhren von Bekleidung und Schuhen solange nicht verringern, bis sie angemessene Expansionsmöglichkeiten in der Verbrauchselektronik und bei Metallerezeugnissen gefunden haben.

Somit ist die Annahme, eine protektionistische Zügelung des Wachstums der Textil- und Bekleidungseinfuhr in Industrieländer würde nur diejenigen treffen, die derzeit zu den bedeutendsten Exporteuren dieser Produkte zählen, unzutreffend. Tatsächlich dürften die schmerzlichsten Auswirkungen in jenen Ländern zu fühlen sein, die im Begriff sind, sich zu wichtigen Exporteuren für Industrieerzeugnisse zu entwickeln.

Die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen können besser abgeschätzt werden, wenn man die Entwicklungsländer nach der Art ihrer Fertigwarenausfuhren wie folgt unterteilt:

- *Die drei bedeutendsten Exporteure von Bekleidung und Textilien in Ostasien*, die Republik China, Hongkong und die Republik Korea, auf die zusammen mehr als ein Drittel der Fertigwarenausfuhr der Entwicklungsländer und mehr als drei Fünftel ihrer Exporte von Bekleidung in Industrieländer entfallen. Textilerzeugnisse stellen immer noch einen großen Teil ihrer Gesamtausfuhr dar: Im Jahre 1976 betrug ihr Anteil 44% in Honkong, 36% in der Republik Korea und 28% in der Republik China. Die Fertigwarenausfuhr dieser Länder ist jedoch bereits breitgefächert; sie umfaßt in steigendem Umfang technisch komplexe Erzeugnisse. Ernste Behinderungen ihrer Ausfuhren von Bekleidungs- und Textilerzeugnissen werden sich nachteilig auf ihr Wirtschaftswachstum auswirken; sie dürften jedoch hierauf wahrscheinlich mit einer Verdoppelung ihrer Anstrengungen beim Ausbau ihres Maschinenbausektors und der Diversifizierung ihrer Ausfuhren reagieren. Diese Länder sind ausreichend fortgeschritten bei der Entwicklung ihres Wirtschafts- und Arbeitskräftepotentials, um auf längere Sicht erfolgreich zu sein und die Beeinträchtigung des Protektionismus gegen Textilien und Bekleidung aufzufangen.

- *Andere Entwicklungsländer, die auf industriellem Gebiet verhältnismäßig fortgeschritten sind*, wie Argentinien, Brasilien, Griechenland, Indien, Israel, Jugoslawien, Mexiko, Singapur und Spanien, und die eine breite Palette von Fertigprodukten sowohl in Industrie- wie auch in andere Entwicklungsländer exportieren. Sie hängen weniger stark von der Textil- und Bekleidungsausfuhr ab. Die gegenwärtig in einigen dieser Länder verfolgte Exportpolitik verhindert die volle Ausnutzung des Ausfuhrpotentials. Entsprechend dürfte das Anwachsen des Protektionismus in den Industrieländern nicht nur die Exportnachfrage unmittelbar beeinträchtigen, sondern auch die Verlagerung von Anreizen auf die Exportförderung zur Steigerung des Wirtschaftswachstums entmutigen.

- *Länder, die im Begriff sind, sich zu erfolgreichen Exporteuren von Fertigprodukten zu entwickeln*, wie Kolumbien, Malaysia, Marokko, Pakistan, die Philippinen, Thailand und die Türkei. Die Wachstumsaussichten dieser Länder werden durch die Zunahme des Protektionismus gegen Textilien und Bekleidung stark verschlechtert. Infolge der Vielschichtigkeit des detaillierten Quotensystems für diese Erzeugnisse setzt selbst die volle Ausnutzung der Quoten eine dynamische Kraft, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit voraus, die viele dieser Länder in der Vergangenheit nicht gezeigt haben.

- *Wirtschaften auf einem niedrigen Niveau der industriellen Entwicklung* und mit einem nur geringen Volumen der Fertigwarenausfuhr, die sich weitgehend aus verarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnissen zusammensetzt. Das Wachstum der Fertigwarenxporte dieser Länder wird in erster Linie durch den niedrigen Stand ihrer industriellen Entwicklung und durch den Mangel an Fachkräften begrenzt. Einige dieser Länder wie Bangladesch, Indonesien und Sri Lanka werden jedoch bereits durch die Quoten für Textilerzeugnisse beeinträchtigt. Viele der übrigen Länder in dieser Kategorie haben mit der Europäischen Gemeinschaft Vorzugsvereinbarungen getroffen und werden deshalb weniger berührt; die meisten von ihnen sehen sich jedoch in irgendeiner Form von Beschränkungen auf Textilien und Bekleidung bedroht, sofern der gegenwärtige protektionistische Druck anhält.

Die vorausgegangene Erörterung befaßt sich ausschließlich mit den Konsequenzen des wachsenden Protektionismus in den Industrieländern; die Gründe dafür, daß der Protektionismus auf längere Sicht in hohem Maße »selbstzerstörerisch«

ist, haben jedoch allgemeine Gültigkeit. Protektionistische Maßnahmen sind auch in den Entwicklungsländern üblich. Für viele von ihnen, vor allem diejenigen, die sich noch in einem frühen Stadium der Industrialisierung befinden, kann der Protektionismus gerechtfertigt werden. In jenen Ländern jedoch, die im Entwicklungsprozeß vorangeschritten sind, werden die nachteiligen Folgen des industriellen Protektionismus für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum zunehmend deutlich. Auch diese Entwicklungsländer werden beim Versuch, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und ihre Ausfuhren zu diversifizieren, vor Anpassungsproblemen stehen. Darüberhinaus handelt es sich bei ihnen gerade um jene Länder, die das größte Interesse daran haben, zusehends restriktive Handelsbeziehungen zu vermeiden. Die Vorteile eines liberalen Handels können nur über ein kooperatives Vorgehen aufrechterhalten werden. Die Schlagkraft einer solchen Vorgehensweise würde verstärkt, wenn die Entwicklungsländer aktiver als in der Vergangenheit an multilateralen Handelsgesprächen und sonstigen Bemühungen teilnehmen würden, die darauf abzielen, die gegen einen stärkeren Handel gerichteten Schranken zu verringern.

Handel mit Rohstoffen ohne Brennstoffe

Im Vergleich zu den Fertigwaren nehmen die Rohstoffe im Handel der Entwicklungsländer einen ganz anderen Platz ein. Die Entwicklungsländer liefern etwa ein Drittel der Weltexporte von Rohstoffen ohne Brennstoffe, wohingegen sie zu den Weltexporten von Fertigprodukten nur ein Zehntel beitragen. Etwa die Hälfte ihrer Ausfuhr von bedeutenden Rohstoffen ohne Berücksichtigung der Brennstoffe besteht aus Produkten, die in den Industrieländern nicht erzeugt werden. Der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel in Rohstoffen ohne Brennstoffe ist gesunken, während er bei den Fertigprodukten gestiegen ist. Im Verhältnis zu den gesamten Warenausfuhren der Entwicklungsländer ging die Ausfuhr von Rohstoffen ohne Brennstoffe von 68% im Jahre 1960 auf 34% im Jahre 1975 zurück, während der Anteil der Fertigwaren an der gesamten Warenausfuhr im gleichen Zeitraum von 14% auf 26% zunahm.

Auch das Problem des Marktzugangs stellt sich bei den Rohstoffen anders dar: Auf nichtlandwirtschaftliche Rohstoffe werden keine oder nur niedrige Zölle erhoben, und es bestehen im allgemeinen auch keine nichttarifären Handelshemmnisse. Wie im vorausgegangenen Abschnitt bereits festgestellt wurde, werden gegen die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte seit langem Handelsschranken errichtet. Verhältnismäßig wenige Länder haben an

einem ebenso freien Warenaustausch für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie für Fertigprodukte festgehalten, und im Verlauf der vergangenen Jahre wurde sehr wenig unternommen, um diese Schranken abzubauen; da sie aufs engste mit der inländischen Preispolitik und landwirtschaftlichen Unterstützungsprogrammen verbunden sind, dürfte ihr Abbau die größten Schwierigkeiten aufwerfen. Die Nachfrage nach Rohstoffen wächst weitaus langsamer als die nach Fertigprodukten, und bei einigen Rohstoffen wurden weltweit schwerwiegende Überschüsse produziert. In den Industrieländern steigt die Nachfrage nach der Einfuhr von Rohstoffen im allgemeinen in etwa mit der gleichen Rate wie die Einkommen, während die Nachfrage nach Fertigwarenimporten doppelt so stark zunimmt. Die Steigerung der Rohstoffausfuhr bereitet den Entwicklungsländern infolge des langsamen Wachstums der Importnachfrage und des starken Protektionismus gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse außerordentliche Schwierigkeiten; hierzu trägt auch der Umstand bei, daß sie einen großen Anteil der Weltexporte von Rohstoffen bereitstellen.

Von größter Wichtigkeit für die Rohstoffexporteure sind neben der Frage des Marktzugangs die Schwankungen der Rohstoffpreise und der Ausfuhrerlöse. Von diesen Problemen ist das der Erlösinstabilität wahrscheinlich das wichtigste und zugleich das am leichtesten behebbare. Einzelne Länder, die über Devisenreserven verfügen, sind nicht imstande, großen Schwankungen in ihren Exporterlösen, die die Investitionstätigkeit und das Wirtschaftswachstum empfindlich stören können, wirksam zu begegnen. Die Fazilität zur kompensatorischen Finanzierung von Ausfuhrerlösschwankungen des Internationalen Währungsfonds und das im Abkommen von Lomé vereinbarte Stabex-Programm sind unmittelbar auf diese Probleme gerichtet. Die im Rahmen des Stabex-Programms zur Verfügung stehenden Mittel sind zwar vergleichsweise niedrig, sie werden jedoch zu sehr weichen Bedingungen und für die ärmsten Länder in Form von Geschenken vergeben und schnell zugeteilt. In den letzten Jahren sind diese Fazilitäten in mehrfacher Hinsicht verbessert worden; weitere Verbesserungen werden z. Z. erörtert. Es wäre wünschenswert, wenn ein größerer Teil des Außenhandels in die Finanzierung einbezogen und wenn die Mittel auch längerfristig bereitgestellt werden könnten, um dem strukturellen Anpassungsbedarf infolge von mittelfristigen Fluktuationen der Güterpreise Rechnung zu tragen.

Die Preisinstabilität ist ein Problem, das alle Rohstoffe beeinträchtigt; sie tritt immer dann auf, wenn sowohl die Nachfrage als auch das Angebot gegenüber kurzfristigen Preisänderungen unempfindlich sind. Wie in Tabelle 18 gezeigt wird, unter-

18. Rohstoffe geordnet nach dem Grad ihrer Preisinstabilität

		Index der Instabilität *					
0-5		5-10		10-15		über 15	
Tee	1,3	Kaffee	6,5	Zucker	13,9	Kupfer	5,0
Bananen	1,2	Baumwolle	4,0	Kautschuk	3,5	Kakao	2,6
		Eisenerz	3,6	Phosphat	2,6	Zink	0,7
		Mais	2,3	Reis	1,6	Fischmehl	0,5
		Baumstämme	2,2	Palmöl	1,4	Kopra	0,4
		Tabak	1,9	Rindfleisch	0,7	Sisal	0,2
		Zinn	1,7	Wolle	0,6		
		Orangen	1,4	Kokosnußöl	0,5		
		Sojabohnenmehl	0,8	Erdnußöl	0,4		
		Bauxit	0,7	Blei	0,4		
		Manganerz	0,6	Zitronen	0,2		
		Getreide	0,6				
		Sorghum	0,5				
		Erdnüsse	0,5				
		Jute	0,2				
Insgesamt	2,5		27,5		25,8		9,4

Anmerkung: Die den Produkten zugeordneten Zahlen bezeichnen ihren prozentualen Anteil an der Gesamtausfuhr von Rohstoffen (ohne Brennstoffe) der Entwicklungsländer im Jahre 1975.

* Dem Index liegt ein gleitender Fünfjahresdurchschnitt aus den Preisen im Zeitraum 1955 bis 1976 zugrunde. Er mißt die durchschnittliche prozentuale Abweichung des jährlichen Preisindex vom gleitenden Fünfjahresdurchschnitt. Kurzfristige Preisfluktuationen werden mit diesem Index nicht erfaßt.

lagen die Güter, die mit etwa einem Drittel zu den Rohstoffexporten (ohne Brennstoffe) der Entwicklungsländer beitragen, jährlichen Preisfluktuationen von mehr als 10%. Diese Schwankungen berühren sowohl die Verbraucher als auch die Exporteure. Bei sehr starken Preisfluktuationen bei einzelnen Produkten könnten die Verbraucher versuchen, auf Ersatzgüter auszuweichen, wodurch ein dauerhafter Rückgang der Nachfrage ausgelöst würde; hiermit ist insbesondere bei Produkten zu rechnen, für die synthetische Substitute vorhanden sind, wie bei Jute, Sisal, Baumwolle und Kautschuk. Läßt man zu, daß die Schwankungen der internationalen Preise die Erzeugerpreise in den Ausfuhrländern beeinflussen, so können kostspielige Investitions- und Angebotszyklen entstehen. Die Effekte dieser Instabilität sind schwer meßbar, sie können sich jedoch sehr schädlich in den Ländern auswirken, die stark von der Rohstoffausfuhr abhängen; hierbei handelt es sich häufig um Länder mit einem dringenden Importbedarf und einem unzureichenden Zugang zu Kreditquellen.

Wie die unzähligen Versuche, zwischen Exporteuren und Importeuren Vereinbarungen zu erzielen und einzuhalten, gezeigt haben, ist es jedoch schwierig, diese Preisschwankungen zu dämpfen. Das Problem ist in der Vergangenheit eingehend untersucht worden; darüber hinaus werden z. Z. in verschiedenen internationalen Gremien detaillierte Vorschläge zur Verringerung des Umfangs der Preisfluktuationen intensiv erörtert.

Aussichten im Energiesektor

Seit dem Anstieg der Ölpreise im Jahre 1973 entfällt ein beträchtlicher Anteil an den gesamten

Einfuhren der Entwicklungsländer auf die Einfuhr von Energie; auch in Zukunft wird der Ölpreis einen bedeutenden Einfluß auf ihre Zahlungsbilanzen ausüben.

Die künftigen Energiepreise werden entscheidend von der Entwicklung des Angebots, von tatkräftigen Bemühungen um den Ausbau des Produktionspotentials in Industrie- wie auch in Entwicklungsländern sowie von stärkeren Anstrengungen zur Energie-Einsparung in den Industrienationen beeinflusst. Tabelle 19 gibt einen Überblick über die voraussichtlichen Trends bei der Produktion und beim Verbrauch, wobei unterstellt wurde, daß der Ölpreis in realen Einheiten konstant bleibt.

Zu den wichtigsten Merkmalen dieser Trends gehören die beträchtliche Zunahme der Selbstversorgung in Westeuropa (vor allem bedingt durch die Ausweitung der Ölförderung in der Nordsee) und die steigende Bedeutung der Kernenergie, die im Jahre 1985 wahrscheinlich fast 8% des gesamten Verbrauchs der Industrieländer an Primärenergie decken wird.

In den Entwicklungsländern wird der Energieverbrauch als notwendige Begleiterscheinung ihrer Industrialisierung stark zunehmen. Zugleich wird erwartet, daß die Energie-Erzeugung in diesen Ländern – ohne Berücksichtigung der OPEC-Staaten – stärker anwachsen wird als in den letzten Jahren. Besonders erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die umfangreichen Ölvorkommen in Ländern, die zur Zeit noch kein Öl exportieren.

Der Ölpreisanstieg schuf einen beträchtlichen Anreiz für die Exploration neuer Ölquellen und die Entwicklung einheimischer Brennstoffe in den

19. Produktion und Verbrauch von Primärenergie, 1965-85

	Millionen Barrels pro Tag in Öläquivalenten		Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten (in %)			
	1975		1965-75		1975-85	
	Pro- duktion	Ver- brauch	Pro- duktion	Ver- brauch	Pro- duktion	Ver- brauch
Entwicklungsländer *	24,7	15,4	6,3	7,1	4,9	6,2
(Entwicklungsländer ohne OPEC)	(9,1)	(13,3)	(6,1)	(6,9)	(8,6)	(5,9)
Industrieländer	45,8	65,8	2,4	3,6	3,2	3,5
Staatshandelsländer	38,0	36,0	5,2	5,2	4,1	4,4
Ölexportierende Länder mit Kapital- bilanzüberschuß	13,6	0,5	7,9	10,8	5,4	8,8
Insgesamt	122,1	117,7				

Anmerkung: Der hier verwendete Begriff der „Primärenergie“ umfaßt Steinkohle und Braunkohle, Rohöl, Erdgas und verflüssigtes Erdgas sowie mit Wasserkraft und nuklear erzeugten Strom; diese Energieformen wurden umgerechnet in tägliche Barrels von Öläquivalenten.

* Die Gruppe der „Entwicklungsländer“ schließt hier – wie auch in den übrigen Teilen dieses Berichts – lediglich die Mitglieder der Organisation Ölexportierender Länder mit einem Überschuß in der Kapitalbilanz aus. Entsprechend werden die Energiesalden der anderen OPEC-Mitgliedsländer, Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Nigeria und Venezuela, mit denen der Entwicklungsländer erfaßt.

Entwicklungsländern. Nimmt man an, daß die Pläne, die sich auf die Ergebnisse dieser Bemühungen beziehen, zeitlich eingehalten werden können, so wird sich die Ölförderung in den Entwicklungsländern (ohne OPEC) voraussichtlich von 3,7 Mio Barrels pro Tag im Jahre 1976 auf täglich 8,3 Mio Barrels im Jahre 1985 mehr als verdoppeln. Eine beträchtliche Ausweitung der Produktion wird für Ägypten, Brasilien, Indien und Mexiko erwartet; für andere Länder wie Angola, Kongo, Malaysia, Pakistan und Zaire ist mit einer geringeren, aber dennoch deutlichen Zunahme zu rechnen.

Dreißig bis vierzig Länder, die zur Zeit kein Erdöl fördern, verfügen über das Potential für eine wirtschaftliche Ölgewinnung, die ihre Abhängigkeit vom Brennstoffimport verringern würde²⁾. Den meisten dieser Länder fehlen jedoch das erforderliche technische Können und die finanziellen Mittel, um dieses Potential auszuschöpfen; häufig fehlt ihnen auch die nötige Erfahrung, um sich diese Produktionsfaktoren im Ausland zu beschaffen, zu Bedingungen, die nicht nur mit ihren nationalen Interessen und Zielen im Einklang stehen sondern auch für die Lieferanten dieser Faktoren attraktiv sind. In einigen Ländern sind die Vorkommen, deren Erschließung von großer inländischer Bedeutung wäre, möglicherweise zu gering, um ausländische Gesellschaften anzuziehen.

Das vorhandene Potential für eine Ausweitung der Förderung von Erdgas verteilt sich auf viele Länder und ist insbesondere in Indonesien, Malaysia, Mexiko und Südasien bedeutend; die kommerzielle Exploration wird jedoch umfangreiche Inve-

stitutionen in Transport- und Verarbeitungsanlagen erfordern. In welchem Ausmaß die Länder ihre Energiequellen ausschöpfen können, hängt von der Verfügbarkeit von Substitutionstechnologien und von den Ausfuhren im nächsten Jahrzehnt ab.

Die zur Zeit bestehenden Pläne streben einen stärkeren Zuwachs in der Kohleförderung in den Entwicklungsländern an, der von jährlich 1,5% Ende der sechziger und in den frühen siebziger Jahren auf etwa 5,6% pro Jahr bis zum Jahre 1985 gesteigert werden soll. Die bekannten Kohlevorkommen sind auf wenige Länder konzentriert. Es wird erwartet, daß Indien, Kolumbien, Mexiko, Mozambik und Vietnam ihre Kohleförderung sehr stark erhöhen können; einige der Länder dürften künftig in der Lage sein, Koks- und Bunkerkohle auszuführen.

Auch im Bereich der Stromerzeugung wurden die Expansionspläne aufgestockt, und es wird damit gerechnet, daß die Stromerzeugungskapazität um jährlich 10% gegenüber 8% pro Jahr in den frühen siebziger Jahren zunehmen wird. Zu den Ländern, die den Bau bedeutender Wasserkraftwerke planen, gehören Argentinien, Brasilien, Pakistan und die Türkei; andere Projekte sollen in Mittelamerika, Indien und Jugoslawien entstehen. Nepal und viele afrikanische Länder verfügen über äußerst gut geeignete Wasservorkommen, die allerdings bei dem augenblicklichen Niveau der Inlandsnachfrage nur in einem regionalen Verbund wirtschaftlich genutzt werden könnten. In dieser Richtung wurden allerdings bislang nur geringe Anstrengungen unternommen. Die nukleare Kapazität zur Stromerzeugung wird voraussichtlich sehr stark von 1,1 Mrd Watt im Jahre 1975 auf 16,5 Mrd Watt im Jahre 1985 anwachsen. Es ist zu erwarten, daß der überwiegende Teil dieses Wachstums in Ländern erzielt werden wird, die sich bei der Entwicklung

2) Die Förderkosten werden für die meisten ölimportierenden Entwicklungsländer auf 3 US-\$ bis 6 US-\$ pro Barrel zu Preisen von 1975 geschätzt. Diese Kosten schneiden beim Vergleich mit den augenblicklich geltenden Preisen für Importöl und gegenüber den Förderkosten in Alaska und der Nordsee günstig ab.

ihrer heimischen Vorkommen an Wasser und fossilen Brennstoffen den Grenzen des Möglichen nähern, wie etwa Brasilien, die Republik China und die Republik Korea.

Die Realisierung des projektierten Energieangebots in den Entwicklungsländern wird ein gleichzeitiges Vorgehen an mehreren Fronten erfordern: Erstens, bei der technischen Hilfe, um den Aufbau der institutionellen Voraussetzungen für die Planung und Verwirklichung umfassender Energie-Entwicklungsprogramme zu unterstützen; zweitens, bei einer Vielzahl von Maßnahmen, die vor allem seitens der Entwicklungsländer ergriffen werden müssen, um in diesem Sektor ein günstiges Investitionsklima für inländisches und ausländisches Kapital und technisches Wissen zu schaffen, das zugleich gewährleistet, daß die Investitionen nicht nur gewinnbringend, sondern auch sicher erscheinen; und drittens, muß zugleich eine beträchtliche Erhöhung der finanziellen und technischen Hilfe von internationalen kreditgebenden Stellen angestrebt werden, wodurch die Beschaffung des nötigen Kapitals aus anderen öffentlichen und privaten Quellen erleichtert würde. Diese Vorgehensweise erfordert in Anbetracht der besonderen Eigenschaften der Exploration und der Entwicklung von Ölvorkommen eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Organisationen.

Rohöl und Erdgas werden auf lange Sicht unvermeidbar teurer, wenn die Förderung schwer zugänglicher Vorkommen aufgenommen wird. Obwohl die verschiedensten Schätzungen über die Nachfrage wie auch über das Angebot existieren, stimmen die Fachleute gegenwärtig darin überein, daß die steigenden Kosten und die Zunahme der Nachfrage Mitte der achtziger Jahre die realen Ölpreise nach oben drücken werden, es sei denn die nötigen Investitionen zur Ausweitung des weltweiten Energieangebots würden – wie oben ausgeführt – rasch vorgenommen. Auf längere Sicht kann ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nur aufrechterhalten werden, wenn die

Forschung und Entwicklung alternativer Energiequellen stärker unterstützt wird. Den Entwicklungsländern muß der regelmäßige Zugang zu dieser Forschung zugesichert werden, um sie an ihrem Nutzen zu beteiligen und es ihnen zu ermöglichen, bei der Ausrichtung der Forschung auf die örtlichen Gegebenheiten zum frühest möglichen Zeitpunkt mitzuwirken. Die internationalen Forschungsbemühungen sollten sich auf potentiell so kostengünstige und im Überfluß vorhandene Quellen richten wie auf die Sonnenenergie, Bio-Gas und die Energie-Erzeugung aus forst- und landwirtschaftlichen Abfällen sowie auf so dezentralisierte Energiequellen wie kleine Wasserkrafteinheiten und Windmühlen, die für die Entwicklungsländer und insbesondere für ihre ländlichen Gebiete von besonderer Bedeutung sein dürften.

Internationale Probleme der Versorgung mit Nahrungsmitteln

In den Entwicklungsländern hat die Zunahme der Nahrungsmittelproduktion in den letzten beiden Jahrzehnten nicht mit dem Wachstum der Nachfrage Schritt gehalten, das durch den Anstieg der Bevölkerungszahlen und der Einkommen hervorgerufen wurde. Bei einem niedrigen Einkommensniveau wird ein hoher Teil der Einkommen für Nahrungsmittel ausgegeben. Entsprechend haben die Entwicklungsländer, nachdem sie sich noch im Jahre 1950 als Gruppe gesehen mit Nahrungsmitteln fast selbst versorgen konnten, bereits im Jahre 1970 15 bis 20 Mio to an bedeutenden Grundnahrungsmitteln importiert, die zur Hälfte im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe bezogen wurden. Obwohl in den jüngsten Jahren – bedingt durch gute Ernten in den ärmeren Ländern – eine weltweite Knappheit vermieden werden konnte, wird sich im kommenden Jahrzehnt das Problem, Nachfrage und Angebot von Nahrungsmitteln weltweit in Einklang zu bringen, zweifellos zuspitzen.

Unter der Annahme, daß die Erzeugung der bedeutenden Grundnahrungsmittel weiterhin mit

20. Entwicklungsländer: Salden bei bedeutenden Grundnahrungsmitteln, 1975 und 1985

	Defizit 1975 (geschätzt)		Defizit 1985 (projektiert)	
	In Mio to	In % des Verbrauchs	In Mio to	In % des Verbrauchs
Asien	9	4,5	20	7,2
Nordafrika und Mittlerer Osten	10	15,9	15	19,8
Afrika südlich der Sahara	2	3,7	14	16,8
Lateinamerika	—	—	—4	—3,7
Entwicklungsländer insgesamt	21	5,0	45	8,0

Anmerkung: Die bedeutenden Grundnahrungsmittel umfassen hier ungeschälten Reis, Weizen, Mais, Sorghum, Hirse, Hafer, Gerste, Roggen, Mischgetreide, Wurzelfrüchte, Hülsenfrüchte und Erdnüsse.

— vernachlässigbar

Quelle: Basierend auf *Research Report No. 3*, S. 44 (Washington, Forschungsinstitut für Internationale Nahrungsmittelpolitik, 1977).

etwa der gleichen Rate wie die Bevölkerung zunehmen und der Pro-Kopf-Verbrauch etwas weniger steigen wird als früher, ist geschätzt worden, daß die gesamte Erzeugung der Entwicklungsländer im Jahre 1985 um etwa 45 Mio to unter ihrer Nachfrage liegen wird. Schließt man Lateinamerika aus, für das insgesamt ein leichter Überschuß erwartet wird, so hätten die übrigen Entwicklungsregionen einen Importbedarf in Höhe von etwa 11 Prozent ihrer Verbrauchsnachfrage. Die Angaben in Tabelle 20 sind grobe Schätzungen und unterliegen einer beträchtlichen Fehlerwahrscheinlichkeit. Darüber hinaus berücksichtigen sie nicht, daß die Erzeugung von Brotgetreide schneller erhöht werden kann. Am bedeutendsten ist jedoch der Umstand, daß die Entwicklungsländer mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit große Mengen von Brotgetreide von den Industrieländern beziehen müssen, was zu einer Reihe bedeutender Probleme führen wird.

Als erste Konsequenz werden die relativen Preise für Brotgetreide sowohl in Industrie- wie auch in Entwicklungsländern steigen. Abgesehen von einigen Entwicklungsländern dürften vor allem Kanada und die Vereinigten Staaten die künftigen Überschüsse an Brotgetreide erwirtschaften, die exportiert werden können. Wenn diese Länder auch über ein ausreichendes Angebotspotential verfügen, so ist die erforderliche Mehrproduktion nur zu steigenden Grenzkosten realisierbar, was sich in den Preisen widerspiegeln wird.

Das zunehmende Volumen und die steigenden Preise der Nahrungsmittelimporte werden die Devisenpositionen einer Reihe von Ländern äußerst belasten. Einige Länder mit einem Importbedarf für Brotgetreide wie der Iran, die Republik Korea und Mexiko dürften jedoch kaum Schwierigkeiten bei der Finanzierung der benötigten Importe haben. In den meisten übrigen Ländern, insbesondere in Ländern mit niedrigem Einkommen, wird jedoch die zunehmende Nachfrage nach Getreide einen beträchtlichen Druck auf die Zahlungsbilanz ausüben. Da sich diese Nachfrage in städtischen Defiziten niederschlägt, stellt sie drängende Anforderungen an die Devisenreserven und konkurriert damit mit dem Schuldendienst und mit der Einfuhr von Halbfabrikaten. Sollte die inländische Nahrungsmittelproduktion nicht sehr stark erhöht werden, was in den meisten Ländern eine grundlegende Änderung ihrer Agrarpolitik erforderte, so wird ihre Fähigkeit, Kapitalgüter zu importieren, beeinträchtigt, was letztlich zu einer Verringerung des Wirtschaftswachstums führen muß. Die Länder mit niedrigem Einkommen werden jedoch auch dann, wenn sie sich um die Steigerung der inländischen Produktion bemühen, auf eine höhere Nahrungsmittelhilfe oder andere Formen der

Unterstützung zu weichen Bedingungen angewiesen sein, um ihnen den Kauf von Nahrungsmitteln zu ermöglichen.

Die Konzentration der exportierbaren Überschüsse auf nur wenige Länder erhöht die Unbeständigkeit der internationalen Preise für Brotgetreide. Hierzu trägt nicht nur bei, daß das Gesamtangebot gegenüber den Witterungsbedingungen in diesen wenigen Ländern verwundbar ist und von Maßnahmen, die ihre Produktion berühren, beeinflußt wird; von Bedeutung ist auch der Umstand, daß infolge der hohen Konzentration die Fähigkeit abnimmt, auf Veränderungen der Nachfrage schnell durch eine Erhöhung oder Verringerung des Weltangebots zu reagieren. Das zuletzt genannte Problem ist deshalb von Bedeutung, weil einige der größeren Länder – sowohl in der Gruppe der Entwicklungs- wie der Staatshandelsländer – auf Importe angewiesen sind, um Schwankungen ihres inländischen Angebots auszugleichen. Dabei können von Jahr zu Jahr sehr große Änderungen in der globalen Importnachfrage auftreten, obwohl die Einfuhren dieser Länder nur einen kleinen Anteil an ihrem Jahresverbrauch darstellen. Die Unbeständigkeit der Preise wirkt wahrscheinlich, sofern sie nicht begrenzt wird, destabilisierend auf das Angebot; dies wiederum führt zu einer Verunsicherung der Märkte und zu höheren Preisen für ein Produkt, das unentbehrlich ist.

Die Implikationen dieses Sachverhalts für die Wirtschaftspolitik sind in den verschiedensten internationalen Gremien ausführlich erörtert worden. Dabei hat sich eine breite Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer Reihe von Maßnahmen ergeben: Erstens, sollten die Entwicklungsländer mit internationaler Unterstützung in Form von finanziellen Mitteln und technischer Hilfe zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um ihre Nahrungsmittelproduktion zu steigern. Dies ist von größter Wichtigkeit in den Ländern mit niedrigem Einkommen, die am wenigsten in der Lage sind, Nahrungsmittel zu kommerziellen Bedingungen zu erwerben, und in denen die Unterernährung eng mit der fehlenden Kaufkraft der Armen verbunden ist. Zweitens, sollten die Entwicklungsländer angesichts der wachsenden Instabilität der internationalen Getreidemärkte den Umfang ihrer nationalen Warenausgleichslager erhöhen. In den vielen Ländern mit Programmen zur Subventionierung der Nahrungsmittel sind nationale Warenausgleichslager besonders wichtig, um die Kosten dieser Programme zu stabilisieren.

Drittens, sollte ein internationaler Bestand an Brotgetreide angelegt werden, um in Notfällen das vorhandene Angebot ergänzen zu können. Obwohl über das Prinzip einer solchen internationalen Nahrungsmittelreserve Einigkeit besteht, gehen die

Auffassungen über ihren wünschenswerten Umfang, ihre Zusammensetzung, ihren Sitz, ihre Verwaltung und Finanzierung noch weit auseinander. Viertens, ist das Potential für die Bereitstellung von Nahrungsmitteln zu Vorzugsbedingungen an die Länder mit niedrigem Einkommen zu erhöhen, um sie in die Lage zu versetzen, ihren Importbedarf zu befriedigen. Ein internationaler Vorrat wäre hierbei von einiger Hilfe. Bei einem knappen Weltangebot wäre es auch wichtig, daß die Exporteure von Brotgetreide dem Druck widerstehen, ihre kommerziellen Verkäufe zu Lasten der Verkäufe zu Vorzugsbedingungen auszuweiten. Im Falle von verbreiteten Mißernten sind die Länder mit niedrigem Einkommen am wenigsten in der Lage, zusätzliche Devisenreserven für den Kauf von Brotgetreide zu kommerziellen Konditionen aufzubringen.

Die Bereitstellung von Auslandskapital

Die wichtigsten Probleme im Hinblick auf den Zufluß von mittel- und langfristigem Kapital in die Entwicklungsländer bestehen in der Ungewißheit über die Zuwachsraten der Kreditgewährung aus privaten Quellen und insbesondere seitens der Geschäftsbanken, über die Zuwachsraten der multilateralen Kreditgewährung zu Marktbedingungen sowie darüber, ob die nötigen Schritte unternommen werden, um den Zustrom von Kapital zu Vorzugsbedingungen zu erhöhen.

Kapital zu Marktbedingungen

Auf der Grundlage von Annahmen, die im folgenden Kapitel erörtert werden, wird geschätzt, daß der Nettoauszahlungsbedarf der Entwicklungsländer an ausländischem mittel- und langfristigem Kapital zu Marktbedingungen bei einer angenommenen jährlichen Inflationsrate von fast 7 Prozent in den Jahren 1975 bis 1985 real um fast 5 Prozent pro Jahr oder nominal um etwa 12 Prozent anwachsen wird. In den Jahren 1970 bis 1975 stammten fast 90 Prozent des Zuwachses der Nettoauszahlungen dieser Kapitalformen aus privaten Quellen. Selbst wenn man ein ausgeglichenes Wachstum der öffentlichen und privaten Kapital-

zuflüsse unterstellt, müßte die jährliche Nettokreditgewährung aus privaten Quellen an die Entwicklungsländer in den Jahren 1975 bis 1985 nominal um etwa 12 Prozent pro Jahr zunehmen. Obwohl diese Zuwachsrate mit der steigenden Schuldendienstfähigkeit der Entwicklungsländer vereinbar wäre, ist sehr ungewiß, ob das Angebot an privaten Krediten so stark wachsen wird.

Ein nominaler Zuwachs von 12 Prozent läge beträchtlich unter dem Zuwachs in den letzten Jahren. Von 1971 bis zum Jahre 1976 nahm die Nettokreditgewährung der Geschäftsbanken an Entwicklungsländer sehr stark zu: Es wird geschätzt, daß die Nettokreditgewährung privater Finanzinstitute an öffentliche Stellen und an den privaten Sektor unter Einräumung öffentlicher Garantiezusagen um etwa 50% pro Jahr gestiegen ist. Nach diesem explosiven Wachstum scheint die Zunahme der Kreditgewährung im Jahre 1977 etwas zurückgegangen zu sein; die von den Banken berichtete Zuwachsrate der ausstehenden Forderungen ist jedoch noch immer hoch.

Dieses starke Wachstum hat einige Schwierigkeiten hervorgerufen. Die erste besteht darin, daß die zusätzlichen Kredite überwiegend an etwa ein Dutzend Länder vergeben wurden, was zu einem steilen Anstieg ihrer Schuldendienstverpflichtungen geführt und die Kreditgeber besonders empfindlich gegenüber den Entwicklungen in diesen Ländern gemacht hat. Schuldenprobleme in irgendeinem dieser Länder könnten leicht die Bereitschaft zur Kreditvergabe gegenüber allen Entwicklungsländern beeinträchtigen. Obwohl mehrere Analysen zu dem Ergebnis gekommen sind, daß in den Entwicklungsländern kein allgemeines Schuldendienstproblem besteht, könnten doch einige Länder aus Gründen, die außerhalb oder innerhalb ihrer Einflußmöglichkeiten liegen, in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Eine Aufstockung der finanziellen Mittel des Internationalen Währungsfonds würde die Fähigkeit, mit solchen Liquiditätskrisen fertig zu werden, stärken.

Ein zweites Problem liegt darin, daß durch das projektierte starke Anwachsen der Bruttokreditauszahlungen der Geschäftsbanken die Stabilität der Kreditmärkte zunehmend gefährdet wird. Dieses

21. Mittel- und langfristiges Kapital zu Marktkonditionen, 1970-85
(in Mrd laufender US-Dollar)

	Nettoauszahlungen			Ausgezahlte und ausstehende Schulden		
	1970	1975	1985	1970	1975	1985
Privat	4,7	21,7	67,6	17,3	90,6	358,3
Öffentlich, einschließlich multilateral	1,3	3,4	10,6	13,7	25,7	109,8
Insgesamt	6,0	25,1	78,2	31,0	116,3	468,1
<i>Nachrichtlich:</i>						
In Preisen von 1975	10,0	25,1	40,1	51,4	116,3	239,9

Problem entsteht vor allem infolge der relativ kurzen Fristigkeit der privaten kommerziellen Kreditgewährung und der daraus resultierenden hohen Amortisationsleistungen, die durch zusätzliche Kreditaufnahmen finanziert werden müssen. Entsprechend wird die Zunahme der Bruttokreditauszahlungen in den Jahren 1975 bis 1985 auf fast das Dreifache des Anstiegs der Nettoauszahlungen veranschlagt. Ein erleichterter Zugang zu den langfristigen Anleihenmärkten, ein besseres Gleichgewicht der Kreditgewährung aus privaten und öffentlichen Quellen sowie Maßnahmen zur Verlängerung der durchschnittlichen Fälligkeiten könnten dabei helfen, die Instabilität der Kreditstruktur zu verringern.

Wie stark die Banken in den kommenden Jahren ihr Engagement in den Entwicklungsländern erhöhen, dürfte schließlich von der Angemessenheit ihrer Kapitalausstattung und von der Beibehaltung gesetzlicher Bestimmungen abhängen, die eine anhaltende Kreditgewährung an die Entwicklungsländer begünstigen. In den letzten Jahren ist der Zuwachs der Kreditgewährung an die Entwicklungsländer zu einem großen Teil von einer relativ kleinen Anzahl von Banken bereitgestellt worden. Etwa 30 Banken halten weit über die Hälfte aller Forderungen, die gegenüber Entwicklungsländern ausstehen. Selbst wenn Bedenken über die Angemessenheit der Kapitalausstattung bei einigen dieser Banken einen geringeren Anstieg ihrer Ausleihungen zur Folge hätten, so würden andere Banken wie auch private Nichtbanken die Gelegenheit zur Erhöhung ihres Anteils an der Finanzierung der Entwicklungsländer begrüßen. Die Kreditgewährung an die Entwicklungsländer ist schon immer von den Banken in den großen Geldzentren der Vereinigten Staaten beherrscht worden. Banken in Europa (vor allem in der Bundesrepublik) und in Japan haben jedoch in der jüngsten Vergangenheit eine zunehmende Aktivität bei der Kreditgewährung an Entwicklungsländer entfaltet, und sie verfügen offensichtlich über die Fähigkeit, ihre Ausleihungen noch beträchtlich zu steigern. Einige wenige Entwicklungsländer konnten ihre Placierungen an den internationalen Anleihenmärkten erhöhen.

Die Aussicht auf einen stabilen Zufluß von Kapital in die Entwicklungsländer ließe sich durch eine breitere Streuung der Kreditquellen verbessern. Eine zwangsweise Diversifizierung im Hinblick auf die Kreditnehmer würde jedoch den erwarteten Zustrom privater Bankkredite in u. U. schwerwiegender Weise beeinträchtigen. In diesem Zusammenhang könnten sich Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen als gefährlich erweisen. Dabei ist zu befürchten, daß Vorschriften, die auf die Sicherung der Stabilität der Banken in

den Industrieländern abzielen, ungewollt den Zustrom finanzieller Mittel in einzelne Entwicklungsländer abrupt verändern könnten, wodurch genau die Verschuldungskrise ausgelöst würde, die man mit diesen Vorschriften zu verhindern suchte.

Die Ungewißheit über die Kapitalbereitstellung aus privaten Quellen und die zu kurze Fristigkeit dieser Mittel unterstreichen die Bedeutung steigender Kapitalzuflüsse aus multilateralen finanziellen Einrichtungen und öffentlichen Exportkreditanstalten. In den Jahren 1970 bis 1975 nahmen die Ausleihungen von nicht-konzessionärem Kapital aus diesen Quellen real um jährlich 8,5 % zu. Die künftige Zuwachsrate für diese Kredite hängt davon ab, inwieweit die Kapitalausstattung dieser Institutionen verbessert wird. Entsprechende Vorschläge werden zur Zeit erörtert; da sie jedoch gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich machen, bleibt das Ergebnis ungewiß.

Öffentliche Entwicklungshilfe

Die Schuldendienstkapazität der Länder mit niedrigem Einkommen und der ärmeren Länder mit mittlerem Einkommen bleibt auch weiterhin begrenzt; sie sind deshalb auf öffentliche Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) zu sehr weichen Bedingungen angewiesen. Wie Tabelle 22 zeigt, wird der jährliche Nettozufluß an ODA aus den Industrieländern, die den Ausschuß für Entwicklungshilfe (DAC – Development Assistance Committee) der OECD bilden, von 13,6 Mrd US-Dollar im Jahre 1975 auf 43,6 Mrd US-Dollar im Jahre 1985 ansteigen; dies entspricht einer realen Zunahme von 5% pro Jahr. Gemessen als Prozentsatz des BSP der Geberländer ist der projektierte Zuwachs in dieser Periode mit einer Steigerung von 0,36% auf 0,39% gering; aber selbst in diesem bescheidenen Anstieg ist eine beachtliche Wende jüngerer Trends zu erblicken. Ohne eine baldige und hohe Aufstockung der Zusagen der drei bedeutendsten Länder – der Vereinigten Staaten, Japans und der Bundesrepublik – wird es jedoch schwerfallen, die erforderliche Erhöhung zu verwirklichen. Obzwar in allen drei Ländern öffentliche Erklärungen zugunsten größerer Entwicklungshilfeanstrengungen abgegeben wurden, müssen sie erst noch in Taten umgesetzt werden.

Die Mitglieder des DAC haben in den letzten Jahren die Konditionen, zu denen sie ihre ODA bereitstellen, beträchtlich gelockert, was eine sehr begrüßenswerte Entwicklung darstellt. Mehrere DAC-Mitglieder geben heute den ärmsten Entwicklungsländern Geschenke anstelle von Krediten. Es bestehen jedoch noch mehrere Möglichkeiten, wie die Nützlichkeit der ODA verbessert werden könnte. Die wichtigste bestünde in der Loslösung

22. Nettoströme öffentlicher Entwicklungshilfe nach Geberländern, 1965-85

	Mrd laufender US-\$			Durchschnittliche jährliche reale Zuwachsrate (%)	
	1965	1975	1985	1965-75	1975-85
Mitglieder des Entwicklungshilfe- Ausschusses der OECD (DAC)	6,8	13,6	43,6	3,3	5,1
Mitglieder der Organisation Ölexportierender Länder	-	5,5	13,2	..	2,1
Insgesamt	6,8	19,1	56,8	6,9	4,3
<i>Nachrichtlich:</i> DAC-Ströme in % des BSP der Geberländer	0,34	0,36	0,39		

Anmerkung: Die in dieser Tabelle erfaßte öffentliche Entwicklungshilfe schließt Beiträge an multilateralen Stellen und den Wert der technischen Hilfe ein.

- Vernachlässigbar

.. Nicht verfügbar

Quelle: *Kennzahlen der Weltwirtschaftlichen Entwicklung*, Tabelle 12.

der ODA von Lieferbindungen: Die Hilfe aus DAC-Quellen ist weiterhin etwa zur Hälfte an die Auflage gebunden, die bereitgestellten Mittel für Beschaffungszwecke in den Geberländern zu verwenden.

Mit dem Anstieg der Ölpreise haben sich einige ölexportierende Länder zu bedeutenden Quellen der ODA entwickelt; sie steuern mehr als 2% ihres BSP bei. Trotz des erwarteten Rückgangs der Zahlungsbilanzüberschüsse der ölexportierenden

Länder mit einem Überschuß in der Kapitalbilanz wird ein fortgesetzter Anstieg ihrer Auszahlungen von geschätzten 5,5 Mrd US-Dollar im Jahre 1975 auf 13,2 Mrd US-Dollar im Jahre 1985 projiziert. In den letzten Jahren hat die regionale Streuung der ODA-Zuflüsse seitens der Mitglieder der Organisation Ölexportierender Länder zugenommen, wobei ein steigender Anteil in nichtarabische Länder geflossen ist.

4. Kapitel: Aussichten für Wachstum und Milderung der Armut

Die große Ungewißheit darüber, wie die im vorausgehenden Kapitel dargestellten wirtschafts-politischen Probleme gelöst werden, läßt eine Voraussage über das Wirtschaftswachstum gewagt erscheinen. Dennoch ist ein Rahmen unabdingbar, um der Erörterung der Entwicklungsprobleme und der Reichweite der erforderlichen Schritte die richtige Perspektive zu geben. Die in diesem Kapitel wiedergegebenen Projektionen zielen auf eben diesen Zweck und weniger darauf, Voraussagen über die Zukunft zu machen.

Fortschritte in den Entwicklungsländern sind nur möglich, wenn die drei folgenden Bedingungen gemeinsam erfüllt werden: die Aufrechterhaltung hoher Zuwachsraten für das Einkommen, die Änderung der Wachstumsstruktur, um die Produktivität und die Einkommen der ärmeren Gruppen innerhalb der Bevölkerung zu steigern, sowie die Verbesserung des Zugangs der Armen zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen.

Ein hohes Wirtschaftswachstum ist nicht nur unentbehrlich, um mit der Bevölkerungszunahme Schritt zu halten und ertragreiche Beschäftigungsmöglichkeiten für das wachsende Arbeitskräftepotential zu schaffen, es ist ebenso unentbehrlich, um eine höhere Ersparnis für die notwendigen Investitionen zu erreichen. Die Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums ist auch von zentraler Bedeutung für den anhaltenden Prozeß der Modernisierung, für die Stärkung der Institutionen, die Ausbreitung der Ausbildung und die Verbesserung der organisatorischen und technischen Fähigkeiten. Es schafft die erforderlichen Ressourcen, um den Lebensstandard anzuheben und die öffentlichen Dienstleistungen auszuweiten.

In den meisten Ländern wird das Wachstum jedoch an den Armen vorbeigehen: Viele von Ihnen verfügen nur über schwache Verbindungen zur organisierten Marktwirtschaft; sie haben oft eine schlechtere Ausbildung und häufig eine schlechte Gesundheit, und infolge niedrigerer Einkommen sind sie weniger in der Lage zu sparen und zu investieren. Darüber hinaus liegt die Rate des Bevölkerungswachstums bei den Armen häufig höher, was zur Folge hat, daß das ihnen gehörende produktive Vermögen breiter und damit »dünnere« gestreut werden muß. Veränderungen in der Wachstumsstruktur mit dem Ziel, die Produktivität der Armen zu steigern, sind deshalb von entschei-

dender Bedeutung für eine wirksame Bekämpfung der Armut. Diese Veränderungen haben zwei bedeutende Aspekte: Der erste besteht darin, daß die Produktivität jener zu erhöhen ist, die in begrenztem Maße über produktive Aktiva – wie etwa über Boden – verfügen, und sei es nur als Pächter. Der zweite besteht in der Notwendigkeit, sowohl in städtischen wie auch in ländlichen Gebieten zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, wobei vor allem arbeitsintensivere Produktionsverfahren ermutigt werden sollten. Das relative Gewicht, das diesen beiden Vorgehensweisen einzuräumen ist, wird von Land zu Land verschieden sein. Generell sollte jedoch erkannt werden, daß das Beschäftigungsproblem in den Entwicklungsländern nicht in einer langfristigen Arbeitslosigkeit im herkömmlichen Sinn besteht, sondern in fehlenden produktiven Verdienstmöglichkeiten, was zur Folge hat, daß mit vielen Stunden harter Arbeit nur geringe Einkommen erzielt werden. Entsprechend liegt die Lösung nicht nur in einer Beschleunigung des Beschäftigungsanstiegs in den modernen Industrien, sondern auch in der Anhebung der Produktivität in kleinen Betrieben.

Die Armen leiden nicht nur unter niedrigen Einkommen, sondern auch unter dem unzureichenden Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, die für ihre Gesundheit und Produktivität unentbehrlich sind. Viele dieser Leistungen, wie die Bereitstellung von Kanalisation und Wasserversorgung, können privat nicht bezogen werden. Ein wichtiger Bestandteil jeder Strategie zur Verringerung der Armut ist deshalb die Erweiterung der bestehenden öffentlichen Programme um die Aufgabe, diese Leistungen einem größeren Teil der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Die Aussichten für das wirtschaftliche Wachstum sind Gegenstand des nächsten Abschnitts dieses Kapitels. Das Wachstum verschiedener Ländergruppen wurde mit Hilfe eines quantitativen Modells projektiert auf der Grundlage von Annahmen über den Handel und den Kapitalverkehr, die mit der Beurteilung der internationalen wirtschaftlichen Bedingungen im 3. Kapitel übereinstimmen. Ein derart zusammenfassendes Modell ist nur für die Analyse von einigen der wichtigen Einflußfaktoren des Wachstums geeignet wie zum Beispiel die Zunahme der Investition und der Importkapazität.

Andere wichtige Faktoren wie die Effizienz der Verwendung der Produktionsfaktoren, institutionelle Maßnahmen zur Anregung der Produktivität in der Landwirtschaft und das Zusammenspiel von demographischen Trends und Wachstumsmöglichkeiten können nur qualitativ und im Rahmen spezifischer wirtschaftlicher Gegebenheit untersucht werden. Mit diesen Faktoren befassen sich die nachfolgenden Kapitel über die Entwicklungsprobleme und Aussichten der Länder Asiens mit niedrigem Einkommen, Afrikas südlich der Sahara und der Länder mit mittlerem Einkommen.

An die Erörterung der zusammengefaßten Wachstumsaussichten schließt sich eine Voraussage über ihre Implikationen für die Verringerung der Armut an, wobei die vorhandenen Erfahrungen über die Beziehungen zwischen dem aggregierten Wachstum und der Einkommensverteilung fortgeschrieben werden. Im letzten Abschnitt des Kapitels wird der Einsatz direkter Maßnahmen zur Milderung der Armut und zur Verbesserung des Zugangs der Armen zu lebenswichtigen öffentlichen Dienstleistungen erörtert.

Mittelfristige Wachstumsprojektionen

In Tabelle 23 werden die projektierten Zuwachsraten für das Einkommen mit den in der Vergangenheit erzielten Raten verglichen. Die zusammengefaßte Wachstumsrate für alle Entwicklungsländer wird danach voraussichtlich etwa die gleiche Höhe erreichen wie in den letzten Jahren; für die Länder mit niedrigem Einkommen ergibt die Projektion ein zunehmendes Wirtschaftswachstum.

Die für die Länder mit niedrigem Einkommen projektierte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums geht von der Annahme aus, daß sie ihre landwirtschaftliche Entwicklung grundlegend verbessern können. Die Aussichten für eine solche Beschleunigung und ihre Weiterungen für die Wirtschaftspolitik werden in den beiden folgenden Kapiteln über die Länder Asiens mit niedrigem

23. Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, 1960-85
(Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten in % und in Preisen von 1975)

	1960-70	1970-75	1975-85
Länder Asiens mit niedrigem Einkommen	2,4	3,9	5,1
Länder Afrikas mit niedrigem Einkommen	4,3	2,8	4,1
Länder mit mittlerem Einkommen	6,3	6,4	5,9
Entwicklungsländer insgesamt	5,5	5,9	5,7
Industrieländer	4,9	2,8	4,2
Staatshandelsländer	6,8	6,4	5,1

Einkommen und über Afrika südlich der Sahara untersucht. Die ungewissen Aussichten für den Handel und die Kapitalbewegungen stellen die Länder mit mittlerem Einkommen vor ernste Probleme; sie werden der Projektion zufolge ihr Wachstum ungünstig beeinflussen. Einige der bedeutenden Länder mit mittlerem Einkommen stehen vor großen Schuldendienstverpflichtungen, die aus der starken Zunahme ihrer ausländischen Kreditaufnahme in den letzten Jahren herrühren. Für sie ist es lebenswichtig, ein stabiles Klima für die kommerziellen Kapitalbewegungen aufrechtzuerhalten, um ernste Zahlungsbilanzprobleme und einen scharfen Rückgang ihres Wachstums zu vermeiden. Die bedeutenden Probleme, die in den Ländern mit mittlerem Einkommen mit der Neuorientierung der Entwicklungsstrategien als Reaktion auf die ungewissen internationalen Verhältnisse verbunden sind, werden im 7. Kapitel erörtert.

Ersparnis und Investition

Um die projektierten Wachstumsraten zu erreichen, kommt es in erster Linie darauf an, hohe Sparraten aufrechtzuerhalten. Dies wird vor allem in den Ländern mit niedrigem Einkommen, die ihre Sparraten beträchtlich anheben müssen, entschiedene Anstrengungen erfordern, um inländische Produktionsfaktoren zu mobilisieren. Hierzu gehören die Reform der Steuersysteme, die Einführung realistischerer Preise für Erzeugnisse und Dienstleistungen des öffentlichen Sektors, eine Begrenzung der öffentlichen Verbrauchsausgaben sowie erhöhte Anreize für die Bildung privater Ersparnisse. In den Ländern mit niedrigem Einkommen wird die Erhöhung des Investitionsniveaus davon abhängen, inwieweit es ihnen gelingt, die inländische Ersparnisbildung zu steigern, da der Beitrag, der ihnen in Form ausländischer Ressourcen zufließt, voraussichtlich unter das außergewöhnlich hohe Niveau der letzten Jahren absinken wird. Für die Länder mit mittlerem Einkommen wird erwartet, daß sie ihre hohen inländischen Sparraten halten können. Da sie jedoch gezwungen sind, ihre ausländische Kreditaufnahme zu begrenzen, um ihre Auslandsverschuldung in einem vertretbaren Rahmen zu halten, wird der ihnen in Form ausländischer Ressourcen zufließende Beitrag zurückgehen; entsprechend wird erwartet, daß ihre Investitionen langsamer wachsen werden als ihre Einkommen.

Ausfuhren

Die Projektionen für das Exportwachstum in den Entwicklungsländern werden in Tabelle 25 wiedergegeben. Die Exporte sind der wichtigste Bestimmungsfaktor für den Umfang der Devisenreserven, über den die Länder verfügen können, da sie sowohl

24. Entwicklungsländer: Investitions- und Sparraten, 1975 und 1985

(in % des Bruttoinlandsprodukts, in Preisen von 1975)

	Inländische Bruttoinvestition		Inländische Bruttoersparnis		Nettozufluß an aus- ländischen Ressourcen	
	1975	1985	1975	1985	1975	1985
Länder Asiens mit niedrigem Einkommen	19,2	22,5	16,7	20,5	2,5	2,0
Länder Afrikas mit niedrigem Einkommen	18,4	19,1	8,4	11,4	10,0	7,7
Länder mit mittlerem Einkommen	26,4	24,4	22,1	21,8	4,3	2,6
Entwicklungsländer insgesamt	25,2	24,1	21,0	21,5	4,2	2,6

ihre direkten Einnahmen aus dem Warenverkehr als auch ihren Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten beeinflussen. Die Wachstumsaussichten der Länder mit mittlerem Einkommen, die sehr stark auf die Kapitalmärkte angewiesen sind, werden deshalb davon abhängen, inwieweit es ihnen gelingt, ihre Ausfuhren und insbesondere die von Fertigprodukten zu erhöhen. Sollten die Exporteinnahmen hinter dem projektierten Niveau zurückbleiben, so würde eine erfolgreiche Verwaltung ihrer Schulden erschwert und ihre Kreditwürdigkeit nachteilig beeinflusst werden. Niedrigere Investitionen und ein langsames Wirtschaftswachstum wären die unmittelbaren Folgen.

Bei den hier vorgenommenen Wachstumsprojektionen wurde unterstellt, daß der Ölpreis real gemessen auf seinem jetzigen Niveau verbleibt. Obwohl in Ländern, die z.Z. noch nicht zu den bedeutenden Ölexporturen zählen, eine beträchtliche Expansion der Energieförderkapazitäten geplant ist, ist der überwiegende Teil der zusätzlichen Produktion für den Inlandsverbrauch bestimmt. Wie aus Tabelle 25 hervorgeht, dürfte die Ausfuhr von Brennstoffen aus Entwicklungsländern (ohne die bedeutenden Ölexporturen mit einem Überschuß in der Kapitalbilanz) voraussichtlich weit weniger stark zunehmen als in den letzten 15 Jahren.

Für die Ausfuhren von Brotgetreide aus Entwicklungsländern wird ebenfalls ein langsames

Wachstum projektiert, worin die starke Zunahme der inländischen Nachfrage infolge der gestiegenen Bevölkerungszahlen und der Einkommen zum Ausdruck kommt. Den Projektionen zufolge wird der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel in Rohstoffen (Brotgetreide ausgenommen) infolge der günstigen Marktaussichten für Nutzholz, Kautschuk und Bauxit steigen.

Fertigwarenerzeugnisse, für die ein jährlicher Anstieg von 12% projektiert wird, werden voraussichtlich den kraftvollsten Beitrag zum Exportwachstum in den Entwicklungsländern leisten. Während der Anteil der Entwicklungsländer am weltweiten Warenhandel in etwa konstant bleibt, ist damit zu rechnen, daß ihr Anteil an der Weltausfuhr von Fertigprodukten von 9% auf ungefähr 13% steigen wird.

Die Industrieländer werden den Projektionen zufolge einen allmählich zunehmenden Anteil ihrer Importe von Fertigwaren aus Entwicklungsländern beziehen. Dennoch dürften diese Einfuhren auch weiterhin nur einen äußerst geringen Anteil zum gesamten Verbrauch der Industrieländer beisteuern. Unter der Annahme, daß die z.Z. existierenden Handelsschranken in etwa unverändert fortbestehen, wird die Fertigwarenausfuhr aus Entwicklungsländern der Projektion zufolge langsamer zunehmen als zwischen den Jahren 1970 und 1975; im Vergleich zu früher wird sie auch weniger zum Anstieg des Verbrauchs in den Industrieländern

25. Entwicklungsländer: Wachstum der Warenexporte, 1960-85

(in %, in Preisen von 1975)

	Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate		Anteil der Warengruppe an den Ausfuhren	Anteil der Warengruppe am Exportzuwachs	
	1960-75	1975-85	1975	1960-75	1975-85
Nahrungsmittel und Getränke	2,8	3,0	21	13	9
Landwirtschaftliche Produkte ohne Nahrungsmittel	2,6	3,4	6	3	3
Metalle und Mineralien ohne Brennstoffe	4,8	5,8	7	6	6
Brennstoffe und Energie	6,2	3,4	40	42	18
Fertigwaren	12,3	12,2	26	36	64
Waren insgesamt	5,9	6,4	100	100	100

26. Anteil der Fertigwarenausfuhr der Entwicklungsländer an den Märkten in den Industrieländern, 1960-85
(in %)

	1960	1970	1975	1985	Anteil am Wachstum der Märkte		
					1960-70	1970-75	1975-85
An der Einfuhr	5,9	5,8	8,9	13,6	5,8	18,6	17,5
Am Verbrauch	0,4	0,7	1,2	2,7	1,0	7,1	5,4

beitragen. Ihr Anteil an den Märkten in den Industrieländern dürfte bis zum Jahre 1985 voraussichtlich lediglich 2,7% erreichen.

Das Wachstum und die Zusammensetzung der Fertigwarenausfuhr nach Ländern unterlagen im vergangenen Jahrzehnt so unvorhersehbaren Schwankungen, daß die projektierten Größenordnungen nur von illustrativem Wert sind. Dennoch ist es nützlich, das Potential des Exportwachstums in verschiedenen Kategorien von Fertigfabrikaten zu untersuchen und einige der Probleme aufzuzeigen, die zu bewältigen sind, um dieses Potential auszuschöpfen. Bei der hier eingeschlagenen Vorgehensweise werden zunächst Annahmen gemacht über die Exportzunahme von Textilien, Bekleidung, chemischen Erzeugnissen, Stahl und der gemischten Kategorie der »sonstigen« Fertigprodukte; hieran anschließend wird untersucht, inwieweit ein Wachstum erreichbar ist, das in jener Kategorie erforderlich wäre, die in der Vergangenheit die höchsten Zuwachsraten erzielte, nämlich in der Kategorie Maschinenbau- und elektrotechnische Erzeugnisse einschließlich Fahrzeuge.

Vorausgesetzt, die augenblicklichen mengenmäßigen Restriktionen werden recht strikt eingehalten und bis zum Jahre 1985 verlängert, so führt die Projektion für die mengenmäßige Ausfuhr von Bekleidung zu einer jährlichen Zunahme von 4% und von 3,5% für Textilien. Es wird ferner angenommen, daß die Qualität dieser Erzeugnisse etwas verbessert werden kann, wodurch die projektierte jährliche reale Zunahme auf 5,5% für Bekleidung und 4,5% für Textilien ansteigt. Diese Zuwachsraten wurden auf die tatsächlichen Exporte des Jahres 1976 bezogen, die um etwa 30% höher lagen als im Jahre 1975, um die projektierten Zuwachsraten für Bekleidung und Textilien für den Zeitraum 1975 bis 1985 zu erhalten; die entsprechenden Ergebnisse sind in Tabelle 27 aufgeführt. Das Exportwachstum könnte in diesen Kategorien geringfügig höher ausfallen, wenn die Einfuhrquoten etwas flexibel angewendet werden.

Selbst wenn die Ausfuhr von Eisen und Stahl, chemischen Erzeugnissen und »sonstigen« Fertigprodukten mit den in Tabelle 27 ausgewiesenen Zuwachsraten steigen sollte, so wird der Anteil der Entwicklungsländer an den Märkten der Industrieländer für diese Erzeugnisse immer noch beschei-

den bleiben¹⁾. Um die projektierte Zunahme der gesamten Fertigwarenausfuhr von jährlich 12,2% von 1975 bis zum Jahre 1985 zu erreichen, müßte der erforderliche jährliche Anstieg für Maschinenbau- und elektrotechnische Erzeugnisse sowie Fahrzeuge bei etwa 17% liegen; ihre Zuwachsrate betrug in den Jahren 1970 bis 1975 20% pro Jahr.

Über die Hälfte der Ausfuhr der Entwicklungsländer von Maschinenbau- und elektrotechnischen Erzeugnissen sowie Fahrzeugen in Industrieländer besteht aus elektronischen Erzeugnissen – einer Warengruppe, die in den letzten Jahren außerordentlich stark gewachsen ist und im Jahre 1975 einen Gesamtwert von mehr als 3 Mrd US-Dollar erreichte. In den Industrieländern entfielen auf diese Importe 14% ihrer Gesamteinfuhr an elektronischen Erzeugnissen und etwa 4% ihres Gesamtverbrauchs. In einzelnen Kategorien ist die Durchdringung der Märkte – vor allem in den Vereinigten Staaten – weit stärker. Etwa die Hälfte aller Radiogeräte und schwarz-weiß Fernsehempfänger, die von den Verbrauchern der Vereinigten Staaten erworben werden, stammen aus Entwicklungsländern. Da diese Märkte praktisch gesättigt sind, hängt ein weiterhin kräftiges Wachstum der Ausfuhr dieser Produkte aus den Entwicklungsländern davon ab, inwieweit es ihnen gelingt, Produzenten aus Industrieländern, insbesondere aus Japan und in geringerem Maße auch aus Europa, zu verdrängen.

Die Ausfuhr dieser und anderer elektronischer Produkte wie Büromaschinen, Taschenrechner und vor allem elektronische Bausteine wird überwiegend von internationalen Unternehmen organisiert. Die Exportaussichten werden entsprechend weitgehend von den Entscheidungen dieser Unternehmen über die Vergabe von Unteraufträgen beeinflusst, deren Wirtschaftlichkeit durch die Steuergesetzgebung in den Industrieländern berührt wird. Ein weiterer struktureller Faktor von einigem Gewicht könnte mit der Entwicklung von Technologien entstehen, die die Arbeitsintensität der Montage elektronischer Bausteine berühren und damit die Kostenvorteile, über die bislang die Entwicklungs-

¹⁾ Eine gesicherte Schätzung über den künftigen Anstieg der »sonstigen« Fertigwarenausfuhr ist unmöglich, da diese Güterklasse die unterschiedlichsten Produkte umfaßt, wie Schuhe, Furnierholz, Spielzeuge, Armbanduhren und einfache Erzeugnisse aus Metall und Plastik.

länder verfügten, beeinflussen. Obwohl diese Faktoren bei der Projektion hoher Wachstumsraten für die elektronische Ausfuhr der Entwicklungsländer zur Vorsicht mahnen, ist zu berücksichtigen, daß es sich hier um ein stark expandierendes Gebiet handelt, auf dem sich die Technologie schnell ändert und auf dem rasch neue Produkte auftauchen können. Auch weiterhin ist ein anhaltend hohes Exportwachstum vorstellbar, sofern angemessene Verbindungen zwischen den Ländern bestehen, um den Technologietransfer sicherzustellen und die Absatzwege offenzuhalten; in beiden Bereichen werden die internationalen Unternehmen eine bedeutende Rolle spielen.

Bei den anderen technischen Erzeugnissen setzen sich die Ausfuhren der Entwicklungsländer äußerst heterogen zusammen; ein beträchtlicher Teil dieser Ausfuhren – vielleicht ein Drittel – geht in andere Entwicklungsländer. Mit etwa 3% der Einfuhr und weniger als 1% des Verbrauchs halten die Entwicklungsländer innerhalb dieser Produktkategorie an den Märkten in den Industrieländern nur einen sehr geringen Anteil. Mit Ausnahme des Schiffbaus dringen sie in einzelne Produktmärkte nur langsam vor; entsprechend verfügen sie in den Industrieländern noch über beträchtliche Expansionsmöglichkeiten. Die wesentlichen Probleme, die bei der Steigerung dieser Ausfuhren auftreten, liegen im technologischen und organisatorischen Bereich. Zu den Faktoren, die die Erhöhung der Maschinenbauexporte zu einer langwierigen und schwierigen Aufgabe machen, gehören die starke Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit der Technologie in diesem Bereich; der enge Zusammenhang zwischen Produktionshöhe, Produktqualität und der Fähigkeit, die Produkte zu vermarkten; die Wichtigkeit moderner Techniken der Unternehmensführung, der technischen Gestaltungsfähigkeit und in einigen Fällen die Notwendigkeit, den Importeuren Kredite einzuräumen. Ohne eine breite industrielle Grundlage ist die Ausfuhr von Maschinenbauerzeugnissen schwierig. Entsprechend werden nur verhältnismäßig wenige Entwicklungsländer im kommenden Jahrzehnt die Gelegenheit erhalten, die Streubreite ihrer Ausfuhr in nennenswertem Umfang auf diese Bereiche auszudehnen.

Insgesamt betrachtet erscheint das projektierte Wachstum für die Fertigwarenausfuhr erreichbar; dies setzt jedoch voraus, daß sich die Entwicklungsländer mit großem Nachdruck bemühen, ihr Angebot und ihre Märkte zu diversifizieren. Sollten sich ihnen zusätzlich Handelsschranken entgegenstellen, so werden ihre Bemühungen, ihre Ausfuhr auf eine ausreichend breite Grundlage zu stellen, um dieses Wachstum zu erreichen, äußerst erschwert. Selbst eine geringfügige Lockerung der quantitativen Beschränkungen für Textilien und

27. Entwicklungsländer: Wachstum der Fertigwarenexporte, 1970-85

(Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten, in % und in Preisen von 1975)

	1970-75	1975-85
Bekleidung	20,3	8,3
Textilien	17,8	6,2
Chemische Erzeugnisse	16,5	13,0
Eisen und Stahl	10,7	14,5
Maschinen und Transportausrüstungen	20,3	17,3
Sonstige	10,2	10,0
Fertigwaren insgesamt	14,9	12,2

Bekleidung oder ihrer Handhabung, kann die Ausfuhraussichten neu heranwachsender Exporteure von Fertigwaren stark verändern. Je restriktiver die internationalen Handelsbeziehungen sind, um so weniger Länder werden ausreichend flexibel sein, um die verbleibenden Wachstumsmöglichkeiten für die Ausfuhr von Fertigprodukten auszuschöpfen.

Externe Kapitalbewegungen

Trotz der recht optimistischen Annahmen, die für den Außenhandel gemacht wurden, und trotz der etwas geringeren Zunahme, die für das Wirtschaftswachstum der Länder mit mittlerem Einkommen projektiert wird, nimmt der künftige Bedarf der Entwicklungsländer an externen finanziellen Mitteln der Projektion zufolge beträchtlich zu. Wie in Tabelle 28 gezeigt wird, beläuft sich der geschätzte Finanzbedarf für das Jahr 1985 in laufenden Preisen auf 276 Mrd US-Dollar (141 Mrd US-Dollar in Preisen von 1975) verglichen mit 63 Mrd US-Dollar im Jahre 1975.

Mehr als die Hälfte der Zunahme des Finanzierungsbedarfs in den Jahren 1975 bis 1985 entfällt auf Zinszahlungen und die Amortisation (d. h. die Tilgung) von Auslandsschulden, wobei die gestiegene Amortisation den wachsenden Anteil mittelfristiger privater Kredite reflektiert, deren Laufzeiten um mehr als die Hälfte kürzer sind als diejenigen öffentlicher Kredite. Weitere 15% der Zunahme werden benötigt, um die Währungsreserven im Einklang mit dem Importwachstum aufzustocken.

Der Finanzierungsbedarf wird auch künftig überwiegend durch Kreditzuflüsse mit Laufzeiten vor über einem Jahr abgedeckt werden. Die Nettoauszahlungen von mittel- und langfristigen Krediten und die unentgeltlichen finanziellen Zuwendungen seitens öffentlicher Stellen werden projektionsgemäß real um 4,6% pro Jahr zunehmen und im Jahre 1985 in laufenden Preisen insgesamt 118 Mrd US-Dollar (61 Mrd US-Dollar in Preisen von 1975)

28. Entwicklungsländer: Externer Finanzbedarf, 1970-85

(in Mrd laufender US-\$)

	1970	1975	1985
Nettoeinfuhren (Einfuhren von Waren und Dienstleistungen)	8	44	103
Abzüglich: (Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen)	(62)	(280)	(900)
Zinsen auf mittel- und langfristige Kredite	3	8	37
Tilgung	6	16	108
Anstieg der Reserven	-1	-5	28
Finanzierungsbedarf insges.	17	63	276
Nettofaktoreinnahmen, ohne Zinsen auf mittel- und langfristige Kredite	-4	2	12
Übertragungen (netto)	3	10	26
Direktinvestitionen und sonstige (netto)	3	2	30
Mittel- und langfristige Kredite (brutto)	15	49	208
Finanzierungsaufkommen	17	63	276

Anmerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. Die angenommene jährliche Inflationsrate zwischen 1975 und 1985 beträgt rd. 7%.

erreichen. Wie in Tabelle 29 gezeigt wird, sind die projizierten Zuwachsraten für die einzelnen Kapitalarten viel niedriger als die in den Jahren 1970 bis 1975 erzielten.

Die erwartete Verlangsamung der Zunahme der privaten Kreditgewährung ist von außerordentlicher Bedeutung für die Länder mit mittlerem Einkommen, die mit etwa drei Vierteln ihres mittel- und langfristigen Nettobedarfs an Auslandskapital auf diese Quelle angewiesen sind und die fast die

gesamte private Kreditgewährung an Entwicklungsländer aufnehmen. Wie im 3. Kapitel betont wurde, muß die durchschnittliche Laufzeit ihrer ausländischen Kreditaufnahme verlängert werden, um ihnen eine erfolgreiche Verwaltung ihrer Schulden zu ermöglichen. In dieser Beziehung können die folgenden Maßnahmen einen wichtigen Beitrag leisten: die Verlängerung der Laufzeiten von Bankkrediten, die Verbesserung des Zugangs zu den Anleihemärkten sowie die Erhöhung des Anteils öffentlicher Darlehen, die zu Marktzinsen, aber mit viel längeren Laufzeiten gegeben werden. Die Länder mit mittlerem Einkommen sind stark auf Zuwendungen seitens öffentlicher Stellen und auf Kredite zu Vorzugskonditionen angewiesen, und die Projektionen unterstellen eine mäßige Ausweitung des Anteils dieser Kapitalformen am gesamten Kapitalzufluß (vgl. Tabelle 30). Der Bruttozustrom von Krediten zu weichen Bedingungen in Länder mit niedrigem Einkommen müßte in den Jahren 1975 bis 1985 real um jährlich 5,2% zunehmen (oder nominal um 12,4% pro Jahr auf einen Gesamtbetrag von 12,3 Mrd US-Dollar im Jahre 1985), um die projizierten Nettoauszahlungen zu erreichen.

Unter den den Tabellen 28 bis 30 zugrunde liegenden Annahmen über die Höhe des Finanzierungsbedarfs der Entwicklungsländer und die Bedingungen, zu denen dieser Bedarf befriedigt werden kann, werden die Schuldendienstverpflichtungen sowohl im Verhältnis zur Ausfuhr als auch zum BSP vor allem in den Ländern mit mittlerem Einkommen steigen (vgl. Tabelle 31). Die projizierten Relationen sind jedoch nicht unannehmbar hoch; entsprechend sollten bei der Schuldenverwaltung keine allgemeinen Schwierigkeiten auftreten,

35

29. Nettoauszahlung von mittel- und langfristigem Kapital an Entwicklungsländer, 1970-85

	In Mrd laufender US-\$			Durchschnittliche jährliche reale Zuwachsrate (in %)	
	1970	1975	1985	1970-75	1975-85
Zuwendungen öffentlicher Stellen	2,1	6,0	18,5	11,5	4,7
Kredite zu Vorzugsbedingungen	2,4	7,6	21,7	13,9	3,9
Bilaterale ODA	2,2	6,3	17,4	11,7	3,5
Multilateral	0,2	1,3	4,3	32,0	5,4
Kredite zu Marktbedingungen	6,0	25,1	78,2	20,0	4,8
Multilateral	0,5	2,3	9,4	23,5	7,6
Öffentliche Ausfuhrkredite	0,8	1,0	1,2	-5,1	-5,0
Privat	4,7	21,7	67,6	23,0	4,8
Insgesamt	10,5	38,8	118,4	17,4	4,6
<i>Nachrichtlich:</i> in Preisen von 1975	17,4	38,8	60,7		

Anmerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. Die in dieser Tabelle wiedergegebenen Zahlen für die Zuwendungen öffentlicher Stellen und die Kredite zu Vorzugsbedingungen sind nicht mit den Angaben in Tabelle 22 vergleichbar. Tabelle 22 enthält Auszahlungen der Geberländer für alle Zwecke; in Tabelle 29 werden die Einnahmen der Entwicklungsländer von mittel- und langfristigem Kapital gezeigt. Die wesentlichen Unterschiede liegen darin, daß Tabelle 22 die technische Hilfe und die Beiträge an multilaterale Institutionen einschließlich des eingezahlten Kapitals umfaßt. Letzteres bildet die Grundlage für die multilaterale Kreditgewährung zu Marktbedingungen. Die Angaben in Tabelle 29 über die öffentlichen Zuwendungen und die Kredite zu Vorzugsbedingungen umfassen nicht die technische Hilfe; sie schließen ebenfalls den Abfluß von öffentlichen Zuwendungen seitens der Entwicklungsländer aus; sie umfassen jedoch die Auszahlung von Krediten zu Vorzugsbedingungen seitens multilateraler Institutionen.

30. Nettoauszahlung von mittel- und langfristigem Kapital an Entwicklungsländer nach Kapitalarten und Einkommensgruppen der Länder, 1970-85

(in %)

	Länder mit niedrigem Einkommen			Länder mit mittlerem Einkommen			Alle Entwicklungsländer		
	1970	1975	1985	1970	1975	1985	1970	1975	1985
A. Verteilung des Kapitals nach Kapitalarten									
Zuwendungen öffentlicher Stellen	38	28	39	13	12	11	20	16	16
Kredite zu Vorzugsbedingungen	42	39	52	17	14	11	23	19	18
Kredite zu Marktbedingungen	15	29	8	71	74	78	57	64	66
Öffentlich	11	1	7	12	11	9	12	9	9
Privat	4	28	1	59	63	68	45	56	57
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
B. Verteilung des Kapitals nach Einkommensgruppen *									
Zuwendungen öffentlicher Stellen	50	38	42	50	63	58	100	100	100
Kredite zu Vorzugsbedingungen	46	43	48	54	56	52	100	100	100
Kredite zu Marktbedingungen	7	10	2	92	91	98	100	100	100
Öffentlich	23	3	13	69	100	87	100	100	100
Privat	2	11	—	98	89	100	100	100	100
Insgesamt	25	21	17	74	79	83	100	100	100

Anmerkung: Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

– Vernachlässigbar

* Die Verteilung des Kapitals zu Vorzugsbedingungen nach Einkommensgruppen ist stark abhängig von dem Kriterium, das bei der Unterteilung der Länder in Ländergruppen mit niedrigem und solche mit hohem Einkommen verwendet wird.

36
sofern die Ausfuhr um die berechneten Zuwachsraten gesteigert werden kann. Eine bescheidene Verlängerung der Laufzeiten für private Kreditzuflüsse ließe die Schuldendienstrelationen beträchtlich unter die projektierten Werte absinken. Würde man zum Beispiel die ursprüngliche durchschnittliche Laufzeit neuer privater Darlehen von 5 auf 7 Jahre anheben, so würde der Schuldendienst der Länder mit mittlerem Einkommen im Jahre 1985 lediglich 18% der Exporte erreichen anstelle von 22%.

31. Entwicklungsländer: Schuldendienstrelationen, 1970-85

	In % der Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen			In % des Bruttosozialprodukts		
	1970	1975	1985	1970	1975	1985
Länder Asiens mit niedrigem Einkommen	16,8	12,6	12,6	1,0	1,3	1,4
Länder Afrikas mit niedrigem Einkommen	4,8	6,7	9,6	1,2	1,5	2,5
Länder mit mittlerem Einkommen	15,6	11,8	22,0	2,4	2,7	4,8
Alle Entwicklungsländer	15,2	11,8	21,0	2,1	2,4	4,3

Anmerkung: In dieser Übersicht wird nur der Schuldendienst auf die öffentliche und öffentlich garantierte mittel- und langfristige Verschuldung berücksichtigt.

Alternative Rahmenbedingungen

Das voranstehend beschriebene Szenarium basiert auf einer Reihe von Annahmen, die vielfältig geändert werden können. Einige von ihnen, betreffen die inländische Wirtschaftspolitik und werden später unter der Voraussetzung erörtert, daß sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Übereinstimmung mit den vorausgegangenen Ausführungen entwickeln. Um jedoch zu verdeutlichen, in welchem Ausmaß die Projektionen für die Entwicklungsländer von den Annahmen über die außenwirtschaftlichen Verhältnisse abhängen, wurden die Implikationen von Änderungen eines bedeutenden Faktors – des Wirtschaftswachstums in den Industrieländern – abgeschätzt.

In einer der voranstehend gezeigten Alternativen wird für das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern ein Anstieg von 3,7% anstelle der ursprüng-

32. Alternative Annahmen über durchschnittliche jährliche Zuwachsraten, 1975-85 (in %)

	Basis-szenarium	Szenarium mit niedrigem Wachstum	Szenarium mit hohem Wachstum
BIP der Industrieländer	4,2	3,7	4,7
Welthandel	6,4	5,7	7,4
Ausfuhr der Entwicklungsländer	6,3	5,4	7,4

lich angenommenen 4,2% projiziert. Trotz der besten Absichten und Bemühungen ihrer Behörden, ist ein solches Ergebnis – wenn auch offensichtlich äußerst unerwünscht – nicht undenkbar. Noch geringere Wachstumsraten werden hier nicht betrachtet, nicht nur weil sie als unwahrscheinlich angesehen werden, sondern auch weil sie mit strukturellen Veränderungen im Handel und anderen Beziehungen zwischen den Ländern einhergehen, die innerhalb des hier verwendeten analytischen Rahmens nicht erfaßbar sind. In der zweiten Alternative werden höhere durchschnittliche Wachstumsraten in Höhe von jährlich 4,7% anstelle von 4,2% unterstellt. Es ist jedoch angesichts der Entwicklung in den Jahren 1976 und 1977 und dem für das Jahr 1978 geschätzten Ergebnis unwahrscheinlich, daß diese Raten erreicht werden können.

In der Alternative mit dem niedrigeren Wachstum sinkt die Zuwachsrate für den Welthandel proportional zur Abnahme des Wirtschaftswachstums in den Industrieländern, und für die Zuwachsrate der Ausfuhren der Entwicklungsländer errechnet sich ein geringfügig stärkerer Rückgang. Hinsichtlich der Kapitalströme wird angenommen, daß der gleiche Anteil am BSP der Industrieländer zu weichen Bedingungen bereitgestellt wird wie im Ausgangsszenarium; infolge des niedrigeren BSP dieser Länder sinkt jedoch die projizierte Zuwachsrate für die bilaterale ODA in den Jahren 1975 bis 1985 in realen Einheiten von jährlich 3,5% auf 2,8% pro Jahr. Für andere Kapitalströme wurden keine alternativen Annahmen gemacht.

33. Implikationen alternativer globaler Annahmen für die Entwicklungsländer

	Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten in %, 1975–85		
	Basis Szenarium	Szenarium mit niedrigem Wachstum	Szenarium mit hohem Wachstum
BIP			
Entwicklungsländer	<u>5,7</u>	<u>5,2</u>	<u>6,1</u>
Länder mit niedrigem Einkommen	5,0	4,8	5,1
Länder mit mittlerem Einkommen	5,9	5,3	6,3
Bruttoinvestition	<u>5,3</u>	<u>4,4</u>	<u>5,7</u>
Länder mit niedrigem Einkommen	6,5	5,8	6,7
Länder mit mittlerem Einkommen	5,1	4,2	5,6
Einfuhr	<u>5,6</u>	<u>4,8</u>	<u>6,5</u>
Länder mit niedrigem Einkommen	5,7	4,8	6,3
Länder mit mittlerem Einkommen	5,6	4,9	6,5

Das wichtigste Ergebnis dieser Änderungen bestünde in einem Rückgang des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern, wobei die Länder mit mittlerem Einkommen am stärksten beeinträchtigt würden.

Der Fall mit dem höheren Wachstum ist fast das Spiegelbild des voranstehend erörterten. Der Welthandel dürfte proportional zur Beschleunigung des Wachstums in den Industrieländern zunehmen, während für die Ausfuhren der Entwicklungsländer eine leicht höhere Zuwachsrate zu erwarten ist. Der größte Zuwachs würde bei den Fertigwaren erzielt. Infolge der stärkeren Einkommenszunahme in den Industrieländern würde auch die Bereitstellung von ODA stärker anwachsen. Der Kapitalbedarf der Entwicklungsländer würde steigen, vor allem um die Reserven mit den zunehmenden Importen in Einklang zu bringen. Das wichtigste Ergebnis dieser Änderungen bestünde in einer Erhöhung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern, wobei die Länder mit mittlerem Einkommen am stärksten begünstigt würden.

Für die Länder mit mittlerem Einkommen ergeben sich stärkere Effekte als für die Länder mit niedrigem Einkommen, da erstere empfindlicher auf Veränderungen im Außenhandel reagieren. In der Alternative mit niedrigem Wachstum wirkt ihre verringerte Importkapazität dämpfend auf die Zunahme ihrer Einkommen; sie löst auch einen überproportionalen Rückgang der Ersparnisbildung und der Investition aus. Viele Länder mit mittlerem Einkommen produzieren heute ihre Verbrauchsgüter überwiegend selbst; ihre Importe bestehen entsprechend zu einem großen Teil aus Kapitalgütern und Rohstoffen. Da niedrigere Rohstoffeinfuhren einen sofortigen Rückgang in der Produktion und in der Beschäftigung nach sich ziehen, wird im allgemeinen als Reaktion auf Zahlungsbilanzprobleme die Einfuhr von Kapitalgütern, die größtenteils aus Industrieländern bezogen werden, gekürzt, was sich auf das künftige Wirtschaftswachstum ungünstig auswirkt.

Ein geringeres Wachstum der Exporteinnahmen kann infolge der unterschiedlichen Größenordnungen nur in begrenztem Umfang durch die Aufnahme zusätzlicher Kredite ausgeglichen werden. So würde zum Beispiel eine Zunahme des Nettostroms von mittel- und langfristigem Kapital um 10% im Jahre 1985 die Importkapazität der Länder mit mittlerem Einkommen um lediglich 1% vergrößern; demgegenüber würde ein Anstieg der Exporte um 10% ihre Importkapazität um fast 9% erhöhen.

Die Auswirkungen auf die Armut

Selbst wenn die Einkommen in den Entwicklungsländern wie im Basisszenarium steigen sollten,

34. Projektierter Rückgang der absoluten Armut, 1975-2000

	Simulierte Ergebnisse für das Jahr 2000					
	1975		Basisszenarium		Alternatives Szenarium	
	% der Bevölkerung	Anzahl der absolut Armen (in Mio)	% der Bevölkerung	Anzahl der absolut Armen (in Mio)	% der Bevölkerung	Anzahl der absolut Armen (in Mio)
Länder mit niedrigem Einkommen	52	630	27	540	13	260
Länder mit mittlerem Einkommen	16	140	4	60	—	—
Alle Entwicklungsländer	37	770	17	600	7	260

— Vernachlässigbar

wird die Armut auch weiterhin ein Problem von riesigen Dimensionen bleiben. Eine Vorstellung von diesen Größenordnungen wird durch die Ergebnisse eines Simulationsmodells vermittelt, das den Anteil der absoluten Armut an der Gesamtbevölkerung unter verschiedenen Annahmen in die Zukunft projiziert. Solche Berechnungen unterliegen unweigerlich großen Fehlermöglichkeiten, da wenig über das Zusammenspiel zwischen wirtschaftlichen sowie sozialen Strukturen und entwicklungspolitischen Maßnahmen bekannt ist, aus dem verschiedene Verläufe des Wirtschaftswachstums mit unterschiedlichen Folgen für die Armen entstehen. Dennoch geben die Projektionen einen ausreichenden Hinweis auf die Entwicklung aggregierter Größen, um von Interesse zu sein.

Das Modell verbindet die BSP-Zuwachsraten, die für verschiedene Ländergruppen projiziert werden, mit der Annahme, daß die Einkommensunterschiede in den Anfangsstadien der Entwicklung wahrscheinlich zunehmen, um sich erst später zurückzubilden; das hat zur Folge, daß das Einkommen der ärmeren Bevölkerungsgruppen im Verlauf des der Projektion zugrunde gelegten Zeitraums weniger steigen wird als das Pro-Kopf-Durchschnittseinkommen. Diese Annahme wird durch Testergebnisse gestützt, die auf Länderquervergleichen basieren, wobei für jedes Land Maße für die Einkommensverteilung auf die durchschnittliche Einkommenshöhe bezogen wurden. Obwohl zu wenige Studien über Veränderungen der Einkommensverteilung einzelner Länder im Zeitablauf vorliegen, um die Gültigkeit dieser Annahme zweifelsfrei zu belegen, so steht sie doch im Einklang mit den vorhandenen Untersuchungsergebnissen: Wie durch Analysen der Entwicklung in Brasilien, Kenia, Mexiko, den Philippinen und in der Türkei bestätigt wird, hat sich die Einkommensverteilung in den meisten Entwicklungsländern, die ein mäßig starkes Wachstum aufrechterhalten haben, anfänglich verschlechtert.

In Tabelle 34 werden die Projektionen für den Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung im Jahre 2000 wiedergegeben; dabei wurde unterstellt, daß die für den Zeitraum 1975 bis 1985

berechneten Wachstumsraten bis zum Ende dieses Jahrhunderts fortbestehen und daß die eben beschriebene Beziehung zwischen Einkommensverteilung und aggregiertem Wachstum gültig ist.

Unter den Annahmen, die dem Basisszenarium in Tabelle 34 zugrunde liegen, ergibt die Projektion für den Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung einen Rückgang um die Hälfte in den Ländern mit niedrigem Einkommen und um drei Viertel in den Ländern mit mittlerem Einkommen. Dennoch sinkt infolge des Bevölkerungswachstums die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, nur geringfügig. Dies ist ein beunruhigendes Ergebnis, vor allem deshalb, weil die projizierten Zuwachsraten für das Einkommen in den Ländern mit niedrigem Einkommen eher etwas optimistisch sein dürften.

Das »alternative Szenarium« in Tabelle 34 zeigt den Rückgang der Armut auf der Grundlage weitaus günstigerer Annahmen über den Verlauf des Wachstums. Im Basisszenarium erhielten die ärmsten 60% der Bevölkerung 18% bis 25% des Einkommenszuwachses; unter dem alternativen Szenarium wird erwartet, daß sich ihr Anteil sogar auf 45% beläuft. Soweit bekannt ist, wurde bislang ein so hoher Anteil – abgesehen von den Staatshandelsländern – noch in keinem Entwicklungsland erzielt. Unter diesen Voraussetzungen könnte die absolute Armut in den Ländern mit mittlerem Einkommen fast völlig eliminiert werden; in den Ländern mit niedrigem Einkommen wären jedoch im Jahre 2000 immer noch 13% der Bevölkerung von ihr betroffen. Der außerordentliche Optimismus der Annahmen, die dem alternativen Szenarium zugrunde liegen, sollte allerdings nicht verkannt werden.

In den Ländern mit niedrigem Einkommen erscheint es angesichts der Hindernisse, die ihnen entgegenstehen, unmöglich, die absolute Armut bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu beseitigen. Realistischer wäre deshalb das Ziel, den Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung bis zum Jahre 2000 auf 15% bis 20% zu verringern, womit allerdings noch fast 400 Mio Menschen in absoluter Armut verbleiben würden. Selbst dieses Ziel setzt

massive Anstrengungen voraus, um die Produktivität und die Einkommen der Armen zu erhöhen.

Maßnahmen zur Verringerung der Armut

Während die Armut in den Ländern mit mittlerem Einkommen bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf ein niedriges Niveau abgebaut werden könnte, wird sie die Länder mit niedrigem Einkommen auch weiterhin plagen. In beiden Ländergruppen muß eine bessere Zusammensetzung des Wirtschaftswachstums angestrebt werden. Entsprechende Verbesserungen können jedoch nur dann von nennenswertem Nutzen sein, wenn das Wirtschaftswachstum selbst stärker ist, was vor allem für die Länder mit niedrigem Einkommen gilt, in denen die Anzahl der Armen so ungeheuer hoch ist. In den folgenden Kapiteln, die sich mit den Problemen einzelner Ländergruppen befassen, werden Maßnahmen erörtert, die darauf abzielen, das Wachstum durch den effizienten Einsatz der Produktionsfaktoren zu beschleunigen und sicherzustellen, daß das Einkommensniveau der Armen mit dem Wirtschaftswachstum steigt. Die Untersuchung im vorliegenden Abschnitt konzentriert sich auf den Einsatz jener direkten Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards, die zusätzlich zu den Schritten ergriffen werden müssen, die auf Einkommensverbesserungen für die Armen gerichtet sind.

Normalerweise müssen Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und der Einkommen der Menschen und direkte Eingriffe zur Verbesserung ihres Lebensstandards eng aufeinander abgestimmt werden. So wird durch die allgemeine Ausrichtung des Wachstums die Struktur der Produktion und der Nachfrage beeinflusst und damit die Fähigkeit eines Landes, zu investieren und ein schnelles gesamtwirtschaftliches Wachstum aufrechtzuerhalten; ein höheres Einkommen der Armen kann Voraussetzung dafür sein, daß sie selbst die »freien« öffentlichen Dienstleistungen voll in Anspruch nehmen; bei einem schnelleren Wachstum können die Ressourcen zur Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Dienstleistungen leichter aufgebracht werden; ein breiterer Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge und Ausbildung kann sowohl die Produktivität erhöhen, als auch die Fruchtbarkeitsziffern und das Bevölkerungswachstum auf längere Sicht reduzieren, womit sich die Aussichten, das Einkommen pro Kopf zu steigern, verbessern. Ein bemerkenswertes Beispiel für die Bedeutung der Interaktion zwischen Einkommenszunahme und dem Einsatz von direkten Maßnahmen zur Milderung der Armut ist im Bereich der Ernährung zu finden.

Ernährung

Die am weitesten verbreitete Form der Unterernährung ist ein Mangel an Proteinen und Kalorien, der im allgemeinen als Folge einer unzureichenden Aufnahme von Kalorien auftritt²⁾. Ein wichtiges strategisches Problem bei der Bekämpfung der Unterernährung liegt in der Frage, inwieweit man sich auf ein steigendes Einkommen verlassen kann, um die verbreiteten Mangelerscheinungen zu beheben, und inwieweit besondere Programme erforderlich sind.

Programmen, die auf die Anhebung der Einkommen abzielen, ist im allgemeinen aus mehreren Gründen eine wichtige Rolle bei der Behebung der Unterernährung einzuräumen. Erstens, werden arme Menschen, die unterernährt sind, in aller Regel einen großen Teil jeder Einkommenszunahme für Nahrungsmittel ausgeben; entsprechend dürften Einkommensverbesserungen wohl auch am wirksamsten sein, um das Ernährungsniveau einer breiten Bevölkerungsschicht anzuheben. Zweitens, hängt der Ernährungszustand der Kleinstbauern, die in den Ländern mit niedrigem Einkommen einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung stellen, entscheidend von ihrer eigenen Produktivität ab. Drittens, wirkt ein steigendes Einkommen vorteilhaft auf die Gesundheit und die Ausbildung; eine breitere Ausbildung kann dazu beitragen, daß sich die Ernährung, die mit einem gegebenen Ausgabenbudget bestritten werden kann, beträchtlich verbessert.

Wenn auch die Unterernährung durch ein wachsendes Einkommen auf sehr lange Sicht an den meisten Orten beseitigt werden könnte, so können die Länder, in denen eine große Zahl von Menschen schlecht ernährt ist, nicht so lange warten. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung der Armen, die nicht notwendigerweise auf der Erhöhung ihrer Einkommen aufbauen, können in zwei breite Gruppen unterteilt werden: in solche, die den Nahrungsmittelkonsum ohne Mehrausgaben der Haushalte für Nahrungsmittel steigern, und in solche, die den Nährwert bei gegebener Nahrungsmittelversorgung anheben.

Innerhalb der ersten Gruppe gehören öffentliche Beschaffungsmaßnahmen, steuerliche Subventionen und Preiskontrollen, um den Einzelhandelspreis von Brotgetreide zu senken und bei gegebenen Ausgaben für Nahrungsmittel einen höheren Konsum zu ermöglichen, zu den bekanntesten Beispielen. Solche Maßnahmen sind vielfach ange-

2) Der Begriff der Unterernährung wird durch eine komplexe Reihe von Relationen bestimmt zwischen verschiedenen Faktoren wie etwa dem Nährwert der Menge und den Arten der konsumierten Lebensmittel, dem Geschlecht und Alter des Konsumenten, der Art der Arbeit unter verschiedenen klimatischen Bedingungen und dem Gesundheitszustand der betroffenen Bevölkerung.

wendet worden; die Erfahrungen wurden allerdings noch nicht genügend ausgewertet, um ein endgültiges Urteil über ihren Nutzen zuzulassen. Sie neigen dazu, sehr teuer zu sein; in einigen Ländern, insbesondere in Ägypten und im Sudan, haben sie jedoch zu einer dramatischen Verbesserung der Ernährungslage und der Lebenserwartung beigetragen. Die Probleme, die mit diesen Arten von Maßnahmen verbunden sind, sind jedoch vielfältig und schwerwiegend: Die Verteilungssysteme sind im allgemeinen auf städtische Gebiete begrenzt und ohne Nutzen für die Mehrzahl der wirklich Armen, von denen viele in ländlichen Gegenden leben; die Programme basieren oft auf niedrigen Beschaffungspreisen und erhöhten Einfuhren, wodurch das Wachstum der inländischen Landwirtschaft behindert und die Devisenreserven aufgebraucht werden können; sofern die Programme nicht von niedrigen Beschaffungspreisen ausgehen, erfordern sie häufig sehr hohe öffentliche Subventionen – in einigen Fällen von bis zu 3% des BSP; schließlich kann ein Teil der Subventionen leicht Haushalten zufließen, denen sie nicht zustehen, was darauf zurückzuführen ist, daß es selbst in städtischen Gebieten administrative Schwierigkeiten bereitet, zwischen armen und reichen Haushalten zu unterscheiden. Einige dieser Probleme lassen sich manchmal durch die Begrenzung der Subventionen auf Nahrungsmittel verhindern, die normalerweise von den Armen verbraucht werden, wie zum Beispiel Schrotgetreide und gebrochener, unpolierter Reis. Im allgemeinen begrenzen jedoch finanzwirtschaftliche und verwaltungstechnische Zwänge das Ausmaß, in dem die Armen wirksam durch groß angelegte Subventionsprogramme für Nahrungsmittel erreicht werden können.

Ernährungsprogramme für verwundbare Gruppen wie Kinder im Vorschulalter, Schwangere und stillende Mütter haben Aussicht auf Erfolg; sie sind jedoch in den Entwicklungsländern noch nicht genügend ausgiebig angewendet worden, um ihre Wirksamkeit zu belegen. Die entscheidenden Probleme sind administrativer Art. Obwohl Schulkinder verhältnismäßig einfach erreicht werden können, sind Versuche, Kinder im Vorschulalter und Frauen direkt anzusprechen, im allgemeinen nicht erfolgreich gewesen; diese Gruppen dürften jedoch auf indirektem Weg durch Schulspeisungsprogramme begünstigt werden, sofern ein Teil der ausgegebenen Nahrungsmittel zuhause an sie abgezweigt wird.

Der Nährwert, der bei gegebener Höhe der Nahrungsmittelausgaben erzielt werden kann, läßt sich auf verschiedene Weise steigern. Ein einfacher Weg besteht in der Anreicherung von Nahrungsmitteln, die üblicherweise verbraucht werden, mit speziellen Nährstoffen; so ist in einigen Gebieten

Indiens nach der Anhebung des Jodgehalts in Salz der Kropf weniger häufig aufgetreten, und in den Philippinen konnte die Beriberikrankheit durch die Anreicherung von Reis mit Vitamin B₁ eliminiert werden. Zu den Produkten, die mit Vitamin A angereichert werden, gehören Milch in Brasilien und Indien, Zucker in Guatemala sowie Tee, Margarine und Speiseöl in anderen Ländern. Indien hat vor kurzem ein Verfahren entwickelt, um Salz mit Eisen anzureichern. Bei aller Wirksamkeit hat die Anreicherung jedoch den offensichtlichen Nachteil, daß sie nur bei Nahrungsmitteln angewendet werden kann, die zentral verarbeitet werden; darüber hinaus kann sie auch den Mangel an Kalorien nicht verringern.

Auch die Gesundheit und die Ausbildung sind von Bedeutung für die Ernährung. Magen- und Darmkrankheiten beeinträchtigen die Nahrungsmittelaufnahme eines großen Teils der Armen in schwerwiegender Weise. Die Eindämmung dieser Krankheiten durch eine bessere Wasserversorgung und eine verbesserte persönliche Hygiene, die eine breitere Ausbildung voraussetzt, kann erheblich dazu beitragen, die Unterernährung in den ärmeren Ländern zu verringern. Einiges deutet darauf hin, daß die Ernährung der Armen, insbesondere unter Berücksichtigung ihrer geringen Ausgaben für Nahrungsmittel, bemerkenswert gut ausgeglichen ist; durch eine stärkere Unterrichtung dieser Menschen über den Nährstoffbedarf der einzelnen Familienmitglieder könnten jedoch in dieser Hinsicht zusätzliche Fortschritte erzielt werden (zu erwähnen sind hier zum Beispiel die Bedeutung des Stillens und die Verabreichung ergänzender Nahrungsmittel in den verschiedenen Altersstufen). Es ist allerdings schwierig, tief sitzende persönliche Vorurteile durch die Ausbildung zu überwinden; angesichts der weitreichenden Bedeutung eines breiteren Wissens und einiger – wenn auch begrenzter – Erfolge, die bislang erzielt werden konnten, sollten jedoch in diesem Bereich stärkere Anstrengungen unternommen werden.

Öffentliche Dienstleistungen

Während durch eine Anhebung der individuellen Einkommen die Unterernährung weitgehend beseitigt werden kann, gilt dies nicht für den unzureichenden Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen. Unbedenkliches Trinkwasser, Kanalisation, Gesundheitsfürsorge und Ausbildung werden durch öffentliche Stellen bereitgestellt; geschieht dies überhaupt nicht oder nur in mangelhafter Form, so werden selbst die Armen in den Ländern mit mittlerem Einkommen beeinträchtigt. Ein umfassender Versuch, diese Leistungen den Armen anzubieten, und zwar zu einem Preis, den sie aufbringen können, ist deshalb von allergrößter

Wichtigkeit für jede Strategie, die auf die Milderung der Armut abzielt.

Ein Aspekt dieses Problems besteht in der Notwendigkeit, die öffentlichen Dienstleistungen zu standardisieren und Technologien anzuwenden, die ein möglichst breites Angebot dieser Leistungen zu niedrigen Stückkosten zulassen (ein Beispiel hierfür ist die Installation von öffentlichen Wasserzapfstellen in vielen Gebieten, anstelle von Hausanschlüssen für Leitungswasser in nur wenigen Orten). Ebenso bedeutend sind die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, die mit der Aufrechterhaltung solcher Einrichtungen einhergehen.

So wird zum Beispiel inzwischen weithin anerkannt, daß Einrichtungen im Gesundheitswesen durch den stärkeren Einsatz von medizinischen Hilfskräften anstelle von Ärzten und Krankenschwestern auf einer breiteren Basis zu niedrigeren öffentlichen Verwaltungskosten wirksam angeboten werden können. Die Erfahrung legt jedoch nahe, daß die Anforderungen an die Qualität der Verwaltung im Hinblick auf die Überwachung und Aufrechterhaltung des gesamten Systems steigen, je einfacher die Ausbildung und die Einrichtungen im Bereich der Gesundheitspflege sind. Die medizinischen Hilfskräfte können dazu ausgebildet werden, solche Gesundheitsprobleme zu erkennen, die sie behandeln können, die geeignete Pflege in verhältnismäßig kurzer Zeit bereitzustellen und Fälle, die ihre Fähigkeiten überschreiten, an eine qualifiziertere Diagnose und Pflege zu überweisen. Ihre Schwierigkeiten liegen vor allem darin, an den Grundsätzen ihrer Ausbildung trotz der Kritik und der Bräuche der Gemeindeältesten und anderer einflußreicher Personen festzuhalten und das Vertrauen ihrer Patienten zu gewinnen und zu behalten. Ebenso bedeutende und schwierige administrative Probleme entstehen bei der Aufgabe, eine angemessene Überwachung sowie die materielle und moralische Unterstützung des medizinischen Hilfspersonals aufrechtzuerhalten sowie dabei, für eine angemessene Finanzierung, Belegschaft, Einrichtung und Belieferung Sorge zu tragen, um die volle Ausnutzung der Kliniken und der kleinen Krankenhäuser vor allem in ländlichen Gebieten zu ermöglichen.

Die Ursachen dieser Probleme reichen von der fehlenden Bereitschaft von Ärzten und anderem hoch qualifiziertem Personal (das für die Aufsicht und die Besetzung örtlicher oder regionaler Krankenhäuser benötigt wird), außerhalb der größeren Städte zu leben, bis hin zu der Versuchung, einen zu großen Anteil des Gesundheitsbudgets für hoch technisierte Geräte und Dienstleistungen in den größeren Lehrkrankenhäusern und in der städtischen Gesundheitspflege aufzuwenden. Infolge der unbefriedigten Nachfrage nach medizinischen

Dienstleistungen in den Städten konnten die im Krankenwesen Beschäftigten leicht eine Anstellung in den städtischen Gebieten finden, und Bemühungen, sie zum Dienst in ländlichen Gegenden zu veranlassen, sind im allgemeinen erfolglos geblieben. Versuche, das örtlich rekrutierte Personal höher einzustufen und für dieses Personal berufliche Aufstiegsmöglichkeiten einzuführen, haben häufig dazu geführt, daß ihre laufenden Aufgaben zu wenig und der Vorbereitung auf Examina sowie der möglichen Zulassung zur medizinischen Ausbildung zu viel Aufmerksamkeit eingeräumt wurde. Gewöhnlich fließen in Ländern mit einem Gesundheitswesen, das die grundlegenden Anforderungen erfüllt, über 50% des Gesundheitsbudgets in den Betrieb eines oder mehrerer Lehrkrankenhäuser, und zusätzliche Mittel von mindestens 20% fließen in Bezirks- oder regionale Krankenhäuser und Belegkliniken. Die Grundleistungen der Gesundheitspflege beanspruchen im allgemeinen lediglich 8% bis 10% der gesamten Ausgaben der Regierungen im Rahmen des Gesundheitswesens.

Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß jede spürbare Verbesserung in der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen selbst bei vorteilhafteren Technologien und einer effizienteren Gestaltung und Verwaltung gewaltige zusätzliche Ausgaben erfordern wird. Die finanzielle Belastung könnte jedoch durch eine örtliche Beteiligung wirksam verringert werden, wie zum Beispiel im Falle der Bereitstellung bereits erschlossener Grundstücke beim städtischen Wohnungsbau, bei einer Reihe von ländlichen Projekten und beim Bau von Schulen durch die Gemeinden. In den ärmeren Ländern dürfte ohne die Beteiligung der Gemeinden in der Tat keine Hoffnung bestehen, daß selbst die bescheidensten Ziele erreicht werden. Die Erfahrungen mit landesweiten Beteiligungsprogrammen sind allerdings weniger als ermutigend, da sie eine wirksame örtliche Führung und eine angemessene zentrale Unterstützung voraussetzen, an denen es häufig gefehlt hat. Selbst wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden könnten, dürften zusätzliche öffentliche Ausgaben in hohem Umfang entstehen. Es liegen zwar keine verlässlichen Schätzungen weder über die erforderlichen Investitionen noch über die laufenden Ausgaben vor, die nötig wären, um ein derart breit angelegtes System zu unterhalten; sie dürften jedoch zweifellos die Ressourcen übersteigen, die zur Zeit vor allem in den Ländern mit niedrigem Einkommen verfügbar sind. Offensichtlich könnten für den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen weitaus mehr Produktionsfaktoren zur Verfügung stehen, wenn die Industrieländer ihre Entwicklungshilfeleistungen steigern würden. Eine Umleitung der augenblicklich geplanten Hilfe in Vorhaben dieser Art würde

jedoch die finanziellen Mittel, die in anderen Bereichen bereitstünden, reduzieren – in Bereichen, deren Weiterentwicklung ebenso unentbehrlich ist, um die Lebensbedingungen der Armen zu verbessern.

Erfolgskontrolle

Programme zur Milderung der Armut werden häufig durch vielfältige Faktoren behindert; hierzu gehören die Knappheit der verfügbaren Ressourcen; Konflikte zwischen verschiedenen Interessen und Zielen; die Ungewißheit darüber, wie einander widersprechende Ziele innerhalb einer annehmbaren Zeitspanne verwirklicht werden sollen; Verwaltungsstrukturen, die zu schwach sind, um weiterreichende Eingriffe und Dienstleistungen zu unterstützen, sowie das unvollständige Wissen über die tatsächlichen Folgen unterschiedlicher Maßnahmen für die Menschen, denen sie nutzen sollen. Darüber hinaus herrscht häufig ein Mangel an klar definierten Zielen und realistischen Vorstellungen über ihre zeitliche Verwirklichung. Dies muß jedoch nicht so sein. Es ist schwieriger, die Maßnahmen festzulegen, die nötig sind, um die Kaufkraft der Armen auf dem Land zu erhöhen, als über die Anzahl der Dörfer zu entscheiden, die in jedem der folgenden zehn Jahre mit Trinkwasser zu versorgen sind. Wenn jedoch größere Fortschritte bei der Milderung der Armut erzielt werden sollen, so ist die Vorgabe von Zielen unentbehrlich, um die Regierungen in die Lage zu versetzen, die Einhaltung dieser Ziele regelmäßig zu überwachen. Große Mengen von Produktionsfaktoren und Energien können verschwendet werden, wenn nicht klar definiert ist, wie die Ziele, die Ausgestaltung und die Durchführungspläne der Programme gegen die Armut im einzelnen zu verwirklichen sind. Ohne diese klare Verfahrensweise ist es entweder schwierig, die administrative Verantwortung für die Durchführung der Pläne zuzuordnen oder die Wirksamkeit verschiedener Vorgehensweisen zur Milderung der Armut zu bewerten; entsprechend wäre es unmöglich, aus den Erfahrungen zu lernen.

Viele Länder haben bereits einen Schritt in diese Richtung getan, indem sie die Bereiche mit Unzulänglichkeiten genau abgrenzen und realistische Programme für Gegenmaßnahmen formulieren. Als realistische Einzelziele könnten zunächst die Trinkwasserversorgung und die Errichtung örtlicher Fazilitäten für die Gesundheitsfürsorge vorgegeben werden, die nach und nach auf Verbesserungsmaßnahmen in anderen Bereichen auszu-

dehnen wären. Ein zweiter Schritt bestünde darin, für Programme zur Steigerung der Einkommen der Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen ein genaues Zielbündel festzulegen.

Die ständige Überwachung und Bewertung sind im Rahmen von Programmen gegen die Armut besonders wichtige Funktionen, da über die charakteristischen Merkmale der absolut Armen und darüber, wie ihre Lebensbedingungen durch besondere Programme und Maßnahmen beeinflusst werden, kaum Informationen vorliegen. Um die erzielten Fortschritte überwachen und die Wirksamkeit der Programme bewerten zu können, ist eine starke, landesweite statistische Basis unerlässlich; dabei sind detaillierte Erhebungen in den Haushalten über die Veränderungen der Einkommen, der Ausgaben und des Konsums in realen Einheiten wie auch über den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen vorzunehmen.

Auch die Fortschritte, die mit spezifischen Programmen erzielt werden, sind im Rahmen eines Kontrollsystems zu überprüfen, um festzustellen, inwieweit sie auch den Armen zugute kommen. In jedem Land gibt es eine Unmenge solcher Aktivitäten, deren Überprüfung zweckmäßig ist. Hierzu gehören ländliche Entwicklungsvorhaben, Bewässerungsarbeiten, Kreditanstalten, öffentliche Arbeiten, die Bereitstellung von Schulessen, Nahrungsmittelsubventionen, Vorsorgekliniken, Wohnungsbauvorhaben und die Berufsausbildung. Idealerweise sollten in den Budgets solcher Programme von vornherein Mittel für ihre Bewertung eingeplant werden, und die Ergebnisse sollten einem breiten Länderkreis zugänglich sein, um die Ausgestaltung späterer Vorhaben verbessern zu helfen. Das Wissen um die Kosten, die Wirksamkeit und die sozialen Folgen von Programmen gegen die Armut ist noch so begrenzt, daß Versuche und Bewertungen über viele Jahre hinweg erforderlich sind, bevor diese Programme zielsicher formuliert werden können.

Die präzise Festlegung von Zielen und der Schritte, mit denen sie erreicht werden sollen, ist nicht nur im Rahmen öffentlicher Programme nötig, die auf eine breitere Versorgung mit unentbehrlichen Dienstleistungen abzielen; sie ist im weiteren Sinne auch bei der Abwägung von Schwerpunkten erforderlich, die bei der Ausgestaltung von Entwicklungsstrategien zu setzen sind. Das letztgenannte Problem ist Gegenstand der nachfolgenden drei Kapitel, die die wichtigsten Wahlmöglichkeiten und Prioritäten für verschiedene Ländergruppen untersuchen.

5. Kapitel: Länder Asiens mit niedrigem Einkommen

Von den über eine Milliarde zählenden Menschen in den Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen lebt etwa die Hälfte in absoluter Armut. Vier große Länder – Bangladesch, Indien, Indonesien und Pakistan – beherbergen etwa zwei Drittel der absolut Armen der Welt. Das geringe wirtschaftliche Wachstum ist die wichtigste Ursache für die Stagnation des Lebensstandards der Armen Asiens gewesen.

Der Schlüssel für eine Milderung der Armut liegt in diesen vorwiegend ländlichen Wirtschaften in einer beschleunigten Anhebung der landwirtschaftlichen Einkommen, da die Bevölkerung und die Armen überwiegend in ländlichen Gebieten leben und Einkommen beziehen, die unmittelbar mit dem Wachstum der Landwirtschaft verbunden sind. Auch die Zunahme der nichtlandwirtschaftlichen Einkommen in den ländlichen Gebieten (zum Beispiel aus ländlichen Dienstleistungen und aus Tätigkeiten in industriellen Zulieferbetrieben) hängt vom Tempo des landwirtschaftlichen Wachstums ab. Diese Einkommensquellen können für die

35. Abhängigkeit von der Landwirtschaft in Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen

	Anteil der Bevölkerung in ländlichen Gegenden in %, 1975	Landwirtschaftliche Erzeugung in % des BIP, 1976
Bangladesch	91	59
Birma	78	47
Indien	78	47
Indonesien	81	29
Pakistan	73	32
Vietnam	83	..

.. nicht verfügbar

Quelle: *Kennzahlen der Weltwirtschaftlichen Entwicklung*, Tabellen 14 und 3.

sehr Armen in den ländlichen Gebieten, die keinen eigenen Boden besitzen, und für Kleinbauern, die zur Ergänzung ihres Einkommens auf eine bezahlte Beschäftigung angewiesen sind, von äußerster Wichtigkeit sein. Das landwirtschaftliche Wachstum ist auch für das industrielle Wachstum ein bedeutender Faktor: Die inländische Verbrauchernachfrage hängt zu einem großen Teil von der landwirtschaftlichen Prosperität ab, und ein beträchtlicher Teil der industriellen Tätigkeit (für Indien zum Beispiel wird er auf 40% geschätzt) basiert auf landwirtschaftlichen Rohstoffen.

36. Landwirtschaftliche Grenzbetriebe und Haushalte ohne Grundbesitz in Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen

(in % der ländlichen Haushalte)

	Bangladesch 1967-68	Indien 1971	Indonesien 1971	Pakistan 1972
Grundbesitzlose	31	10	33	34
Weniger als 0,5 ha	22	30	31	3
0,5-1 ha	17	16	*	4
Insgesamt	70	56	64	41
Anzahl der Haushalte (in Mio)	7	44	13	3

Anmerkung: Die Angaben in dieser Tabelle stammen aus offiziellen Quellen in den verschiedenen Ländern. Sie sind streng genommen nicht vergleichbar und sollten nur als Größenordnungen aufgefaßt werden.

* Ein landwirtschaftlicher Grenzbetrieb wird in Indonesien als Betrieb mit weniger als 0,5 ha Bodenfläche definiert.

Im Mittelpunkt der Probleme, die mit der Armut verbunden sind, stehen im landwirtschaftlichen Sektor Familien, die entweder kleine eigene Bodenparzellen bearbeiten oder denen überhaupt kein Boden gehört. Das Schicksal der Bauern mit Grenzbetrieben und der Grundbesitzlosen kann nicht von dem der übrigen in der Landwirtschaft lebenden Menschen getrennt werden; besondere Programme, mit denen diesen benachteiligten Gruppen geholfen werden soll, sind ohne Wachstum und Veränderungen im gesamten Agrarsektor zum Scheitern verurteilt. Die Armen in den ländlichen Gebieten sind Teil einer alten und tiefverwurzelten sozialen Struktur, und Bemühungen, ihre Produktivität ohne Rücksicht auf diese Struktur zu verbessern, werden wahrscheinlich fehlschlagen. Die erforderliche Entwicklung in der Landwirtschaft verlangt häufig Investitionen, die nicht teilbar sind, wie insbesondere Bewässerungsprogramme sowohl mit Oberflächen- als auch mit Grundwasser. Deshalb müssen die landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramme so gestaltet werden, daß sie die landwirtschaftliche Produktivität insgesamt erhöhen, wobei sicherzustellen ist, daß die Kleinbauern in gerechtem Umfang über moderne Technologien und Produktionsfaktoren verfügen können; zugleich ist darauf zu achten, daß das Beschäftigungspotential nicht durch den unwirtschaftlichen Einsatz von arbeitssparenden landwirtschaftlichen Maschinen verlorengeht.

Der nächste Abschnitt wird sich mit dem Potential eines stärkeren landwirtschaftlichen Wachstums und den Voraussetzungen für eine größere

industrielle Schwungkraft befassen. Hieran schließen sich drei Abschnitte an, die Probleme erörtern, die mit der Verteilung der Vorteile des Wachstums verbunden sind. Dabei handelt es sich um die Steigerung der Produktivität und der Einkommen der Kleinbauern und insbesondere der Pächter, Maßnahmen zur Ermutigung der Beschäftigungszunahme einschließlich des Einsatzes öffentlicher Arbeitsprogramme sowie um den demographischen Druck auf die knappen Produktionsfaktoren.

Beschleunigung des Wachstums

Die Projektionen im 4. Kapitel ergaben eine starke Zunahme des Wirtschaftswachstums in den Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen. Diese Zunahme basiert auf der Erwartung, daß die Inlandsersparnis stark steigen und – was von höchster Bedeutung ist – daß sich das Wachstum in der Landwirtschaft verdoppeln wird.

37. Wachstum in den Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen, 1960–85

(Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten, in % und in Preisen von 1975)

	1960–70	1970–75	1975–85
Bruttoinlandsprodukt	2,4	3,9	5,1
Landwirtschaft	1,4	1,5	3,0

Landwirtschaft

Die gewaltige landwirtschaftliche Expansion, die während der sechziger Jahre in einigen Teilen Asiens nach der Einführung ertragreicher Saatgutarten und unterstützt durch die »Grüne Revolution« stattfand, scheint sich verlangsamt zu haben. Die landwirtschaftliche Erzeugung ist in den Jahren 1970 bis 1975 nur noch recht mäßig gestiegen, und die meisten Beobachter stimmen unter Hinweis auf die technologischen Bedingungen und die vorhandene Infrastruktur darin überein, daß die jüngere Entwicklung weit unter dem Potential dieser Region liegt. Die bemerkenswerten technologischen Fortschritte, die in den letzten beiden Jahrzehnten bei der Züchtung geeigneter Nutzpflanzen und der Entwicklung von Anbauverfahren gemacht werden konnten, haben sowohl für Klein- wie auch für Großbauern ein Ertragspotential geschaffen, das immer noch nicht voll ausgeschöpft wird; dennoch verdient die weitere Entwicklung von Saatgut bei sehr vielen landwirtschaftlichen Erzeugnissen höchste Aufmerksamkeit. Geht man gegen die bekannten Hindernisse mit vereinten Kräften vor, so sollte es möglich sein, die Zuwachsraten in der Landwirtschaft im kommenden Jahrzehnt auf – wenn nicht sogar über – die projektierten 3% pro Jahr anzuheben.

Die Quellen des potentiellen Wachstums in der Landwirtschaft sind in Indonesien und Südasien sehr verschieden. In der letztgenannten Region wurden inzwischen die Grenzen der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen erreicht, und weitere Produktionssteigerungen können nur über höhere Erträge erzielt werden. In Indonesien hingegen wird bis heute etwa nur die Hälfte des nutzbaren Bodens angebaut. Die Schwierigkeiten liegen hier in der extremen Konzentration der Bevölkerung auf wenige Inseln, während der Boden auf den anderen Inseln nur zum Teil genutzt wird. Java, Bali und Madura beherbergen zwei Drittel der Bevölkerung auf einer Fläche von nur 7% des gesamten Territoriums Indonesiens. Bedingt durch fruchtbare Böden und günstige klimatische Voraussetzungen, die mehrfache Ernten pro Jahr zulassen, werden auf diesen Inseln hohe Reisernteerträge erzielt, die ausreichen, um die Bevölkerung zu ernähren – bei einer Bevölkerungsdichte, die höher ist als die Bangladeschs. Mit dem wachsenden Bevölkerungsdruck wurde das Land jedoch in immer kleinere Anbauflächen unterteilt: Auf Java, Bali und Madura erreicht die durchschnittliche Fläche eines Bauernhofs lediglich 0,6 ha; entsprechend sind die ländlichen Haushalte sehr stark auf nicht landwirtschaftliche Einkommen angewiesen, um ihren Mindestbedarf an Konsumgütern zu decken.

Obwohl auf den dicht besiedelten Inseln die Erträge vor allem bei Mais, Sojabohnen und Kassava nach der Instandsetzung der alten Bewässerungsanlagen gesteigert werden konnten, stellt die landwirtschaftliche Erschließung der anderen Inseln Indonesiens die bedeutendste Quelle für ein beschleunigtes Wachstum im Agrarsektor dar. Um diese Quelle nutzbar zu machen, versuchen die Behörden u. a. die Bevölkerung zur Umsiedlung zu ermutigen; die effektive Zahl der Umsiedlungen liegt jedoch – mit wahrscheinlich nicht mehr als 30 000 Familien pro Jahr – immer noch sehr niedrig.

In Südasien kann die Produktivität unmittelbar durch eine Verbesserung einfacher landwirtschaftlicher Anbauverfahren gesteigert werden; hierzu gehören zunächst eine dichtere Bepflanzung bei zugleich angemessener Größe der Felder, gefolgt von der Verwendung guten Saatguts, der Saatgutbehandlung, richtigem Pflügen und Jäten sowie eine bessere Anlage von Samenbeeten und Pflanzenschulen. Mit diesen Maßnahmen ließen sich die Erträge beträchtlich steigern, wobei abgesehen von einem höheren Arbeitsaufwand und einer besseren Informationsbereitstellung keine zusätzlichen Mittel erforderlich wären. Erfahrungen, die in jüngerer Zeit in Indien gesammelt werden konnten, legen nahe, daß mit Hilfe solcher Maßnahmen Ertragsverbesserungen von 10% bis 30% auf natürlich

bewässerten Feldern und von 25% bis 50% auf künstlich bewässerten Anbauflächen erzielt werden könnten. Wie schnell diese Verbesserungen erreichbar sind, wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Effizienz der landwirtschaftlichen Beratung zu steigern. In Indien haben sich Bemühungen, die landwirtschaftliche Beratung durch die zwingende Vorschrift von Anwesenheitszeiten und die Entlastung der Instrukteure von anderen Aufgaben zu verbessern, als bemerkenswert erfolgreich erwiesen. Obwohl eine abschließende Beurteilung verfrüht erscheint, kann doch angenommen werden, daß in den kommenden zehn oder mehr Jahren bei unveränderter Infrastruktur und unverändertem Faktoreinsatz landwirtschaftliche Produktionszuwächse von jährlich 1,5% bis 2% erzielt werden könnten, wenn allein der Informationszufluß und der Arbeitseinsatz wesentlich gesteigert würden.

Bei einer intensiveren Ausnutzung des knappen Bodens durch mehrere Ernten pro Jahr ließen sich zusätzliche Ertragssteigerungen erwirtschaften. Eine der wichtigsten Voraussetzungen hierfür ist Wasser. Zur Zeit werden in Indien und Pakistan nur 10% bis 15% der landwirtschaftlichen Fläche durch Mehrfachernten genutzt; in Bangladesch beträgt dieser Anteil 40%, verglichen mit fast 90% in der Republik China, die über ein gut entwickeltes Bewässerungssystem verfügt. Die Steigerung der jährlichen Erntehäufigkeit setzt bei einer Bewässerung mit fließendem Wasser verbesserte Vorkehrungen für die Wasserzuteilung voraus: Die Bauern, einschließlich jener, deren Felder stromabwärts gelegen sind, müssen sich bei ihren Anbauentscheidungen im voraus darauf verlassen können, daß sie das ihnen zustehende Wasser auch erhalten. Mehrfachernten verursachen eine sehr hohe Nachfrage nach Arbeit, wodurch unterbeschäftigte Kleinstbauern und Grundbesitzlose, die vollständig auf Lohneinkommen angewiesen sind, beträchtlich begünstigt werden. Es ist jedoch schwierig, die Erntehäufigkeit auf mehr als zwei Ernten pro Jahr zu steigern; dies hängt von den verfügbaren Kulturen mit einer kurzen Reifezeit ab und erfordert eine sorgfältige und wissenschaftliche Vorgehensweise, um die erforderlichen Arbeitsschritte zeitlich richtig aufeinander abzustimmen. Wirksame Vorkehrungen für den Absatz der Erzeugnisse müssen durch ein Verteilungssystem ergänzt werden, das sicherstellt, daß die erforderlichen Produktionsfaktoren rechtzeitig an alle – die Kleinbauern eingeschlossen – bereitgestellt werden.

Weitere Produktivitätsgewinne über die Gewinne hinaus, die sich durch Änderungen der Anbauverfahren erzielen lassen, erfordern einen zusätzlichen Faktoreinsatz wie zum Beispiel besseres Saatgut, Kunstdünger und Pestizide sowie Wasser. Mit Wasser, das zum richtigen Zeitpunkt verfügbar ist,

und bei einer stärkeren Verwendung von ertragreichem Saatgut und Kunstdünger sind bei künstlicher Bewässerung je nach Art und Sorte der verwendeten Nutzpflanzen Ertragssteigerungen von 20% bis 120% möglich. Auf den meisten Anbauflächen, die auf Regenwasser angewiesen sind, bestehen weit geringere Möglichkeiten, solange in der Forschung kein größerer Durchbruch gelingt. Eine verstärkte künstliche Bewässerung und eine bessere Bewirtschaftung der Wasservorkommen sind mithin von zentraler Bedeutung für eine Ertragssteigerung und eine höhere Beschäftigung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft.

Die Länder Asiens mit mittlerem Einkommen verfügen über umfangreiche, bislang ungenutzte Bewässerungsmöglichkeiten. In Indien wird etwa ein Viertel der derzeitigen landwirtschaftlichen Flächen bewässert, und es ist bekannt, daß dieser Anteil auf die Hälfte erhöht werden könnte. Die Entwicklung des Bewässerungspotentials ist in Pakistan – wo seit einem Jahrhundert das Wasser des Indus für die Bewässerung genutzt wird – weit stärker fortgeschritten; es könnte jedoch insbesondere bei einer stärkeren Verwendung von Grundwasser mehr Land künstlich bewässert werden. Bangladesch verfügt über sehr reichliche aber widerspenstige Wasserquellen: Anhaltende Trockenperioden wechseln mit Überflutungen des gigantischen Ganges-Brahmaputra-Meghna-Flußsystems, die sich über die weiten, flachen Schwemmlanddeltas ergießen. Um die Wasservorkommen nutzbar zu machen, sind Flußregulierungen, Vorkehrungen gegen Überschwemmungen und kleinere Bewässerungsprojekte erforderlich. Indonesien könnte seine derzeit bewässerte Fläche durch den Bau neuer künstlicher Bewässerungssysteme, die das natürliche Gefälle ausnutzen, und durch die Erschließung von Sümpfen und Marschland außerhalb Javas verdoppeln. Auf längere Sicht ließen sich auch die ausgedehnten Grundwasservorkommen einsetzen. Birma verfügt über große Möglichkeiten, eine schnell wachsende, sehr ertragreiche Landwirtschaft zu entwickeln; dieses Potential könnte insbesondere durch die Wiedereingliederung und Entwicklung der ausgedehnten Reisanbaugebiete in Niederbirma, wo es immer noch etwa eine viertel Million Hektar verlassene Reisfelder gibt, ausgeschöpft werden.

Selbst da, wo künstliche Bewässerungssysteme errichtet worden sind, wird das Wasser häufig unwirtschaftlich verwendet. In Indien wurde festgestellt, daß etwa fünfzig große Bewässerungsanlagen, die während der letzten 25 Jahre oder früher gebaut wurden, bei einem besseren Einsatz des verfügbaren Wassers weitaus effizienter betrieben werden könnten. Ein Beispiel für diejenigen Faktoren, die die Wirtschaftlichkeit der Wasserverwendung inner-

halb der gesamten Region verringern, gibt Pakistans hundert Jahre altes Bewässerungssystem im Indus-Becken. Der verschwenderische Wassereinsatz und die mangelhafte Instandhaltung können zu einem großen Teil auf die Hierarchie der sozialen Beziehungen zwischen den Bauern zurückgeführt werden. Große und einflußreiche Bauern sind im allgemeinen in der Lage, ohne Rücksicht auf die insgesamt verfügbare Wassermenge ihre Wasserzuteilung in voller Höhe und pünktlich zu beziehen; ihre Zuteilungen dürften den Bedarf, der bei einer wirtschaftlichen Wasserverwendung erforderlich ist, nicht zuletzt auch deshalb übersteigen (was vom Verbraucher natürlich anders gesehen wird), weil die zu entrichtenden geringen Wasserabgaben unabhängig von der Höhe des Wasserverbrauchs festgesetzt werden. Die gewaltige Wasserverschwendung führt dazu, daß ein großer Teil der Verwaltungsbereiche unangemessen und unregelmäßig versorgt und daß die Fläche dieser Bereiche auf eine unwirtschaftliche Größe begrenzt wird. Für die Bauern, deren Felder innerhalb des Bewässerungssystems günstig gelegen sind, und die gewöhnlich auch über den größten Einfluß auf die Pflege und die Arbeitsweise dieses Systems verfügen, bestehen kaum Anreize, die Bewässerungskanäle instand zu halten. Dies hat zu einer ernsthaften Beeinträchtigung der Wasserläufe geführt; hierzu tragen auch die äußerst ungenügenden öffentlichen Mittel, die für die Instandhaltung des Systems bereitgestellt werden, sowie gesetzliche Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften bei, durch die die Zuständigkeit der Bewässerungsbehörden für die Anlage in allen Bereichen, die dem Schleusenleiter nachgeordnet sind, eingeschränkt wird. Es wurde geschätzt, daß die Wirtschaftlichkeit der Wasserverwendung im Einzugsgebiet des Indus-Beckens 20% bis 25% unter dem Optimum liegt.

An vielen Orten arbeiten die Bewässerungsanlagen weniger wirtschaftlich als dies möglich wäre, da ihre Konzeption überholt ist, oder weil die landwirtschaftlichen Grundstücke in eine Unzahl unregelmäßiger Parzellen zerstückelt sind. Viele der Systeme sind alt oder nach Grundsätzen gebaut, die keine intensive landwirtschaftliche Nutzung zulassen. Durch eine moderne Ausgestaltung neuer Anlagen und die Renovierung alter Systeme können die Wassermengen, die am unteren Ende des bewässerten Gebiets verfügbar sind, beträchtlich erhöht werden, wodurch zugleich die Wasserzuteilung erleichtert wird und eine größere Gesamtfläche bewässert werden kann.

Kleine Grundstückseinheiten verringern die Rentabilität von Investitionen in Pumpen und Rohrbrunnen. Selbst der wirtschaftliche Einsatz von modernen Kleintechnologien wie zum Beispiel von flachen Rohrbrunnen setzt eine Mindestbewäs-

serungsfläche von 3 bis 4 ha voraus, während der durchschnittliche Landbesitz der Bauern – geschweige denn die gestückelten Einzelgrundstücke – diese Fläche häufig nicht erreichen. Im Nordosten Indiens, wo sich große Grundwasservorkommen befinden, verfügen die Bauern im Durchschnitt über weniger als 2 ha Land, das wiederum in ein halbes Dutzend getrennter Parzellen unterteilt sein kann. Die Einsatzmöglichkeiten für Rohrbrunnen sind deshalb begrenzt, es sei denn, es könnten zufriedenstellende Vereinbarungen zwischen den Bauern über die Aufteilung des Wassers getroffen werden. Solche Vereinbarungen, die den Bedürfnissen der kleineren Landwirte und der Kreditinstitute entgegenkämen, lassen sich jedoch nur schwer mit der ländlichen sozialen Hierarchie in Einklang bringen. Im Durchschnitt entfällt auf einen Bauernhof in Indonesien nur etwa 1 ha Land, das in drei Parzellen unterteilt ist. Als Folge der bestehenden Vererbungsbräuche dürfte die Zerstückelung der Grundstücke in allen Ländern noch weiter zunehmen. Gesetzgeberische Maßnahmen könnten dazu beitragen, diese Entwicklung einzudämmen.

Seit mehreren Jahrzehnten bemüht sich die Agrarpolitik in den Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen u. a. darum, kleine Grundstücke zu größeren Einheiten zusammenzulegen. Mit einer solchen Flurbereinigung könnte nicht nur die Wasserverteilung wirtschaftlicher gestaltet werden; auch die Verwirklichung anderer Ziele würde erleichtert wie etwa die Planierung und Begrädigung von Grundstücken, die Einsparung von Boden bei der Grundstücksumgrenzung und die Senkung des Zeitbedarfs, um die einzelnen Felder aufzusuchen, sowie die Erleichterung der Anbauplanung. Bislang wurde jedoch wenig Land zusammengelegt. Selbst da, wo dies gelungen ist, wurde die Flurbereinigung im allgemeinen unvollständig und ohne jede systematische Planung oder Boden- und Wassererschließung durchgeführt.

Eine Vorbedingung für größere Fortschritte bei der Flurbereinigung ist die Aktualisierung der Grundbücher, um die Besitz- und Anbaurechte festzustellen. Bei verpachtetem Land ist dies häufig eine schwierige Aufgabe, sie läßt sich jedoch mit behördlicher Unterstützung lösen. An letzterer fehlt es allerdings häufig infolge der Befürchtung der Grundbesitzer, daß die Stärkung der rechtlichen Position der Pächter und die erzwungene Einhaltung anderer Pachtreformgesetze Maßnahmen nach sich ziehen könnten, mit denen das Eigentum an Grund und Boden begrenzt wird. Dennoch werden sowohl die Landeigentümer wie auch die Pächter durch die wirtschaftlichen Vorteile einer Flurbereinigung begünstigt. In einigen Orten Indiens wurden die Möglichkeiten demonstriert, wie ihre gemein-

samen Interessen in den Dienst der Landreform gestellt werden können; diese Möglichkeiten könnten in Südasien auf einer weitaus breiteren Basis angewendet werden. Die Landreform ließe sich erleichtern, wenn sie zwangsweise in ein Gesamtpaket zur Erschließung von öffentlichen Grundstücken und von Wasservorkommen aufgenommen würde; hierdurch könnten zugleich Beschäftigungsmöglichkeiten für ländliche Arbeitskräfte geschaffen und der Wert der Grundstücke gesteigert werden.

In allen Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen muß größeres Gewicht auf schnell wirksame Vorhaben gelegt werden, um die bäuerlichen Einkommen zu verbessern; hierzu gehören die Fertigstellung größerer Bewässerungsanlagen, die bereits in Angriff genommen wurden, um die Felder mit Wasser zu versorgen, sowie die raschere Durchführung von Programmen zur Einrichtung von Rohrburgen und Niederdruckpumpen, die Instandsetzung von Wasserreservoirs und die Ausdehnung der künstlich bewässerten Flächen. Während solche Investitionen verhältnismäßig rasch Erträge erzielen, setzt eine schnellere Entwicklung in diesen Bereichen erhebliche zusätzliche Investitionen und eine starke Erhöhung der Zahl der technisch ausgebildeten Kräfte sowie des Verwaltungspersonals voraus. Diese Kräfte dürften jedoch nur dann zur Verfügung stehen, wenn Aussicht darauf besteht, daß ein höheres Investitionsniveau finanziert werden kann. Um eine schnellere Ausweitung der künstlichen Bewässerung zu ermöglichen, müssen auch ausreichende finanzielle Mittel zur Durchführung der Vorbereitungsarbeiten für den Bau neuer großer Fazilitäten in die laufenden Programme eingeplant werden; ohne diese Vorkehrung müßte die Kontinuität der Entwicklung der künstlichen Bewässerung leiden. Die künstlich bewässerten Flächen dürften jedoch weit hinter dem erforderlichen Umfang zurückbleiben, wenn die internationale finanzielle Hilfe zu weichen Bedingungen nicht beträchtlich erhöht wird; diese Hilfe muß zugleich auf der Basis langfristiger bindender Zusagen gewährt werden, um die nötigen Planungen auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Industrie

Die Industrialisierung ist in den beiden vergangenen Jahrzehnten zeitweilig rasch vorangeschritten; in den letzten Jahren verlief das Produktionswachstum jedoch unstetig und im allgemeinen verhalten, wobei die Industrie nur einen bescheidenen Beitrag zur Beschäftigung lieferte. Die Industrialisierungsstrategien der Länder Asiens mit niedrigem Einkommen zeichneten sich ohne Ausnahme durch ausgeprägte Schutzvorkehrungen gegen die Importkonkurrenz und das Bestreben aus,

in erster Linie die physischen Kapazitäten auszubauen und weniger die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Es bestanden jedoch auch Unterschiede in den verfolgten Strategien: Indien hat – gestützt auf umfangreiche öffentliche Investitionen in der Industrie und eine detaillierte Planung der intersektoralen Leistungsströme – die wirtschaftliche Autarkie betont; Pakistan setzte bis zum Jahre 1970 überwiegend auf das Wachstum der privaten Industrie unter Gewährung beträchtlicher Anreize, die auf die Bedürfnisse einzelner Wirtschaftszweige zugeschnitten waren. Trotz dieser unterschiedlichen Vorgehensweisen sind hohe Produktionskosten und Überkapazitäten heute die hervorstechendsten Merkmale der industriellen Strukturen. Die schlechtesten wirtschaftlichen Ergebnisse der jüngsten Zeit sind im Bereich der Verbrauchsgüterproduktion erzielt worden. Hierin kommt das langsame und ungewisse Wachstum der landwirtschaftlichen Nachfrage und der Umstand zum Ausdruck, daß der industrielle Sektor keine dauerhafte und stützende Schwungkraft besitzt.

Unter günstigeren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen könnte die Industrie zweifellos stärker wachsen als in der Vergangenheit. Einige der Länder dieser Region verfügen über eine gut ausgebaute Infrastruktur, die ein hochentwickeltes finanzielles und kommerzielles Leistungsnetz einschließt, über eine breite Grundlage wissenschaftlicher und technischer Fähigkeiten sowie über ein ausgedehntes Reservoir an Fach- und Führungskräften. Sie besitzen damit »assets«, die in vielen anderen Ländern selbst mit höherem Einkommen fehlen. Obwohl die durchschnittlichen Produktionskosten, wie bereits erwähnt wurde, im Vergleich zu den internationalen Preisen tendenziell hoch sind, finden sich in den meisten Wirtschaftszweigen viele – sowohl öffentliche wie auch private – Unternehmen, die einen hohen Wirtschaftlichkeitsgrad erreicht haben.

Die Erfolge einiger Unternehmen in Indien und Pakistan demonstrieren, daß es durchaus möglich ist, ein kräftiges industrielles Wachstum zu erzielen. Diese Unternehmen wurden jedoch – und werden noch immer – durch wirtschaftspolitische Maßnahmen behindert, die sich auf weitreichende Lizenz- und Kontrollsysteme stützen. Solche Maßnahmen stoßen sowohl in offiziellen Kreisen als auch bei wirtschaftlichen Interessengruppen auf beträchtliche Unterstützung; in beiden Gruppen verbindet sich eine recht weitverbreitete Aversion der privaten Wirtschaft gegen den Wettbewerb von innen wie von außen mit gesellschaftlich motivierten offiziellen Bestrebungen, die wirtschaftliche Macht der erfolgreicherer Unternehmen einzudämmen. Ein bedeutendes Dilemma bei der Planung der Strategien für die Industrialisierung

besteht darin, wie der Konflikt zwischen diesen sozialen Zielen und den Erfordernissen einer dynamischen und effizienten Industrie zu lösen ist, die eine bedeutende Rolle bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Senkung der Preise von Fertigprodukten für den landwirtschaftlichen Verbraucher spielen kann, was sich wiederum anregend auf die Erhöhung der Inlandsnachfrage auswirkt.

Produktivität und Einkommen der Kleinbauern

Die Kleinbauern sind ohne eine institutionelle Unterstützung, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist, nicht in der Lage, in vollem Umfang an den Produktivitätsgewinnen teilzuhaben, die in der Landwirtschaft erzielt werden können. Die Situation des Kleinbauern ist durch viele charakteristische Nachteile gekennzeichnet. Er ist knapp an Bargeld und hat einen geringeren Zugang zu mittelfristigen Krediten der verschiedenen Institutionen. Hierdurch werden seine Möglichkeiten begrenzt, landwirtschaftliche Investitionen vorzunehmen oder im gleichen Ausmaß wie größere Farmer die neuesten Produktionsfaktoren einzusetzen. Er ist gegenüber Risiken anfälliger und entsprechend vorsichtiger bei der Einführung von Innovationen mit ungewissen Ertragsaussichten sowie bei Entscheidungen, deren Ergebnisse durch solche Unsicherheiten wie das Wetter berührt werden.

Trotz dieser Benachteiligungen hat die Erfahrung gezeigt, daß der Kleinbauer, sofern er in angemessenem Umfang über die grundlegenden Produktionsmittel verfügt, durchaus in der Lage ist, Erträge zu erwirtschaften, die ebenso hoch und häufig höher sind als die größerer Bauern. Die Erntehäufigkeit pro Jahr liegt bei Kleinbauern im Durchschnitt höher als bei größeren Landwirten, was insbesondere dann von großer Bedeutung ist, wenn der Boden so knapp ist wie in den landwirtschaftlichen Gebieten dieser Region. In den Gebieten, in denen ertragreiche Pflanzenarten eingeführt worden sind, haben sich die Kleinbauern nach einigen anfänglichen Verzögerungen den übrigen Bauern beim Anbau dieser Kulturen angeschlossen, was den Schluß nahelegt, daß Kleinbauern gegenüber Innovationen aufgeschlossen sind, sobald deren Zuverlässigkeit und Rentabilität überzeugend nachgewiesen wurden. Die Einführung von Neuerungen auf einer breiteren Ebene setzt voraus, daß den Kleinbauern eine starke institutionelle Unterstützung gewährt wird, um ihnen die Beschaffung der wichtigsten Produktionsfaktoren zu ermöglichen, d. h. Wasser, Kredite und Informationen über bessere Anbauverfahren.

Von den verschiedenen Beschränkungen, die sich gegen die Produktivität des Kleinbauern richten, ist

wahrscheinlich die mangelhafte Versorgung mit Wasser die bedeutendste. Inwieweit er verbesserte Saatgutarten (die bei Anbauverfahren mit einem hohen Faktoreinsatz am besten gedeihen) verwenden, den Düngemiteleinsatz erhöhen oder die jährliche Erntehäufigkeit steigern kann, hängt davon ab, inwieweit er sich auf eine angemessene und pünktliche Bewässerung verlassen kann. Selbst wenn die für eine künstliche Bewässerung erforderliche Infrastruktur vorhanden ist, stellen sich dem Kleinbauern beim Einsatz von Wasser zwei bedeutende Hindernisse entgegen. Das erste, das vor allem bei der Oberflächenberieselung aber auch bei öffentlichen Rohrbrunnen auftritt, besteht darin, daß er infolge seines geringen Grundbesitzes und der gewöhnlich parteiischen Zuteilung von Wasser bei Berieselungsanlagen benachteiligt wird. Bei der voranstehenden Erörterung dieses Problems wurde auf die beträchtliche Wasserverschwendung hingewiesen, die hierbei auftritt. Die unmittelbaren Folgen sind für den Kleinbauern selbstverständlich weit schwerwiegender. Infolge der Ungewißheit darüber, wann und in welchem Umfang er seine Wasserzuteilung erhalten wird, zögert er, Anbauverfahren anzuwenden, die auf eine rechtzeitige Wasserzuführung angewiesen sind; er produziert deshalb weiterhin weit unter seinem Ertragspotential. Es hat sich gezeigt, daß eine größere Beteiligung der Gemeinden an den Entscheidungen über die Wasserverwendung, unterstützt durch öffentliche Bewässerungsanlagen und Beratungsstellen, dabei helfen kann, eine gerechtere und effizientere Wasserverteilung sicherzustellen. Dies führte zu einem sparsameren Einsatz der Wasservorräte und einer besseren privaten Instandhaltung der Wasserkanäle mit dem Ergebnis, daß mit der gleichen Wassermenge eine größere Fläche bewässert werden konnte.

Ein weiteres Hindernis besteht für den Kleinbauern darin, daß er weder über Ersparnisse noch über mittelfristige Kredite verfügt, die er für den Bau von Brunnen oder für andere landwirtschaftliche Aufgaben einsetzen kann, um die bestehenden Bewässerungsmöglichkeiten für sich zu nutzen. Solche Darlehen werden, bedingt durch die erforderliche Höhe und lange Laufzeit, von den Geldverleihern weniger bereitwillig eingeräumt als etwa Erntekredite. Mittelfristige Kredite für landwirtschaftliche Geräte und Verbesserungsvorhaben müssen in erster Linie durch öffentliche oder genossenschaftliche Institutionen bereitgestellt werden, die den Kleinbauern bislang selten aktiv umworben haben und ihm häufig verschlossen geblieben sind.

Hier besteht weniger ein Bedarf an Zinssubventionen als daran, die mittelfristigen Verschuldungsmöglichkeiten auszuweiten, wobei hohe bürokrati-

sche und starre Kreditformen zu vermeiden sind. In Indien wurde diesem Erfordernis durch die hohen und weitreichenden Kreditleistungen der Agricultural Refinance und Development Corporation, deren Hilfe auch auf die Kleinbauern gerichtet ist, bereits weitgehend Rechnung getragen. Die BIRMAS- und INMAS-Programme in Indonesien sind mit dem Ziel eingerichtet worden, durch die Bereitstellung von Krediten und modernen Produktionsfaktoren zu helfen. Solche institutionelle Hilfeleistungen sind jedoch in den anderen Regionen Südasiens noch nicht weit entwickelt.

Ein bedeutendes Hindernis für die Kreditgewährung an Kleinbauern ist die Kreditsicherung. Soweit die Verpfändung von Boden gefordert wird, sinken die Verschuldungsmöglichkeiten der Kleinbauern und insbesondere der Pächter, deren Besitzrechte selten ordnungsgemäß registriert sind und nicht immer anerkannt werden. Die kreditgebenden Stellen können die ihnen zukommende Rolle bei der Entwicklung der Landwirtschaft nur übernehmen, wenn sie sich gegenüber Neuerungen auf dem Gebiet der Kreditsicherung aufgeschlossen zeigen. Es müssen alternative Kreditsicherungsformen zur Verpfändung von Grundstücken gesucht werden, wobei an eine engere Zusammenarbeit mit den Kreditnehmern, eine bessere Überwachung der Kreditverwendung sowie an eine höhere Beleihung von Ernten bei mittelfristigen Krediten zu denken ist.

Die Verfahren, die gegenwärtig angewendet werden, um den Kleinbauern mit technologischen Neuheiten bekannt zu machen, sind häufig schwerfällig und unwirksam. Dieses Problem hat zwei Aspekte. Erstens, sind die Kleinbauern mit den bekannten ertragssteigernden Anbauverfahren im allgemeinen weniger vertraut, da sie schlechter ausgebildet sind und von den Instruktoren, die im Bereich der landwirtschaftlichen Beratung arbeiten, tendenziell vernachlässigt werden. Da diese Instruktoren schlecht bezahlt werden, fühlen sie sich den größeren Bauern verpflichtet und bemühen sich folglich stärker um deren Belange. Entsprechend beschäftigen sie sich wenig mit den Kleinbauern, die die Instruktoren ihrerseits selten als zuverlässige Informationsquelle über Anbauverfahren anerkennen. Diese Verhältnisse können jedoch verbessert werden. In Indien haben recht breit angelegte Versuche gezeigt, daß die Kleinbauern mit verschiedenen Formen und Verfahren der landwirtschaftlichen Beratung erfolgreich angesprochen werden können, sofern die Gemeinden stärker mit der Kontrolle der Regelmäßigkeit und Qualität der Schulung betraut werden. Diese Vorgehensweise kann und sollte auch in den anderen Regionen Asiens weitaus stärker angewendet werden, um die Kleinbauern zu erreichen.

Der zweite Aspekt des hier erörterten technologischen Problems betrifft die Rolle der Agrarforschung in Bereichen, die besonders für die Kleinbauern von Interesse sind. Ein Bereich, dem in diesem Zusammenhang eine breite Bedeutung zukommt, ist die Züchtung von hoch ertragreichen Pflanzen einschließlich tropischer Wurzelarten, die sich für den Anbau in trockenen landwirtschaftlichen Anlagen eignen. Ebenso wichtig ist die Erforschung von Anbausystemen und -verfahren, die die Kleinbauern anwenden können, die zwar knapp an baren Mitteln sein mögen, dafür aber auf ein reiches Angebot von Arbeitskräften zurückgreifen können. Untersuchungen über den wirtschaftlichen Einsatz von Wasser und Düngemitteln wären hierbei besonders dringend. Solche Forschungsprojekte müssen an Ort und Stelle durchgeführt werden, um ökologischen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Entsprechend werden breit gestreute Forschungsinstitute mit einer angemessenen Personalausstattung benötigt, deren Errichtung zusätzliche Investitionen und Unterstützung erfordern wird.

Ein Bauer, der seine Felder als Pächter bestellt, hat weniger Anlaß, seine Produktivität zu erhöhen, als ein Bauer, dem das Land gehört, und zwar vor allem aus zwei Gründen: Erstens, ist er infolge der Ungewißheit über die Dauer des Pachtverhältnisses weniger geneigt, Investitionen vorzunehmen, die sich nicht sehr schnell zurückzahlen. Die Berechtigung dieser Annahme wurde kürzlich im Rahmen der »Grünen Revolution« in Teilen Indiens und Pakistans unter Beweis gestellt, als nach der Einführung neuer Technologien einige Pächter von ihrem Land vertrieben wurden, das dann von den Eigentümern mit Hilfe stärker mechanisierter Techniken selbst bestellt wurde. Der zweite Grund liegt darin, daß den Pächtern der Einsatz von gekauften Produktionsfaktoren weniger wirtschaftlich erscheint, nachdem die Grundstückseigner im allgemeinen dazu übergegangen sind, anstelle einer fest vereinbarten Pachtzahlung einen Anteil am Ertrag zu fordern. Der Einfluß dieses Grundes verliert allerdings dann an Gewicht, wenn die Grundeigentümer einen Teil der Faktorkosten übernehmen, wie das in den letzten Jahren nach und nach geschehen ist.

Wenn auch die durch Pachtverhältnisse verursachten Schwierigkeiten beträchtlich sind, so sollte man ihnen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zielsetzungen, das Wachstum zu beschleunigen und die Armut zu mildern, doch keine übermäßige Bedeutung beimessen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, stellt die Verpachtung nur in einem kleinen Teil des Agrarsektors einen beherrschenden Faktor dar, und die meisten Bauern dürften Land ebenso häufig verpachten wie pachten. In den meisten Gebieten dieser Region besteht deshalb

auch keine starre Trennung zwischen Grundeigentümern und Pächtern. In Bangladesch, Indien und Indonesien werden weniger als 6% der landwirtschaftlichen Fläche von Pächtern bearbeitet, die nicht gleichzeitig eigene Grundstücke besitzen oder verpachten. Dieser Anteil liegt in Pakistan, wo die verpachteten Flächen im Durchschnitt beträchtlich größer sind, unter 30%. Darüber hinaus nimmt die insgesamt verpachtete Fläche seit etwa 10 Jahren ständig ab. Wo neue Anbauverfahren eingeführt werden, nimmt nicht nur die relative Bedeutung der Pacht ab, es kommt zugleich zu einer Neuordnung der Beziehungen zwischen den Grundeigentümern und den Pächtern, was durch die teilweise Übernahme der Faktorkosten durch den Verpächter am deutlichsten zum Ausdruck kommt.

Die Abhängigkeit der Pachtbedingungen von Änderungen der verfügbaren Technologien und die außerordentlichen Schwierigkeiten, gesetzgeberischen Maßnahmen Geltung zu verschaffen, die die Rechte der Pächter berühren wie etwa die Einführung von Pachtobergrenzen, legen nahe, daß die Behörden vorrangig Schritte unternehmen sollten, mit denen die Lage der Pächter fühlbar und nachhaltig verbessert werden kann. Der aussichtsreichste Weg bestünde darin, die Voraussetzungen für rasche technologische Änderungen und Produktivitätsgewinne zu schaffen und zur gleichen Zeit zu versuchen, den Anteil der Grundeigentümer an der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung, der im allgemeinen bei 50% liegt, enger an ihren Anteil an den gesamten Faktoreinsatzkosten zu binden, der zwar sehr stark schwankt, aber im allgemeinen recht gering ist.

Die Kleinbauern sind auch im Bereich der Vermarktung und des Vertriebs benachteiligt. Dies trifft vor allem auf verderbliche Produkte zu, die verhältnismäßig rasch verwertet werden müssen. Im allgemeinen verfügt der Kleinbauer nicht über die physischen und finanziellen Kapazitäten, um seine Erzeugnisse in Zeiten, wenn das Angebot am höchsten ist, vom Markt zurückzuhalten. Die Händler und Verarbeiter, die zu diesen Zeiten kaufen können, ziehen hieraus beachtliche Vorteile. Darüber hinaus ist der Einkauf landwirtschaftlicher Produkte innerhalb bestimmter Gebiete häufig monopolisiert, wodurch die Möglichkeiten des Kleinbauern, gewinnbringende Preise zu erzielen, zusätzlich eingeschränkt werden.

Es lassen sich unzählige Beispiele dafür finden wie die Kleinbauern ihre Interessen gemeinsam verfolgen können; bislang ist es jedoch nur bei wenigen Versuchen gelungen, dauerhafte Erfolge zu erzielen. Einer dieser »Versuche«, eine genossenschaftliche Molkerei in Anand in Indien, die seit dreißig Jahren in Betrieb ist, hat ihre Tätigkeit auf mehrere Bundesstaaten ausgedehnt; sie hat sich

inzwischen schon fast zu einem nationalen Programm entwickelt. Da die Genossenschaft über eigene Einkaufs-, Verarbeitungs- und Vertriebsrichtungen verfügt und damit in der Lage ist, in Zeiten eines Angebotsüberhangs Milch zu Milchpulver und andere lagerfähige Produkte zu verarbeiten, kann sie ihren Mitgliedern über das ganze Jahr hinweg angemessene Preise in Aussicht stellen. Wird die genossenschaftliche Mitarbeit in allen Bereichen einer Betriebsleitung unterstellt, die sich aus erfahrenen Angestellten zusammensetzt, so können die Einkommen der Kleinbauern und der grundbesitzlosen Landarbeiter gesteigert werden, ohne daß die Ertragslage der Genossenschaft beeinträchtigt würde. Diese grundlegenden Prinzipien sind auch auf andere Produkte und andere Länder übertragbar.

Beschäftigung

Produktivitätsgewinne der Kleinbauern reichen auch dann, wenn sie gerecht verteilt werden, nicht aus, um die mit der absoluten Armut verbundenen Probleme in den ländlichen Gebieten der Länder Asiens mit niedrigem Einkommen zu lösen. Ein beträchtlicher Teil der ländlichen Haushalte besitzt überhaupt kein Land, so daß ihnen aus diesen Gewinnen keine unmittelbaren Vorteile zuwachsen. Mit einer Steigerung der Produktivität allein können auch die Einkommen der Kleinstbauern nicht über das Existenzminimum angehoben werden. Diese Haushalte sind auf nichtlandwirtschaftliche Einkommensquellen angewiesen.

Für die Verringerung der Armut in Südasien sind Maßnahmen, die auf eine höhere Beschäftigung abzielen, von sehr großer Bedeutung. Die Einkommen der Haushalte ohne Grundbesitz basieren vollständig und die der Kleinstbauern überwiegend auf Quellen außerhalb der Landwirtschaft. Je kleiner der bäuerliche Betrieb ist, um so höher ist der Anteil des gesamten Haushaltseinkommens, das aus sonstigen Quellen bezogen wird. Hierzu zählen die Beschäftigung auf größeren Bauernhöfen, die Aufzucht von Geflügel, die Tierhaltung und Milchverarbeitung im kleinen Rahmen, die Fischerei- und Forstwirtschaft, ländliche Handwerks- und Industriebetriebe, Dienstleistungen und verarbeitende Tätigkeiten sowie Überweisungen von Familienangehörigen, die in städtischen Gebieten beschäftigt sind.

Da die meisten dieser Tätigkeiten entweder landwirtschaftlicher Art oder mit der Landwirtschaft eng verbunden sind, ist ein schnelles Wachstum im Agrarsektor offensichtlich die wichtigste Voraussetzung, um die nicht bäuerlichen Einkommen rascher anzuheben. Selbst eine stärkere Produktionszunahme in größeren landwirtschaftlichen Betrieben

kann – vorausgesetzt, sie sind nicht übermäßig mechanisiert – in dieser Beziehung eine wichtige Rolle spielen. Die bisherigen Erfahrungen lassen jedoch vermuten, daß durch ein höheres Wachstum nur dann zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können, um nennenswert zur Lösung der Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gebieten des Subkontinents beizutragen, wenn das Wachstum in der Landwirtschaft jährlich eine Rate von 3% bis 4% übersteigt, und wenn diese Zuwachsrate über einen Zeitraum von etwa einem Jahrzehnt hinweg aufrechterhalten wird. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die Investitionstätigkeit in der Landwirtschaft insbesondere im Bereich der künstlichen Bewässerung zu erhöhen; damit könnte zugleich ein Beitrag zu dem Ziel geleistet werden, diesem Sektor eine größere Schwungkraft zu verleihen.

Da mittlere und große Industriebetriebe in den meisten Ländern der Region nur mit etwa 10% zur Gesamtbeschäftigung beitragen, kann vom Wachstum dieser Betriebe in den kommenden zehn Jahren kaum eine größere Entlastung der Arbeitsmarktsituation erwartet werden. Einige Fortschritte ließen sich allerdings mit einer arbeitsintensiveren Ausrichtung des industriellen Wachstums erzielen. Dies setzt im allgemeinen eine stärkere Unterstützung der Kleinbetriebe voraus, die, als Gruppe gesehen, die Mehrzahl der Industriearbeiter beschäftigen und einen höheren Arbeitsaufwand je ausgebrachte Einheit haben als die größeren Unternehmen. Die in Frage kommenden Maßnahmen zur Förderung der Kleinbetriebe sind jedoch mit Bedacht zu wählen; dabei ist zu vermeiden, daß Betriebe Subventionen erhalten, die sehr kapitalintensiv produzieren oder Erzeugnisse herstellen, die nur in großen Serien wirtschaftlich hergestellt werden können. Am zweckmäßigsten sind Maßnahmen, die den Kleinbetrieben ungehinderten Zugang zu knappen Produktionsfaktoren zu den gleichen Bedingungen verschaffen, die auch für Großbetriebe gelten, damit sie mit diesen unter gleichen Voraussetzungen konkurrieren können; darüber hinaus sollte den Kleinbetrieben in den Bereichen Kredit, Ausbildung von Arbeitskräften und technologische Information technische und institutionelle Hilfe gewährt werden. Kleinbetriebe gedeihen am besten bei einer rasch expandierenden Nachfrage und – bedingt durch ihre komplementären Aufgaben – bei einem hohen Wachstum in der Landwirtschaft und in größeren Unternehmen, die sie mit Zubehörteilen beliefern. Wird diese ergänzende Funktion der Kleinbetriebe nicht genügend berücksichtigt, so kann eine übereifrige Förderung dieser Betriebe, soweit sie als wichtigstes Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur regionalen Entwicklung eingesetzt wird, leicht dem angestrebten Ziel zuwiderlaufen, indem unwirtschaft-

liche Produktionsstrukturen gefördert werden.

Selbst wenn das Wirtschaftswachstum auf etwa 5% pro Jahr angehoben werden könnte und wenn die in diesem Kapitel angeregten Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität der Kleinbauern voll verwirklicht würden, so bliebe die Arbeitslosigkeit in den Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen auch weiterhin ein äußerst ernstes Problem. Der Kern dieses Problems liegt nicht in einer langfristigen Arbeitslosigkeit im herkömmlichen Sinn, sondern darin, daß in den wirtschaftlich ruhigen Jahreszeiten keine Verdienstmöglichkeiten bestehen. In den meisten Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen finden fast alle Arbeitskräfte in den saisonalen Spitzenzeiten der Landwirtschaft eine Beschäftigungsmöglichkeit; sie verbringen jedoch den Rest des Jahres mit zeitweiligen Unterbrechungen ohne Anstellung, mit Arbeiten auf ihren eigenen Bauernhöfen oder mit Aushilfstätigkeiten. Die Arbeitsproduktivität und die Bezahlung dieser Tätigkeiten sind gering, da sie sich auf ein saisonales Überangebot von Arbeit verteilen. Sowohl eine größere Erntehäufigkeit pro Jahr, die die saisonalen Schwankungen in der Nachfrage nach Arbeit dämpft, als auch eine Zunahme der industriellen Tätigkeit in den ländlichen Gebieten würden dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu verringern; das gleiche gilt natürlich auch in Bezug auf eine raschere und arbeitsintensivere Entwicklung der städtischen Gebiete. Der größte Teil des ländlichen Arbeitskräftepotentials bliebe jedoch selbst dann, wenn diese Bedingungen erfüllt würden, immer noch über das Jahr hinweg ohne ausreichende Beschäftigung, um ein erträgliches Leben führen zu können. Die Bereitstellung alternativer Arbeitsplätze vor und nach den saisonalen Spitzenzeiten ist deshalb ein notwendiger Bestandteil jeder Entwicklungsstrategie, die der Verringerung der Armut einen hohen Stellenwert einräumt.

Vor diesem Hintergrund erhebt sich die Forderung, die Möglichkeiten breit angelegter öffentlicher Arbeitsprogramme auszuschöpfen, mit denen in ländlichen Gegenden Arbeitsplätze und zugleich Vermögenswerte geschaffen werden können, die das Wirtschaftswachstum begünstigen. In den Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen wurden häufig öffentliche Beschäftigungsprogramme eingesetzt; die hierbei gewonnenen Erfahrungen waren jedoch überwiegend wenig ermutigend. Obwohl mit ihnen die Einkommen der Beschäftigten erheblich gesteigert und die wirtschaftliche Infrastruktur (überwiegend ländliche Straßen) ausgebaut werden konnten, so zeigten sich doch eine Reihe von Mängeln. Das Grundproblem lag darin, daß diese Programme völlig isoliert und im allgemeinen als Katastrophenhilfe geplant wurden ohne jeden Bezug auf eine

umfassendere und dauerhafte Strategie zur Schaffung neuer Vermögenswerte in den ländlichen Gebieten und zur Bekämpfung der Ursachen des Arbeitslosigkeitsproblems. Entsprechend waren sie zu begrenzt, um die Situation wirklich zu verbessern und zu verwundbar gegenüber den Interessen der örtlichen Führungsschicht (Grundeigentümer und ländliche Bauunternehmer), die die Programme in ihrem Sinne abänderten.

Trotz dieser Fehlschläge ist das Interesse an öffentlichen Beschäftigungsprogrammen durch ein neu konzipiertes und offensichtlich erfolgreiches Programm im indischen Bundesstaat Maharashtra erneut geweckt worden. In diesem Bundesstaat leben 38 Mio Menschen in ländlichen Gebieten bei einer Gesamtbevölkerung von 58 Mio. Nach einem bescheidenen Start des Programms in den frühen siebziger Jahren konnte inzwischen im Jahre 1977 ein Beschäftigungsgewinn von 152 Mio Arbeitskräftetagen erzielt werden, was etwa einem Fünftel der geschätzten ländlichen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in dem Bundesstaat entspricht. Gegenwärtig wird eine Erhöhung dieses Anteils innerhalb der kommenden fünf Jahre auf über ein Drittel angestrebt.

Das Programm basiert im wesentlichen auf einem starken politischen Engagement der Regierung des Bundesstaates zugunsten einer gesetzlichen Beschäftigungsgarantie zu einem Mindestlohn für alle Bewohner der ländlichen Gebiete. Das Schwergewicht liegt auf Arbeiten, die die Produktivität unmittelbar fördern, vor allem auf dem Bau künstlicher Bewässerungsanlagen und auf der Landerschließung, sowie darauf, die erforderlichen finanziellen Mittel durch zusätzliche Steuern in den Städten aufzubringen, um die inflationären Folgen zu minimieren und Ressourcen von den Städten in die ländlichen Gebiete umzuleiten. Die größten Probleme des Programms liegen in der Immobilität der Arbeitskräfte und in der Schwierigkeit, produktive Vorhaben zu entwickeln, die jeweils zu den Zeiten und in den Gegenden durchgeführt werden können, in denen ein Mangel an Beschäftigungs-

möglichkeiten besteht. Die Finanzierung des Programms erforderte in den letzten drei Jahren 7% bis 10% der gesamten Ausgaben des Entwicklungsplans Maharashtras. Wenn auch die Funktionsweise des Programms noch nicht in allen Einzelheiten vollständig beurteilt werden kann, so wird doch deutlich, daß es sich durch seinen Umfang und verschiedene Merkmale seiner administrativen Struktur von früheren öffentlichen Beschäftigungsprogrammen unterscheidet, was zu der Hoffnung Anlaß gibt, daß in der Zukunft wirksame Programme zur Bekämpfung der massiven Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten entwickelt werden können.

Bevölkerungsentwicklung

Der Bevölkerungsdruck wird die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen auch weiterhin ernsthaft behindern. Bis zum Jahre 2000 wird die Bevölkerung der sechs größten Länder der Region von derzeit knapp 1 Mrd auf 1,6 Mrd Menschen anwachsen. Die demographische Zukunft ist jedoch nicht einheitlich schwarz. In einigen Ländern, zu ihnen gehören Birma, Indien, Indonesien und Sri Lanka, gehen die Fruchtbarkeitsziffern seit einiger Zeit zurück; diese Entwicklung ist u. a. auf die bessere Ernährung, Gesundheitsfürsorge und Ausbildung der Frauen sowie die sinkende Säuglingssterblichkeit und gezielte Familienplanungsprogramme zurückzuführen. In Bangladesch und Pakistan ist die Fruchtbarkeit jedoch weiterhin hoch. In beiden Ländern liegen die Werte der Fruchtbarkeitsziffern bei etwa 7 und die der unbereinigten Geburtenziffern innerhalb des Bereichs von 45 bis 50. Bei der Bereitstellung der sozialen Dienstleistungen, die im allgemeinen mit demographischen Änderungen in Verbindung gebracht werden, haben bislang beide Länder noch keine allzu großen Fortschritte erzielt; auch ihre Familienplanungsprogramme sind nicht sehr erfolgreich gewesen.

Die Aussicht auf ein stärkeres Anwachsen der Bevölkerung bei zugleich knappen Ressourcen

38. Demographische Indikatoren in Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen

	Unbereinigte Geburtenziffer	Unbereinigte Sterbeziffer	Bevölkerungs- wachstumsrate	Allgemeine Fruchtbarkeits- ziffer	Bevölkerung (in Mio)	
	1975	1975		1975	1976	2000*
Bangladesch	46	18	2,5	6,6	80	146
Birma	34	11	2,2	5,5	31	50
Indien	36	15	2,2	5,7	620	958
Indonesien	40	17	2,2	5,5	135	198
Pakistan	47	16	2,9	7,2	71	135
Vietnam	41	16	2,7	6,2	48	86

* Die diesen Projektionen zugrundeliegenden Annahmen werden in den Erläuterungen zu Tabelle 16 im Anhang wiedergegeben.
Quelle: Kennzahlen der Weltwirtschaftlichen Entwicklung, Tabellen 13, 15 und 16.

unterstreicht die Dringlichkeit, die Familienplanungsprogramme zu verbessern, einen institutionellen Rahmen für dauerhafte Produktivitätsfortschritte in der Landwirtschaft insbesondere bei den Kleinbauern zu schaffen und Sonderprogramme

einzurichten, mit denen in den ärmsten Bevölkerungsschichten zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten und eine bessere Versorgung mit lebensnotwendigen öffentlichen Dienstleistungen erreicht werden können.

6. Kapitel: Afrika südlich der Sahara

Die fast vierzig Entwicklungsländer dieser Region bilden unter Berücksichtigung ihrer Wirtschaftsstruktur, ihrer Einkommenshöhe und Wirtschaftspolitik sowie der bislang erzielten Fortschritte eine weitaus heterogenere Gruppe als die armen Länder Asiens. In einigen dieser Länder wie in Gabun, Guinea, Liberia, Mauretanien, Nigeria, Sambia und Zaire werden die Wirtschaften durch große Erzvorkommen gestützt; andere Länder wie Mali, Obervolta und Tschad, die in der Sahelzone liegen, sind doppelt benachteiligt, da sie nur über geringe Bodenschätze verfügen und keinen Zugang zum Meer haben, was die Transportkosten verteuert. Diese Unterschiede in der physischen Ausstattung werden zusätzlich verstärkt durch ein uneinheitliches koloniales und kulturelles Erbe und unterschiedliche postkoloniale Weltanschauungen über die Entwicklungspolitik.

Trotz dieser Divergenzen bestehen jedoch wichtige Gemeinsamkeiten, durch die sich die Entwicklungsländer Afrikas südlich der Sahara gegenüber anderen Ländern auszeichnen. Fast alle Länder dieser Region sind arm, und obwohl viele ein höheres Einkommensniveau pro Kopf erreichen als die Länder Südasiens, herrscht in großen Teilen der Bevölkerung tiefe Armut. Nur in wenigen Ländern dieser Region lebt weniger als ein Drittel der Gesamtbevölkerung in absoluter Armut, und in den meisten Gebieten Ostafrikas liegt dieser Anteil weit über der Hälfte. Die Angaben über das Pro-Kopf-Einkommen sind für die meisten Länder Afrikas mit mittlerem Einkommen irreführend, da es sich bei ihnen – von wenigen Ausnahmen abgesehen –

um effektiv arme Länder handelt, die über Enklaven mit Erzvorkommen verfügen, in denen nur ein geringer Teil des Arbeitskräftepotentials Beschäftigung findet. Wie die Indikatoren in der obenstehenden Tabelle verdeutlichen, weisen zwar die ärmeren Länder Afrikas Merkmale auf, die auch für die übrigen Länder mit niedrigem Einkommen charakteristisch sind; die Länder Afrikas mit mittlerem Einkommen sind jedoch im Vergleich zu den meisten anderen Ländern der Gruppe deutlich ärmer und in ihrer Entwicklung weit weniger fortgeschritten.

Die südlich der Sahara gelegenen Länder zeichnen sich auch durch einen überwiegend ländlichen Charakter und einen niedrigen Entwicklungsstand ihrer Industrie aus. Die überwiegende Mehrheit aller Arbeitskräfte (60% bis 90%) ist in der Landwirtschaft beschäftigt, die mit rd. 50% zur gesamtwirtschaftlichen Leistungserstellung beiträgt. Es handelt sich vorwiegend um kleine und offene Wirtschaften, deren ländliche Bevölkerung größtenteils mit dem Anbau von landwirtschaftlichen Grunderzeugnissen (Kakao, Kaffee, Baumwolle, Ölkern, Palmöl, Sisal und Tee) für den Export beschäftigt ist. Die Ausfuhr besteht nach wie vor überwiegend aus Rohstoffen, deren Nachfrage nur langsam wächst; diese Ausfuhr tragen über ein Fünftel zum BIP der ärmsten Länder bei, die etwa die Hälfte der Bevölkerung der südlich der Sahara gelegenen Länder beherbergen. Ein bedeutendes Problem dieser Länder ist ihre Verwundbarkeit gegenüber Veränderungen der Terms of Trade.

39. Länder Afrikas südlich der Sahara: Ausgewählte Kennzahlen der Entwicklung
(Medianwerte)

	Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen		Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen	
	Afrika	Sonstige	Afrika	Sonstige
Pro-Kopf-Einkommen, 1976, in US-\$	145	155	390	990
Anteil der Landwirtschaft am BIP, 1976, in %	41	47	28	18
Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, 1975, in %	11	18	24	47
Anteil der Fertigwaren an der Ausfuhr, 1975, in %	5	14	5	24
Lebenserwartung bei der Geburt, 1975	41	45	44	61
Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer, 1975	6,3	6,2	6,5	5,8
Anteil der Schüler an den Kindern im Grundschulalter, 1975	53	51	79	103
Anteil der Erwachsenen mit Lese- und Schreibkenntnissen an der Gesamtbevölkerung, 1974	23	22	15	72

Quelle: *Indikatoren der Weltwirtschaftlichen Entwicklung*.

In den Jahren 1960 bis 1975 betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 4% pro Jahr oder – unter Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme – weniger als 2% pro Kopf. Die Entwicklung in der Landwirtschaft verlief in dieser Region mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von lediglich rd. 1,5% recht mäßig. Das landwirtschaftliche Wachstum lag in den sechziger Jahren zwar etwas über dieser Rate, die gesamte Region – insbesondere die Sahel-Länder Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal und Tschad – wurde jedoch in den frühen siebziger Jahren von einer schweren Dürre heimgesucht, die einen Rückgang des Wachstums der Landwirtschaft verursachte. Die in den einzelnen Ländern erzielten gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten wichen erheblich voneinander ab. Abgesehen von den erzexportierenden Ländern sind die Wirtschaften mit einem schnell expandierenden Agrarsektor am stärksten gewachsen.

Die Hindernisse, die sich einer Entwicklung dieser Länder entgegenstellen, wurden durch Versäumnisse in der Wirtschaftspolitik vergrößert, deren Wurzeln zum Teil bis in die Kolonialzeit zurückverfolgt werden können. In den meisten Ländern wird die Entwicklung der Landwirtschaft – wie bereits seit mehreren Jahrzehnten – durch Mängel in der Forschung und im Beratungsdienst (Baumkulturen ausgenommen) sowie durch ungenügende Anreize für landwirtschaftliche Investitionen gehemmt. Die Widerstände, die sich während der Übergangszeit der Entwicklung gegen drastische Änderungen in der kolonialen Gehaltsstruktur richteten, haben auf dem städtischen Arbeitsmarkt ernsthafte Rigiditäten und Verzerrungen entstehen lassen und eine übertriebene Zunahme der Beschäftigung in der Verwaltung verursacht, die zu Lasten der technisch qualifizierten Berufe ging. Viele Länder haben eine protektionistische und auf Eingriffen beruhende Wirtschaftspolitik verfolgt, die die unternehmerische Initiative hemmt oder diese zumindest von Wirtschaftszweigen und Technologien ablenkt, die dazu beitragen könnten, die Beschäftigung in der Industrie rasch auszuweiten.

Die starken Verschiedenheiten zwischen den Ländern südlich der Sahara erschweren eine verallgemeinernde Erörterung der in Frage kommenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Während eine Analyse der gemeinsamen Schwierigkeiten von Nutzen sein kann, so hat doch jedes Problem seine örtlichen Besonderheiten; die vorzunehmenden Schritte müssen deshalb an die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Länder angepaßt werden, die sich durch ihre Rahmenbedingungen, ihre Ausstattung mit Produktionsfaktoren und die bisherige Wirtschaftsentwicklung gewaltig voneinander un-

terscheiden. Für die gesamte Region gilt allerdings, daß die Entwicklungsaussichten in entscheidender Weise von der Landwirtschaft abhängen. Das Arbeitskräftepotential ist überwiegend auf die ländlichen Gebiete konzentriert, und selbst wenn die Industrie und die Dienstleistungen stärker expandieren sollten als in der Vergangenheit, so werden diese Sektoren in nächster Zukunft allenfalls für einen kleinen Teil der Bevölkerung zusätzliche produktive Arbeitsplätze bereitstellen können. Auch die Armut ist in erster Linie ein ländliches Phänomen. Ohne eine umfassende Entwicklungsstrategie für die Landwirtschaft dürften die Erfolgsaussichten von Bemühungen, die Einkommen zu steigern, die Ernährung zu verbessern, sonstige grundlegende Dienstleistungen bereitzustellen und auf breiter Basis eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung zu erreichen – als Voraussetzung für ein sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum und die Beseitigung der Armut –, bestenfalls von zweifelhaftem Wert sein.

In den beiden folgenden Abschnitten werden die strukturellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung untersucht. Hieran schließt sich eine Erörterung über Fragen des Welthandels und demographischer Entwicklungen an. In den beiden letzten Abschnitten werden die vorrangigen Entwicklungsaufgaben und einige bedeutende Situationen skizziert, in denen die hartnäckigen Schranken, die sich der Entwicklung entgegenstellen, nur durch Hilfeleistungen von außen überwunden werden können.

Entwicklung der Landwirtschaft

Die allgemein rückständigen Anbauverfahren in der Region lassen sich auf mehrere Ursachen zurückführen: auf das häufige Auftreten von Krankheiten, denen Zugtiere erliegen (insbesondere durch die Trypanosomiasis bzw. Schlafkrankheit); auf die kargen Böden und die spärlichen Regenfälle, die in vielen Gegenden der Region eine bodenintensive und ortsbeständige Landwirtschaft verhindert haben; auf den Reichtum an Land, der ein örtlich wechselndes Anbauverfahren ermöglichte, indem man bislang bestellte Ackerflächen den Savannen als Brachland überließ und neue Felder durch Roden und Abbrennen erschloß; auf die Bedeutung von eßbaren Wurzeln und Schrotgetreide, bei denen die genetische Forschung im Gegensatz zu Weizen, Reis und Mais noch nicht weit fortgeschritten ist sowie auf die hohen Kosten einer künstlichen Bewässerung infolge knapper Grundwasservorkommen. Die besonderen und vielfältigen agroklimatischen und sozioökonomischen Bedingungen in Afrika erschweren die Übernahme landwirtschaftli-

cher Anbauverfahren aus anderen Regionen. Dies gilt insbesondere für die biologischen und chemischen Neuerungen, die bei intensiven und ortsbeständigen Anbauformen zur Ertragssteigerung eingesetzt werden müssen, wenn das »Brachland-Verfahren« durch andere wirtschaftlichere Methoden zur Aufrechterhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens ersetzt werden soll. Innovationen, die in einem Gebiet entwickelt wurden, lassen sich nicht ohne weiteres in größerem Maße auf andere Gebiete übertragen, da sich letztere im Hinblick auf die Regenhäufigkeit, die Qualität des Ackerlandes und andere ökologische Faktoren – ganz zu schweigen von kulturellen Besonderheiten – krass unterscheiden können; die kulturellen Eigenarten haben dazu geführt, daß oft von Gebiet zu Gebiet jeweils andere Pflanzensorten vorherrschend angebaut werden bzw. eine zweitrangige Rolle spielen. Forschungsvorhaben, die auf die Entwicklung und Erprobung von Innovationen bei Geräten und Verfahren gerichtet sind, müssen deshalb oft auf die örtlichen Besonderheiten zugeschnitten werden.

Häufig ergeben sich auch Probleme, wenn es darum geht, billige mechanische Neuerungen, die an die Bedürfnisse der Kleinbauern Afrikas angepaßt sind, aufzuspüren und einzusetzen. So wurde zum Beispiel bei der Einführung von Technologien, die auf dem Einsatz von Traktoren aufbauen, eine unangemessene Gewichtsverlagerung auf kapitalintensive Ausrüstungsinvestitionen gefördert; dies beruhte darauf, daß sich diese Technologien verhältnismäßig leicht vermitteln lassen, und daß es die landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten versäumt haben, entsprechende Informationen über geeignete Anbauverfahren weiterzugeben. Dabei wurden im allgemeinen mechanische Neuerungen vernachlässigt, mit denen die Produktivität der Kleinbauern, die die meisten landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften, gesteigert werden kann. Die finanzielle und die personelle Ausstattung, die die adaptive landwirtschaftliche Forschung erhalten hat, standen nicht im Einklang mit der beherrschenden Position der Landwirtschaft in diesen Wirtschaften oder mit dem bestehenden hohen Ertragspotential von Investitionen in diesem Forschungsbereich. Noch heute sind die Aufwendungen für die landwirtschaftliche Forschung gering; ihre institutionelle Grundlage ist entsprechend schwach. Demgegenüber ist der Ausbau der nationalen und regionalen Forschungskapazitäten mit dem Ziel, in angemessenem Umfang realisierbare und ertragreiche Innovationen für die Landwirtschaft zu entwickeln, vor allem für die langfristigen Entwicklungsaussichten der Region von allergrößter Bedeutung.

Ein großer Teil der Landflächen Afrikas wird ständig oder vorwiegend als Weideland genutzt;

tierische Produkte tragen entsprechend in bedeutendem Umfang zur Ernährung und zum wirtschaftlichen Auskommen der Kleinbauern in Afrika bei. Die Viehzucht tritt ergänzend neben den Ackerbau. Sie ermöglicht die produktive Nutzung von brachliegendem Land und liefert den Dünger für den Ackerbau, wodurch der verfügbare Boden insgesamt besser genutzt wird. Die Entwicklung der Viehzucht (Milchkühe und Rinder, Ziegen, Schafe und Schweine) kann bei der Verringerung der Unterernährung und der ländlichen Armut eine bedeutende Rolle spielen; in einigen Fällen eröffnet sie eine Quelle für zusätzliche Deviseneinnahmen. Die wichtigsten Hindernisse für die Viehzucht bestehen in Krankheiten, schlechter Qualität des Viehbestandes und herkömmlichen Bewirtschaftungsverfahren, die nur geringe Erträge zulassen.

Zusätzlich zu den umwelt- und technologisch bedingten Behinderungen des landwirtschaftlichen Wachstums gingen auch von der Wirtschaftspolitik häufig nachteilige Folgen aus. In den meisten Ländern zielte die Kolonialpolitik im Bereich der landwirtschaftlichen Forschung, des Transportwesens und der Preispolitik für Produzenten und Verbraucher darauf ab, günstige Bedingungen für den Export von Rohstoffen zu schaffen, was zu einer Vernachlässigung der Entwicklung des Anbaus von Nahrungsmittelprodukten geführt hat. Öffentliche Vertriebsberatungsstellen, die ursprünglich zum Schutz der Interessen der Bauern eingerichtet worden waren, wurden nach und nach in Einrichtungen zur Besteuerung der Landwirtschaft umgewandelt. Diese wirtschaftspolitischen Neigungen haben zu einem großen Teil bis in die heutige Zeit überlebt. Darüber hinaus zielten Maßnahmen im Bereich der Wechselkurspolitik, Besteuerung, Subventionierung und der Zollpolitik ebenso wie Eingriffe in den in- und ausländischen Warenverkehr häufig darauf ab, die Industrie und den Handel und weniger die Landwirtschaft zu fördern.

Selbstverständlich bestanden auch Ausnahmen. Einige Regierungen haben die landwirtschaftliche Entwicklung gefördert und Rahmenbedingungen geschaffen, unter denen die bäuerlichen Kleinbetriebe aufblühen konnten. Dies wird durch das hohe Wachstum und die starke Diversifizierung in der Landwirtschaft der Elfenbeinküste (sowohl im Hinblick auf Exporterzeugnisse wie auch im Hinblick auf die Produktion für den Inlandsverbrauch) demonstriert sowie durch die erfolgreiche Verbreitung des Anbaus von Tee und hybriden Maissorten bei den Kleinbauern in Teilen Kenias. In verschiedenen anderen Ländern waren die Entwicklungsbemühungen der Regierungen vor allem auf den Aufbau kapitalintensiver Einrichtungen zu Lasten einer breit angelegten Förderung der kleinen Grundbesitzer gerichtet. Dies scheint

zum Beispiel auf die landwirtschaftlichen Staatsbetriebe in Ghana in den sechziger Jahren und die großen künstlichen Bewässerungsanlagen im Sudan zuzutreffen, die einen großen Teil des knappen Kapitals und der knappen Fachkräfte beansprucht haben. Die Unwirtschaftlichkeit halbstaatlicher Einrichtungen und öffentlich geförderter Genossenschaften, die als Zwischenhändler für die Bauern auftreten, wurde typischerweise durch höhere Aufschläge für Transport- und Vertriebskosten zu Lasten der Bauern ausgeglichen. Auch andere Erwägungen behinderten die Durchsetzung produktionsanregender Erzeugerpreise, wie etwa der anhaltende Druck auf eine billige Nahrungsmittelversorgung der städtischen Zentren und die Unentschlossenheit, das Angebot auf die Veränderungen der internationalen Preise reagieren zu lassen; diese Unentschlossenheit wurde von der Befürchtung getragen, daß erneut eine Konzentration der Ausfuhren auf landwirtschaftliche Rohstoffe begünstigt werden könnte, – eine Entwicklung, die mit der Kolonialzeit in Verbindung gebracht wurde.

Industrialisierung

Die landwirtschaftlichen Belange sind im Zuge weitverbreiteter Versuche, das Tempo der Industrialisierung durch hohe protektionistische Schranken zu forcieren, häufig zurückgestellt worden. Die Ergebnisse der protektionistischen Maßnahmen waren jedoch gemessen an den erreichten Beschäftigungsgewinnen und den Faktorkosten, die die eingesparten Importe im Inland verursachten, im allgemeinen unbefriedigend. Abgesehen von der unbedeutenden Verarbeitung von Rohstoffen, sind die industriellen Exporte in Gebiete außerhalb der Region sehr gering, obwohl die Fertigwaren vieler Länder der Region einen bevorzugten Zugang zu den Märkten in Europa hatten. Typischerweise entstehen drei Viertel der industriellen Wertschöpfung und mehr bei der Produktion von Importsubstitutionsgütern, die überwiegend in technischer Hinsicht verhältnismäßig anspruchslos sind, wie verarbeitete Nahrungsmittel, Getränke, Textilien und Bekleidung, Holz- und Lederprodukte, Zement sowie Druck- und sonstiges Papier. In einigen Ländern, insbesondere in jenen, die die Industrialisierung durch öffentliche Beteiligungen und Reglementierungen vorangetrieben haben, bestand die Neigung, in die Programme zur Förderung der Industrie kapitalintensive Projekte aufzunehmen wie etwa in den Bereichen Kunstdünger, Metall- und Rohölverarbeitung, Gummi, Chemie und Elektrogeräte; damit wurden Wirtschaftszweige mit besonders schweren Übergangsproblemen gefördert, die in der Regel hohe, wirksame Außenhandelschranken erforderlich machten.

Die Unwirtschaftlichkeit dieser Industrien hat mehrere Ursachen, die zu den üblichen Anlaufschwierigkeiten in den Entwicklungsländern hinzukamen. Durch die starken und anhaltenden Beschränkungen im Außenhandel wurde mit dem Wettbewerb auch der Druck auf eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit beseitigt. In einigen Ländern hatten auch Art und Umfang der Wirtschaftsinterventionen nachteilige Auswirkungen. Hinzu traten andere Benachteiligungen wie hohe Transportkosten in Ländern mit einer unzulänglichen Infrastruktur oder in Ländern, die über keinen direkten Zugang zum Meer verfügen wie in Mali, Niger und Obervolta. Zu diesen Benachteiligungen gehören auch gesellschaftliche Zwänge, die Beschäftigung zu erhöhen, oder Geschäftsgewinne mit Mitgliedern der umfangreichen Familie bzw. mit Stammesangehörigen zu teilen.

Die Industrie Afrikas wird durch den Mangel an geeigneten Fach- und Führungskräften und deren hohe Kosten beträchtlich behindert. Während der Kolonialzeit waren die Industrien in Ost- und Zentralafrika ausschließlich Nichtafrikanern vorbehalten, und selbst in Westafrika, wo Handwerk und einfache industrielle Tätigkeiten schon in der präkolonialen Zeit florierten, wurden die Mittel- und Großbetriebe von Nichtafrikanern beherrscht. In jenen Ländern, in denen Ausländer auch nach der Unabhängigkeit einen vergleichsweise großen Einfluß behalten haben, hat sich die Industrie am besten entwickelt. Dies ist zweifellos eine vorübergehende Erscheinung, und es ist zu erwarten, daß sich eine zunehmende Anzahl von Afrikanern, die heute im Handel tätig sind, zu industriellen Unternehmern entwickeln werden, wie dies in anderen Ländern geschehen ist, die in der Industrialisierung bereits weiter vorangeschritten sind.

Das hohe Lohn- und Gehaltsniveau dieser Länder stellt eine der größten Hürden auf dem Weg zu einer baldigen Industrialisierung Afrikas dar. Die hohen Gehälter in Regierungs- und Verwaltungspositionen wurden im allgemeinen aus der Kolonialzeit übernommen; infolge des großen Einflusses, den Ausländer in einigen Ländern innerhalb der Wirtschaft aufrechterhalten konnten, bestehen sie bis heute fort. Diese hohen Gehälter haben eine starke Nachfrage nach einer weiterführenden Ausbildung ausgelöst, um die Voraussetzungen für diese Positionen zu erfüllen. Eine weitere Folge dieser Lohn- und Gehaltsstruktur bestand darin, daß die öffentlichen Verbrauchsausgaben gestiegen und die Haushaltsersparnisse entsprechend gesunken sind.

In der Industrie verdienen ungelernete Arbeiter gemessen an ihrer Produktivität hohe Löhne. Die hierdurch verursachten hohen Produktionskosten konnten nur durch zusätzliche Beschränkungen im

Außenhandel aufgefangen werden. Dies wiederum hat den Wettbewerbsdruck zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in der Industrie abgeschwächt. Der Trend zu hohen und geschützten Preisen für Fertigfabrikate hat tendenziell eine Verschiebung der realen Austauschverhältnisse zu Lasten der Landwirtschaft bewirkt.

Während nur ein kleiner Teil der Arbeitskräfte in den Genuß der hohen Löhne kommt, so versprechen letztere im Vergleich zu den Realeinkommen der Kleinbauern doch ein beständigeres und ausreichend höheres Einkommen, um den städtischen Zentren eine starke Anziehungskraft auf Arbeitssuchende zu verleihen; diese warten bereitwillig über längere Zeiten hinweg auf die Gelegenheit, einen dieser relativ knappen, gut bezahlten und beständigen Arbeitsplätze zu erhalten. Diese Entwicklung führte zusammen mit der natürlichen Zunahme der städtischen Bevölkerung zu einer Ausweitung der Arbeitslosigkeit und der Armut in den städtischen Bezirken – und damit zu Erscheinungen, die beide für die Länder südlich der Sahara relativ neu sind.

In den Ländern, in denen sich weite Bereiche der Industrie und des Handels im Staatseigentum befinden, traten am Arbeitsmarkt sogar noch größere Verzerrungen auf. Die halbstaatlichen Unternehmen stehen unter dem Zwang, ihre Beschäftigung zu erhöhen, und sie bilden zusammen mit der Regierung einen großen Teil des sog. »modernen« Sektors. Ihre Personalpolitik und insbesondere die Höhe der von ihnen gezahlten Löhne sowie ihre Einstellungsbedingungen haben einen beherrschenden Einfluß auf die Vorstellungen der Arbeitssuchenden und auf die Arten von Fähigkeiten, die das Erziehungswesen vermitteln soll.

Handel

In den Ländern Afrikas südlich der Sahara tragen Nahrungsmittel, Getränke und Mineralien weitaus mehr zur Gesamtausfuhr bei als in den Entwicklungsländern insgesamt und selbst in den Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen. Dieser Umstand beeinflußt die relative Bedeutung der verschiedenen Probleme im Bereich des internationalen Handels für die Länder Afrikas. Der niedrige Anteil der Fertigwaren kann in erster Linie auf Besonderheiten der Wirtschaftsstruktur und -politik zurückgeführt werden, die bereits erörtert wurden: auf die im Verhältnis zu ihrer Produktivität hohen Löhne ungelernter Arbeiter; den Mangel an Führungskräften und Facharbeitern, verbunden mit der Abhängigkeit von teuren Kräften aus dem Ausland, die die Produktionskosten beträchtlich erhöhen; die traditionell unbedeutende Rolle der afrikanischen Unternehmer in der Industrie; die

40. Entwicklungsländer: Zusammensetzung der Ausfuhren (ohne Brennstoffe), 1975

(in %)

	Nahrungsmittel und Getränke	Landwirtschaftliche Erzeugnisse ohne Nahrungsmittel	Metalle und Minerale	Fertigwaren	Insgesamt
Länder südlich der Sahara	52	13	26	9	100
Länder Asiens mit niedrigem Einkommen	32	17	9	42	100
Entwicklungsländer insgesamt	36	9	12	43	100

hohen Transportkosten infolge ungenügender Infrastrukturen und ungünstiger geographischer Lage, insbesondere im Falle von Ländern ohne direkten Zugang zum Meer sowie auf die Einseitigkeiten der Wirtschaftspolitik zu Lasten der Exportförderung und zu Gunsten der Importsubstitution.

Es wird den Ländern Afrikas südlich der Sahara schwerfallen, die Hindernisse, die einer Steigerung der Fertigwarenausfuhr entgegenstehen, auf kurze Sicht zu überwinden. Für sie ist deshalb der bevorzugte Zugang zu den Märkten in den Industrieländern – wie etwa im Rahmen der Vereinbarung von Lomé – von besonderer Wichtigkeit. Daneben bietet die Entwicklung von Fertigwaren, die auf inländischen Ressourcen basieren, wie etwa die zusätzliche Verarbeitung von Rohstoffen, beachtliche Möglichkeiten für den Export; in diesem Bereich konnten allerdings bislang nur begrenzte Fortschritte erzielt werden. Die Länder Afrikas sind gegenüber Unvollkommenheiten auf den Rohstoffmärkten verwundbar, während sie zugleich stark von Rohstoffen mit unbeständigen Preisen abhängen; das Stabex-System ist unmittelbar auf dieses Problem gerichtet. Von den sechs Rohstoffen mit den größten Preisschwankungen (vgl. Tabelle 18) lieferten die südlich der Sahara gelegenen Länder mehr als ein Viertel der Gesamtausfuhr aller Entwicklungsländer; der Exportanteil der Region an den preisunbeständigen Rohstoffarten Kakao, Kupfer und Sisal belief sich auf über 50%. Die Preisinstabilität stellt für die Länder, deren Ausfuhren stark auf diese Rohstoffe konzentriert sind, ein noch brennenderes Problem dar. Der Anteil der Kupferexporte an der Gesamtausfuhr betrug zum Beispiel in Sambia in den Jahren 1973 bis 1975 mehr als 90% und 69% im Falle Zaires. Kakao trug mit 60% zum Gesamtexport Ghanas

und mit etwa einem Fünftel zur Ausfuhr der Elfenbeinküste, Kameruns und Togos bei. Bei einer so hohen Abhängigkeit von nur einem Rohstoff werden die Zahlungsbilanzen der Länder außerordentlich stark von den internationalen Märkten für einzelne Rohstoffe beeinflußt.

Bevölkerungsentwicklung

Der langsame und ungewisse Verlauf der landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung in den Ländern südlich der Sahara erscheint in Anbetracht der voraussichtlich steigenden Zuwachsraten für das Bevölkerungswachstum noch besorgniserregender. Obwohl die Zuwachsraten mit über 2,5% pro Jahr gegenwärtig bereits hoch liegen, wurde bislang ein noch stärkeres Bevölkerungswachstum durch hohe Sterblichkeitsziffern verhindert, die auf das verbreitete Auftreten ansteckender Krankheiten vor allem im Magenbereich zurückzuführen sind sowie auf Unterernährung, unzulängliche, überlieferte Geburtshilfepraktiken und eine zu frühe Entwöhnung der Kleinkinder. In dem Maße, in dem sich die gesundheitlichen Voraussetzungen bessern, ist zu erwarten, daß das Bevölkerungswachstum bei abnehmender Sterblichkeit und steigender Fruchtbarkeit zunehmen wird. Darüber hinaus bestand in Afrika seit jeher eine geburtenfreundliche Einstellung, und es gibt keine Anzeichen dafür, daß sie sich inzwischen geändert hätte. Letztlich werden jedoch die Familien bei sinkender Kindersterblichkeit erkennen, daß sie nur eine begrenzte Anzahl von Kindern aufziehen können,

was sie zu einer Verringerung ihrer Fruchtbarkeit veranlassen dürfte. Bis dahin wird jedoch die Wirtschaftspolitik mit hohen Bevölkerungswachstumsraten zu kämpfen haben.

In Anbetracht des steigenden Bevölkerungsdrucks erscheint die traditionelle Ansicht, die Länder südlich der Sahara würden Land im Überfluß besitzen, zunehmend fragwürdig. In vielen Gebieten besteht natürlich noch ein beachtlicher Spielraum für eine Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dies erfordert jedoch im allgemeinen den Bau teurer Straßen und sonstige Investitionen im Bereich der physischen Infrastruktur; darüber hinaus stellt die Schlafkrankheit solange ein schwieriges Problem dar, als die Bevölkerung und die landwirtschaftlich genutzten Flächen nicht genügend angewachsen sind, um die Waldgebiete und damit den Lebensraum der Tsetsefliege zu reduzieren. Es bestehen bereits Anzeichen dafür, daß die traditionelle landwirtschaftliche Anbauweise durch das Bevölkerungswachstum und die inzwischen ausgedehnten Kulturflächen eingeengt wird. Untersuchungen an mehreren Orten haben ergeben, daß die Zeitspannen, über die hinweg die Felder brachliegen, beträchtlich gekürzt wurden; dies hatte eine Verschlechterung der Bodenqualität, größere Schwierigkeiten bei der Unkrautbekämpfung und letztlich abnehmende Ernteerträge zur Folge. Angesichts des schnellen Bevölkerungswachstums überrascht es nicht, wenn sich in einer zunehmenden Zahl von ländlichen Gebieten ein Bevölkerungsdruck bemerkbar macht. Die Bodenknappheit und der Mangel an Arbeitsplätzen sind

41. Demographische Kennzahlen in ausgewählten Ländern Afrikas südlich der Sahara

	Unbereinigte Geburtenziffer je Tsd	Unbereinigte Sterberate je Tsd	Allgemeine Fruchtbarkeits- ziffer	Bevölkerung (in Mio)	
	1975	1975	1975	1976	2000 ¹
Äthiopien	49	25	6,7	29	54
Elfenbeinküste	45	20	6,2	7	14
Ghana	49	21	6,7	10	20
Kenia	50	15	7,6	14	31
Mali	50	25	6,7	6	11
Nigeria	49	22	6,7	77	154
Obervolta	49	25	6,5	6	9
Senegal	47	22	6,3	5	9
Sudan	49	17	7,0	16	30
Tansania	47	19	6,7	15	32
Zaire	44	20	5,9	25	47
Länder Afrikas südlich der Sahara insgesamt	48 ²	21 ²	6,3 ²	313 ³	604 ³

¹ Die diesen Projektionen zugrunde gelegten Annahmen sind in den Erläuterungen zu Tabelle 16 in den *Kennzahlen der Weltwirtschaftlichen Entwicklung* beschrieben.

² Medianwerte für Länder mit einer Bevölkerung von über 1 Mio im Jahre 1976

³ Summe für Länder mit einer Bevölkerung von über 1 Mio im Jahre 1976

Quelle: *Kennzahlen der Weltwirtschaftlichen Entwicklung*, Tabellen 15 und 16.

**42. Indices der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf,
1966-70 und 1971-76**
(1961-65 = 100)

	Durchschnitt 1966-70	Durchschnitt 1971-76
Afrika	99	96
Nord- und Mittelamerika	105	110
Südamerika	104	104
Asien	104	107

Quelle: Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft.

dafür verantwortlich, daß ein Teil der Bevölkerung aus mehreren »hochpotenten« landwirtschaftlichen Gebieten Kenias in halbtrockene Gegenden übergesiedelt ist, in denen noch Land zur Verfügung steht, obwohl die Nahrungsmittelerzeugung in diesen Gegenden infolge begrenzter und unregelmäßiger Regenfälle großen Unsicherheiten ausgesetzt ist. Ähnliche Anzeichen für einen Bevölkerungsdruck wurden in anderen afrikanischen Ländern, vor allem in Ostafrika, aber auch in Ghana und Nigeria festgestellt.

In dem Auftreten großer Nahrungsmitteldefizite in einigen der bevölkerungsreicheren Ländern macht sich ein besorgniserregendes Symptom des wachsenden Bevölkerungsdrucks in der Region bemerkbar. Die Nahrungsmittelproduktion hat nicht nur das Ziel verfehlt, mit dem Bevölkerungswachstum Schritt zu halten, sie hinkte auch hinter der Produktion in anderen Regionen her. Während die rückläufige Erzeugung pro Kopf zum Teil auf die ungünstige Witterung in den letzten Jahren zurückgeführt werden kann, so war die traditionelle landwirtschaftliche Anbauweise offensichtlich nicht in der Lage, den Anforderungen, die mit dem schnellen Bevölkerungswachstum entstanden, in angemessener Weise zu begegnen.

Die Aussichten für die Nahrungsmittelversorgung wären in den Ländern Afrikas südlich der Sahara düster, wenn die bisherige teils stagnierende Erzeugung anhalten würde. Unter der Annahme einer geringfügigen Erhöhung des Nahrungsmittelverbrauchs pro Kopf hat das Forschungsinstitut für Internationale Nahrungsmittelpolitik (IFPRI – International Food Policy Research Institute) geschätzt, daß die Nahrungsmittellücke der Defizitländer südlich der Sahara von 2 Mio t im Jahre 1975 auf etwa 24 Mio t im Jahre 1990 ansteigen würde. Fast zwei Drittel des geschätzten Defizits im Jahre 1990 würden in Nigeria entstehen. Die Schätzungen des IFPRI basieren auf der Annahme, daß Nigerias Landwirtschaft auch weiterhin stagniert wie bereits in den Jahren 1960 bis 1975, in denen die Nahrungsmittelerzeugung jährlich nur um 0,5%

zunahm. Möglicherweise wird die Entwicklung bei zugleich abnehmenden Defiziten günstiger verlaufen; in jedem Fall demonstrieren jedoch diese Schätzungen auf dramatische Weise, daß in der Zukunft eine weitaus stärkere Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion in den Ländern Afrikas südlich der Sahara erforderlich ist.

Strategische Entwicklungsprioritäten

Inwieweit das Wirtschaftswachstum beschleunigt und die Armut in den Ländern Afrikas südlich der Sahara verringert werden kann, wird in noch stärkerem Maße als in den Ländern Asiens in erster Linie davon abhängen, inwieweit der Landwirtschaft und insbesondere dem kleinbäuerlichen Sektor zusätzlicher Schwung verliehen werden kann; in zweiter Linie wird es darauf ankommen, die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze in der Industrie zu beschleunigen und Maßnahmen, mit denen das Angebot grundlegender öffentlicher Dienstleistungen direkt verbessert werden kann, zu forcieren.

Die Erfahrungen in mehreren Ländern bezeugen, daß sich die Einkommen der Kleinbauern sehr schnell steigern ließen, wenn ihnen höhere Anreize¹⁾ und eine bessere Unterstützung in den Bereichen Infrastruktur, Beratung, Kredit und Marktintegration gegeben würden. Angesichts des entstehenden Bevölkerungsdrucks wird jedoch deutlich, daß die landwirtschaftliche Produktivität und die Erzeugung nicht auf Dauer gesteigert werden können ohne eine weitaus stärkere Anwendung von Technologien, die an die afrikanischen Bedingungen angepaßt sind, und ohne einen stärkeren Rückgriff der Bauern auf den Kauf wirtschaftlicher und geeigneter Produktionsfaktoren.

Bislang besteht nur ein begrenztes Wissen über die spezifischen Kenntnisse und die Anleitungen, die gebraucht werden, um den Übergang von einer herkömmlichen bodenintensiven Landwirtschaft zu einer Anbauweise zu vollziehen, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen über Ertragsverbesserungen basiert. Die nötige Ausrichtung der Forschung und der Beratung auf die örtlichen Bedingungen erfordert eine aktivere Leitung seitens der Regierungen; sie setzt aber auch eine hohe finanzielle und technische Hilfe aus dem Ausland voraus. Dabei sollte der Erforschung der Voraussetzungen, unter denen die landwirtschaftliche Produktivität in trockenen Anbaugebieten erhöht werden kann, international große Bedeutung beigemessen werden. Für die Verbesserung des Lebensstandards von Millionen armer Menschen kann die

1) Die verschiedenen Ursachen für Benachteiligungen der Landwirtschaft bei der Vorgabe von Anreizen werden im nächsten Kapitel ausführlicher erörtert.

Züchtung einer neuen, zuverlässigen und ertragreichen Hirseart ebenso bedeutsam sein wie die Neuordnung der bestehenden Strukturen und der Wirtschaftspolitik, die ebenfalls unabdingbar ist. Abgesehen von der Tätigkeit internationaler Forschungszentren ist eine stärkere Betonung der örtlichen adaptiven Forschung und der systematischen Untersuchung der Eigenschaften bestehender landwirtschaftlicher Anbauverfahren vonnöten. Auch Geräte und Techniken der Bodenbestellung sollten mit dem Ziel, die Feuchtigkeit und Qualität des Bodens zu erhalten, erforscht werden, um die noch vorwiegende Bearbeitung mit der Hacke zu ersetzen. Zu erforschen sind auch die Bedingungen unter denen sich die Viehzucht verbessern läßt. Auf längere Sicht wird die künstliche Bewässerung eine wichtige Rolle spielen; die Sammlung der erforderlichen hydrologischen Daten sollte deshalb beschleunigt werden. Vorläufig besteht jedoch in den meisten Gebieten der Region mit Ausnahme der Sahel-Zone ein beträchtliches ungenutztes Potential an landwirtschaftlichen Nutzflächen mit ausreichenden Niederschlägen, das zunächst ausgeschöpft werden sollte, bevor größere Verpflichtungen zur Errichtung kosten trächtiger und technisch aufwendiger Bewässerungsanlagen einzugehen sind.

Die Grundlage, die die Forschung für eine moderne Landwirtschaft liefert, muß durch angemessene institutionelle Einrichtungen – die zur Zeit in den meisten Teilen Afrikas recht wenig entwickelt sind – ergänzt werden, mit deren Hilfe die verbesserten Verfahren, das nötige Zubehör und die erforderlichen Dienstleistungen bereitgestellt werden können. Darüber hinaus müssen die unmittelbaren Vorteile der moderneren Verfahren ausreichend attraktiv erscheinen, um die Bauern dazu zu bewegen, diese zusätzlichen Artikel und Dienstleistungen zu kaufen.

Die Behauptung, die traditionellen Kleinbauern würden sich gegenüber Preisanreizen gleichgültig verhalten, wird durch eine Reihe empirischer Untersuchungen in Ländern südlich der Sahara nicht gestützt. Diese Untersuchungen befaßten sich mit solchen Erzeugnissen wie Kakao, Kaffee, Baumwolle, Erdnüsse, Mais, Palmöl, Kautschuk, Sisal und Tabak, deren Angebot sich als preiselastisch erwies. Der Umstand, daß dieser Zusammenhang nicht erkannt wurde, gehört zu den schwerwiegendsten Unzulänglichkeiten der vergangenen Landwirtschaftspolitik in den Ländern südlich der Sahara. Es gibt viele Beispiele dafür, wie die Produktion durch unzulängliche Preisanreize unter dem vorhandenen Potential gehalten wurde, wie etwa im Falle der landwirtschaftlichen Exporterzeugnisse Tansanias – mit Ausnahme von Tabak – in den späten sechziger und den frühen siebziger

Jahren; in Ghana mit der Folge unzureichender Bepflanzung und Pflege der Kakaopflanzungen; in Senegal mit einer verringerten Erdnußproduktion und in Guinea, wo die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach der Einführung von Preiskontrollen in großem Umfang aus den offiziellen Kanälen in den Schmuggel und auf die schwarzen Märkte umgeleitet wurden. Die Elfenbeinküste gehört zu den wenigen Ländern, die attraktive Produzentenpreise aufrechterhalten und damit zu einem recht kräftigen Aufschwung in der Landwirtschaft beigetragen haben. Die Veränderungen des Angebots, die von großzügigen Anreizen in der Landwirtschaft erwartet werden können, werden inzwischen in verschiedenen Ländern Afrikas mehr und mehr erkannt; sie sind entsprechend dazu übergegangen ihre Agrarpolitik neu zu orientieren.

Ein weiteres Problem von entscheidender Tragweite liegt in der Entscheidung zwischen einer Entwicklungsstrategie, die sich in erster Linie der Kleinbauern annimmt und damit eine landwirtschaftliche Modernisierung für den überwiegenden Teil der Landbevölkerung anstreben würde, und einer ausschließlich produktionsorientierten Strategie, mit der die vorhandenen Produktionsfaktoren und die Wachstumsimpulse auf große und verhältnismäßig kapitalintensive landwirtschaftliche Betriebe in einem dualistisch aufgebauten Agrarsektor konzentriert würden.

Selbst wenn große und hoch kommerzialisierte landwirtschaftliche Betriebe wirtschaftlicher arbeiten würden, was keinesfalls immer zutrifft, so bestehen doch Gründe dafür, einer Strategie den Vorzug zu geben, die das Schwergewicht auf das Wachstum der kleinbäuerlichen Landwirtschaft legt. Erstens, neigen die großen Betriebe zu einer starken Mechanisierung. Technologien, die auf dem Einsatz von Traktoren aufbauen, sind begehrt, da sie verhältnismäßig leicht aus den Industrieländern bezogen werden können; Traktoren werden außerdem häufig als Symbol für eine moderne Landwirtschaft angesehen. Während jedoch eine Mechanisierung der Landwirtschaft durchaus wünschenswert sein mag (wozu nicht unbedingt der Einsatz von Traktoren gehört), so muß die Landwirtschaft im nächsten Jahrzehnt den größten Beitrag zur Beschäftigung und zum Einkommen der Mehrheit der Bevölkerung leisten. Zweitens, könnten große landwirtschaftliche Betriebe einen hohen Marktanteil in den städtischen Gebieten erobern, womit die Absatzmöglichkeiten der Kleinbauern und ihre Erlöse beschnitten würden, die diese brauchen um Produktionsfaktoren zu kaufen und ihre landwirtschaftliche Technologie zu verbessern. Steigende Geldeinkommen der Kleinbauern sind für das Wachstum der Märkte für städtische Industrieerzeugnisse von Bedeutung; sie fördern zu-

gleich einen gesunden Leistungsaustausch zwischen dem Agrar- und dem Industriesektor.

Die Einwände, die gegen einen zu hohen Marktanteil großer landwirtschaftlicher Betriebe sprechen, lassen sich weniger auf die Ausfuhr als auf den Inlandsabsatz anwenden; sie treffen wahrscheinlich auch weniger auf Länder mit hohen Einfuhren von Brotgetreide zu. Auf kurze Sicht könnte ein Land durch eine Politik, die auf die Maximierung seiner landwirtschaftlichen Erzeugung abzielt, auch dann Deviseneinnahmen verdienen, wenn die Mehrproduktion von großen Agrarbetrieben erwirtschaftet wird. Der dabei im Agrarsektor entstehende Dualismus könnte jedoch eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität auf breiter Ebene verzögern, die unabdingbar ist, wenn nachhaltige Entwicklungsfortschritte und eine bessere Verteilung der ländlichen Einkommen erreicht werden sollen.

Zu den Vorbedingungen für ein zügiges Wachstum in der Industrie der Region gehört eine bessere Übereinstimmung zwischen den städtischen Löhnen, die im modernen Sektor gezahlt werden, einerseits und den Fähigkeiten und der Produktivität der Arbeiter andererseits. Die breitgefächerte Palette der Faktoren, die das derzeitige Ungleichgewicht verursacht haben, wurde bereits beschrieben. Hier sind Korrekturmaßnahmen in weiten Bereichen erforderlich, zu denen die Struktur und die Lehrinhalte des Ausbildungswesens gehören, die Bereitstellung finanzieller Mittel, die Gehälter im öffentlichen Dienst, die Löhne in der Industrie und die Industrieförderungspolitik. Ein besseres Gleichgewicht zwischen Produktivität und Löhnen muß auch angestrebt werden, wenn die Fertigwarenausfuhr auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig sein soll.

Einige Länder haben versucht, sich über die Anforderungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch eine bevorzugte Produktion für den Inlandsmarkt hinwegzusetzen; ihre Erfahrungen waren jedoch nicht ermutigend. Zweifellos kann eine begrenzte, inlandsorientierte Industrie durchaus wirtschaftlich arbeiten; inwieweit einzelne Wirtschaftszweige hierzu in der Lage sind, wird jedoch in aller Regel durch die Kostenvorteile der Serienproduktion, die verfügbaren beruflichen, technischen und unternehmerischen Fähigkeiten und nicht zuletzt durch die vorhandene Infrastruktur bestimmt. Ghana und Tansania haben zum Beispiel versucht, ihre Industrialisierung ohne Rücksicht auf diese Grenzen voranzutreiben. Während es ihnen nicht gelungen ist, das industrielle Wachstum nennenswert zu beschleunigen, wurden durch diese Politik unwirtschaftliche

Unternehmen herangezogen, die heute eine Neuorientierung der Industrieförderung auf eine bessere Wettbewerbsfähigkeit hin erschweren und damit das zukünftige Wachstum beeinträchtigen. Im Gegensatz hierzu erreichten Länder, die das Schwergewicht ihrer Politik nicht auf die Industrialisierung gelegt haben, verhältnismäßig hohe Wachstumsraten in der Industrie. Der Anteil der industriellen Produktion am BIP stieg in der Elfenbeinküste von 7% im Jahre 1960 auf 14% im Jahre 1974, wohingegen er in Ghana bei etwa 10% stagnierte.

Zu den Faktoren, die das industrielle Wachstum in Afrika begrenzt haben, gehört die verhältnismäßig geringe Größe der Märkte in den einzelnen Ländern. Die Erkenntnis dieser Schwierigkeit spornte eine Reihe von regionalen Integrationsplänen an. Einer dieser Pläne, der Ostafrikanische Gemeinsame Markt, dem Kenia, Tansania und Uganda angehören, führte zu politischen und wirtschaftlichen Problemen und wurde daraufhin aufgegeben. In West- und Zentralafrika bestehen heute mehrere Vereinigungen: die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (CEAO), die die Elfenbeinküste, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal und Obervolta umfaßt, sowie die Zentralafrikanische Zoll- und Wirtschaftsunion (UDEAC), die von Gabun, Kamerun, der Volksrepublik Kongo und dem Zentralafrikanischen Kaiserreich gebildet wird. Der sechzehn Länder umfassenden neuen Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (ECOWAS) gehören die Mitglieder der CEAO sowie Benin, die Kapverdischen Inseln, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Nigeria, Sierra Leone und Togo an, die damit den ehrgeizigsten Ansatz einer regionalen Integration in Westafrika darstellt.

Diese Systeme zeichnen sich gemeinsam dadurch aus, daß sie die Errichtung gemeinsamer Märkte bei besonderer Betonung der industriellen Entwicklung anstreben. Ihre Mitglieder unterscheiden sich stark im Hinblick auf ihre Bodenschätze und den erreichten Stand ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, sie umfassen sowohl vergleichsweise reiche Küstenländer als auch landumschlossene und sehr arme Staaten. In jedem der Gemeinschaftsverträge ist festgelegt, daß die Vorteile aus der regionalen Weiterentwicklung gerecht aufgeteilt werden und die Einnahmeausfälle infolge des Verlusts von Marktanteilen durch bestimmte Vorkehrungen auszugleichen sind; alle Vereinigungen verfügen darüber hinaus über Entwicklungsfonds, die insbesondere den ärmeren Mitgliedern Hilfe gewähren sollen. Inwieweit diese Ansätze, die Kostenvorteile der Serienproduktion durch Marktzusammenschlüsse auszuschöpfen, erfolgreich sind, läßt sich derzeit noch nicht beurteilen.

Internationale Entwicklungshilfe

In dem voranstehenden Überblick über die Entwicklungsprobleme in der Landwirtschaft und Industrie der Länder Afrikas südlich der Sahara wurden die immensen Schwierigkeiten aufgezeigt, denen sie bei dem Versuch, ihr Wirtschaftswachstum zu steigern, gegenüberstehen. Durch internationale Hilfe kann das Tempo ihrer Entwicklung auf verschiedene Weise beschleunigt werden.

Am bedeutendsten ist vielleicht die Bereitstellung finanzieller und technischer Hilfe, um damit die landwirtschaftliche Forschung sowohl auszuweiten als auch ihre Ausrichtung auf den Bedarf der Kleinbauern unter verschiedenen agroklimatischen Bedingungen zu verbessern. Die internationalen landwirtschaftlichen Forschungszentren wie das International Institute of Tropical Agriculture (IITA), das International Crop Research Institute for the Semi-Arid Tropics (ICRISAT) und das International Maize and Wheat Improvement Center (CIMMYT) kommen beiden Erfordernissen weit entgegen. Sie sind in der Lage, Pflanzen, Ideen, technische Hilfe und Ausbildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen, um die Forschungsprogramme der einzelnen Länder über landwirtschaftliche Nahrungsmittel zu unterstützen; die Forschung des IITA und des ICRISAT zielt vor allem darauf ab, Wege für die Entwicklung produktiverer landwirtschaftlicher Anbauverfahren aufzuzeigen.

Auch im Bereich der Viehzucht einschließlich der Bekämpfung von Tierkrankheiten sind zusätzliche Forschungsbemühungen nötig. Darüber hinaus wird Hilfe gebraucht, um die nationalen Forschungsprogramme auszubauen und die Kluft zu überbrücken, die zwischen der Arbeit der internationalen Zentren und der ortsspezifischen Forschung besteht; letztere ist notwendig, um Innovationen aufzuspüren und zu erproben, die sich für die Bauern bestimmter Gegenden eignen. Von besonderer Bedeutung wäre die internationale Unterstützung der Erforschung ökologischer Zonen, die in vielen Ländern anzutreffen sind. Aus den Erfahrungen bestehender regionaler Programme kann viel gelernt werden; hierzu gehören die Programme, die mit der Hilfe der Organisation der französischen Regierung zur Unterstützung der Erforschung von Speiseölen (IRHO) durchgeführt wurden, sowie die West African Rice Development Association (WARDA).

In Afrika südlich der Sahara wird weiterhin ein hoher Bedarf an Kapitalhilfe zu weichen Bedingungen bestehen. Viele Länder dieser Region sind zu arm, um die erforderlichen Investitionen zu kommerziellen Bedingungen zu finanzieren. Auch in den Ländern Afrikas mit mittlerem Einkommen

dürfte Kapital zu Vorzugskonditionen zunehmend dringender gebraucht werden. Der Export dieser Länder wird voraussichtlich nur mäßig zunehmen, da er stark auf wenige Rohstoffe konzentriert ist, während nach wie vor umfangreiche Investitionen im Bereich der Infrastruktur vorgenommen werden müssen – zum Beispiel in den Bereichen Transport und Gesundheitswesen –, die für ihre weitere Entwicklung von größter Bedeutung sind. Infolge des Gewichts, das der Verringerung der Armut zukommt, könnte die Gefahr entstehen, daß ausländische finanzielle Institutionen diese Erfordernisse vernachlässigen und stattdessen nach Projekten Ausschau halten, die den Armen in den ländlichen Gebieten »direkt« zugute kommen. Investitionen im Bereich der Infrastruktur sind jedoch häufig ein wesentlicher Bestandteil von Strategien, die gegen die Armut gerichtet sind, und in vielen Ländern Afrikas sind sie eine Vorbedingung für wirksame Programme für die Armen.

Die Bedeutung der Rohstoffproblematik für die Länder Afrikas wurde bereits voranstehend erörtert. Zusätzlich zu Vorkehrungen, die auf die Stabilisierung der Exportpreise und -erlöse abzielen, kann das Wachstum der Rohstoffpreise durch internationale Maßnahmen angeregt werden, die eine Ausweitung der Produktion und der Marktanteile fördern. Während höhere Investitionen, verbesserte Technologien und stärkere Anreize nötig sind, um das Angebot aus Afrika zu steigern, könnten parallele Maßnahmen erforderlich werden, um zu verhindern, daß in einzelnen Rohstoffen ein weltweites Überangebot entsteht. Es wird jedoch erwartet, daß die internationale Importnachfrage nach mehreren Produkten – zum Beispiel Bauxit, Phosphat und Nutzholz – ziemlich stark zunehmen wird; entsprechend könnte wahrscheinlich eine recht starke Ausweitung der Produktion in Afrika absorbiert werden, ohne die Märkte oder die Preise zu beeinträchtigen. In anderen Fällen, in erster Linie bei Tee und Kaffee, kann jedoch eine starke Produktionserhöhung der Länder Afrikas nicht abgesetzt werden, es sei denn andere Länder würden ihre Marktanteile verringern. Dies ist bereits in gewissem Umfang geschehen. Brasiliens Anteil am Weltkaffeemarkt fiel zwischen den Jahren 1961 und 1976 von 38% auf 26%, und im gleichen Zeitraum stieg der Anteil Afrikas von etwa 19% auf 27%. Der Anteil Indiens und Sri Lankas an der Teeausfuhr ging von 73% in den Jahren 1961 bis 1963 auf 52% in den Jahren 1972 bis 1974 zurück, während der Anteil Afrikas – die größten Tee-Exporteure sind Kenia, Tansania und Uganda – von 6% auf 15% zunahm. Diese Entwicklung ließe sich zu Gunsten der ärmeren Länder Afrikas beschleunigen; dies setzt jedoch voraus, daß anderen bedeutenden Ausfuhrnationen die über geeignete Investitions-

möglichkeiten verfügen, Hilfe gewährt werden kann, um ihr Ausführprogramm auf alternative Nahrungsmittelprodukte auszudehnen. Wo eine solche Diversifizierung vorteilhaft erscheint, würden zusätzliche finanzielle Mittel und sonstige

internationale Hilfeleistungen für den Ersatz verlorengangener Arbeitsplätze in den derzeitigen Exportländern sowohl diese Länder als auch die Länder Afrikas begünstigen, die die Erzeugung dieser Produkte steigern könnten.

7. Kapitel: Prioritäten der Entwicklung in Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen

Unter dem Sammelbegriff »Mittleres Einkommen« werden Länder erfaßt, die sich sowohl im Hinblick auf ihre ökonomischen Merkmale als auch auf den erreichten Entwicklungsstand stark unterscheiden. Länder wie Ägypten, Bolivien, der Sudan und Thailand haben einen überwiegend ländlichen Charakter, und ein bedeutender Teil ihrer Bevölkerung lebt am Existenzminimum. Im Gegensatz dazu liegen am oberen Ende des Einkommensspektrums dieser Ländergruppe Volkswirtschaften mit Durchschnittseinkommen pro Kopf von über 2 500 US-Dollar wie zum Beispiel Singapur, Venezuela und einige Staaten in Südeuropa. Zur mittleren Einkommensgruppe gehören auch Länder, die mineralische Rohstoffe exportieren; ihre Durchschnittseinkommen sind besonders irreführend, da extreme Unterschiede zwischen dem Bergbausektor und den übrigen Wirtschaftszweigen bestehen. Das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung reicht von einigen Ländern Afrikas mit nur rudimentärer industrieller Kapazität bis zu größeren Industrieländern wie Brasilien und Jugoslawien, die Maschinenbauerzeugnisse exportieren. Auch die demographischen Merkmale sind unterschiedlich ausgeprägt: Länder, deren Geburtenraten bereits auf ein recht niedriges Niveau gesunken sind, werden ebenso erfaßt wie Länder, in denen sie noch immer zunehmen. Inmitten dieser Vielfalt haben allerdings die meisten Länder mit mittlerem Einkommen zwei Merkmale gemeinsam, die sie von den Ländern mit niedrigem Einkommen unterscheiden: Erstens, reagieren ihre Wachstumsmöglichkeiten empfindlicher auf die wirtschaftlichen Bedingungen in den Industrieländern und insbesondere deren Einfluß auf das internationale Handelsklima sowie auf die privaten Kapitalströme; zweitens, besitzen sie mehr Ressourcen, um den Lebensstandard der Armen zu heben.

Das erste dieser Merkmale trug während der beiden vergangenen Jahrzehnte bedeutend zum Wirtschaftswachstum der Länder der mittleren Einkommensgruppe bei, als die starke Zunahme der Einkünfte aus Exporten, aus dem Fremdenverkehr und den Gastarbeiterüberweisungen durch die internationale Wirtschaftslage begünstigt wurde. In den nächsten fünf bis zehn Jahren dürfte sich jedoch das Handelsklima weniger vorteilhaft entwickeln. Im vorliegenden Kapitel werden die Voraussetzungen einer Wirtschaftspolitik untersucht, die sich um die Aufrechterhaltung eines schnellen Wach-

tums und die Steigerung der Exporterträge bemüht. Hieran schließt sich eine Diskussion der Strategien zur Milderung der Armut an, wobei der Schwerpunkt auf Maßnahmen liegt, die das Wachstumsmuster derart modifizieren, daß die niedrigen Einkommensgruppen begünstigt werden.

Die geeignete Zusammensetzung der Investitionen und die erforderlichen Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik hängen natürlich in jedem einzelnen Land von vielschichtigen Rahmenbedingungen ab, die eine detaillierte Analyse erfordern würden. Die Bereiche für die in diesem Kapitel Maßnahmen vorgeschlagen werden, und ihre möglichen Erfolge in Ländern mit unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und politischen Voraussetzungen dienen deshalb ebenso wie die verwendeten Länderbeispiele lediglich der Illustration.

Industrie- und Handelspolitik

Die beste Antwort eines Landes auf eine Verschlechterung seiner Exportaussichten wird nicht nur dadurch bestimmt, wie abhängig seine Wirtschaft vom Außenhandel ist, sondern auch durch seine Wirtschaftsstruktur und seine Handelspolitik. Im Vergleich zu kleinen sind große Länder in der Regel weniger außenhandelsorientiert und in der Industrialisierung weiter fortgeschritten, weil sie im allgemeinen über eine vielfältigere Ausstattung mit Ressourcen verfügen und sich auf größere Binnenmärkte stützen können, die eine Produktion

65

43. Größe industrieller Märkte und Importrelationen in Ländern mit mittlerem Einkommen, 1975

	Markt für Fertigwaren (in Mio US-\$)	Importe in % des Marktes für Fertigwaren
Togo	249	52
Ghana	2005	26
Malaysia	5297	42
Kolumbien	7534	16
Republik Korea	12736	29
Türkei	18282	17
Jugoslawien	23736	22
Argentinien	39013	7

Anmerkung: Der Markt für Fertigwaren ist definiert als Bruttoindustrieproduktion zuzüglich Importe abzüglich Exporte. Die Angaben in dieser Tabelle stammen aus unterschiedlichen Quellen und basieren auf Definitionen, die nicht vollständig miteinander zu vereinbaren sind. Vergleiche liefern deshalb nur grobe Größenordnungen.

in wirtschaftlichen Größenordnungen zulassen. Länder mit einer reichen Ausstattung mit natürlichen Produktionsfaktoren zeichnen sich in der Regel durch eine geringere Industrialisierung aus als Länder, die nur in bescheidenem Umfang über natürliche Ressourcen verfügen; letztere müssen schon ab einem frühen Stadium Fertigwaren exportieren, wenn sie ihren Importbedarf decken wollen. Das Ausmaß der Unterschiede zwischen den Ländern mit mittlerem Einkommen hinsichtlich ihrer Marktgröße und außenwirtschaftlichen Offenheit macht Tabelle 43 anhand von Daten für eine kleine Auswahl von Ländern deutlich: Der Markt für industrielle Erzeugnisse ist demnach in Argentinien 150 mal größer als in Togo. Wie stark die außenwirtschaftliche Offenheit einzelner Wirtschaften differieren kann, wird auch durch die unterschiedlichen Importanteile in Malaysia und Kolumbien verdeutlicht, die weit auseinanderklaffen, während ihre Binnenmärkte ungefähr gleich groß sind.

Im allgemeinen wird es notwendig sein, Wege zu finden, um eine weitere Zunahme der Deviseneinnahmen sicherzustellen, während gleichzeitig eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen ist, die das wirtschaftliche Wachstum in Gang hält, wenn die verfügbaren Devisen knapper werden. Zu den Maßnahmen der ersten Art gehören zusätzliche Exportanreize; das Aushandeln von Strategien, mit denen der Zugang zu den Märkten in Industrieländern verbessert werden kann; die Ausdehnung des Handels mit anderen Entwicklungsländern und eine Erhöhung der inländischen Wertschöpfung bei den derzeitigen Exporten. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Wachstums über die Beeinflussung der inländischen Nachfrage umfassen dagegen die Förderung der Maschinenbaubranche, des Dienstleistungssektors und der Landwirtschaft. Einige dieser Maßnahmen berühren letztlich auch die Exporterlöse: Die Förderung von Maschinenbauprodukten kann ein wichtiges Mittel zur Änderung der Zusammensetzung der industriellen Exporte zugunsten solcher Güter sein, die keinen protektionistischen Beschränkungen ausgesetzt sind; ebenso könnte durch die Förderung der Landwirtschaft das Angebot an Erzeugnissen erhöht werden, für die eine starke Exportnachfrage erwartet wird.

Steigerung der Exportanreize

Je weitgehender ein Land Importe durch im Inland hergestellte Güter substituiert, desto unwirtschaftlicher wird nach und nach die Verwendung inländischer Produktionsfaktoren zur Einsparung von Devisen durch die Verdrängung von Importen verglichen mit der Verwendung dieser Faktoren zur Erwirtschaftung von Devisen über zusätzliche

Ausfuhren. Wo nur noch wenig zusätzlicher Raum für eine industrielle Importsubstitution verbleibt und zugleich die Ausfuhren wenig oder gar nicht wachsen, wird die Devisenknappheit schnell zum bedeutendsten Engpaß für die weitere Entwicklung.

Argentinien und die Türkei gehören zu einer Gruppe von mehreren Ländern, die sich in dieser Lage befanden. Die inländischen Wirtschaftszweige dieser Ländergruppe wurden durch ein komplexes System von Zöllen, anderen Abgaben, Importverboten, gespaltenen Wechselkursen und Importdepositen geschützt. Soweit Angaben erhältlich sind, läßt sich feststellen, daß das Ausmaß der effektiven Protektion hoch ist – wobei zwischen den einzelnen Branchen Unterschiede bestehen – und daß die Fertigwaren dieser Länder weit teurer als auf den Weltmärkten sind. Der anhaltende Druck zur Reduzierung der Importe hat dazu geführt, daß nur noch lebenswichtige Zwischenprodukte und Kapitalgüter eingeführt werden, deren örtliche Herstellung extrem kostenaufwendig wäre. Das Wirtschaftswachstum hängt somit stark von der Verfügbarkeit über Importe ab. Diese Abhängigkeit führt in Verbindung mit den unvermeidlichen Schwankungen der Deviseneinkünfte zu anhaltenden Zahlungsbilanzproblemen und unregelmäßigen Wachstumsraten.

Eine Verbesserung der Zahlungsbilanzlage dieser Länder setzt voraus, daß die Benachteiligung der Produktion für den Export gegenüber der für den Inlandsabsatz verringert wird; langfristig ist eine Angleichung der Anreize für den Absatz auf Inlands- und Auslandsmärkten anzustreben. Obgleich die Aussichten für die Fertigwarenausfuhr heute ungünstiger sind als früher, wäre es dennoch wünschenswert, daß Länder, die sich den wirtschaftlichen Grenzen der Importsubstitution nähern, ihre Anreizsysteme stärker auf die Ausfuhr ausrichten.

Die industrielle Investitionsstruktur kann selbst in den relativ marktorientierten Entwicklungsländern sowohl durch den Einsatz der üblichen Instrumente einer handelsfördernden Politik – Wechselkursintervention, Schutzmaßnahmen gegen Importe und Ausfuhrsubventionen – als auch durch industriepolitische Maßnahmen wie zum Beispiel Investitionsanreize, Produktions- und Lohnsubventionen sowie unterstützende Aktivitäten des Staates stark beeinflußt werden. Zu den unterstützenden staatlichen Aktivitäten gehören u.a. die Identifizierung, Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung von Projekten, die Gestaltung und Lokalisierung der Infrastruktur wie bei Häfen, Fernstraßen, Kraftwerken und Industrieanlagen oder die Organisation der Forschung, des Marketing und des Technologieimports.

Ein industrielles Anreizsystem, das effiziente und internationale konkurrenzfähige Firmen belohnt, fördert in der Regel eine starke Zunahme der industriellen Beschäftigung und der Einkommen; eine schwergewichtig auf Außenhandelschranken basierende industrielle Förderungspolitik neigt demgegenüber nicht dazu, ein dauerhaftes Wachstum mit hohen Zuwachsraten zu begünstigen. Durch eine Neuorientierung der verfolgten Strategien werden Veränderungen in der Industriestruktur ausgelöst, die ihrerseits Erschütterungen und insbesondere auch Verluste von Arbeitsplätzen in inländischen Branchen mit einer sehr unwirtschaftlichen Produktion verursachen. Dies kann insbesondere in Ländern mit einer bereits sehr hohen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung äußerst schmerzvoll sein und die Suche entlassener Arbeitskräfte nach neuen Arbeitsstellen sehr erschweren. Durch geeignete Maßnahmen können jedoch die Übergangsprobleme erleichtert und die mit der strukturellen Änderung verbundenen sozialen Kosten verringert werden. Die Übernahme dieser Kosten wird durch die erzielbaren Wachstums- und Beschäftigungsgewinne gerechtfertigt.

Steigerung der Wertschöpfung bei den Exporten

Länder, die bereits Fertigwaren exportieren, können ihre Nettodeviseneinnahmen sowohl durch eine Steigerung des Exportvolumens als auch durch eine Steigerung der in diesen Exporten enthaltenen Wertschöpfung vermehren. Eine Erhöhung des inländischen Wertschöpfungsanteils vergrößert nicht die Marktdurchdringung in den Industrieländern und bietet damit offensichtliche Vorzüge bei Produkten, die in den Industriestaaten quantitativen Einfuhrbeschränkungen unterliegen. Wie

allerdings im 3. Kapitel bereits erwähnt wurde, sind die Entwicklungsländer bei der Verbesserung der Qualität und Stückerlöse im Bereich Textilien und Bekleidung schon so weit vorangekommen, daß große Fortschritte kaum noch zu erwarten sind.

Eine weitere Methode zur Erhöhung der Wertschöpfung besteht in einer Vergrößerung der Produktionstiefe und der Eigenvermarktung. Hierbei existieren aber ebenfalls wirtschaftliche Grenzen, die erkannt werden müssen. Investitionen für die Herstellung von Zwischenprodukten mit der Absicht, Importe zu ersetzen, erfordern eine besonders sorgfältige Überprüfung ihrer Wirtschaftlichkeit. Die Produktion grundlegender Zwischenprodukte – wie etwa Stahl oder petrochemische Erzeugnisse – kann nur bei einer sehr hohen Ausbringung wirtschaftlich durchgeführt werden, und der voreilige Versuch, sie im Inland herzustellen, kann die internationale Konkurrenzfähigkeit derjenigen Exportbranchen gefährden, die diese Zwischenprodukte verwenden. In dieser Hinsicht besitzen die größeren und weiter fortgeschrittenen halbindustrialisierten Länder einen Vorteil gegenüber Ländern, deren Markt für Industrierzeugnisse noch klein ist.

Nahezu alle Länder, die Rohstoffe exportieren, versuchen ihre Ausfuhrerlöse durch eine zusätzliche Verarbeitung der Produkte vor ihrem Export zu vergrößern. Ob ihnen das auf wirtschaftliche Weise gelingen kann, läßt sich nur für jedes Gut und jedes Land einzeln beurteilen. Die Antwort hängt von einer Reihe technischer und institutioneller Umstände ab; hierzu gehören das Ausbringungsvolumen und die Kapitalintensität der beabsichtigten Weiterverarbeitung, ihr erforderlicher Energiebedarf sowie Vereinbarungen über die Vermarktung und Verschiffung der Erzeugnisse. Die bedeutenden Erzexporteure haben bereits den Spielraum für eine inländische Verarbeitung ausgeschöpft, und die Ansiedlung weiterer Produktionsstufen dürfte umfangreiche und kapitalintensive Investitionen erfordern. Exporteure von Nutzholz scheinen gute Möglichkeiten für eine Steigerung der heimischen Verarbeitung zu haben. Demgegenüber ist eine weitergehende Verarbeitung von tropischen Getränken in den Erzeugerländern äußerst schwierig, da die verarbeitenden Unternehmen der Verbrauchsländer die Vertriebsnetze kontrollieren. Die Produzenten wären mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in der Lage, alternative Vertriebswege in den Importländern aufzubauen.

Obgleich, wie Tabelle 44 zeigt, die Unterschiede auf einigen wichtigen Märkten geringfügig sind, können höhere Zölle auf verarbeitete Güter als auf Rohstoffe eine weitergehende Verarbeitung in den sich entwickelnden Exportländern beträchtlich behindern.

44. Industrieländer: Durchschnittliche Zölle für breite Güterklassen einschließlich Rohstoffe, 1973

	Rohstoffe	Halbfabrikate	Fertigwaren
Europäische Gemeinschaft	0,5	8,1	9,3
Vereinigte Staaten	2,7	7,6	7,9
Japan	5,9	8,6	11,2
Kanada	0,3	8,4	10,2
Australien	0,9	11,1	21,0
Schweden	0,0	4,5	6,6
Österreich	5,9	8,4	16,0
Schweiz	0,3	4,4	3,6
Finnland	0,0	4,1	8,0
Norwegen	0,1	4,8	7,4
Neuseeland	0,6	8,5	32,6
Gemeinsamer Durchschnitt	2,0	8,0	9,8

Quelle: *Summary by Industrial Product Categories: Tariffs 1973. Imports 1970 and 1971* (Genf: Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, März 1974.)

Internationale Handelsgespräche

Im 3. Kapitel ist unterstrichen worden, daß die Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer nicht nur durch mengenmäßige Beschränkungen, sondern auch durch eine Vielfalt wuchernder Handelshemmnisse berührt werden; ebenso wurde betont, daß nicht nur die derzeit bedeutendsten Fertigwarenexporteure die nachteiligen Folgen der neuen Handelschranken spüren würden, sondern auch die Länder, die dabei sind, sich zu erfolgreichen Exporteuren dieser Erzeugnisse zu entwickeln, wie beispielsweise die Philippinen und Tunesien. Die Aufrechterhaltung des Zugangs zu den Märkten der Industrieländer und das Zurückschrauben nichttarifärer Hemmnisse sind für die Entwicklungsländer von überragender Bedeutung. Um angesichts der protektionistischen Bestrebungen seitens der Produzenten in den Industrieländern Fortschritte zu erzielen, müssen die Entwicklungsländer zumindest aktiv an den internationalen Gesprächen über den Außenhandel teilnehmen. Bislang hat eine solche aktive Teilnahme weitgehend gefehlt.

In der Vergangenheit strebten die Entwicklungsländer bei multilateralen Handelsrunden in erster Linie die Einräumung spezieller Präferenzen zu ihren Gunsten an. Dies führte zu dem im Jahre 1971 vereinbarten System Allgemeiner Zollpräferenzen (Generalized System of Preferences). Zwei Aspekte dieser Vereinbarung sollten hier vermerkt werden. Der erste ist ihr äußerst begrenzter Geltungsbereich, zumal jedes Industrieland seine eigenen Einschränkungen der gewährten Präferenzen aufgestellt hat, wodurch einige Entwicklungsländer und einige Waren, insbesondere landwirtschaftliche Erzeugnisse, Textilien, Bekleidung, Schuhe und Mineralölprodukte, ausgenommen wurden. Darüber hinaus gibt es für einzelne Erzeugnisse oder Lieferländer Obergrenzen für die Einfuhren, die eine bevorzugte Behandlung genießen. Zweitens, haben Untersuchungen gezeigt, daß sich der Nutzen dieser Vereinbarung in erster Linie nicht aus der Vorzugsbehandlung, sondern aus dem zusätzlichen Handel ableitet, den die Senkung der Importzölle zur Folge hatte. Diese Erfahrungen treffen vermutlich in noch allgemeinerer Form auf unilaterale Präferenzsysteme zu, die in der Regel so ausgelegt sind, daß die Interessen der Produzenten in den Industrieländern nicht verletzt werden. Sie unterstreichen zugleich, daß zwar Anstrengungen zur Aufrechterhaltung von Zollpräferenzen für Neulinge auf dem Gebiet des Fertigwarenexports wichtig sein können, — noch wichtiger ist es jedoch, den Zugang zu den Märkten in den Industrieländern zu sichern.

Das Hauptproblem, dem sich Entwicklungsländer auf dem Gebiet der Handelspolitik ausgesetzt sehen, besteht nicht darin, wie die Industrieländer zu Zollpräferenzen zu bewegen sind, sondern

eher darin, wie das weitere Anwachsen nichttarifärer Importschranken verhindert werden kann. Daß das Schwergewicht multilateraler Zollsenkungen auf Produkten lag, die für die Entwicklungsländer nur eine untergeordnete Rolle spielen, und daß wichtige Exportgüter der Entwicklungsländer mit mengenmäßigen Beschränkungen belegt wurden, kann zum Teil ihrer fehlenden aktiven Teilnahme an den Handelsgesprächen zugeschrieben werden.

Die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer könnte zweifellos gestärkt und der protektionistische Druck in den Importländern wirksamer angegangen werden, wenn die Gespräche über nichttarifäre Handelshemmnisse auf der Basis reziproker Zugeständnisse seitens der Entwicklungsländer geführt würden. Die Verschiedenheit der Interessen von Ländern in unterschiedlichen Stadien der Industrialisierung läßt vermuten, daß Vorteile ausgehandelt werden können, die beiden Seiten zugute kommen. Der Verhandlungskatalog könnte zweckmäßigerweise folgende Elemente umfassen:

- Zugesichertes Wachstum des Importvolumens von Industrieländern bei gegenwärtig behinderten Produkten, die für Entwicklungsländer von besonderem Interesse sind;
- bindende Regeln, die die Schaffung neuer nichttarifärer Handelshemmnisse verhindern, mit Ausnahmeregelungen für kurze Zeiträume unter vereinbarten Voraussetzungen und strikter multilateraler Überwachung;
- allmähliche Beseitigung gegenwärtig bestehender mengenmäßiger Importbeschränkungen und Vereinfachung administrativer Verfahren;
- zunehmende Liberalisierung der Importe von Entwicklungsländern, die bedeutende Exporteure sind;
- Einschränkungen der zulässigen Exportförderungsmaßnahmen unter Beibehaltung von Ausnahmen für weniger fortgeschrittene Entwicklungsländer, die ihnen eine Subventionierung ihrer Exportindustrien erlauben, um die Auswirkungen extrem protektionistischer Außenhandelsbestimmungen zu überwinden;
- Vereinbarungen, die eine Ausweitung des Handels zwischen Entwicklungsländern erleichtern.

Die weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer könnten durch eine stärkere Beteiligung an auf

45. Entwicklungsländer: Zusammensetzung des Warenhandels nach Gütern, 1975

	Importe aus Entwicklungs- ländern (in Mrd US-\$)	Importe aus Industrie- ländern	Importe aus anderen Entwick- lungsländern in % der Gesamtimporte	Güterzusammen- setzung der Zunahme des Handels zwischen Entwicklungs- ländern, 1960 bis 1975 (in %, in Preisen von 1975)
Nahrungsmittel und Getränke	9,2	15,7	33	16
Landwirtschaftliche Erzeugnisse (ohne Nahrungsmittel)	2,9	3,4	41	5
Mineralien (ohne Brennstoffe) und Metalle	1,8	2,8	37	5
Brennstoffe	20,7	2,4	57	35
Fertigwaren	13,1	123,3	9	39
Insgesamt	47,8	147,6	22	100

Gegenseitigkeit beruhenden multilateralen Handelsgesprächen dazu beitragen, daß das Welthandelssystem den Interessen der Entwicklungsländer besser Rechnung trägt; sie könnten zugleich versuchen, der zunehmenden Diskriminierung von Importen aus Entwicklungsländern zu begegnen. Ließe sich dies erreichen, könnten mehr Länder bedeutenden Nutzen aus einer Strategie ziehen, in der der Außenhandel die Rolle des Wachstumsmotors übernimmt.

Handel zwischen Entwicklungsländern

Fast ein Viertel der Exporte der Entwicklungsländer geht in andere Entwicklungsländer. Die dynamischste Gruppe dieser Exporte sind die Fertigwaren; wie die letzte Spalte von Tabelle 45 zeigt, trugen sie in den Jahren 1960 bis 1975 mit rund 39% zum realen Wachstum des Handels zwischen Entwicklungsländern bei. Eine beschleunigte Zunahme des Handels zwischen Entwicklungsländern kann nur über die Fertigwaren erreicht werden.

Der Handel mit Fertigwaren zwischen den Entwicklungsländern hat im vergangenen Jahrzehnt rasch zugenommen. Er wuchs im Zeitraum 1960 bis 1975 um jährlich 10,6% und führte zu einem steigenden Anteil der Fertigwareneinfuhr an ihrem Gesamtimport, die jährlich um 7,3% zunahm. Zwischen den Jahren 1970 und 1975 bestritten Maschinenbau- und elektrotechnische Erzeugnisse einschließlich Fahrzeuge nahezu ein Drittel der Zunahme des Fertigwarenhandels zwischen diesen Ländern. Trotzdem stammen, von Textilien und Bekleidung abgesehen, nicht mehr als 15% der Fertigwareneinfuhr der Entwicklungsländer aus anderen Entwicklungsländern, und der Anteil ist besonders niedrig im Maschinenbausektor, wie die letzte Spalte von Tabelle 46 zeigt.

Ein großer Teil des Wachstums im Fertigwarenhandel zwischen Entwicklungsländern beruht auf Präferenzen in regionalen Vereinbarungen. Eine

spürbare Expansion des Handels zwischen Entwicklungsländern setzt eine stärkere regionale Verständigung oder eine allgemeinere Importliberalisierung voraus.

In jüngerer Zeit begünstigen strukturelle Entwicklungen innerhalb bestimmter Gruppen von Entwicklungsländern das Handelswachstum zum Nutzen aller Beteiligten. Einige Entwicklungsländer haben ihre industriellen Fähigkeiten stark gesteigert und sind in der Lage, einen wachsenden Anteil der von anderen Entwicklungsländern benötigten Kapitalgüter zu möglicherweise geringeren Kosten und in einer Ausgestaltung zu liefern, die den Betriebsbedingungen in solchen Ländern besser entspricht. Die enorme Expansion der Ausfuhren der Entwicklungsländer in die bedeutenden erdöl-exportierenden Länder verdeutlicht das Potential für ein solches Wachstum.

Die weiter fortgeschrittenen Länder mit mittlerem Einkommen könnten beträchtliche Gewinne

46. Güterzusammensetzung des Handels in Fertigwaren zwischen Entwicklungsländern, 1975 (in %)

	Entwicklungs- länder- importe aus anderen Entwick- lungsländern	Entwicklungs- länder- importe aus Industrie- ländern	Anteil am Gesamt- import der Entwicklungs- länder aus anderen Entwicklungs- ländern
Textilien	14	4	28
Bekleidung	5	1	39
Maschinen und Transportaus- rüstungen	31	55	6
Chemische Erzeugnisse	13	12	11
Eisen und Stahl	6	10	7
Andere Fertigwaren	31	19	15
Insgesamt	100	100	9

im Handel mit anderen Entwicklungsländern erzielen insbesondere bei Produkten – wie zum Beispiel chemischen Erzeugnissen –, bei denen die Vorteile der Massenproduktion von überragender Bedeutung sein können. Die Verwirklichung dieser Möglichkeiten wird jedoch Änderungen in der Industrie- und Außenhandelspolitik erfordern. Beispielsweise hegen diese Länder, die sich in einem in etwa vergleichbaren Stadium der industriellen Entwicklung befinden, allesamt Pläne zur Förderung der inländischen Produktion von Maschinen und chemischen Erzeugnissen; demgegenüber dürfte der Handel zwischen diesen Ländern aller Wahrscheinlichkeit nach nur auf der Basis einer Spezialisierung rasch expandieren. Wenn sich der Güteraustausch zwischen den Entwicklungsländern rasch ausdehnen soll, so ist eine detailliertere Zusammenarbeit bei der Planung der industriellen Expansion und eine liberalere Politik hinsichtlich der gegenseitigen Importe unabdingbar.

Um den Handel mit Maschinenbauprodukten zwischen den Entwicklungsländern zu steigern, werden ebenfalls beträchtliche Anstrengungen zur Überwindung technischer Schwierigkeiten und von Vermarktungsproblemen notwendig sein. Einige dieser Probleme, insbesondere die unzureichende Kapazität in den Bereichen Konstruktion und Produktentwicklung, behindern die Entfaltung dieses Sektors sowohl für den inländischen Absatz als auch für die Ausfuhr; diese Probleme werden im folgenden Abschnitt diskutiert. Zu den Schwierigkeiten, die typisch für den Handel zwischen Entwicklungsländern sind, gehören Lizenzvereinbarungen, die Verkäufe außerhalb des Binnenmarktes verbieten; Bindungen bei der Verwendung ausländischer Kapitalhilfe, die Entwicklungsländer nötigen, ihre Ausrüstungen in Industrieländern zu kaufen, und die Probleme, denen sich kapital schwache Länder bei der Finanzierung von Exportkrediten ausgesetzt sehen, die sie gegenüber Anbietern aus Industrieländern in eine nachteilige Position versetzen. Keines dieser Probleme ist unüberwindbar – wie das Außenhandelswachstum in der Vergangenheit gezeigt hat; sie behindern jedoch die außenwirtschaftlichen Zuwachsraten und müssen auf internationaler Ebene angegangen werden, wenn der Handel zwischen Entwicklungsländern seinem Potential entsprechend expandieren soll.

Förderung der Maschinenbauindustrie

Die Metallverarbeitung und die Elektroindustrie spielen eine sehr bedeutende Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder, in deren Verlauf sie, ausgehend von Reparaturwerkstätten, über die Herstellung von Ersatzteilen und einfachen Gerätschaften bis hin zur Produktion eines breiten Spektrums industrieller Ausrüstungen fortschreiten. Die

meisten Entwicklungsländer haben dazu tendiert, den Maschinenbausektor zugunsten anderer Industriezweige zu vernachlässigen. Das führte dazu, daß viele einfache Produkte in kleinen Unternehmen unter vielerlei ungünstigen Bedingungen hergestellt werden. In den meisten Ländern war die Senkung der effektiven Kosten importierter Maschinen ein vorrangiges Mittel zur Förderung moderner industrieller Wirtschaftszweige. Da über die Hälfte der Einfuhr der Entwicklungsländer aus Industrieländern aus Maschinenbau- und elektrotechnischen Erzeugnissen sowie Fahrzeugen besteht, werden sie angesichts der schlechteren Exportaussichten mehr und mehr dazu ermutigt, die Herstellung dieser Güter an Ort und Stelle zu versuchen, um ihre Importabhängigkeit zu verringern.

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen im einzelnen geeignet sind, wird durch das jeweilige Niveau der erreichten industriellen Entwicklung bestimmt. Die meisten ärmeren Länder mit mittlerem Einkommen müssen in erster Linie die Entwicklung von Fähigkeiten in der Metallverarbeitung fördern; ebenso wichtig sind Verbesserungen in der Organisation und der technischen Befähigung kleiner Werkstätten insbesondere in ländlichen Gegenden, da die Nachfrage hauptsächlich aus der Landwirtschaft kommen wird. Die örtliche Produktion selbst rudimentärer landwirtschaftlicher Werkzeuge und Ausrüstungen kann bei der Verbreitung neuer Technologien eine wichtige Rolle übernehmen, zugleich Arbeitsplätze schaffen, Geräte liefern, die den Bedürfnissen des jeweiligen Landwirtschaftssystems angepaßt sind, sowie umfassenden Gebrauch von örtlich vorhandenen Materialien machen.

Für die industriell weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer sind bei der Förderung eines wirtschaftlichen Maschinenbaus gänzlich andere Überlegungen relevant. Ausgebildete Arbeitskräfte sind nicht so knapp wie in den Ländern mit niedrigem Einkommen, obgleich das Ausbildungswesen zweifellos qualitativ verbessert und gegenüber der Nachfrage nach spezifischen Fertigkeiten aufgeschlossener gemacht werden muß. Die Hauptprobleme dieser Länder dürften vor allem in der Konstruktion, der Vermarktung und darin liegen, ein kostengünstiges Ausbringungsniveau zu erreichen. Es fällt auf, daß selbst fortgeschrittene Produzenten von Anlagegütern wie zum Beispiel Argentinien, Brasilien, Indien, Mexiko und die Republik Korea im Maschinenbau über eine vergleichsweise begrenzte Konstruktions- und Entwicklungskapazität verfügen, was es ihnen besonders schwer macht, bei Produkten international konkurrenzfähig zu bleiben, deren Merkmale sich mit dem technischen Fortschritt rasch wandeln. In manchen

Fällen sind schon die Einrichtungen zum genauen Messen und Testen so standardisierter Produkte wie Schrauben oder Handwerkzeuge unzureichend.

In den weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern hat der Maschinenbausektor ein ausgezeichnetes Potential, sowohl was der Export als auch was die Befriedigung der inländischen Nachfrage angeht. Die bei der Steigerung der Maschinenausfuhr zu verfolgenden Strategien sind verschieden je nach dem, ob es sich um standardisierte Produkte mit weitgehend gleichbleibenden Spezifikationen oder um komplexere Erzeugnisse handelt, deren Eigenschaften sich ständig und rasch ändern.

Unter den standardisierten Erzeugnissen sind solche, die an Produzenten verkauft werden, in aller Regel sehr viel schwerer zu vermarkten als solche, die für Konsumenten bestimmt sind. Die Konsumgüterausfuhr wurde durch die Anstrengungen bedeutender Groß- und Einzelhandelsorganisationen der Industrieländer erleichtert, die die Entwicklungsländer nach billigen Bezugsquellen abgesucht haben. Dagegen erfordert eine Steigerung des Exports von Investitionsgütern, daß die Lieferländer die potentiellen Käufer selbst ausfindig machen: sie sind darüber hinaus gezwungen sicherzustellen, daß die technische Wartung und die Finanzierung genau mit den Bedürfnissen des Käufers übereinstimmen. Bei Investitionsgütern können niedrigere Preise eine schlechte Qualität nicht wettmachen – ein Schiffchen, das für einen Hochgeschwindigkeitswebstuhl nicht haltbar genug ist, wird durch einen geringeren Preis nicht akzeptabler.

Die zweite, aus komplexeren Produkten bestehende Gruppe wird nahezu ausschließlich in Industrieländern konstruiert und entwickelt, und die Produktion in Entwicklungsländern erfolgt typischerweise in Lizenz von Firmen aus Industrieländern. Die weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer sollten der Entwicklung von Fähigkeiten im Bereich der Konstruktion und der technischen Neuerung Vorrang geben; dadurch könnten sie die mit der Lizenzierung verbundenen Restriktionen im Export überwinden und damit einen größeren Anteil am Wachstum des Handels mit Maschinenbauprodukten sowohl mit Industriestaaten als auch mit anderen Entwicklungsländern erreichen.

Mit zunehmenden industriellen Fertigkeiten könnten die Entwicklungsländer davon profitieren, daß sie in steigendem Umfang von Firmen der Industrieländer Unteraufträge für Teilproduktionen erhalten. Auf diese Weise ist der Handel in elektronischen Artikeln gewachsen, nämlich durch die Verlagerung der Montagephasen des Produktionsprozesses in die Entwicklungsländer.

Infrastrukturinvestitionen

Eine andere Möglichkeit zur Aufrechterhaltung hoher Wachstumsraten bei relativ schlechten Exportaussichten besteht in der Steigerung der Investitionen im Infrastrukturbereich wie zum Beispiel im Nachrichtenwesen, in der Stromversorgung und im Wohnungsbau, für die in Entwicklungsländern im allgemeinen eine latente Nachfrage besteht. Das Hauptproblem hierbei sind natürlich die knappen Ressourcen – sei das nun die öffentliche Ersparnis zur Finanzierung öffentlicher Investitionen, oder der Kredit, der der Privatwirtschaft zur Finanzierung privater Investitionen gewährt werden kann, oder die Devisen für zusätzliche Importe, die unmittelbar für Investitionen oder indirekt über die Verausgabung der Einkommen, die möglicherweise durch diese Investitionen geschaffen werden, aufzuwenden sind. Im allgemeinen werden zusätzliche Infrastrukturinvestitionen neue Anstrengungen zur Steigerung der Staatseinnahmen entweder über eine höhere Besteuerung oder durch die Erhebung von Gebühren bei den Benutzern dieser Einrichtungen notwendig machen. Infolge des raschen Wachstums der Städte strapazieren bereits die vorhandenen Pläne zur Durchführung von Infrastrukturvorhaben die Staatsfinanzen und insbesondere die Finanzen der Kommunen, die für einen großen Teil solcher Investitionen zuständig sind.

Landwirtschaft

Die Hauptprobleme der landwirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern mit mittlerem Einkommen bestehen darin, wie ein Wachstum aufrechterhalten werden kann, das eine ausgewogene Expansion aller Teile der Wirtschaft zuläßt, und wie sichergestellt werden kann, daß von der Zusammensetzung des Wachstums im Agrarsektor ein starker Effekt unmittelbar auf die ländliche Armut und mittelbar auch auf die Abwanderung der Armen in die Städte ausgeht.

Im Zuge der Industrialisierungsbemühungen geschah es leicht, daß die entscheidende Rolle der Landwirtschaft im Entwicklungsprozeß übersehen und die Verbindung zwischen Maßnahmen zur Förderung des inländischen industriellen Wachstums und den Leistungen der Landwirtschaft vernachlässigt wurden. Trotz des raschen Anwachsens der Industrie und der Ausbreitung der Städte in der jüngsten Vergangenheit, liegt der ländliche Bevölkerungsanteil nur weniger Entwicklungsländer weit unter 50%. Die Landwirtschaft ist noch immer die mit Abstand wichtigste Quelle des Lebensunterhalts in den meisten halbindustrialisierten Ländern. In mehreren Ländern liegt ihr Anteil am Inlandsprodukt ungefähr ebenso hoch oder höher als der der Industrie.

Wenngleich die Landwirtschaft in den Ländern mit mittlerem Einkommen allgemein stärker gewachsen ist als in denen mit niedrigem Einkommen, so trat ein Großteil dieses Wachstums typischerweise in den kommerzialisierten landwirtschaftlichen Bereichen auf und wurde mehr durch eine Ausdehnung der Anbauflächen als durch eine Steigerung der Erträge erwirtschaftet. Wie auch die anderen Verallgemeinerungen über Länder mit mittlerem Einkommen bedarf dies einer wichtigen Einschränkung: Die Erweiterung der Anbauflächen basierte in einigen Ländern, zum Beispiel im Iran und in Mexiko, auf einer Ausdehnung der künstlichen Bewässerung; in anderen Ländern wie zum Beispiel in Ägypten, der Elfenbeinküste, Malaysia, der Republik Korea und in Thailand wurden beträchtliche Ertragssteigerungen erwirtschaftet.

Selbst wo die Landwirtschaft einen vergleichsweise kleinen Teil zum Sozialprodukt beiträgt – wie etwa in den am weitesten fortgeschrittenen Ländern mit mittlerem Einkommen – haben Stärke und Struktur des landwirtschaftlichen Wachstums bedeutende Folgen für die Einkommensverteilung und die Armut. Das Auseinanderklaffen von landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Einkommen ist oft die Hauptursache von Ungleichgewichten in der Einkommensverteilung, und in den meisten dieser Länder konzentriert sich die extreme Armut überwiegend im Agrarsektor. Darüber hinaus machen Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft häufig den Kern des Problems regionaler Armut aus, das den Verantwortlichen in vielen Ländern zu schaffen macht, zum Beispiel in Brasilien, der Elfenbeinküste, Malaysia, Thailand und der Türkei; ähnlich sind auch die Probleme der Sierra in den Ländern der Westküste Südamerikas.

Eine wichtige Konsequenz der Versäumnisse, gegen die ländliche Armut vorzugehen, ist die beschleunigte Abwanderung in die Städte. Hierin liegt eine der Hauptursachen der fortwährenden schnellen Expansion der Stadtgebiete, die die Wirtschaft finanziell und administrativ schwer belastet.

Die Aufrechterhaltung eines raschen Wachstums in der Landwirtschaft erfordert den Einsatz einer Reihe von Maßnahmen. Wo noch immer Raum für eine weitere Vergrößerung der Anbauflächen besteht, sind umfangreiche Investitionen im Transportwesen, Energiebereich, der Bewässerung und der Vermarktung erforderlich. Viele Länder mit mittlerem Einkommen verfolgen die Ausdehnung der Anbauflächen weiterhin mit Nachdruck wie zum Beispiel in Brasilien, Ghana, im Iran, in Kolumbien, Nigeria und Venezuela. Die Notwendigkeit einer wirksamen Forschung und landwirtschaftlichen Beratung wird zunehmend deutlich, wenn der größte Teil der nutzbaren Flächen bereits

bebaut wird und eine Steigerung der Ausbringung intensivere Anbaumethoden erfordert. Aber selbst dort, wo landwirtschaftliche Technologie importiert werden kann, muß sie weiter erforscht und den örtlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Relativ wenige Länder haben allerdings bislang die Einrichtungen geschaffen, die sich für eine derartige Forschung eignen.

In sehr vielen Ländern wird es notwendig sein, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft zu reformieren, um das Wachstum zu beschleunigen und sicherzustellen, daß es auf einer breiteren Grundlage steht als in der Vergangenheit. Die Mängel der Landwirtschaftspolitik sitzen tief und rühren im wesentlichen von der Neigung her, den landwirtschaftlichen Sektor als Quelle von Steuern, Devisen und billigen Arbeitskräften zur Unterstützung einer raschen Industrialisierung anzusehen. Die Landwirtschaft wird auf vielerlei Art sowohl direkt als auch indirekt besteuert, und die landwirtschaftlichen Investitionen werden durch überhöhte Wechselkurse zum Schutz der Industrie, Steuern auf landwirtschaftliche Exporte oder durch inländische Austauschverhältnisse abgeschreckt, die auf Kosten der landwirtschaftlichen Produzenten die industriellen Gewinne stützen und billige Nahrungsmittel in den städtischen Gebieten garantieren sollen. Die Ad-hoc-Maßnahmen, die mitunter zum Ausgleich dieser wirtschaftspolitischen Verzerrungen ergriffen wurden – billige Agrarkredite, subventionierte Düngemittel und Stützpreise für einzelne Erzeugnisse – lassen sich auf Dauer nur schwer aufrechterhalten, weil sie dem Staat schwere finanzielle Lasten aufbürden; darüber hinaus verschärfen sie die ländliche Ungleichheit insoweit, als sie vor allem den größeren Bauern zugutekommen, die sich mit der kommerziellen Produktion befassen. Natürlich bestehen diese Probleme nicht in allen Ländern. Malaysia, die Elfenbeinküste und die Republik Korea gehören zu den Ländern, die recht erfolgreich von der Preispolitik Gebrauch gemacht haben, um das landwirtschaftliche Wachstum auf breiter Basis anzuspornen.

Übermäßige Schutzmaßnahmen zugunsten der Industrie neigen zu einer starken Benachteiligung des landwirtschaftlichen Wachstums, die durch andere Schritte nur äußerst schwer aufgefangen werden kann. Während es offensichtlich notwendig ist, die Landwirtschaft zu besteuern, wäre es wünschenswert, dies ohne nachteilige Wirkungen für die Produktionsanreize zu tun. Dies impliziert einen umfassenden Gebrauch von Einkommen- und Grundsteuern anstelle von Exportsteuern und Eingriffen in die inländischen Austauschverhältnisse. Darüber hinaus sollte durchgesetzt werden, daß die industriellen Einkommen im Einklang mit

47. Verteilung des Landbesitzes nach Größenklassen und Anteil an der Gesamtfläche in ausgewählten Ländern mit mittleren Einkommen

	Größenklasse des Landbesitzes					
	0-5 ha		5-50 ha		mehr als 50 ha	
	Anteil der Besitze (in %)	Anteil an der Fläche (in %)	Anteil der Besitze (in %)	Anteil an der Fläche (in %)	Anteil der Besitze (in %)	Anteil an der Fläche (in %)
Ägypten *	97	67	3	27	-	6
Brasilien	28	1	52	13	20	86
Chile	38	1	30	5	32	94
Republik Korea	100	100	-	-	-	-
Türkei	79	27	20	59	1	14
Venezuela	36	1	43	7	21	92

Anmerkung: Die Angaben in dieser Tabelle wurden unterschiedlichen offiziellen nationalen Quellen entnommen. Sie sind nicht vollständig vergleichbar und sollten lediglich als Größenordnungen aufgefaßt werden.

* Die Größenklassen für dieses Land sind 0-4 ha, 4-40 ha und mehr als 40 ha.

ihrem Anteil am Volkseinkommen an der Steuerlast beteiligt werden. Dies läßt sich ohne eine ordnungsgemäß durchgesetzte Einkommen- oder Mehrwertsteuer nicht erreichen – beides Steuern, die selbst in Wirtschaften mit einem hochentwickelten industriellen Potential ungeläufig sind.

Die ländlichen Ungleichheiten sind – vor allem bedingt durch Unterschiede in der Agrarstruktur – von Land zu Land äußerst verschieden. Zwei grobe strukturelle Merkmale, die mit der Bezeichnung unimodal und bimodal belegt wurden, lassen sich unterscheiden. In den Ländern mit unimodaler Landwirtschaft ist der Boden ziemlich gleichmäßig verteilt, die überwiegende Mehrzahl der Bauern verwendet ähnliche Anbautechniken und unterscheidet sich kaum in ihren Beziehungen zu industriellen Verarbeitern und Exporteuren. Bimodale landwirtschaftliche Strukturen sind im Gegensatz dazu durch eine höchst ungleiche Bodenverteilung und einen extremen Dualismus im Hinblick auf den Zugang zu den Märkten, zur Technologie, zu Krediten und anderen Leistungen gekennzeichnet. Tabelle 47 beleuchtet die starken Unterschiede, die zwischen einzelnen Ländern beim wichtigsten Aspekt der landwirtschaftlichen Struktur – nämlich der Verteilung des Landbesitzes – bestehen.

Unimodale Strukturen sind charakteristisch für die dicht bevölkerten Länder Ostasiens insbesondere für die Republik Korea und Taiwan; andere Beispiele sind Ägypten und Malaysia. In diesen Ländern tragen Maßnahmen zur Beschleunigung des landwirtschaftlichen Wachstums nahezu mit Sicherheit auch zu einer Verringerung der Armut bei, da ihre Wirkungen verhältnismäßig breite Teile der ländlichen Wirtschaft erfassen. Dies trifft nicht notwendigerweise auf die bimodalen landwirtschaftlichen Strukturen Lateinamerikas (wie Brasilien, Kolumbien und Venezuela) und auf andere Länder wie zu Beispiel die Türkei und den Iran zu. Hier waren die Erträge des landwirtschaftlichen

Wachstums bislang ungleichmäßig verteilt, und künftige wachstumsfördernde Maßnahmen werden nur geringfügige Auswirkungen auf die Armut haben, es sei denn, sie würden unmittelbar den Kleinbauern begünstigen.

Das Kernproblem bimodaler Strukturen, nämlich die ungleiche Bodenverteilung, kann nur durch eine wirksame Bodenreform oder die Umsiedlung von Kleinbauern angegangen werden. Die politischen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Landumverteilungen sind zur Genüge bekannt, und in den vergangenen Jahrzehnten lassen sich nur sehr wenige Beispiele einer erfolgreichen Bodenreform finden. Der andere Lösungsweg, nämlich Neuanwanderungsprogramme, wurde beispielsweise in Malaysia und Brasilien beschritten. Das Hauptproblem dieser Lösung liegt in den hohen Kosten pro umgesiedelter Familie, weil es notwendig ist, Infrastruktur und technische Unterstützung bis in die Grenzgebiete auszudehnen. Außerdem müssen die Ansiedlungsprogramme dort, wo große Unterschiede zwischen der ländlichen und der städtischen Einkommenshöhe bestehen, ausreichend attraktive Verdienstmöglichkeiten eröffnen, die einem Vergleich mit den Möglichkeiten bei einer Abwanderung in die Städte standhalten.

Zumindest sollten Länder mit bimodaler Agrarstruktur versuchen, die Infrastrukturinvestitionen und die Ausgaben für institutionelle Aktivitäten auf die Bedürfnisse der Kleinbauern umzulenken. Die Kreditvergabe ist hierfür ein typischer Anwendungsfall: Die durch offizielle Institute vergebenen Agrarkredite werden subventioniert und landen fast immer bei Großbauern. Kleinbauern stoßen hingegen auf zahlreiche bürokratische Hindernisse, die sie an der Aufnahme subventionierter Kredite hindern und sie zwingen, informelle Kreditkanäle in Anspruch zu nehmen, die sehr viel teurer sind. Folglich verschlimmert häufig das Kreditsystem in

seiner gegenwärtig praktizierten Form die bestehende Ungleichheit der Einkommen in der Landwirtschaft.

Verteilung der Wachstumserträge

Die oben diskutierten Fragen der Entwicklungsstrategie haben einen entscheidenden Einfluß darauf, inwieweit die verschiedenen Teile der Gesellschaft am wirtschaftlichen Wachstum eines Landes teilhaben. Hierin und nicht so sehr in der extremen Armut liegt das Hauptproblem, dem die politisch Verantwortlichen in den Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen gegenüberstehen. Die enge Wechselwirkung zwischen Industrialisierungs-, Außenhandels- und Agrarpolitik kann zu völlig unbeabsichtigten Ungleichheiten im Wirtschaftswachstum führen, die aber groß genug sind, um die Hilfeleistungen zur Verbesserung des Wohlergehens der vergleichsweise Armen zunichte zu machen.

Ein schlagendes Beispiel für dieses Problem liefert die Wirkung einer schwergewichtig auf die Importsubstitution ausgerichteten Industriepolitik, die über eine lange Zeitspanne hinweg Investitionen in Branchen anregt, die unter Berücksichtigung der komparativen Vorteile eines Landes nicht gerechtfertigt sind. Investitionen zur Herstellung von Importsubstituten werden zunehmend kapital- und technologieintensiv statt arbeitsintensiv und halten so das Beschäftigungswachstum niedriger, als es andernfalls sein könnte. Daß die Beschäftigung mit der Zunahme des Arbeitskräftepotentials selbst dort nicht Schritt hält, wo die Produktion rasch gewachsen ist, stellt für viele Länder mit mittlerem Einkommen eines der ernstesten Probleme dar. Gleichzeitig beginnen die Arbeitskräfte, die das Glück haben, im modernen Industriesektor eine Anstellung zu finden, eine Elite zu bilden; sie organisieren sich und werden durch die Arbeitsgesetzgebung und Sozialversicherungssysteme unterstützt. Dies führt oft zu Löhnen, die mit dem herrschenden Produktivitätsniveau unvereinbar sind, und zu Widerständen gegen eine Anpassung der Wirtschaftsstruktur; beide Effekte tendieren dazu, die langfristigen Beschäftigungsaussichten zu verschlechtern.

Eine einseitige Wirtschaftspolitik zugunsten der Importsubstitution hat auch die Tendenz, die Landwirtschaft und insbesondere den Kleinbauern, der Nahrungsmittel anbaut, zu benachteiligen. Diese Verzerrungen werden durch Preiskontrollen verschärft und verursachen wachsende Ungleichheiten in der Landwirtschaft. Eine weitere Folge ist die zunehmende Abwanderung aus den ländlichen in die städtischen Gebiete. Dies führt zusammen mit dem natürlichen Wachstum der Stadtbevölkerung

zu einer sehr raschen Verstädterung.

Die schnelle Ausbreitung der Städte wirft äußerst schwierige Probleme auf. Erstens, sind städtische Bevölkerungswachstumsraten von jährlich ungefähr 5% oder mehr in Entwicklungsländern üblich; sie führen zu einem entsprechenden Anstieg des Bedarfs an Wohnraum, Kanalisation, Straßen und anderen Infrastruktureinrichtungen, wodurch die finanziellen und administrativen Kapazitäten kommunaler Behörden stark beansprucht werden. Zweitens, geht eine rasche Urbanisierung Hand in Hand mit einem zunehmenden Dualismus innerhalb der Städte, da nur ein kleiner Teil des wachsenden Arbeitskräftepotentials Beschäftigung in modernen Wirtschaftszweigen findet. Die meisten anderen verdienen magere Einkommen in Dienstleistungsberufen mit der Folge, daß die Kaufkraft insgesamt nicht so schnell zunimmt wie die Bevölkerung. Drittens, widmen die Stadtverwaltungen nur einen geringen Teil ihrer Finanzen oder ihrer administrativen Fähigkeiten der Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen, von denen die meisten in Elendsvierteln, wilden Siedlungen oder in den Randgebieten der Stadt leben. Die Verteilung öffentlicher Leistungen ist noch schiefer in Ländern mit Berufsversicherungssystemen, die die Unterkunft und Krankenhausbetreiber ausschließlich für Arbeiter im modernen Sektor und nicht auch für die anderen Beschäftigten subventionieren.

Eine unabdingbare Voraussetzung für die Verbesserung des Angebots wesentlicher öffentlicher Leistungen für die Armen in den Ländern mit mittlerem Einkommen sind entschlossene Bemühungen, zusätzliche finanzielle Mittel aufzubringen. Obgleich diese Länder besser mit Ressourcen ausgestattet sind als die mit niedrigem Einkommen, verfügen vergleichsweise wenige von ihnen über eine Finanzverwaltung, die in der Lage wäre, Gelder in angemessener Höhe und auf wirtschaftliche Weise zu mobilisieren. Zum Teil ist der Grund für diese Schwäche darin zu sehen, daß sich das Finanzsystem überwiegend auf Außenhandelssteuern stützt, die nicht angehoben werden können, ohne die Allokation privater Investitionen in der Wirtschaft zu verzerren. Ein direkter Ansatz zur Milderung der Armut müßte daher eine Reform des Finanzwesens einschließen.

Das Finanzwesen muß mit dem Ziel reformiert werden, einen viel größeren Teil der öffentlichen Ausgaben auf das Wohl der Armen zu richten. Dies gilt insbesondere für den Ausbau der Wasserversorgung und sanitärer Einrichtungen bis in die städtischen Randzonen, wo die Armen leben, und für die Errichtung von Gesundheitspflegeeinrichtungen und Wohnungen, die die Armen bezahlen können. Um diese Leistungen auszudehnen, sollten die Regierungen in den Ländern mit mittlerem

Einkommen der Erforschung und Entwicklung billigerer Alternativbauweisen und wirksamerer verwaltungstechnischer und institutioneller Einrichtungen wesentlich mehr Aufmerksamkeit und finanzielle Mittel zukommen lassen. Dies wird eine ganze Reihe von Experimenten und fortgesetzte

Auswertungen von Programmen in vielen Ländern erfordern. Es wird darüber hinaus notwendig sein, die Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten besonders bei der Suche nach Lösungen von Konstruktions- und Technologieproblemen zu verstärken.

8. Kapitel: Schlußfolgerungen

Die Entwicklungsfortschritte während der vergangenen fünfundsiebenzig Jahre haben die ursprünglichen Erwartungen in mehrfacher Hinsicht übertroffen. Dennoch leben noch immer rund 800 Millionen Menschen und damit mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Entwicklungsländer in absoluter Armut. Die internationalen Entwicklungsbemühungen müssen sich deshalb auf die Verwirklichung eines hohen Wirtschaftswachstums und auf die Verringerung der Armut konzentrieren.

Dieser Bericht hat die Maßnahmen und Aussichten für Entwicklungsfortschritte auf den folgenden wichtigen Gebieten erörtert:

- Aufrechterhaltung eines schnellen Wirtschaftswachstums;
- Veränderung der Zusammensetzung des Wirtschaftswachstums mit dem Ziel, die Produktivität und die Einkommen der Armen zu steigern;
- Verbesserung des Zugangs der Armen zu den wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen;
- Erhaltung eines für die Entwicklung günstigen internationalen Klimas durch Verbesserungen der Rahmenbedingungen des internationalen Handels, durch die Erleichterung einer zunehmenden Kreditgewährung zu Marktbedingungen, und durch die Vergrößerung des Umfangs konzessionärer Hilfe.

Ein hohes Wirtschaftswachstum ist Grundvoraussetzung einer jeden Entwicklungsstrategie. Besonders in den Ländern mit niedrigem Einkommen werden bedeutende und anhaltende Fortschritte bei der Verringerung der Armut ohne eine Beschleunigung des Wachstums unmöglich sein. Wachstum allein ist aber nicht genug. Da die Armen infolge ihres begrenzten Zugangs zu Produktivkapital, Ausbildung und Beschäftigung in der Regel am Wachstum unterproportional teilhaben, sind bewußte Eingriffe in Bereichen nötig, die die Verteilung des Einkommenswachstums beeinflussen. Dies schließt die Struktur wirtschaftlicher Anreize, die Allokation der Investitionen und die Einrichtung besonderer Institutionen und Programme zur Steigerung der Produktivität der Armen und ihrer Beschäftigungsmöglichkeiten ein.

In den Ländern mit niedrigem Einkommen muß das Schwergewicht der zu ergreifenden Maßnahmen – angesichts ihrer starken Abhängigkeit von der Landwirtschaft und ihrer großen ländlichen Armut – auf die Steigerung der Produktivität der ländlichen Wirtschaft und insbesondere der Kleinbauern gelegt werden. In Teilen Asiens, in denen ein großes Potential für eine künstliche Bewässerung zur Verfügung steht, kann die Produktion durch vermehrte Investitionen für Bewässerungsanlagen rasch gesteigert werden. Um zu gewährleisten, daß Informationen umfassend und schnell verbreitet werden und die Beratungsstellen auf die besonderen Bedürfnisse von Kleinbauern eingehen, sind Veränderungen in der Verwaltung und Organisation landwirtschaftlicher Unterstützungseinrichtungen erforderlich. Auch in den Gebieten, die auf Regenwasser angewiesen sind, besteht beim gegenwärtigen Wissensstand beträchtlicher Raum für Fortschritte. Für die von Dürre bedrohten Gebiete Afrikas südlich der Sahara sowie Asiens sind jedoch noch große technologische Probleme zu lösen, wenn ein langfristiges landwirtschaftliches Wachstum erreicht werden soll.

Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung beim Anbau landwirtschaftlicher Kulturen sollten durch Programme zugunsten der Milchwirtschaft, der Geflügelzucht und Fischerei ergänzt werden, die besonders wichtig sind für die Anhebung der Einkommen von Klein- und Kleinstbauern sowie von Bauern ohne Grundbesitz. Aber selbst unter optimistischen Annahmen über das Wachstum der Landwirtschaft wird das Problem der Unterbeschäftigung in den Ländern Asiens mit niedrigem Einkommen zunehmend an Bedeutung gewinnen und damit entschiedenere Anstrengungen bei der Schaffung nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze in ländlichen Gegenden sowie eine zielstrebige Erweiterung groß angelegter öffentlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme notwendig machen.

Der Ausbau der ländlichen und städtischen Infrastruktur zur Unterstützung dieser Entwicklungsanstrengungen wird hohe Anforderungen an die Investitionsmittel der Industrie wie auch der Landwirtschaft stellen. Kapital muß sparsamer verwendet werden, und dennoch wird es ganz wesentlich auf eine rasche Steigerung der Investitionsraten ankommen. Um das notwendige Investitionsniveau zu erreichen, bedarf es eines Anstiegs sowohl der öffentlichen als auch der privaten inländischen

Ersparnis, die durch umfangreiche Kapitalzuflüsse zur Vorzugsbedingungen ergänzt werden muß.

Die Ungewißheit über die Entwicklung des internationalen Handels und der internationalen Kapitalbewegungen in den nächsten Jahren stellt die Länder mit mittlerem Einkommen, die stärker von Veränderungen in den außenwirtschaftlichen Bedingungen abhängig sind, vor weitreichende Entscheidungen. In den meisten von ihnen sind die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Wachstums der Exporterlöse durch Maßnahmen zu ergänzen, die auf eine breitere Expansion der Inlandsnachfrage abzielen. Dies wird eine ausgewogenere Wachstumsstrategie einschließlich einer Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung erfordern. Größere Aufmerksamkeit verdienen dabei der Ausbau der Infrastruktur zur Unterstützung der Landwirtschaft, die Schaffung eines befriedigenderen Systems von Anreizen und relativen Preisen sowie wesentlich verbesserte Beratungsdienste. Zu den Maßnahmen, mit denen eine dauerhafte Zunahme der Deviseneinnahmen sichergestellt werden kann, gehören die Steigerung der Exportanreize, und des inländischen Wertschöpfungsanteils bei der Fertigwarenausfuhr sowie – insbesondere in weiter fortgeschrittenen Ländern – der Export einer breiteren Palette von Fertigprodukten. Die Förderung des Wachstums des Außenhandels zwischen Entwicklungsländern wird ebenfalls von Bedeutung sein.

Die Armen sowohl in den Ländern mit mittlerem als auch mit niedrigem Einkommen haben einen sehr unzureichenden Zugang zu öffentlichen Leistungen wie Gesundheitseinrichtungen, Trinkwasser, sanitären Anlagen und Ausbildung. Programme, die speziell darauf ausgerichtet sind, diese Leistungen den Armen zugänglich zu machen, sollten ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung sein. In nahezu allen Ländern bestünden gute Möglichkeiten, solche Leistungen innerhalb der gegebenen Budgetansätze auf ein breiteres Publikum auszudehnen, indem man erfolgreiche Versuche mit kostengünstigen Bereitstellungsverfahren übernimmt, geeignete Technologien und Konstruktionsstandards verwendet und sich stärker auf die Beteiligung und Selbsthilfe der Gemeinden verläßt, die daraus Nutzen ziehen. Trotzdem wird die Ausdehnung des Angebots öffentlicher Leistungen auf die gesamte Bevölkerung erhebliche zusätzliche Investitionen im gesamten Infrastrukturbereich und große Steigerungen der öffentlichen Ausgaben für den Betrieb und die Instandhaltung dieser Einrichtungen erfordern.

Maßnahmen zur Milderung der Armut werden auf soziale, politische und administrative Hindernisse stoßen, die nicht unterschätzt werden dürfen. Die Macht tiefsitzender Traditionen, Schwächen in

der Verwaltung und der Widerstand beeinträchtigter Gruppen können es selbst den am ernsthaftesten bemühten Regierungen ungeheuer schwer machen, die Struktur des wirtschaftlichen Wachstums oder die Verteilung der wesentlichen öffentlichen Leistungen zu ändern. Diese Probleme sind noch schwerwiegender, wenn das Wirtschaftswachstum gering ist und die für Investitionen und öffentliche Leistungen verfügbaren Mittel mehr oder minder stagnieren.

So ernst diese Hindernisse auch sein mögen, sie sind keine Rechtfertigung für Untätigkeit. Die Erfolgsaussichten sind bei weitem größer, wenn sich die Regierungen explizite Ziele für das Einkommenswachstum der ärmsten Gruppen und für die Ausdehnung der grundlegenden öffentlichen Leistungen setzen, um dann den Fortschritt regelmäßig zu überwachen. Die Knappheit an Daten über Einkommen, Ernährungsmängel und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen spiegelt das bis in die jüngste Zeit hinein fehlende politische Interesse für die Belange der Armen und für Programme gegen die Armut mit spezifischen Zielsetzungen wider. Das Sammeln von Angaben über die Lebensbedingungen der Armen liegt für die meisten Länder im Rahmen des Möglichen und ist für sie zugleich außerordentlich wichtig für die Beurteilung ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen, ihrer Programme und Investitionen.

Allerdings hängt der Fortschritt in den Entwicklungsländern nicht allein von den inländischen Bemühungen ab. Letztere müssen in einer Reihe von Bereichen durch internationale Schritte verstärkt werden.

Der wichtigste dieser Bereiche ist der Welthandel. Der Spielraum für das Wachstum der Exporte von Entwicklungsländern in Industriestaaten dürfte im kommenden Jahrzehnt wahrscheinlich sehr viel begrenzter sein als in den vergangenen zwanzig Jahren. Die Hauptgründe dafür liegen in der stokkenden wirtschaftlichen Erholung in den Industriestaaten und der Zunahme protektionistischer Strömungen. Bei den Problemen der Nachfragesteuerung der Industrieländer ist ein koordiniertes Vorgehen wesentlich, wenn sie ein anhaltend niedriges Wirtschaftswachstum mit seinen extrem widrigen Folgen für eine Zunahme des Handels sowie eine Erhöhung der Importbarrieren verhindern wollen. Die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens ist in mehreren Gremien diskutiert worden, so auch in der OECD und im Interimsausschuß des Internationalen Währungsfonds; die bisherigen Fortschritte sind jedoch bescheiden.

Bei den Überlegungen, wie das Wachstum in den Industrieländern beschleunigt werden kann, sollte die Wichtigkeit ihrer Verbindungen mit den Entwicklungsländern gesehen werden. Noch vor

fünfundzwanzig Jahren waren diese Verbindungen kaum erkennbar; heute sind die jedoch bedeutend. Die Importnachfrage der Entwicklungsländer blieb in den vergangenen Jahren lebhaft genug, um das Produktions- und Beschäftigungsniveau in wichtigen exportorientierten Wirtschaftszweigen der OECD-Länder stützen zu helfen. Mit einer höheren Kaufkraft könnten die Entwicklungsländer zu einer weiteren Anregung dieser Nachfrage beitragen.

Die internationale Gemeinschaft steht vor einer langen Zeitspanne in deren Verlauf sich die komparativen Vorteile verschieben werden. Die Bereitschaft der Länder, die daraus entstehenden Veränderungen in den Wirtschaftsstrukturen zu akzeptieren und zu erleichtern, wird von entscheidender Bedeutung sein. Einige wenige Länder haben Untersuchungen über die vermutliche Richtung angestellt, die diese Veränderungen über eine längere Frist hinweg nehmen werden. Andere sollten dasselbe tun, da derartige Informationen notwendig sind, um geeignete Anpassungsmaßnahmen abzugrenzen und durchzuführen. Es würde von einem wünschenswerten Sinn für die Dringlichkeit zeugen, wenn sich die Regierungen verpflichten würden, solche Maßnahmen zu formulieren, und wenn sie einwilligten, in einem internationalen Gremium wie der OECD über deren Durchführung zu beraten.

Auch die Entwicklungsländer stehen vor Problemen der Anpassung an die sich ändernden Strukturen des Welthandels. Die weiter fortgeschrittenen unter ihnen müssen ihre Programme zur Diversifizierung der Produktzusammensetzung und der Märkte ihrer Fertigwarenausfuhr ausbauen. Die Förderung des Handels zwischen den Entwicklungsländern erfordert Änderungen in der industriellen Anreizstruktur, einen Abbau der Handelschranken und eine Stärkung der institutionellen Infrastruktur im Transport- und Nachrichtenwesen sowie im Kreditbereich.

Zusätzlich müssen die Länder gemeinsame Anstrengungen unternehmen, die Rahmenbedingungen der Welthandelsbeziehungen mit dem nachhaltigen Ziel zu stärken, die Handelshemmnisse, die sowohl in Industriestaaten als auch in Entwicklungsländern bestehen, nach und nach abzubauen und eindeutige Kriterien für die Errichtung solcher Hindernisse zu vereinbaren, die zur Bewältigung vorübergehender Schwierigkeiten erforderlich sind. In dem Maße, wie die internationale Spezialisierung zunimmt, kommt der aktiven Teilnahme der Entwicklungsländer an internationalen Handelsgesprächen mehr und mehr Bedeutung zu, um den protektionistischen Druck aufzufangen und stufenweise die Hindernisse für das Wachstum des Außenhandels abzubauen. Für Länder, die noch immer stark vom Export einiger weniger Rohstoffe

abhängen, haben Maßnahmen zur Verringerung von Preisschwankungen und zur Verbesserung der Einrichtungen, die einen zeitweiligen Rückgang der Exporterlöse kompensieren, eine große Bedeutung.

Selbst bei einer stetigen Expansion der Außenhandelseinnahmen müssen die den Entwicklungsländern zur Verfügung stehenden Mittel durch angemessene Kapitalzuflüsse von außen ergänzt werden. Auch in diesem Bereich bestehen Ungewissheiten. Sie betreffen das Wachstum der privaten Kreditvergabe, die Aufstockung der Kreditkapazitäten multilateraler Finanzinstitutionen und den Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Die Nettoauszahlungen an öffentlicher Entwicklungshilfe werden schätzungsweise von 19 Mrd US-Dollar im Jahre 1975 auf 57 Mrd US-Dollar im Jahre 1985 (in jeweiligen Preisen) steigen, wobei ein nach und nach größerer Anteil am Gesamtbetrag an die Länder mit niedrigem Einkommen gehen wird. Die öffentliche Entwicklungshilfe seitens der DAC-Mitgliedsländer (Ausschuß für Entwicklungshilfe der OECD) wird im selben Zeitraum voraussichtlich von 14 Mrd US-Dollar auf 44 Mrd US-Dollar zunehmen. Trotz dieses Anstiegs würde die öffentliche Entwicklungshilfe dieser Länder als Prozentsatz ihres Bruttosozialprodukts nur gerinfügig von 0,36% im Jahre 1975 auf 0,39% im Jahre 1985 anwachsen. Dies bleibt noch immer weit zurück hinter international erklärten Zielen. Dabei ist es noch nicht einmal wahrscheinlich, daß die projektierte Bereitstellung öffentlicher Entwicklungshilfe tatsächlich auch erreicht wird, es sei denn, drei große Geberländer – die Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan – würden ihre Verpflichtungen wesentlich erhöhen. Erklärungen zugunsten zusätzlicher Entwicklungshilfeanstrengungen sind in allen drei Ländern abgegeben worden, sie müssen jedoch erst noch in Taten umgesetzt werden.

Zusätzliche Mittel zu Vorzugsbedingungen würden sowohl ein höheres Wachstum als auch größere Fortschritte bei der Bekämpfung der Armut erlauben. Die großen Investitionen, die erforderlich sind, um das Wachstum in der Landwirtschaft zu beschleunigen und die öffentlichen Dienstleistungen auszudehnen, erfordern verstärkte konzessionäre Kapitalzuflüsse in die Länder mit niedrigem Einkommen und die ärmeren Länder der mittleren Einkommensgruppe. Obwohl zu bestimmten Zeiten in einzelnen Ländern vorübergehende Probleme der Verwendbarkeit zusätzlicher Mittel auftreten mögen, besteht kein Zweifel daran, daß sie wirksam genutzt werden könnten. Zusätzliche Mittel von außen können weder ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum noch Erfolge bei der Bekämpfung der Armut garantieren; das Fehlen ausreichender Ressourcen erhöht jedoch in sehr

starkem Maße die Wahrscheinlichkeit eines Mißerfolges.

Der Nettozufluß von Kapital zu Marktbedingungen ist für die Länder mit mittlerem Einkommen von außerordentlicher Bedeutung. Die projektierte Zunahme von 25 Mrd US-Dollar im Jahre 1975 auf 78 Mrd US-Dollar im Jahre 1985 (in jeweiligen Preisen) setzt voraus, daß die Ausleihungen des privaten Sektor und multilateraler Institutionen jährlich um 12 % wachsen werden. Dies wirft eine Reihe von Fragen auf.

Ein großer Teil der Zunahme der privaten Kreditvergabe an die Entwicklungsländer konzentrierte sich in der jüngeren Vergangenheit auf eine vergleichsweise kleine Zahl großer Banken vor allem in den Vereinigten Staaten. Die zukünftigen Ausleihungen dieser Banken an die Entwicklungsländer könnten durch die Entwicklung ihrer Eigenkapitalausstattung sowie durch interne Überlegungen hinsichtlich einer angemessenen Ausgewogenheit ihrer Portefeuilles begrenzt werden. Andere Banken, unter anderem in Europa und Japan, sowie private Investoren aus dem Nichtbankenbereich steigern gegenwärtig ihren Anteil an der Entwicklungsländerfinanzierung. Wenn der projektierte Anstieg der privaten Kreditgewährung verwirklicht werden soll, so ist es wichtig, daß dieser Trend anhält.

Die erwartete Zunahme der Nettokreditvergabe privater Banken an Entwicklungsländer impliziert – infolge der recht kurzen Durchschnittslaufzeit der privaten Finanzierung während der vergangenen Jahre – eine noch stärkere Expansion der Bruttoausleihungen. Das hohe Verhältnis von Brutto- zu Nettoausleihungen birgt jedoch das Potential einer ernsthaften Instabilität in sich. Um die damit verbundene Gefahr zu verringern, sind Maßnahmen erforderlich, die die durchschnittliche Laufzeit der privaten Kreditgewährung an Entwicklungsländer verlängern, einschließlich des verbesserten Zugangs zu den langfristigen Anleihemärkten.

Ob der projektierte Nettozufluß privater Kredite an die Entwicklungsländer erreicht wird, hängt von einer zerbrechlichen Mischung aus Tatsachen und psychologischen Faktoren ab. Die Konzentration der bisherigen Kreditvergabe auf vergleichsweise wenige große Schuldnerländer hat die Gläubiger gegenüber den Entwicklungen in diesen Ländern empfindlich gemacht. Ein Schuldenverwaltungsproblem bei irgendeinem größeren Schuldner könnte leicht die Bereitschaft privater Gläubiger beeinträchtigen, an andere Entwicklungsländer zu leihen. Gegenwärtig deutet nichts auf ein allgemeines Schuldendienstproblem, einzelne Länder könnten jedoch in kurzfristige Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Eine Aufstockung der Mittel des Internationalen Währungsfonds würde die Fähig-

keit erhöhen, solchen Problemen zu begegnen.

Weiterreichende Schwierigkeiten könnten jedoch entstehen, wenn sich die internationalen Handelsbeziehungen weiter verschlechterten, da hierdurch die Möglichkeiten der Länder, Exporterlöse zu erwirtschaften und damit ihre Schuldendienstfähigkeiten beeinträchtigt würden. Die Bereitschaft privater Institutionen zur Kreditgewährung könnte auch durch geltende Bestimmungen in den Kapital-exportländern und die Einstellung ihrer Regierungen zur Kreditgewährung an Entwicklungsländer berührt werden. Maßnahmen, die darauf abzielen, die Stabilität des Bankensystems in den kapitalexportierenden Ländern sicherzustellen, könnten in den Entwicklungsländern die Verfügbarkeit finanzieller Mittel abrupt verändern und damit gerade die Art von Schuldenkrise auslösen, die sie verhindern sollten.

Internationale Kreditinstitutionen sind für die Entwicklungsländer die wichtigste Quelle langfristigen Kapitals. Der sinkende Anteil dieser Institutionen am gesamten Kapitalangebot findet seinen Niederschlag in der sich verschlechternden Fälligkeitsstruktur der Schulden der Länder mit mittlerem Einkommen. Ein besseres Gleichgewicht zwischen mittelfristigen Krediten aus privaten Quellen und langfristigen Ausleihungen seitens internationaler Institutionen kann nur erreicht werden, wenn letztere in der Lage sind, ihre Kreditgewährung auszuweiten. Dies erfordert eine baldige Einigung über die Aufstockung des Kapitals dieser Institutionen. Entsprechende Maßnahmen werden gegenwärtig erörtert. Eine höhere Kreditvergabe der internationalen Finanzinstitutionen trägt nicht nur zu einer Verbesserung der Fristenstruktur der Schulden bei; sie verschafft auch privaten Kreditgebern – entweder im Rahmen einer koordinierten Finanzierung oder auf indirekte Weise – Gewißheit über die Qualität der Investitionsprogramme und der Schuldenverwaltung in den Entwicklungsländern.

Ein besonderer Aspekt der Verfügbarkeit von Kapital ist die Finanzierung der Erschließung von Energiequellen und insbesondere von Rohöl- und Erdgasvorkommen. Mitunter sind die bekannten oder vermuteten Lagerstätten von Erdöl und Gas in den Entwicklungsländern zu klein, um die großen internationalen Firmen anzuziehen, obgleich ihr Abbau für die Länder selbst von Bedeutung wäre; in anderen Fällen mag ausschlaggebend sein, daß das Risiko der Exploration innerhalb des begrenzten Territoriums kleiner Länder nicht durch eine Erschließung angrenzender Lagerstätten in benachbarten Ländern aufgefangen werden kann oder daß das Investitionsklima zu riskant ist. Die Finanzierung der Entwicklung von Energiequellen in den Entwicklungsländern setzt voraus, daß das Ausland

in bedeutendem Umfang finanzielle Mittel und Sachverstand bereitstellt. Privates Risikokapital, das in der Vergangenheit eine bedeutende Finanzierungsquelle war, ist heute weniger leicht verfügbar. Die Weltbank hat damit begonnen, Kapital für solche Vorhaben zur Verfügung zu stellen, und sie beabsichtigt, diese Art der Kreditgewährung in Verbindung mit der privaten Finanzierung auszuweiten. Andere internationale Institutionen verfolgen gegenwärtig ähnliche Pläne. Diese Finanzierungsvorhaben sollten rasch ausgebaut werden, und die Regierungen sollten prüfen, ob der Zufluß privaten Kapitals nicht durch zusätzliche Versicherungs- und Garantiebestimmungen gesteigert werden kann.

Die vorangegangenen Ausführungen über die Bereiche, in denen ein internationales Vorgehen erforderlich ist, haben deren Bedeutung für die Zukunftsaussichten der Entwicklungsländer unterstrichen. Es sollte jedoch nicht verkannt werden, daß ein starkes Wachstum des Außenhandelsvolumens – in einem freizügigen und auf Gleichbehandlung beruhenden Handelsklima – sowie stabilere Güterpreise auch für die Industrieländer von großem Interesse sind. Ihr Wirtschaftswachstum reagiert zwar weniger empfindlich auf kurzfristige Veränderungen des Welthandels; die Ausfuhr spielt aber in ihren Wirtschaften eine bedeutende Rolle, wobei sich die Entwicklungsländer zunehmend zu wichtigen Märkten für ihre Exportindustrien entwickeln. Die Aufrechterhaltung freizügiger und den Grundsatz der Gleichbehandlung respektierender Handelsbeziehungen erleichtert eine dauerhafte Verbesserung der Arbeitsproduktivität und trägt auch dazu bei, den Preisauftrieb zu dämpfen. Von entscheidender Bedeutung sowohl für die Industrie- als auch die Entwicklungsländer ist die Steigerung des Angebots von Energie und Nahrungsmitteln, um ihre wachsende Nachfrage zu

decken. Die Entwicklungsländer sind nicht nur wichtige Kunden für die Ausfuhr der Industrieländer; sie sind auch ein bedeutender Faktor auf den Weltkapitalmärkten und haben zu einer produktiven Verwendung des gewaltig gestiegenen Angebots an Ersparnissen beigetragen.

Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Entwicklungs- und den Industrieländern ist kein neues Phänomen – ihre Bedeutung hat über Jahrzehnte hinweg zugenommen. Vielleicht wurde jedoch bislang noch nicht ganz begriffen, wie weit dieser Prozeß inzwischen vorangekommen ist, noch um wieviel weiter er in den kommenden Jahrzehnten fortschreiten wird. Gegenwärtig macht man sich Sorgen um die kurzfristigen Störungen, die durch Verschiebungen in den Handelsstrukturen verursacht werden, statt den lebenswichtigen Beitrag des Außenhandels zum langfristigen Wachstum der Produktivität zu sehen; man sorgt sich um die zunehmende Verschuldung einiger Entwicklungsländer, statt vorrangig die institutionellen Kapazitäten der Kreditvermittlung an den weltweiten Bedarf anzupassen; oder man fürchtet die Weiterungen sich verschiebender wirtschaftlicher Machtpositionen, statt die Vorteile eines beschleunigten Fortschritts in den Entwicklungsländern zu erkennen. Dabei stellt der gegenwärtig bestehende Anpassungsbedarf keineswegs nur ein vorübergehendes Problem dar: er ist vielmehr Bestandteil eines fortwährenden, langfristigen Prozesses struktureller Verschiebungen. Es ist deshalb wichtig, daß die Folgen und der Nutzen der weltweiten gegenseitigen Abhängigkeit vollständig erkannt werden. Die Aufrechterhaltung eines internationalen Klimas, das die Bemühungen der Entwicklungsländer um ein anhaltend starkes Wachstum und die schnellst mögliche Verringerung der Armut unterstützt, wird letztlich allen Ländern zugute kommen.

Anhang

Kennzahlen der weltwirtschaftlichen Entwicklung

Länderindex

	Bezugs- nummer*		Bezugs- nummer*		Bezugs- nummer*
Ägypten, Arabische Republik	36	Irland	94	Pakistan	24
Afghanistan	20	Israel	92	Panama	78
Albanien	117	Italien	95	Papua-Neuguinea	51
Algerien	69	Jamaika	74	Paraguay	61
Angola	40	Japan	98	Peru	66
Argentinien	82	Jemen, Arabische Republik	34	Philippinen	47
Äthiopien	4	Jemen, Demokr. Volksrepublik	37	Polen	123
Australien	101	Jordanien	57	Portugal	84
Bangladesch	6	Jugoslawien	83	Rhodesien	54
Belgien	104	Kambodscha	2	Ruanda	7
Benin, Volksrepublik	14	Kamerun	38	Rumänien	81
Bhutan	1	Kanada	108	Sambia	48
Birma	10	Kenia	32	Saudi-Arabien	112
Bolivien	44	Kolumbien	58	Schweden	110
Brasilien	77	Kongo, Volksrepublik	52	Schweiz	111
Bulgarien	121	Korea, Republik	62	Senegal	46
Burundi	11	Korea, Demokr. Republik	116	Sierra Leone	28
Chile	72	Kuba	118	Singapur	90
China, Republik	73	Kuwait	114	Somalia	8
China, Volksrepublik	115	Laotische Demokr. Volksrepublik	3	Sowjetunion	122
Costa Rica	71	Lesotho	22	Spanien	91
Dänemark	107	Libanon	75	Sri Lanka	29
Dominikanische Republik	64	Liberia	49	Sudan	39
Ecuador	60	Libyen, Arabische Republik	113	Südafrika	93
Elfenbeinküste	56	Madagaskar, Republik	27	Syrien, Arabische Republik	65
El Salvador	50	Malawi	15	Tansania	25
Finnland	100	Malaysia	68	Thailand	43
Frankreich	103	Mali	5	Togo	35
Deutschland, Bundesrepublik	105	Marokko	53	Trinidad und Tobago	87
Deutschland, Demokr. Republik	125	Mauretanien	41	Tschad	12
Ghana	55	Mexiko	76	Tschechoslowakei	124
Griechenland	89	Mongolische Volksrepublik	119	Türkei	70
Großbritannien	96	Mosambik	23	Tunesien	67
Guatemala	59	Nepal	13	Uganda	33
Guinea	17	Neuseeland	97	Ungarn	120
Haiti	26	Nicaragua	63	Uruguay	80
Honduras	45	Niederlande	102	Venezuela	88
Hongkong	86	Niger	21	Vereinigte Staaten	109
Indien	18	Nigeria	42	Vietnam, Sozialistische Republik	19
Indonesien	31	Norwegen	106	Zaire	16
Irak	79	Obervolta	9	Zentralafrikanisches Kaiserreich	30
Iran	85	Österreich	99		

*In den Tabellen sind die Länder innerhalb der Gruppen, denen sie angehören, in aufsteigender Reihenfolge nach dem Pro-Kopf-Einkommen aufgeführt. Die Bezugsnummern zeigen diese Rangfolge an.

Kennzahlen der weltwirtschaftlichen Entwicklung

Anhang zum Weltentwicklungsbericht

Inhalt

	Seite
Einführung	86
Tabellenschlüssel	87
Tabelle 1: Basiskennzahlen	88
Bevölkerung, Mitte 1976	
Fläche	
Bruttosozialprodukt pro Kopf, 1976	
Wachstum des Bruttosozialprodukts pro Kopf, 1960–1976	
Index der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf, Durchschnitt 1974–1976	
Zunahme der Energieerzeugung, 1960–1975	
Energieverbrauch pro Kopf, 1975	
Durchschnittliche jährliche Inflationsrate, 1960–1970 und 1970–1976	
Tabelle 2: Wachstum der Produktion	90
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, 1960–1970 und 1970–1976	
Wachstum in der Landwirtschaft, 1960–1970 und 1970–1976	
Wachstum in der Industrie, 1960–1970 und 1970–1976	
Wachstum im Dienstleistungssektor, 1960–1970 und 1970–1976	83
Tabelle 3: Produktionsstruktur	92
Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt in %, 1960 und 1976	
Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt in %, 1960 und 1976	
Anteil der Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt in %, 1960 und 1976	
Tabelle 4: Wachstum ausgewählter Komponenten der Nachfrage	94
Wachstum des öffentlichen Verbrauchs, 1960–1970 und 1970–1976	
Wachstum des privaten Verbrauchs, 1960–1970 und 1970–1976	
Wachstum der inländischen Bruttoinvestition, 1960–1970 und 1970–1976	
Tabelle 5: Struktur der Nachfrage	96
Anteil des öffentlichen Verbrauchs am Bruttoinlandsprodukt in %, 1960 und 1976	
Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttoinlandsprodukt in %, 1960 und 1976	
Anteil der inländischen Bruttoinvestition am Bruttoinlandsprodukt in %, 1960 und 1976	
Anteil der inländischen Bruttoersparnis am Bruttoinlandsprodukt in %, 1960 und 1976	
Anteil des Außenbeitrags am Bruttoinlandsprodukt in %, 1960 und 1976	
Tabelle 6: Wachstum des Warenhandels	98
Exportwerte, 1976	
Importwerte, 1976	
Exportwachstum, 1960–1970 und 1970–1976	
Importwachstum, 1960–1970 und 1970–1976	
Terms of Trade, 1960 und 1976	

Tabelle 7: Struktur des Warenhandels **100**

Anteil der Rohstoffexporte an den Warenexporten in %, 1960 und 1975
Anteil der Fertigwarenexporte an den Warenexporten in %, 1960 und 1975
Anteil der Nahrungsmittelimporte an den Warenimporten in %, 1960 und 1975
Anteil der Brennstoffimporte an den Warenimporten in %, 1960 und 1975

Tabelle 8: Warenexporte nach Bestimmungsland **102**

Anteil der Exporte in entwickelte Länder in %, 1960 und 1976
Anteil der Exporte in Entwicklungsländer in %, 1960 und 1976
Anteil der Exporte in Staatshandelsländer in %, 1960 und 1976

Tabelle 9: Zahlungsbilanzen und Schuldendienstrelationen **104**

Leistungsbilanzsaldo vor Zinszahlungen auf die öffentliche Auslandsverschuldung, 1970 und 1976
Zinszahlungen auf die öffentliche Auslandsverschuldung, 1970 und 1976
Anteil des Schuldendienstes am Bruttosozialprodukt in %, 1970 und 1976
Anteil des Schuldendienstes an den Exporten von Waren und Dienstleistungen in %, 1970 und 1976

84

Tabelle 10: Externe Kapitalströme **106**

Bruttozufluß öffentlicher mittel- und langfristiger Kredite, 1970 und 1976
Tilgung öffentlicher Auslandsschulden, 1970 und 1976
Nettozufluß öffentlicher mittel- und langfristiger Kredite, 1970 und 1976
Nettozufluß privater Direktinvestitionen, 1970 und 1976

Tabelle 11: Öffentliche Auslandsverschuldung und Währungsreserven **108**

Ausgezahlte und ausstehende öffentliche Auslandsschulden, 1970 und 1976
Anteil der ausgezahlten und ausstehenden öffentlichen Auslandsschulden am Bruttosozialprodukt in %, 1970 und 1976
Bruttowährungsreserven, 1970 und 1976
Bruttowährungsreserven in Äquivalenten von Monatsimporten, 1976

Tabelle 12: Öffentliche Entwicklungshilfe der OECD-Mitgliedsländer **110**

Wert der öffentlichen Entwicklungshilfe, 1960–1976 und 1977–1980 (geschätzt)
Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt der Geberländer in %, 1960–1976 und 1977–1980 (geschätzt)

Tabelle 13: Bevölkerung und Zunahme der Erwerbspersonen **112**

Bevölkerungswachstum, 1960–1970 und 1970–1975
Zunahme der Stadtbevölkerung, 1960–1970 und 1970–1975
Zunahme der Erwerbspersonen, 1960–1970 und 1970–1975

Tabelle 14: Bevölkerungsstruktur **114**

Anteil der Bevölkerung in städtischen Gebieten in %, 1960 und 1975
Anteil der Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren in %, 1960 und 1975
Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung in %, 1960 und 1975
Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft in %, 1960 und 1970

Tabelle 15: Demographische Indikatoren **116**

Unbereinigte Geburtenziffer, 1960 und 1975
Unbereinigte Sterbeziffer, 1960 und 1975
Änderung der unbereinigten Geburtenziffer in %, 1960 bis 1975
Änderung der unbereinigten Sterbeziffer in %, 1960 bis 1975
Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer 1975

Tabelle 16: Bevölkerungsprojektionen, 1976–2000, und hypothetische stationäre Bevölkerung **118**

Bevölkerung, Mitte 1976
Voraussichtliche Bevölkerung im Jahre 2000
Hypothetische Größe der stationären Bevölkerung

Tabelle 17: Gesundheitsbezogene Indikatoren **120**

Lebenserwartung bei der Geburt, 1960 und 1975
Säuglingssterblichkeitsziffer, 1960 und 1975
Kindersterblichkeitsziffer, 1960 und 1975
Einwohner je Arzt, 1960 und 1974
Einwohner je Beschäftigten in der Krankenpflege, 1960 und 1974
Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu unbedenklichem Wasser in %, 1975

Tabelle 18: Ausbildung **122**

Zahl der Grundschüler in % ihrer Altersgruppe (insgesamt und weiblich), 1960 und 1975
Zahl der Besucher weiterführender Schulen in % ihrer Altersgruppe, 1960 und 1975
Zahl der Besucher höherer Schulen in % der Bevölkerung im Alter von 20-24 Jahren, 1960 und 1975
Anteil der Erwachsenen mit Lese- und Schreibkenntnissen an der Bevölkerung, 1960 und 1974

Technische Erläuterungen **125**

Bibliographie der Datenquellen **134**

Dieser statistische Anhang wurde in Verbindung mit dem *Weltentwicklungsbericht* erstellt, um in knapper Form Informationen von allgemeiner Relevanz über die wichtigsten Grundzüge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu liefern. Bei der Auswahl der Daten wurde darauf geachtet, daß sie für eine große Anzahl von Ländern verfügbar sind und daß historische Zeitreihen vorliegen, mit denen Wachstumsraten und Veränderungen gemessen werden können; darüber hinaus war die Relevanz der Daten im Hinblick auf die wichtigsten Vorgänge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Bedeutung. Veränderungsraten und Verhältniszahlen werden zur Illustration von Trends verwendet; absolute Werte kommen nur in wenigen Fällen zur Anwendung. Um Vergleiche zu erleichtern, wird für jede Ländergruppe der Median der Kennzahlen ausgewiesen. Es wurden jeweils die aktuellsten Daten verwendet. Die Informationen entstammen den Datenbanken und Veröffentlichungen verschiedener internationaler Stellen einschließlich der Datensammlungen der Weltbank, die im Verlauf der Besuche ihrer Stabsangehörigen in den Mitgliedsländern systematisch erstellt wurden.

Obwohl die dargestellten Statistiken auf Quellen beruhen, die allgemein als sehr kompetent und zuverlässig gelten, ist nicht auszuschließen, daß einige, insbesondere soweit sie soziale Gegebenheiten beschreiben, beträchtliche Fehlermargen aufweisen. Der Leser sollte deshalb den Daten keinen allzu hohen Genauigkeitsgrad beimessen; die Statistiken sind dennoch nützlich, um Größenordnungen anzugeben, Trends aufzuzeigen und gewisse bedeutendere Unterschiede zwischen den Ländern zu charakterisieren.

Die Tabellen geben verschiedene Arten von Informationen wieder: Die Länderprofile in Tabelle 1 vermitteln einen Überblick über Bevölkerung, Höhe und Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens, Veränderungen der Nahrungsmittel- und Energieproduktion, Energieverbrauch pro Kopf und Inflationsraten. Die Tabellen 2–5 über Zuwachs und Struktur von Produktion und Nachfrage enthalten historische Daten für die Zeiträume 1960–1970 und 1970–1976. Die Tabellen 6–12 über die außenwirtschaftlichen Beziehungen vermitteln Details über Wachstum, Zusammensetzung und Richtung des Handels, über Zahlungsbilanzen, Kapitalströme, Verschuldung und Entwicklungshilfe. Die Tabellen

13–16 über Bevölkerungswachstum, -struktur und -veränderung zeigen die Komponenten der Wachstumsrate der Bevölkerung, die Bewegungen in der Bevölkerungsstruktur und Entwicklung des Arbeitskräftepotentials. Die sozialen Indikatoren in den Tabellen 17 und 18 vermitteln einen Eindruck über gesundheitliche Bedingungen und über die Verfügbarkeit gesundheits- und ausbildungsbezogener Leistungen. In diesen Bereichen liegen nur spärliche Daten vor; in den meisten Ländern fehlen sogar Informationen über so grundlegende Dinge wie die Versorgung mit Wohnungen oder über so fundamentale Voraussetzungen wie etwa eine adäquate Ernährung. Die Erfassung solcher Daten, die einen Eindruck darüber vermitteln, inwieweit die Grundbedürfnisse der Bevölkerung gedeckt sind, ist eine dringende Aufgabe.

In den Tabellen wird zwischen den folgenden Ländergruppen unterschieden: Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen, deren Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1976 250 US-Dollar oder weniger betrug; Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen, deren Pro-Kopf-Einkommen über dieser Einkommensgrenze lag; Industrieländer; größere ölexportierende Länder mit einem Überschuß in der Kapitalbilanz und Staatshandelsländer. Innerhalb jeder Gruppe werden die Länder, beginnend mit dem ärmsten Land, nach der Höhe ihres Pro-Kopf-Einkommens im Jahre 1976 aufgeführt. Der alphabetische Index, der auf der Seite vor der Inhaltsübersicht abgedruckt ist, weist jedem Land eine Bezugsnummer zu, die in allen Tabellen verwendet wird.

Der Leser sollte auf jeden Fall die technischen Erläuterungen am Ende dieses Anhangs beachten, die die angewandten Definitionen und Methoden beschreiben. Die Bibliographie vermittelt Einzelheiten über die Datenquellen.

Wenngleich dieser Anhang nicht als erschöpfendes statistisches Kompendium angelegt ist, so besteht doch die Hoffnung, daß die für die wirtschaftliche Entwicklung Zuständigen hierin eine nützliche und leicht zugängliche Informationsquelle sehen werden. Es ist beabsichtigt, diesen Anhang jährlich zu aktualisieren. Kommentare und Vorschläge zur Verbesserung der Nützlichkeit dieses Anhangs sind nicht nur willkommen, sie sind zugleich unerläßlich, um den Anforderungen jener, die ihn verwenden, besser Rechnung zu tragen.

Tabellenschlüssel

Zahlen in den blau markierten Zeilen sind Medianwerte der Indikatoren für die jeweiligen Ländergruppen.

.. Nicht verfügbar

(.) Weniger als die Hälfte der dargestellten Einheit

Alle Zuwachsraten beziehen sich auf reale Größen

Kursiv geschriebene Zahlen beziehen sich nicht auf das Jahr 1976, sondern auf 1975.

Tabelle 1: Basiskennzahlen

	Bevölkerung (in Mio) Mitte 1976	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometern)	BSP pro Kopf		Index der Nahrungs- mittelpro- duktion pro Kopf, 1965-67 = 100 Ø 1974-76	Energie		Durchschnittl. jährliche Inflationsrate	
			Durch- schnittl. jähr- liches Wachs- tum (in %)	durschn. jährliche Zunahme der Erzeugung (in %)		Energie- verbrauch pro Kopf (in Äquivalen- ten von kg Kohle)	(in %)		
							1976	1960-76	1960-75
Länder mit niedrigem Einkommen			150	0,9	96	9,4	52	3,1	9,8
1 Bhutan	1,2	47	70	-0,3
2 Kambodscha	8,1	181	53	..	16	3,8	98,6
3 Laotische Demokr. Rep.	3,3	237	90	1,8	103	..	63	5,6	22,3
4 Äthiopien	28,7	1 222	100	1,9	83	12,5	29	2,1	2,3
5 Mali	5,8	1 240	100	0,9	71	15,8	25	5,0	7,1
6 Bangladesch	80,4	144	110	-0,4	95	..	28	3,1	20,7
7 Ruanda	4,2	26	110	0,8	114	21,4	14	13,1	10,6
8 Somalia	3,3	638	110	-0,3	91	..	36	4,5	8,9
9 Obervolta	6,2	274	110	0,8	84	..	20	1,3	6,3
10 Birma	30,8	677	120	0,7	98	4,5	51	2,7	16,1
11 Burundi	3,8	28	120	2,3	101	..	13	2,8	8,7
12 Tschad	4,1	1 284	120	-1,1	76	..	39	4,6	6,6
13 Nepal	12,9	141	120	0,2	98	20,1	10	8,5	8,4
14 Benin, Volksrepublik	3,2	113	130	0,1	83	..	52	1,9	8,3
15 Malawi	5,2	119	140	4,1	107	28,2	56	2,3	9,8
16 Zaire	25,4	2 345	140	1,4	93	2,8	78	29,9	15,7
17 Guinea	5,7	246	150	0,4	94	10,4	92	1,7	7,2
18 Indien	620,4	3 288	150	1,3	107	4,1	221	6,9	9,2
19 Vietnam, Sozial. Rep.	47,6	333	0,5
20 Afghanistan	14,0	648	160	0,0	94	34,1	52	11,6	3,1
21 Niger	4,7	1 267	160	-1,1	67	..	35	2,3	1,7
22 Lesotho	1,2	30	170	4,6	102	2,5	8,8
23 Mozambik	9,5	783	170	1,4	95	3,3	186	2,8	6,9
24 Pakistan	71,3	804	170	3,1	114	8,9	183	3,3	15,2
25 Tansania	15,1	945	180	2,6	113	9,0	70	1,8	11,7
26 Haiti	4,7	28	200	0,1	103	..	30	3,8	13,5
27 Madagaskar	9,1	587	200	-0,1	90	5,5	71	3,2	10,2
28 Sierra Leone	3,1	72	200	1,1	97	..	116	2,9	10,2
29 Sri Lanka	13,8	66	200	2,0	110	9,8	127	1,8	11,5
30 Zentralafrik. Kaiserreich	1,8	623	230	0,3	103	13,3	34	4,2	8,3
31 Indonesien	135,2	1 904	240	3,4	117	8,5	178	180,0	22,7
32 Kenia	13,8	583	240	2,6	88	9,9	174	1,4	11,1
33 Uganda	11,9	236	240	1,0	89	5,1	55	3,0	17,1
34 Jemen, Arabische Rep.	6,0	195	250	..	101	..	49
Länder mit mittlerem Einkommen			750	2,8	104	8,5	524	3,2	12,5
35 Togo	2,3	56	260	4,1	59	..	65	1,7	8,6
36 Ägypten	38,1	1 001	280	1,9	104	7,4	405	3,5	5,2
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	1,7	333	280	-6,3	97	..	328
38 Kamerun	7,6	475	290	2,8	108	1,1	104	3,7	9,7
39 Sudan	15,9	2 506	290	0,4	117	11,7	140	3,7	3,5
40 Angola	5,5	1 247	330	3,0	92	30,0	174	3,3	13,5
41 Mauretanien	1,4	1 031	340	3,7	68	..	108	1,6	10,3
42 Nigeria	77,1	924	380	3,5	89	29,5	90	2,6	16,1
43 Thailand	43,0	514	380	4,5	106	17,2	284	1,9	10,3
44 Bolivien	5,8	1 099	390	2,3	119	16,1	303	3,8	25,9
45 Honduras	3,0	112	390	1,5	102	23,9	232	3,0	5,5
46 Senegal	5,1	196	390	-0,7	96	..	195	1,6	12,1
47 Philippinen	43,3	300	410	2,4	108	3,3	326	5,8	15,1
48 Sambia	5,1	753	440	1,7	104	34,1	504	7,6	3,8
49 Liberia	1,6	111	450	2,0	108	26,3	404	1,9	10,3
50 El Salvador	4,1	21	490	1,8	108	5,0	248	0,3	7,1
51 Papua-Neuguinea	2,8	462	490	3,5	99	11,0	278	3,6	7,8
52 Kongo, Volksrepublik	1,4	342	520	2,8	103	17,9	209	3,9	9,3
53 Marokko	17,2	447	540	2,1	103	1,6	274	2,2	9,3
54 Rhodesien	6,5	391	550	2,2	107	0,6	764	1,3	7,5
55 Ghana	10,1	239	580	-0,1	93	27,3	182	7,6	23,5
56 Elfenbeinküste	7,0	323	610	3,4	124	9,0	366	2,8	11,0
57 Jordanien	2,8	98	610	1,6	47	..	408	1,1	9,6
58 Kolumbien	24,2	1 139	630	2,8	106	2,6	671	11,9	20,7
59 Guatemala	6,5	109	630	2,4	114	9,9	237	0,2	9,4
60 Ecuador	7,3	284	640	3,6	97	20,3	442	4,6	13,6
61 Paraguay	2,6	407	640	2,2	94	44,0	153	3,0	13,6
62 Korea, Republik	36,0	99	670	7,3	104	6,2	1 038	16,7	17,5
63 Nicaragua	2,3	130	750	2,4	103	20,9	479	1,9	10,8
64 Dominikanische Republik	4,8	49	780	3,4	111	8,0	458	2,1	8,9
65 Syrien, Arabische Republik	7,7	185	780	2,2	113	70,9	477	1,8	18,8

	Bevölkerung (in Mio) Mitte 1976	Fläche (in Tsd. Quadrat- kilometern)	BSP pro Kopf		Index der Nahrungs- mittelpro- duktion pro Kopf, 1965-67 = 100 Ø 1974-76	Energie		Durchschnittl. jährliche Inflationsrate	
			Durch- schnittl. jähr- liches Wachs- tum (in %)	durschn. jährliche Zunahme der Erzeugung (in %)		Energie- verbrauch pro Kopf (in Äquivalen- ten von kg Kohle)	(in %)		
							1976	1960-76	1960-75
66 Peru	15,8	1 285	800	2,6	99	2,0	682	9,9	15,6
67 Tunesien	5,7	164	840	4,1	134	5,5	447	3,7	7,7
68 Malaysia	12,7	330	860	3,9	146	34,6	560	-0,2	7,0
69 Algerien	16,2	2 382	990	1,7	100	10,1	754	2,3	14,8
70 Türkei	41,2	781	990	4,2	114	6,8	630	5,5	19,8
71 Costa Rica	2,0	51	1 040	3,4	130	8,9	544	1,9	13,7
72 Chile	10,5	757	1 050	0,9	92	-1,0	765	32,9	273,6
73 China, Republik	16,3	36	1 070	6,3	1 427	4,1	11,9
74 Jamaika	2,1	11	1 070	1,9	89	-0,6	1 427	3,8	17,5
75 Libanon	3,2	10	..	3,1	95	11,1	928	1,4	4,4
76 Mexiko	62,0	1 973	1 090	3,0	98	6,0	1 221	3,5	14,2
77 Brasilien	110,0	8 512	1 140	4,8	114	7,1	670	46,0	26,1
78 Panama	1,7	76	1 310	3,7	114	13,6	865	1,6	11,2
79 Irak	11,5	435	1 390	3,6	89	5,2	713	1,7	17,5
80 Uruguay	2,8	178	1 390	0,6	110	3,0	942	51,1	70,5
81 Rumänien	21,4	238	1 450	8,4	117	4,2	3 803
82 Argentinien	25,7	2 767	1 550	2,8	104	5,8	1 754	21,8	88,7
83 Jugoslawien	21,5	256	1 680	5,6	120	4,0	1 930	12,6	16,3
84 Portugal	9,7	92	1 690	6,5	103	1,3	983	2,9	11,9
85 Iran	34,3	1 648	1 930	8,2	109	13,0	1 353	1,1	25,2
86 Hongkong	4,5	1	2 110	6,5	84	..	1 119	2,3	8,6
87 Trinidad und Tobago	1,1	5	2 240	2,6	92	2,9	3 132	3,6	18,8
88 Venezuela	12,4	912	2 570	2,6	113	0,3	2 639	1,3	13,4
89 Griechenland	9,1	132	2 590	6,1	131	13,2	2 090	3,2	13,3
90 Singapur	2,3	1	2 700	7,5	208	..	2 151	1,1	8,1
91 Spanien	35,7	505	2 920	5,5	125	1,1	2 147	6,3	12,8
92 Israel	3,6	21	3 920	4,3	126	32,8	2 806	5,9	23,7
Industrieländer			6 200	3,4	110	3,0	5 016	4,2	9,3
93 Südafrika	26,0	1 221	1 340	3,0	102	3,8	..	3,1	11,3
94 Irland	3,2	70	2 560	3,3	126	-0,1	3 097	5,2	13,9
95 Italien	56,2	301	3 050	3,8	107	3,1	3 012	4,4	12,9
96 Großbritannien	56,1	244	4 020	2,2	110	-1,3	5 265	4,1	13,3
97 Neuseeland	3,1	269	4 250	1,6	102	2,8	3 111	3,2	11,6
98 Japan	112,8	372	4 910	7,9	107	-3,9	3 622	4,8	10,1
99 Österreich	7,5	84	5 330	4,3	117	0,3	3 700	3,6	7,9
100 Finnland	4,7	337	5 620	4,5	113	3,2	4 766	5,6	13,6
101 Australien	13,7	7 687	6 100	3,0	112	10,4	6 485	3,1	13,5
102 Niederlande	13,8	41	6 200	3,7	136	15,3	5 784	5,3	8,9
103 Frankreich	52,9	547	6 550	4,2	107	-2,8	3 944	4,2	9,3
104 Belgien	9,8	31	6 780	4,2	119	-7,6	5 584	3,6	8,8
105 Deutschland, Bundesrep.	62,0	249	7 380	3,4	111	-0,8	5 345	3,1	6,4
106 Norwegen	4,0	324	7 420	3,9	105	8,7	4 607	4,2	8,6
107 Dänemark	5,1	43	7 450	3,3	99	-20,5	5 268	6,0	9,8
108 Kanada	23,2	9 976	7 510	3,5	94	8,6	9 880	3,1	9,2
109 Vereinigte Staaten	215,1	9 363	7 890	2,3	114	2,9	10 999	2,8	6,8
110 Schweden	8,2	450	8 670	3,1	110	3,5	6 178	4,3	8,8
111 Schweiz	6,4	41	8 880	2,2	102	4,3	3 642	4,5	7,4
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß			6 310	7,0	..	12,8	1 398	1,0	33,3
112 Saudi-Arabien	8,6	2 150	4 480	7,0	102	12,8	1 398	1,0	33,3
113 Libyen	2,5	1 760	6 310	10,2	96	21,7	1 299	5,3	16,5
114 Kuwait	1,1	18	15 480	-3,0	..	3,4	8 718	0,6	35,6
Staatshandelsländer			2 280	3,5	114	4,6	3 624
115 China, Volksrepublik	835,8	9 597	410	5,2	98	4,6	693
116 Korea, Demokr. Republik	16,3	121	470	3,5	110	9,5	2 808
117 Albanien	2,5	29	540	4,5	114	9,2	741
118 Kuba	9,5	115	860	-0,4	95	18,5	1 157
119 Mongolei	1,5	1 565	860	1,0	..	9,8	1 091
120 Ungarn	10,6	93	2 280	3,0	133	1,9	3 624
121 Bulgarien	8,8	111	2 310	4,6	100	3,0	4 781
122 Sowjetunion	256,7	22 402	2 760	3,8	113	5,7	5 546
123 Polen	34,3	313	2 860	4,1	115	3,9	5 007
124 Tschechoslowakei	14,9	128	3 840	2,6	123	1,3	7 151
125 Deutschland, Demokr. Rep.	16,8	108	4 220	3,2	120	0,6	6 835

Tabelle 2: Wachstum der Produktion

Länder	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (%)							
	BIP		Landwirtschaft		Industrie		Dienstleistungen	
	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76
Länder mit niedrigem Einkommen	3,6	2,9	2,3	1,6	6,7	4,5	3,6	3,4
1 Bhutan
2 Kambodscha	3,8	..	2,3	..	8,4	..	3,2	..
3 Laotische Demokr. Rep.
4 Äthiopien	4,4	2,5	2,2	0,9	7,4	1,6	7,3	4,4
5 Mali	2,9	3,5	1,3	-0,8	4,0	8,9	4,4	5,5
6 Bangladesch	3,6	1,6	2,7	0,5	7,9	1,8	3,6	2,2
7 Ruanda	..	3,4	..	3,3	..	8,4	..	3,5
8 Somalia	1,0	2,1	-1,5	-1,2	3,3	10,3	2,1	8,0
9 Obervolta	1,5	3,3	0,0	3,2	3,8	7,0	2,3	1,8
10 Birma	2,6	3,3	4,1	2,5	2,8	2,8	1,3	3,0
11 Burundi	5,4	1,4	..	1,0	..	4,3	..	1,1
12 Tschad	2,5	0,8	1,8	-1,3	3,9	8,1	2,9	-0,6
13 Nepal	2,5	2,7	..	1,9
14 Benin, Volksrepublik	2,6	2,3	..	-0,3	..	9,8	..	6,0
15 Malawi	5,2	8,9	2,9	5,5	13,9	12,4	8,9	17,4
16 Zaire	4,7	4,3	3,9	1,9	35,9	5,0	-2,5	5,0
17 Guinea	3,2	5,3	2,1	10,2	6,2	3,9	2,2	3,2
18 Indien	3,6	2,7	1,9	1,4	5,5	3,8	3,9	2,4
19 Vietnam, Sozial. Rep.
20 Afghanistan	2,1	4,4
21 Niger	2,7	-0,4	3,3	-4,0	11,1	10,0	0,6	0,8
22 Lesotho	7,0	4,3
23 Mozambik	4,8	-2,0	2,1	2,1	10,8	-3,8	5,8	-2,1
24 Pakistan	6,7	3,6	4,9	1,6	10,1	4,1	6,2	5,0
25 Tansania	5,4	4,2	3,7	2,5	8,0	2,9	5,3	2,8
26 Haiti	0,7	3,2	0,8	1,6	0,4	8,8	0,7	2,4
27 Madagaskar	..	0,3	..	1,2	..	2,0	..	4,5
28 Sierra Leone	3,5	2,0	1,4	2,0	2,7	-3,0	4,2	4,0
29 Sri Lanka	4,6	2,9	3,0	1,2	6,7	3,0	5,1	3,7
30 Zentralafrik. Kaiserreich	1,2	0,9	0,8	1,9	5,5	4,7	0,1	-1,8
31 Indonesien	3,5	8,3	2,7	4,0	4,7	12,4	3,5	7,3
32 Kenia	7,1	4,8	5,9	1,6	7,5	9,8	7,9	5,1
33 Uganda	5,1	-0,1	2,8	1,3	7,8	-6,7	8,3	-3,2
34 Jemen, Arabische Rep.
Länder mit mittlerem Einkommen	5,7	6,0	3,6	3,2	7,6	7,2	5,8	6,9
35 Togo	8,5	4,1	4,3	3,0	7,3	7,0	8,8	3,7
36 Ägypten	4,5	7,6	2,3	3,0	5,4	4,3	6,1	13,4
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	0,4	3,8	..	6,2	..	17,7	..	-0,9
38 Kamerun	5,2	2,7	6,5	3,4	7,7	3,3	11,1	0,7
39 Sudan	2,9	6,1	3,3	8,8	1,7	2,8	-2,2	7,5
40 Angola	5,1	1,0	4,0	-0,7	9,8	11,6	3,9	3,0
41 Mauretanien	8,1	4,3	2,4	-2,1	15,8	7,1	13,0	-1,0
42 Nigeria	3,1	7,4	-0,5	-0,2	13,8	12,6	5,2	9,5
43 Thailand	8,2	6,5	5,5	4,3	11,7	8,2	9,2	6,9
44 Bolivien	5,2	6,0	3,0	5,6	6,5	4,9	5,8	7,3
45 Honduras	5,1	2,9	5,7	-0,6	5,2	7,2	5,0	3,0
46 Senegal	2,6	1,8	1,9	3,4	3,7	3,9	2,5	-0,1
47 Philippinen	5,1	6,3	4,3	4,6	6,0	8,7	5,0	5,1
48 Sambia	4,0	3,1	2,0	3,2	-0,1	3,4	8,1	4,4
49 Liberia	6,4	2,9	6,3	4,9	7,8	0,3	2,6	9,4
50 El Salvador	5,9	5,0	3,0	4,2	8,5	6,3	6,5	4,8
51 Papua-Neuguinea
52 Kongo, Volksrepublik	4,6	8,3	4,6	-7,2	7,6	22,6	2,4	7,0
53 Marokko	4,1	4,8	4,2	0,6	4,2	7,8	3,9	5,5
54 Rhodesien
55 Ghana	2,1	2,0	3,7	1,3	6,7	4,2	-1,4	3,8
56 Elfenbeinküste	8,0	6,5	4,2	3,5	11,6	7,9	10,0	7,7
57 Jordanien	6,6	5,1	5,0	2,6	9,9	16,0	5,6	2,9
58 Kolumbien	5,1	6,5	3,5	4,5	6,0	6,7	5,8	8,1
59 Guatemala	5,6	5,9
60 Ecuador	5,9	10,7	4,0	5,7	7,6	14,2	5,1	14,0
61 Paraguay	4,3	6,5	2,1	5,9	5,5	7,7	5,2	6,8
62 Korea, Republik	8,5	10,3	4,5	4,8	17,2	17,1	8,4	8,6
63 Nicaragua	7,2	5,7	6,7	5,7	11,0	7,3	5,8	4,8
64 Dominikanische Republik	4,4	8,9	2,2	3,0	6,2	14,1	5,1	9,7
65 Syrien, Arabische Republik	5,7	7,0	4,4	6,4	5,9	11,1	4,7	4,3

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (%)

	BIP		Landwirtschaft		Industrie		Dienstleistungen	
	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76
66 Peru	5,4	5,7	1,9	0,6	5,5	6,2	5,8	8,4
67 Tunesien	4,6	9,4	2,0	9,2	8,7	10,1	2,9	9,7
68 Malaysia	6,5	7,8	6,8	6,4	6,4	9,6	6,2	7,6
69 Algerien	4,4	6,2	-1,6	-8,7	10,5	16,4	2,3	-4,6
70 Türkei	6,0	7,2	2,8	4,3	7,8	9,5	6,9	10,6
71 Costa Rica	6,5	6,5	5,7	3,8	9,3	8,0	6,0	7,1
72 Chile	4,2	-1,2	2,6	0,5	5,0	-2,2	4,3	-1,3
73 China, Republik	9,2	7,8	3,4	1,5	16,4	14,1	7,1	5,5
74 Jamaika	4,5	0,5	1,4	1,3	5,3	-3,0	3,1	-1,5
75 Libanon	4,9	8,6	6,3	..	4,5	..	4,6	..
76 Mexiko	7,3	5,5	3,9	1,4	9,3	6,6	6,9	4,3
77 Brasilien	8,0	10,6	1,9	5,5	9,7	11,6	8,4	13,1
78 Panama	7,8	5,2	5,7	..	10,1	..	7,2	..
79 Irak	6,1	9,5	5,7	-2,0	4,7	10,0	6,9	10,4
80 Uruguay	1,2	0,7	1,9	-0,7	1,1	1,7	-0,2	3,9
81 Rumänien	8,4	11,2	..	8,9	..	12,3	..	10,6
82 Argentinien	4,2	3,2	2,3	2,4	6,0	3,4	3,2	3,4
83 Jugoslawien	6,8	6,3	3,3	3,4	6,3	6,5	8,7	12,7
84 Portugal	6,3	5,2	1,4	1,5	8,8	6,8	6,2	12,8
85 Iran	11,3	8,9	8,1	5,8	21,4	5,6	9,7	20,5
86 Hongkong	10,0	7,5	-3,4	-5,1	8,2	7,1	12,4	8,6
87 Trinidad und Tobago	3,4	3,5	3,5	..	0,5	..	5,7	..
88 Venezuela	5,9	5,3	5,7	3,1	4,5	2,4	4,1	6,7
89 Griechenland	6,9	5,2	4,6	2,7	9,4	6,3	7,2	5,9
90 Singapur	8,8	8,9	5,0	0,3	12,6	9,1	7,4	8,6
91 Spanien	7,3	5,4	2,5	2,6	9,4	6,3	8,2	9,3
92 Israel	8,5	5,4	5,0	6,6	15,6	5,3	1,5	4,5
Industrieländer	4,7	3,2	1,5	1,8	5,7	3,2	4,7	3,5
93 Südafrika
94 Irland	4,2	2,8	0,8	2,0	6,1	4,0	3,2	2,9
95 Italien	5,3	2,9	2,8	1,6	6,3	2,3	8,5	3,4
96 Großbritannien	2,9	2,3	2,3	1,6	3,2	0,5	1,1	1,5
97 Neuseeland	3,9	2,0
98 Japan	10,5	5,6	4,0	2,5	10,9	4,8	11,7	5,3
99 Österreich	4,5	4,3	1,2	2,7	5,1	3,9	4,3	3,7
100 Finnland	4,6	4,6	0,6	2,5	5,5	3,8	4,7	5,0
101 Australien	5,4	3,5	2,7	-2,1	6,5	1,0	5,9	5,4
102 Niederlande	5,3	3,4	5,2	4,9	5,8	3,3	4,6	3,3
103 Frankreich	5,4	3,9	1,6	0,3	6,6	3,1	5,5	3,6
104 Belgien	4,7	4,0	-0,5	-0,4	5,5	3,3	4,6	3,8
105 Deutschland, Bundesrep.	4,6	2,2	1,5	2,0	5,3	0,2	4,1	2,0
106 Norwegen	4,9	4,5	0,3	2,0	5,0	5,4	5,5	4,2
107 Dänemark	4,7	2,2	0,5	1,4	5,7	1,2	4,9	3,1
108 Kanada	5,6	4,8	1,5	0,4	6,2	4,7	5,6	4,7
109 Vereinigte Staaten	4,3	2,5	0,3	2,0	4,9	0,9	4,2	3,2
110 Schweden	4,4	2,6	2,5	-0,2	5,6	2,4	4,2	2,7
111 Schweiz	4,0	1,3
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß
112 Saudi-Arabien	9,9	14,4	..	3,6	..	16,5	..	10,4
113 Libyen	23,3	3,8	2,2	23,5	31,3	-7,4	10,9	20,3
114 Kuwait
Staatshandelsländer	4,3	3,9
115 China, Volksrepublik	6,2	6,6
116 Korea, Demokr. Republik	7,9	3,4
117 Albanien	7,3	6,1
118 Kuba	1,1	3,4
119 Mongolei	2,8	4,6
120 Ungarn	3,8	3,2
121 Bulgarien	5,9	4,7
122 Sowjetunion	5,2	3,9
123 Polen	4,3	6,5
124 Tschechoslowakei	3,1	3,2
125 Deutschland, Demokr. Rep.	3,1	3,4

Tabelle 3: Produktionsstruktur

	Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)					
	Landwirtschaft		Industrie		Dienstleistungen	
	1960	1976	1960	1976	1960	1976
Länder mit niedrigem Einkommen	52	45	12	19	35	39
1 Bhutan	17	..	32	..
2 Kambodscha
3 Laotische Demokr. Rep.
4 Äthiopien	65	50	12	15	23	35
5 Mali	55	38	10	17	35	45
6 Bangladesch	61	59	8	8	31	33
7 Ruanda	81	52	7	22	12	26
8 Somalia	45	37	17	8	38	61
9 Obervolta	55	34	13	19	32	47
10 Birma	33	47	12	11	55	42
11 Burundi	..	64	..	15	..	21
12 Tschad	55	52	12	14	33	34
13 Nepal	..	65	..	10	..	25
14 Benin, Volksrepublik	..	39	..	20	..	41
15 Malawi	58	45	11	22	31	33
16 Zaire	30	16	27	30	43	54
17 Guinea	..	43	..	33	..	24
18 Indien	50	47	20	23	30	30
19 Vietnam, Sozial. Rep.
20 Afghanistan	..	55	..	14	..	31
21 Niger	66	47	10	24	24	29
22 Lesotho	73	38	..	8	..	54
23 Mozambik	55	45	9	15	36	40
24 Pakistan	46	32	16	24	38	44
25 Tansania	57	45	11	16	32	39
26 Haiti	50	45	14	19	36	36
27 Madagaskar	37	29	10	20	53	51
28 Sierra Leone	..	32	..	23	..	45
29 Sri Lanka	38	37	16	21	46	42
30 Zentralafrik. Kaiserreich	45	37	12	23	43	40
31 Indonesien	45	29	17	34	38	37
32 Kenia	38	30	18	23	44	47
33 Uganda	52	55	13	8	35	37
34 Jemen, Arabische Rep.
Länder mit mittlerem Einkommen	26	21	23	32	46	45
35 Togo	55	25	16	21	29	54
36 Ägypten	30	29	24	30	46	41
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	..	23	..	16	..	61
38 Kamerun	48	33	10	20	42	47
39 Sudan	58	41	15	16	27	43
40 Angola	50	29	8	27	42	44
41 Mauretanien	57	35	21	37	22	28
42 Nigeria	63	23	11	50	26	27
43 Thailand	40	30	19	25	41	45
44 Bolivien	30	28	28	32	42	40
45 Honduras	37	29	19	28	44	43
46 Senegal	30	28	20	24	50	48
47 Philippinen	26	29	28	34	46	37
48 Sambia	11	14	63	41	26	45
49 Liberia	40	29	37	37	23	34
50 El Salvador	32	26	19	21	49	53
51 Papua-Neuguinea	..	28
52 Kongo, Volksrepublik	16	15	18	43	66	42
53 Marokko	29	21	24	31	47	48
54 Rhodesien	18	16	35	40	47	44
55 Ghana	41	49	19	25	40	26
56 Elfenbeinküste	43	25	14	20	43	55
57 Jordanien	16	14	14	28	70	58
58 Kolumbien	34	27	26	30	40	43
59 Guatemala
60 Ecuador	33	22	19	26	48	52
61 Paraguay	36	35	20	22	44	43
62 Korea, Republik	40	27	19	34	41	39
63 Nicaragua	24	23	21	28	55	49
64 Dominikanische Republik	27	21	23	32	50	47
65 Syrien, Arabische Republik	25	17	21	36	54	47

Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)

	Landwirtschaft		Industrie		Dienstleistungen	
	1960	1976	1960	1976	1960	1976
66 Peru	26	16	29	31	45	53
67 Tunesien	24	21	18	30	58	49
68 Malaysia	40	29	18	30	42	41
69 Algerien	21	7	24	57	55	36
70 Türkei	41	29	21	28	38	43
71 Costa Rica	29	27	19	26	52	53
72 Chile	11	10	38	39	51	51
73 China, Republik	28	12	29	45	43	43
74 Jamaika	10	8	38	40	52	52
75 Libanon	12	..	20	..	68	..
76 Mexiko	16	10	29	35	55	55
77 Brasilien	16	8	35	39	49	53
78 Panama	23	..	21	..	56	..
79 Irak	17	8	52	66	31	26
80 Uruguay	19	15	28	32	53	53
81 Rumänien	..	13	..	63	..	24
82 Argentinien	17	15	38	41	45	44
83 Jugoslawien	24	15	45	43	31	42
84 Portugal	25	18	38	43	37	39
85 Iran	29	9	33	59	38	32
86 Hongkong	4	2	34	34	62	64
87 Trinidad und Tobago	8	..	51	..	41	..
88 Venezuela	6	6	22	48	72	46
89 Griechenland	23	18	26	31	51	51
90 Singapur	4	2	18	35	78	63
91 Spanien	21	9	39	39	40	52
92 Israel	11	8	32	43	57	49
Industrielländer	9	6	41	41	47	52
93 Südafrika	12	9	42	23	46	68
94 Irland	25	16	30	37	45	47
95 Italien	15	8	38	41	47	51
96 Großbritannien	4	4	48	58	48	38
97 Neuseeland
98 Japan	15	5	45	43	40	52
99 Österreich	11	9	49	50	40	41
100 Finnland	20	10	40	44	40	46
101 Australien	14	7	41	39	45	54
102 Niederlande	8	7	45	44	47	49
103 Frankreich	9	6	48	43	43	51
104 Belgien	7	3	41	42	52	55
105 Deutschland, Bundesrep.	6	3	54	52	40	45
106 Norwegen	9	6	36	37	55	57
107 Dänemark	14	7	39	36	47	57
108 Kanada	6	4	34	40	60	56
109 Vereinigte Staaten	4	3	38	32	58	65
110 Schweden	7	4	38	38	55	58
111 Schweiz
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß
112 Saudi-Arabien	..	1	..	86	..	73
113 Libyen	14	3	9	68	77	29
114 Kuwait
Staatshandelsländer
115 China, Volksrepublik
116 Korea, Demokr. Republik
117 Albanien
118 Kuba
119 Mongolei
120 Ungarn
121 Bulgarien
122 Sowjetunion
123 Polen
124 Tschechoslowakei
125 Deutschland, Demokr. Rep.

Tabelle 4: Wachstum ausgewählter Komponenten der Nachfrage

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (%)					
	Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch		Inländische Bruttoinvestition	
	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76
Länder mit niedrigem Einkommen	4,6	2,4	3,0	2,5	5,7	3,1
1 Bhutan
2 Kambodscha	2,6	..	3,2	..	0,3	..
3 Laotische Demokr. Rep.
4 Äthiopien	4,7	3,4	4,7	3,4	5,7	-0,7
5 Mali	6,2	..	2,8	..	3,5	..
6 Bangladesch	a	a	1,4	1,7	11,1	-7,8
7 Ruanda	1,1	..	4,2	..	3,5	..
8 Somalia	3,7	16,5	-0,5	-1,1	4,3	15,5
9 Obervolta	a	3,7	..	4,5	..	4,7
10 Birma	a	a	2,8	3,1	3,6	-0,9
11 Burundi	19,2	2,4	3,1	1,7	6,0	8,0
12 Tschad	4,4	0,6	-0,7	2,5	2,3	3,1
13 Nepal
14 Benin, Volksrepublik	1,7	-2,4	4,9	0,7	4,2	4,4
15 Malawi	6,1	-0,9	4,8	8,0	12,8	9,7
16 Zaire	8,4	1,6	3,7	1,0	9,6	7,8
17 Guinea
18 Indien	-1,0	0,7	3,6	1,9	5,7	4,6
19 Vietnam, Sozial. Rep.	a
20 Afghanistan	a	9,9	2,2	2,2	-1,0	5,6
21 Niger	1,9	10,0	3,5	1,7	3,0	-0,2
22 Lesotho	0,1	4,0	5,3	8,3	18,0	8,2
23 Mozambik	6,8	-6,5	4,6	-3,3	8,3	-3,4
24 Pakistan	7,3	3,4	7,1	4,2	6,9	-4,2
25 Tansania	8,2	a	4,7	5,7	9,8	2,9
26 Haiti	..	-3,9	..	4,2	..	12,5
27 Madagaskar	..	-3,4	..	-5,0	5,4	-2,4
28 Sierra Leone	a	a	3,4
29 Sri Lanka	a	a	3,5	2,5	6,6	-0,3
30 Zentralafrik. Kaiserreich	2,5	..	1,9	..	1,8	4,0
31 Indonesien	1,5	13,4	3,5	6,8	3,2	17,9
32 Kenia	10,0	4,4	4,9	5,2	7,0	-1,7
33 Uganda	5,9	0,5	5,6	0,3	9,8	-11,5
34 Jemen, Arabische Rep.
Länder mit mittlerem Einkommen	6,7	7,2	5,1	5,4	7,4	6,9
35 Togo	6,7	14,9	7,6	1,7	11,1	13,6
36 Ägypten	10,3	3,3	4,2	3,9	3,1	23,6
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	37,5
38 Kamerun	8,9	4,0	3,4	1,4	8,4	4,5
39 Sudan	12,1	-6,1	-0,8	0,3	-1,3	12,5
40 Angola	9,1	6,4	4,0	0,1	9,7	-4,3
41 Mauretanien	1,0	..	6,0	..	-2,1	..
42 Nigeria	10,0	24,4	0,9	1,6	6,5	19,0
43 Thailand	9,6	7,0	7,0	6,5	15,4	6,6
44 Bolivien	8,9	10,4	3,7	6,0	9,6	8,0
45 Honduras	4,6	6,1	4,6	3,3	11,0	2,4
46 Senegal	4,6	-1,4	2,4	1,2	-1,0	3,4
47 Philippinen	5,0	10,5	4,8	4,5	8,2	12,2
48 Sambia	8,0	5,9	5,8	0,6	10,6	-8,5
49 Liberia	5,6	1,5	0,4	3,6	-4,5	16,2
50 El Salvador	5,7	..	6,1	..	3,7	..
51 Papua-Neuguinea	6,5	0,2	6,9	-0,9	20,3	-18,0
52 Kongo, Volksrepublik	7,3	..	2,3	..	3,2	..
53 Marokko	4,4	8,2	3,7	3,1	9,1	18,2
54 Rhodesien
55 Ghana	6,1	-0,6	2,0	3,5	-3,2	-0,3
56 Elfenbeinküste	11,8	8,6	7,5	5,0	12,7	9,0
57 Jordanien	8,9	3,1	5,4	3,5	9,9	5,8
58 Kolumbien	5,5	3,9	5,1	8,1	4,5	0,4
59 Guatemala	4,7	4,4	4,7	5,0	7,9	8,8
60 Ecuador	..	7,1	..	9,6	..	10,4
61 Paraguay	6,9	2,3	4,5	6,0	5,8	20,1
62 Korea, Republik	5,9	8,5	7,3	7,0	23,1	11,6
63 Nicaragua	3,6	12,8	6,8	4,8	10,7	6,8
64 Dominikanische Republik	1,9	4,2	6,1	7,0	11,4	18,2
65 Syrien, Arabische Republik	..	14,1	..	7,5	..	13,5

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (%)

	Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch		Inländische Bruttoinvestition	
	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76
66 Peru	8,8	6,3	6,7	7,3	2,4	11,5
67 Tunesien	5,5	7,8	3,0	9,6	4,5	13,5
68 Malaysia	7,4	9,8	4,1	5,9	7,5	7,8
69 Algerien	2,4	8,4	3,9	8,0	2,6	18,1
70 Türkei	8,2	8,8	5,1	7,3	10,2	12,0
71 Costa Rica	7,2	8,4	6,1	4,7	7,1	7,0
72 Chile	4,2	-8,0
73 China, Republik	4,5	3,7	8,3	7,1	16,2	10,4
74 Jamaika	8,6	10,8	3,1	0,6	7,8	-4,0
75 Libanon	5,9	..	4,4	..	6,2	..
76 Mexiko	8,8	11,3	6,7	4,4	9,8	10,3
77 Brasilien	3,6	9,8	5,1	10,3	6,2	16,3
78 Panama	7,8	7,2	6,7	3,4	12,4	4,2
79 Irak	8,1	..	4,9	..	3,0	36,8
80 Uruguay	4,4	0,2	0,7	-0,1	-1,8	-0,8
81 Rumänien	10,8
82 Argentinien	1,0	3,7	4,1	5,3	4,1	2,5
83 Jugoslawien	0,6	4,4	9,7	8,8	4,7	5,6
84 Portugal	7,7	9,1	6,6	6,2	6,2	-2,6
85 Iran	16,0	21,3	7,4	15,5	12,2	24,8
86 Hongkong	8,7	8,2	8,9	6,9	7,4	10,0
87 Trinidad und Tobago	6,2	..	4,4	..	-2,8	..
88 Venezuela	6,3	8,6	4,9	7,6	7,3	9,8
89 Griechenland	6,6	8,0	7,1	5,4	10,4	1,4
90 Singapur	12,6	6,4	5,5	7,4	20,5	8,8
91 Spanien	5,5	6,3	7,9	5,4	10,5	6,0
92 Israel	14,7	7,2	7,2	6,2	5,7	8,6
Industrieländer	4,8	3,6	4,3	3,4	5,7	0,7
93 Südafrika	7,0	9,3	6,1
94 Irland	3,9	5,9	3,7	2,3	8,8	-1,3
95 Italien	3,9	2,8	5,8	2,7	3,8	-1,1
96 Großbritannien	2,2	3,6	2,3	1,9	5,0	0,5
97 Neuseeland
98 Japan	6,0	6,3	9,1	6,0	14,0	2,4
99 Österreich	3,1	3,6	4,3	4,7	5,6	3,3
100 Finnland	5,7	5,4	4,3	4,7	4,2	0,7
101 Australien	6,9	6,0	5,0	4,3	6,5	0,7
102 Niederlande	3,1	2,0	6,1	3,4	6,8	-2,4
103 Frankreich	3,5	3,2	5,6	4,6	6,9	1,4
104 Belgien	5,7	5,4	3,8	4,2	6,0	1,8
105 Deutschland, Bundesrep.	3,8	4,4	4,6	2,8	4,7	-1,7
106 Norwegen	6,4	4,2	4,1	4,1	5,1	7,4
107 Dänemark	6,3	2,2	4,3	2,7	6,1	-0,5
108 Kanada	6,2	4,1	4,9	6,1	5,8	6,1
109 Vereinigte Staaten	4,1	1,2	4,4	3,1	4,8	-0,3
110 Schweden	5,4	3,2	3,8	2,7	5,0	0,6
111 Schweiz	4,2	2,8	4,3	1,5	3,0	-4,3
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß	15,2	..	31,7
112 Saudi-Arabien	..	a	..	15,2	..	33,6
113 Libyen	..	29,4	..	20,4	15,4	31,7
114 Kuwait	..	8,9	..	5,9	9,2	8,1
Staatshandelsländer
115 China, Volksrepublik
116 Korea, Demokr. Republik
117 Albanien
118 Kuba
119 Mongolei
120 Ungarn
121 Bulgarien
122 Sowjetunion
123 Polen
124 Tschechoslowakei
125 Deutschland, Demokr. Rep.

^a Daten über den öffentlichen Verbrauch sind nicht gesondert verfügbar; er ist deshalb im privaten Verbrauch enthalten.

Tabelle 5: Struktur der Nachfrage

Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)

	Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch		Inländische Bruttoinvestition		Inländische Bruttoersparnis		Außenbeitrag	
	1960	1976	1960	1976	1960	1976	1960	1976	1960	1976
Länder mit niedrigem Einkommen	13	13	79	81	12	15	9	8	-3	-4
1 Bhutan
2 Kambodscha	19	..	69	..	20	..	12	..	-8	..
3 Laotische Demokr. Rep.
4 Äthiopien	8	14	81	77	12	10	11	9	-1	-1
5 Mali	12	18	79	82	14	19	10	(.)	-4	-19
6 Bangladesch	6	a	86	101	7	6	8	-1	1	-7
7 Ruanda	10	..	82	..	6	..	8	..	2	..
8 Somalia	20	43	73	53	15	34	8	4	-7	-30
9 Obervolta	17	23	87	90	10	16	-3	-13	-13	-29
10 Birma	a	a	89	91	12	11	11	(.)	-1	-2
11 Burundi	3	13	92	80	6	11	5	7	-1	-4
12 Tschad	13	a	82	103	11	15	5	-3	-6	-18
13 Nepal	3	a	94	97	8	9	3	3	-5	-6
14 Benin, Volksrepublik	16	10	75	86	15	20	8	4	-7	-16
15 Malawi	16	11	88	78	10	27	-4	11	-14	-16
16 Zaire	18	25	62	62	12	34	21	13	9	-21
17 Guinea	14	18	79	71	5	12	7	11	2	-1
18 Indien	7	11	79	70	17	19	14	19	-3	(.)
19 Vietnam, Sozial. Rep.
20 Afghanistan	a	6	87	86	16	10	13	8	-3	-2
21 Niger	13	20	79	75	8	16	9	5	1	-11
22 Lesotho
23 Mozambik	11	12	81	80	9	9	8	8	-1	-1
24 Pakistan	11	11	84	81	12	17	5	8	-7	-9
25 Tansania	9	a	72	81	14	21	19	19	5	-2
26 Haiti	a	7	94	86	8	11	6	7	-2	-4
27 Madagaskar	20	a	75	86	11	13	5	14	-6	1
28 Sierra Leone	..	15	..	79	..	15	..	6	..	-9
29 Sri Lanka	14	12	75	75	15	15	12	13	-3	-2
30 Zentralafrik. Kaiserreich	19	a	68	91	18	22	13	9	-5	-13
31 Indonesien	11	9	76	66	11	23	13	25	2	2
32 Kenia	11	17	72	63	19	19	17	20	-2	1
33 Uganda	9	a	75	92	11	6	16	8	5	2
34 Jemen, Arabische Rep.
Länder mit mittlerem Einkommen	11	14	75	70	17	24	14	20	-2	-4
35 Togo	8	15	88	74	11	27	4	11	-7	-16
36 Ägypten	17	23	71	65	13	24	12	12	-1	-12
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	..	25	..	96	..	24	..	-21	..	-45
38 Kamerun	14	15	72	71	11	17	14	14	3	-3
39 Sudan	6	14	85	78	9	18	9	8	(.)	-10
40 Angola	9	16	77	57	12	8	14	27	2	15
41 Mauretanien	23	35	80	54	36	42	-3	11	-39	-31
42 Nigeria	6	17	87	46	13	33	8	37	-5	4
43 Thailand	10	11	73	68	16	26	14	22	-2	-4
44 Bolivien	9	17	85	68	15	20	7	15	-8	-5
45 Honduras	11	14	77	73	14	19	12	13	-2	-6
46 Senegal	13	14	73	77	15	15	14	9	-1	-6
47 Philippinen	8	10	76	65	16	31	16	25	(.)	-6
48 Sambia	11	23	50	59	24	16	39	18	15	2
49 Liberia	7	12	65	57	21	28	28	32	7	4
50 El Salvador	10	11	79	69	16	19	11	20	-5	1
51 Papua-Neuguinea	28	32	70	54	14	20	2	14	-12	-6
52 Kongo, Volksrepublik	16	23	84	57	45	33	(.)	15	-45	18
53 Marokko	13	17	75	76	11	29	12	7	1	-22
54 Rhodesien	11	12	66	67	23	23	23	20	(.)	-3
55 Ghana	10	12	73	80	24	9	17	8	-7	-1
56 Elfenbeinküste	4	7	79	71	15	23	17	22	2	-1
57 Jordanien	28	33	90	79	17	31	-18	-12	-35	-43
58 Kolumbien	6	a	73	80	20	18	21	20	1	2
59 Guatemala	8	7	84	78	10	20	8	15	-2	-5
60 Ecuador	10	10	74	65	14	23	15	25	1	2
61 Paraguay	8	6	76	74	16	25	16	20	(.)	-5
62 Korea, Republik	15	13	84	65	11	25	2	24	-9	-1
63 Nicaragua	9	9	79	72	15	19	12	19	-3	(.)
64 Dominikanische Republik	13	7	68	71	12	23	19	22	7	-1
65 Syrien, Arabische Republik	..	25	..	65	..	30	..	10	..	-20

Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (%)

	Öffentlicher Verbrauch		Privater Verbrauch		Inländische Bruttoinvestition		Inländische Bruttoersparnis		Außenbeitrag	
	1960	1976	1960	1976	1960	1976	1960	1976	1960	1976
	66 Peru	8	13	68	77	21	16	24	10	3
67 Tunesien	17	14	76	60	17	31	8	26	-9	-5
68 Malaysia	11	15	62	53	14	22	27	32	13	10
69 Algerien	20	14 ^a	65	41	35	50	15	45	-20	-5
70 Türkei	11	..	76	84	16	22	14	16	-2	-6
71 Costa Rica	10	17	76	70	18	22	14	13	-4	-9
72 Chile	11	14	75	71	17	11	14	15	-3	4
73 China, Republik	19	17	68	53	20	28	13	30	-7	2
74 Jamaika	7	21	69	70	28	17	24	9	-4	-8
75 Libanon	10	..	85	..	16	..	5	..	-11	..
76 Mexiko	6	11	76	65	20	26	18	24	-2	-2
77 Brasilien	12	11 ^a	67	77	22	26	21	23	-1	-3
78 Panama	11	13	78	65	16	28	11	23	-5	-5
79 Irak	18	..	48	..	20	..	34	..	14	..
80 Uruguay	9	12	79	75	18	12	12	13	-6	1
81 Rumänien	29	..	29	..	(.)
82 Argentinien	9	11 ^a	71	76	21	22	20	25	-1	3
83 Jugoslawien	19	11 ^a	49	74	36	30	32	26	-4	-4
84 Portugal	11	17	77	85	19	10	12	-2	-7	-12
85 Iran	10	19	69	39	17	30	21	42	4	12
86 Hongkong	7	7	92	68	19	24	1	25	-18	1
87 Trinidad und Tobago	11	..	51	..	36	..	38	..	2	..
88 Venezuela	14	15	53	48	20	32	33	37	13	5
89 Griechenland	12	15	77	70	19	25	11	15	-8	-10
90 Singapur	8	11	89	60	11	41	-3	29	-14	-12
91 Spanien	7	10	70	70	21	24	23	20	2	-4
92 Israel	18	42	68	62	27	28	14	-6	-13	-34
Industrieländer	13	16	63	58	24	23	25	24	-1	1
93 Südafrika	9	..	64	..	22	..	27	..	5	..
94 Irland	12	17	77	70	16	21	11	15	-5	-6
95 Italien	12	13	64	65	24	18	24	23	(.)	5
96 Großbritannien	17	19	66	60	18	17	17	19	-1	2
97 Neuseeland	13	..	65	..	24	..	22	..	-2	..
98 Japan	9	9	57	57	34	33	34	38	(.)	5
99 Österreich	13	14	59	56	28	27	28	27	(.)	(.)
100 Finnland	13	18	58	51	30	23	29	27	-1	3
101 Australien	10	15	65	58	26	23	25	22	-1	-1
102 Niederlande	13	15	57	58	27	20	30	27	3	7
103 Frankreich	13	13	61	62	24	23	26	24	2	1
104 Belgien	13	16	69	62	19	21	18	22	-1	1
105 Deutschland, Bundesrep.	14	18	57	55	27	24	29	26	2	2
106 Norwegen	14	15	58	54	30	35	28	31	-2	-4
107 Dänemark	12	20	66	59	23	21	22	20	-1	-1
108 Kanada	14	18	65	58	23	23	22	24	-1	1
109 Vereinigte Staaten	18	17	63	64	18	16	19	18	1	2
110 Schweden	16	23	60	54	25	20	24	23	-1	3
111 Schweiz	10	12	63	63	26	25	27	24	1	-1
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß	..	16	..	18	..	9	..	66	..	58
112 Saudi-Arabien	..	12	..	11	12	9	..	77	..	68
113 Libyen	..	32	..	32	..	30	..	36	..	6
114 Kuwait	16	16	23	18	10	8	61	66	51	58
Staatshandelsländer
115 China, Volksrepublik
116 Korea, Demokr. Republik
117 Albanien
118 Kuba
119 Mongolei
120 Ungarn
121 Bulgarien
122 Sowjetunion
123 Polen
124 Tschechoslowakei
125 Deutschland, Demokr. Rep.

^a Daten über den öffentlichen Verbrauch sind nicht gesondert verfügbar; er ist deshalb im privaten Verbrauch enthalten.

Tabelle 6: Wachstum des Warenhandels

	Warenhandel (in Mio US-\$)		Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten ^a				Terms of Trade 1970 = 100	
			Exporte		Importe			
	Exporte	Importe	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76	1960	1976
Länder mit niedrigem Einkommen			3,6	-0,4	4,8	-1,4		
1 Bhutan
2 Kambodscha	30	100	-3,3	-2,8	-3,0	-1,5	102	178
3 Laotische Demokr. Rep.	6	46
4 Äthiopien	278	353	3,4	3,5	6,4	-3,1	91	87
5 Mali	97	150	3,6	0,8	-0,3	12,0	100	109
6 Bangladesch	414	764	3,8	-11,0	7,0	-11,9	97	72
7 Ruanda	81	103	15,2	5,7	19,3	11,0	84	116
8 Somalia	85	..	2,5	14,5	2,8	3,2	112	83
9 Obervolta	53	144	16,4	13,9	7,7	12,3	87	103
10 Birma	187	117	-11,1	-3,5	-5,6	-20,0	104	81
11 Burundi	55	58
12 Tschad	63	116	6,6	-11,9	5,1	-1,3	117	148
13 Nepal	98	163	..	13,2	..	13,6
14 Benin, Volksrepublik	51	223	5,0	1,9	7,5	5,5	87	97
15 Malawi	148	205	9,1	3,8	8,8	3,6	99	110
16 Zaire	930	827	-0,4	-1,2	4,2	-6,4	70	56
17 Guinea	202	123
18 Indien	5 424	5 515	1,6	5,0	-0,9	1,4	77	73
19 Vietnam, Sozial. Rep.
20 Afghanistan	210	298	2,4	3,3	-1,2	7,1	103	128
21 Niger	86	173	6,8	4,6	12,0	-1,7	95	97
22 Lesotho	15,0	80,0
23 Mozambik	303	334	5,3	-10,1	7,9	-11,8	96	103
24 Pakistan	1 144	2 134	8,7	-4,4	4,3	3,4	102	111
25 Tansania	459	570	3,5	-8,5	6,1	-0,8	97	114
26 Haiti	125
27 Madagaskar	292	214	4,5	0,2	4,2	-7,6	108	101
28 Sierra Leone	112	156	0,3	-6,1	2,0	-5,7	89	81
29 Sri Lanka	527	548	0,5	-3,6	-0,2	-5,3	138	92
30 Zentralafrik. Kaiserreich	52	50	7,5	-1,2	4,6	-2,8	89	113
31 Indonesien	8 547	5 673	2,0	8,2	2,0	20,6	120	238
32 Kenia	656	941	5,8	-1,0	6,4	-4,5	99	102
33 Uganda	360	80	3,6	-11,4	6,3	-13,7	83	127
34 Jemen, Arabische Rep.	8	410
Länder mit mittlerem Einkommen			5,2	3,8	0,6	6,3		
35 Togo	135	202	8,3	-4,3	8,6	2,6	88	154
36 Ägypten	1 522	3 808	2,2	-6,6	-0,9	15,4	98	109
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	288	254
38 Kamerun	511	609	5,8	0,6	9,3	2,6	91	118
39 Sudan	554	980	0,8	-9,0	1,1	7,8	22	125
40 Angola	535	317	7,7	-13,0	11,6	-17,1	77	169
41 Mauretanien	178	180	55,3	3,3	4,6	13,3	111	74
42 Nigeria	10 567	8 199	4,6	3,2	1,9	21,1	96	322
43 Thailand	2 980	3 572	5,2	9,5	11,3	3,5	97	82
44 Bolivien	513	587	10,4	0,2	8,2	11,2	68	133
45 Honduras	392	453	10,3	-1,4	11,7	-2,0	91	86
46 Senegal	426	713	1,1	6,0	2,8	5,1	92	110
47 Philippinen	2 433	3 950	2,9	3,4	7,2	4,6	108	69
48 Sambia	1 043	654	3,4	-1,5	9,9	-2,1	58	47
49 Liberia	476	399	18,3	4,0	3,0	-1,8	195	78
50 El Salvador	721	705	4,9	3,3	6,4	6,2	90	113
51 Papua-Neuguinea	573	430
52 Kongo, Volksrepublik	182	177	4,9	22,3	-0,9	4,4	97	124
53 Marokko	1 262	2 618	2,5	2,6	3,4	14,0	98	105
54 Rhodesien	87
55 Ghana	804	845	-1,4	-3,3	-1,4	1,1	101	101
56 Elfenbeinküste	1 620	1 296	6,9	6,7	9,9	7,9	81	107
57 Jordanien	209	1 022	10,3	19,6	3,6	10,0	95	100
58 Kolumbien	1 694	1 572	2,3	0,5	2,5	-3,8	89	128
59 Guatemala	760	808	8,4	3,5	7,1	6,7	93	107
60 Ecuador	1 127	993	4,1	10,9	11,8	12,3	110	143
61 Paraguay	179	220	5,1	5,5	7,6	6,9	88	90
62 Korea, Republik	7 716	8 774	35,7	31,7	20,0	12,2	82	78
63 Nicaragua	542	532	9,8	5,2	10,5	4,5	91	101
64 Dominikanische Republik	716	764	-2,5	4,0	10,0	6,9	75	118
65 Syrien, Arabische Republik	1 065	1 986	3,7	10,5	4,2	17,6	103	154

	Warenhandel (in Mio US-\$)		Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten ^a				Terms of Trade 1970 = 100	
			Exporte		Importe			
	Exporte	Importe	1960-70	1970-76	1960-70	1970-76	1960	1976
66 Peru	1 365	2 183	2,9	-5,3	3,8	7,4	68	80
67 Tunesien	789	1 529	3,7	2,1	2,4	13,8	101	152
68 Malaysia	5 707	4 245	8,9	4,3	5,6	6,5	115	87
69 Algerien	5 061	5 312	1,3	-2,3	-0,9	19,0	91	308
70 Türkei	1 960	4 993	5,5	1,9	1,6	13,6	..	82
71 Costa Rica	584	774	9,0	4,0	10,0	1,5	101	97
72 Chile	1 684	2 071	2,3	7,9	4,9	-4,0	63	43
73 China, Republik	8 156	1 609	23,7	16,2	17,9	12,6
74 Jamaika	633	913	5,6	-4,4	8,2	-3,6	98	106
75 Libanon	800	810	14,2	6,2	5,2	-7,7	78	86
76 Mexiko	3 298	6 030	3,2	2,9	6,8	5,5	87	91
77 Brasilien	10 128	13 622	4,6	10,3	5,0	12,6	90	99
78 Panama	277	838	10,9	3,1	10,5	-3,7	81	72
79 Irak	8 835	3 461	3,7	-6,3	1,5	30,2	98	451
80 Uruguay	536	599	2,5	-0,1	-2,8	-1,6	102	82
81 Rumänien	6 138	6 095
82 Argentinien	3 916	3 033	3,3	1,6	0,4	-1,1	100	96
83 Jugoslawien	4 878	7 367	8,1	5,8	9,0	4,7	96	93
84 Portugal	1 820	4 317	10,7	4,7	9,6	3,8	83	95
85 Iran	23 380	12 894	9,8	5,0	11,3	28,3	94	406
86 Hongkong	8 526	8 882	12,7	8,6	9,2	9,3	..	105
87 Trinidad und Tobago	2 213	1 976	2,2	-0,3	3,2	-4,9	92	111
88 Venezuela	9 149	6 023	-0,6	-10,0	4,4	12,5	85	323
89 Griechenland	2 543	6 013	10,7	12,3	10,0	2,9	92	83
90 Singapur	6 585	9 070	4,2	14,1	5,9	13,9	..	102
91 Spanien	8 727	17 463	9,8	11,3	16,3	6,4	93	69
92 Israel	2 310	4 052	10,9	9,0	8,8	5,4	91	88
Industrielländer			7,6	7,8	8,6	9,5		
93 Südafrika	4 776	6 751	5,2	3,7	8,0	-0,8	100	88
94 Irland	3 313	4 192	5,4	3,4	6,3	0,8	94	106
95 Italien	36 969	43 428	13,4	2,7	9,7	-1,1	104	77
96 Großbritannien	46 271	55 986	3,0	0,6	3,2	-1,9	95	83
97 Neuseeland	2 795	3 254	2,7	1,2	0,6	4,7	115	90
98 Japan	67 225	64 799	17,2	14,3	13,8	9,5	102	71
99 Österreich	8 507	11 523	9,9	15,8	9,8	15,6	100	95
100 Finnland	6 342	7 393	3,7	4,0	3,7	6,0	98	101
101 Australien	12 868	11 084	7,2	7,8	6,3	5,4	116	86
102 Niederlande	40 167	39 574	10,2	14,6	10,1	10,0	100	91
103 Frankreich	55 817	64 404	7,6	11,7	10,3	11,4	93	95
104 Belgien	32 847	35 368	10,7	11,7	10,5	12,1	110	93
105 Deutschland, Bundesrep.	102 032	87 782	12,6	15,1	11,0	13,6	90	101
106 Norwegen	7 917	11 109	10,4	13,3	9,1	11,8	91	102
107 Dänemark	9 113	12 419	6,2	9,7	6,8	11,9	108	94
108 Kanada	38 128	37 910	9,2	3,8	8,6	9,7	98	111
109 Vereinigte Staaten	113 323	128 872	5,7	5,6	9,7	5,2	93	82
110 Schweden	18 440	19 334	7,8	7,3	7,1	8,2	109	102
111 Schweiz	14 845	14 774	7,0	15,3	7,2	11,5	91	108
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß			7,6	-9,1	11,1	28,3		
112 Saudi-Arabien	36 119	11 579	7,6	11,8	11,1	45,5	97	432
113 Libyen	8 438	3 950	60,1	-10,7	15,5	28,3	93	337
114 Kuwait	9 843	3 321	5,3	-9,1	10,6	17,6	99	462
Staatshandelsländer			..	10,4	..	10,5		
115 China, Volksrepublik
116 Korea, Demokr. Republik
117 Albanien
118 Kuba	0,6	-0,8	5,4	2,4	81	116
119 Mongolei
120 Ungarn	4 934	5 529	..	13,5	..	10,5	..	85
121 Bulgarien	5 382	5 626	..	10,4	..	12,6
122 Sowjetunion	37 169	38 108	..	7,9	..	11,3
123 Polen	11 017	13 867	..	14,7	..	19,4	..	104
124 Tschechoslowakei	9 035	9 706	..	6,3	..	6,4
125 Deutschland, Demokr. Rep.	10 087	11 290	..	17,9	..	8,3

^a Siehe Technische Erläuterungen

Tabelle 7: Struktur des Warenhandels

	Anteil an den Warenexporten (%)				Anteil an den Warenimporten (%)					
	Rohstoffe		Fertigwaren		Nahrungsmittel		Brennstoffe		Sonstige	
	1960	1975	1960	1975	1960 ^a	1975	1960 ^a	1975	1960 ^a	1975
Länder mit niedrigem Einkommen	99	94	1	8	17	21	7	10	76	69
1 Bhutan
2 Kambodscha	100	..	0	..	10	..	7	..	83	..
3 Laotische Demokr. Rep.
4 Äthiopien	100	98	0	2	2	5	10	17	88	78
5 Mali	97	92	3	8	20	..	5	..	75	..
6 Bangladesch	..	37	..	63	..	51	..	8	..	41
7 Ruanda	..	97	..	3	..	19	..	8	..	73
8 Somalia	88	97	12	3	24	..	4	..	72	..
9 Obervolta	100	94	0	6	19	21	5	9	76	70
10 Birma	98	97	2	3	14	..	4	..	82	..
11 Burundi
12 Tschad	97	100	3	..	19	..	12	..	69	..
13 Nepal	12
14 Benin, Volksrepublik	100	100	0	..	17	..	10	..	73	..
15 Malawi	..	94	..	5
16 Zaire	99	97	1	3	16	17	10	10	74	73
17 Guinea	100	99	0	1	10	..	8	..	82	..
18 Indien	56	55	44	45	21	26	6	23	73	51
19 Vietnam, Sozial. Rep.	100	..	0
20 Afghanistan	86	85	14	15	14	..	7	..	79	..
21 Niger	100	91	0	9	24	22	5	13	71	65
22 Lesotho
23 Mozambik	100	96	0	4	13	..	5	..	82	..
24 Pakistan	78	45	22	55	22	24	10	18	68	58
25 Tansania	..	88	..	12	12	20	9	11	79	69
26 Haiti	100	66	0	34	..	29	..	9	..	62
27 Madagaskar	94	95	6	5	17	..	6	..	77	..
28 Sierra Leone	35	42	65	58	23	..	12	..	65	..
29 Sri Lanka	99	89	1	11	39	50	7	17	54	33
30 Zentralafrik. Kaiserreich	98	76	2	24	15	16	9	1	76	83
31 Indonesien	100	99	0	1	23	13	5	5	72	82
32 Kenia	88	87	12	13	12	6	11	28	77	66
33 Uganda	100	100	0	..	6	5	8	2	86	93
34 Jemen, Arabische Rep.	..	93	..	7	..	45	..	5	..	50
Länder mit mittlerem Einkommen	95	82	5	17	16	14	8	14	77	71
35 Togo	97	94	3	6	16	14	6	7	78	79
36 Ägypten	90	66	10	34	23	36	11	7	66	57
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	18	..	46	..	36	..
38 Kamerun	96	89	4	11	20	11	8	10	72	79
39 Sudan	100	99	0	1	17	19	8	4	75	77
40 Angola	100	93	0	7	16	..	6	..	78	..
41 Mauretanien	73	96	27	4	5	..	3	..	92	..
42 Nigeria	97	99	3	1	14	10	5	3	81	87
43 Thailand	98	77	2	23	10	4	11	22	79	74
44 Bolivien	99	97	1	3
45 Honduras	98	89	2	11	13	13	9	17	78	70
46 Senegal	97	78	3	22	30	18	5	29	65	53
47 Philippinen	93	83	7	17	15	11	10	22	75	67
48 Sambia	..	99	..	1	..	8	..	14	..	78
49 Liberia	100	98	0	2	16	14	4	15	80	71
50 El Salvador	94	71	6	29	17	..	6	..	77	..
51 Papua-Neuguinea	92	..	8	..	30	..	6	..	64	..
52 Kongo, Volksrepublik	91	88	9	12	18	16	6	8	76	76
53 Marokko	92	87	8	13	27	30	8	11	65	59
54 Rhodesien
55 Ghana	90	98	10	2	19	14	5	17	76	69
56 Elfenbeinküste	99	88	1	12	18	15	6	14	76	71
57 Jordanien	96	80	4	20	32	25	8	11	60	64
58 Kolumbien	98	79	2	21	8	9	3	1	89	90
59 Guatemala	97	75	3	25	12	..	10	..	78	..
60 Ecuador	99	97	1	3	13	..	3	..	84	..
61 Paraguay	100	90	0	10	15	..	11	..	74	..
62 Korea, Republik	86	18	14	82	10	14	7	19	83	67
63 Nicaragua	98	83	2	17	9	9	10	14	81	77
64 Dominikanische Republik	98	83	2	17	5	..	10	..	85	..
65 Syrien, Arabische Republik	81	91	19	9	24	21	8	7	68	72

	Anteil an den Warenexporten (%)				Anteil an den Warenimporten (%)					
	Rohstoffe		Fertigwaren		Nahrungsmittel		Brennstoffe		Sonstige	
	1960	1975	1960	1975	1960 ^a	1975	1960 ^a	1975	1960 ^a	1975
66 Peru	99	95	1	5	11	..	3	..	86	..
67 Tunesien	90	80	10	20	20	19	9	10	71	71
68 Malaysia	94	82	6	18	..	18	..	12	..	70
69 Algerien	93	98	7	2	23	..	9	..	68	..
70 Türkei	75	64	25	36	7	7	11	18	82	75
71 Costa Rica	95	74	5	26	13	10	6	11	81	79
72 Chile	..	82	4	8	10	..	10	..	80	..
73 China, Republik	80	..	14	..	13	..	7	..	80	..
74 Jamaika	95	45	5	55	22	20	8	19	70	61
75 Libanon	59	53	41	47	16	..	9	..	75	..
76 Mexiko	88	48	12	52	4	..	2	..	94	..
77 Brasilien	97	73	3	27	14	6	19	26	67	68
78 Panama	100	..	0	..	15	7	10	42	75	51
79 Irak	100	100	0	(.)	18	18	1	(.)	81	82
80 Uruguay	83	70	17	30	8	..	18	..	74	..
81 Rumänien	78	59	22	41
82 Argentinien	96	75	4	25	3	5	13	13	84	82
83 Jugoslawien	56	28	44	72	11	7	5	12	84	81
84 Portugal	45	29	55	71	15	23	10	15	75	62
85 Iran	97	99	3	1	13	16	1	(.)	86	84
86 Hongkong	20	3	80	97	27	21	3	6	70	73
87 Trinidad und Tobago	96	94	4	6	16	10	34	51	50	39
88 Venezuela	100	99	0	1	18	12	1	1	81	87
89 Griechenland	91	52	9	48	11	10	8	22	81	68
90 Singapur	74	57	26	43	21	11	15	25	64	64
91 Spanien	78	30	12	70	16	17	22	26	62	57
92 Israel	39	17	61	83	20	16	7	15	73	69
Industrieländer	48	24	52	76	17	11	10	17	73	73
93 Südafrika	71	76	29	24	6	4	7	(.)	87	96
94 Irland	72	54	28	46	18	14	12	14	70	72
95 Italien	27	17	73	83	20	19	14	27	66	54
96 Großbritannien	16	17	84	83	36	19	11	18	53	63
97 Neuseeland	97	86	3	14	8	7	8	14	84	79
98 Japan	11	4	89	96	17	18	17	44	66	38
99 Österreich	48	15	52	85	16	8	10	13	74	79
100 Finnland	53	23	47	77	13	8	10	19	77	73
101 Australien	92	83	8	17	6	5	10	10	84	85
102 Niederlande	50	46	50	54	18	16	13	18	69	66
103 Frankreich	27	24	73	76	25	13	17	23	58	64
104 Belgien	24	22	76	78	15	13	10	14	75	73
105 Deutschland, Bundesrep.	13	11	87	89	26	16	8	18	66	66
106 Norwegen	55	38	45	62	12	7	9	10	79	83
107 Dänemark	65	43	35	57	18	10	12	19	70	71
108 Kanada	70	53	30	47	12	8	9	12	79	80
109 Vereinigte Staaten	37	31	63	69	24	11	10	27	66	62
110 Schweden	39	22	61	78	13	8	14	17	73	75
111 Schweiz	10	8	90	92	18	13	8	10	74	77
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß	..	99	..	1
112 Saudi-Arabien	100	99	0	1
113 Libyen	100	100	0	0	13	17	5	2	82	81
114 Kuwait	..	92	..	8	..	17	..	1	..	82
Staatshandelsländer	65	47	35	53	11	..	10	..	80	..
115 China, Volksrepublik
116 Korea, Demokr. Republik
117 Albanien	94	..	6	..	9	..	13	..	78	..
118 Kuba	95	99	5	1
119 Mongolei
120 Ungarn	44	43	56	57	8	8	12	14	80	76
121 Bulgarien	69	48	31	52	2	..	6	..	92	..
122 Sowjetunion	68	77	32	33	12	23	4	4	84	73
123 Polen	62	47	38	53	13	10	7	10	80	80
124 Tschechoslowakei	35	34	65	66	26	11	28	13	46	76
125 Deutschland, Demokr. Rep.	37	35	63	65

^a Kursiv geschriebene Zahlen in diesen Spalten gelten nicht für das Jahr 1960, sondern für 1961

Tabelle 8: Warenexporte nach Bestimmungsland
(in % der Grundgesamtheit)

Nach Von	Entwickelte Länder ^a		Entwicklungsländer ^a		Staatshandelsländer ^a	
	1960	1976	1960	1976	1960	1976
Länder mit niedrigem Einkommen	71	65	25	30	1	1
1 Bhutan
2 Kambodscha	61	..	28	..	11	..
3 Laotische Demokr. Rep.	0	32	100	68	0	0
4 Äthiopien	69	65	30	32	1	3
5 Mali	93	70	7	13	0	17
6 Bangladesch	..	49	..	42	..	9
7 Ruanda	..	95	..	5	..	(.)
8 Somalia	85	19	15	76	0	5
9 Obervolta	4	72	96	27	0	1
10 Birma	23	28	71	71	6	1
11 Burundi	..	94	..	3	..	3
12 Tschad	73	65	27	35	0	0
13 Nepal	..	31	..	69	..	0
14 Benin, Volksrepublik	98	63	2	28	0	9
15 Malawi	..	85	..	15	..	(.)
16 Zaire	95	96	5	4	(.)	(.)
17 Guinea	63	75	19	25	18	0
18 Indien	66	54	26	33	8	13
19 Vietnam, Sozial. Rep.
20 Afghanistan	48	50	24	31	28	19
21 Niger	74	86	26	14	0	0
22 Lesotho
23 Mozambik	31	63	69	37	(.)	(.)
24 Pakistan	60	40	32	55	8	5
25 Tansania	75	57	24	38	1	5
26 Haiti	98	99	0	1	2	0
27 Madagaskar	79	79	20	21	1	0
28 Sierra Leone	99	97	1	3	0	0
29 Sri Lanka	76	51	13	38	11	11
30 Zentralafrik. Kaiserreich	85	75	15	24	0	1
31 Indonesien	54	78	38	21	8	1
32 Kenia	79	55	20	44	1	1
33 Uganda	63	86	33	10	4	4
34 Jemen, Arabische Rep.	46	21	36	46	18	33
Länder mit mittlerem Einkommen	81	72	15	24	1	1
35 Togo	74	87	26	12	0	1
36 Ägypten	26	39	29	17	45	44
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	..	86	..	12	..	2
38 Kamerun	93	73	6	19	1	8
39 Sudan	59	56	27	34	14	10
40 Angola	64	70	34	29	2	1
41 Mauretanien	89	86	11	14	0	0
42 Nigeria	95	82	4	17	1	1
43 Thailand	47	60	51	38	2	2
44 Bolivien	88	60	12	40	0	0
45 Honduras	77	85	23	15	0	(.)
46 Senegal	89	83	11	17	0	(.)
47 Philippinen	94	83	5	12	1	5
48 Sambia	..	91	..	9	..	0
49 Liberia	100	89	0	10	0	1
50 El Salvador	88	79	12	20	0	1
51 Papua-Neuguinea	..	91	..	7	..	2
52 Kongo, Volksrepublik	93	72	7	27	0	1
53 Marokko	75	66	21	22	4	12
54 Rhodesien
55 Ghana	90	73	3	12	7	15
56 Elfenbeinküste	85	76	15	22	0	2
57 Jordanien	1	10	88	79	11	11
58 Kolumbien	94	79	6	20	(.)	1
59 Guatemala	94	69	6	30	0	1
60 Ecuador	91	60	9	37	0	3
61 Paraguay	61	68	39	32	0	0
62 Korea, Republik	89	78	11	22	0	0
63 Nicaragua	91	73	9	27	(.)	(.)
64 Dominikanische Republik	92	93	8	7	0	0
65 Syrien, Arabische Republik	34	61	42	23	24	16

Von	Nach	Entwickelte Länder ^a		Entwicklungsländer ^a		Staatshandelsländer ^a	
		1960	1976	1960	1976	1960	1976
66	Peru	84	63	16	21	(.)	16
67	Tunesien	77	66	20	30	3	4
68	Malaysia	59	62	35	34	6	4
69	Algerien	92	89	7	9	1	2
70	Türkei	71	73	17	20	12	7
71	Costa Rica	93	72	7	27	0	1
72	Chile	91	64	9	35	(.)	1
73	China, Republik	56	73	44	27	0	0
74	Jamaika	96	85	4	14	0	1
75	Libanon	24	7	70	88	6	5
76	Mexiko	93	78	7	21	(.)	1
77	Brasilien	82	62	12	30	6	8
78	Panama	99	72	1	28	0	(.)
79	Irak	85	56	14	44	1	(.)
80	Uruguay	83	52	7	44	10	4
81	Rumänien	20	31	9	25	71	44
82	Argentinien	75	47	19	46	6	7
83	Jugoslawien	48	39	19	21	33	40
84	Portugal	57	80	41	16	2	4
85	Iran	70	76	27	24	3	0
86	Hongkong	55	74	42	25	3	1
87	Trinidad und Tobago	80	82	20	18	0	(.)
88	Venezuela	62	67	38	33	0	(.)
89	Griechenland	65	62	13	28	22	10
90	Singapur	39	49	54	49	7	2
91	Spanien	80	65	17	32	3	3
92	Israel	77	75	21	24	2	1
Industrieländer		73	71	19	21	4	5
93	Südafrika	71	79	27	21	2	(.)
94	Irland	96	90	4	9	(.)	1
95	Italien	66	67	28	28	6	5
96	Großbritannien	61	67	36	30	3	3
97	Neuseeland	92	71	7	23	1	6
98	Japan	46	47	52	46	2	7
99	Österreich	70	65	15	20	15	15
100	Finnland	70	67	11	9	19	24
101	Australien	76	70	19	23	5	7
102	Niederlande	79	85	19	13	2	2
103	Frankreich	53	66	43	29	4	5
104	Belgien	79	84	17	14	4	2
105	Deutschland, Bundesrep.	71	71	24	23	5	6
106	Norwegen	81	82	14	15	5	3
107	Dänemark	83	82	13	15	4	3
108	Kanada	91	88	8	9	1	3
109	Vereinigte Staaten	62	58	37	39	1	3
110	Schweden	80	76	15	18	5	6
111	Schweiz	73	68	23	27	4	5
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß		75	72	25	28	0	(.)
112	Saudi-Arabien	75	72	25	28	0	0
113	Libyen	67	82	26	18	7	(.)
114	Kuwait	91	59	9	41	0	(.)
Staatshandelsländer		18	..	7	..	72	..
115	China, Volksrepublik	15	..	24	..	61	..
116	Korea, Demokr. Republik
117	Albanien	1	..	1	..	98	..
118	Kuba	72	..	9	..	19	..
119	Mongolei
120	Ungarn	23	..	6	..	71	..
121	Bulgarien	13	..	3	..	84	..
122	Sowjetunion	18	..	7	..	75	..
123	Polen	30	..	7	..	63	..
124	Tschechoslowakei	17	..	11	..	72	..
125	Deutschland, Demokr. Rep.	20	..	4	..	76	..

^a Zur Zusammensetzung dieser Ländergruppen vgl. Technische Erläuterungen

Tabelle 9: Zahlungsbilanzen und Schuldendienstrelationen

	Leistungsbilanzsaldo vor Zinszahlungen auf die öffentliche Auslands- verschuldung (in Mio US-\$)		Zinszahlungen auf die öffentliche Auslands- verschuldung (in Mio US-\$)		Schuldendienst in % von: ^a			
	1970	1976	1970	1976	BSP		Exporte von Waren und Dienstleistungen	
					1970	1976	1970	1976
Länder mit niedrigem Einkommen					1,0	1,1	4,6	7,2
1 Bhutan
2 Kambodscha
3 Laotische Demokr. Rep.
4 Äthiopien	-25	-22	6	11	1,2	0,9	11,3	6,3
5 Mali	-2	-32	(.)	9	0,4	0,5	1,8	3,2
6 Bangladesch	..	-231	..	29	..	1,3	..	13,4
7 Ruanda	..	16	(.)	(.)	(.)	(.)	1,3	0,6
8 Somalia	..	-69	2,0	3,0
9 Obervolta	9	-40	(.)	1	0,6	0,7	3,9	4,8
10 Birma	-61	-22	3	8	1,0	1,0	16,1	16,3
11 Burundi	(.)	1	0,2	0,6
12 Tschad	2	-3	(.)	2	1,0	1,4	3,5	4,8
13 Nepal	..	39	(.)	1	0,3	0,1	..	2,3
14 Benin, Volksrepublik	1	-21	(.)	1	0,7	1,7	2,2	4,9
15 Malawi	-32	-71	3	6	1,8	1,9	7,0	7,2
16 Zaire	-54	-544	9	35	2,2	1,6	4,6	12,9
17 Guinea	3,6	16,7	3,8	6,1
18 Indien	-186	1 063	189	253	0,9	0,9	22,0	12,0
19 Vietnam, Sozial. Rep.
20 Afghanistan	..	64	2,1	1,1	25,2	7,3
21 Niger	1	-8	1	2	0,9	0,9	3,8	7,3
22 Lesotho	(.)	(.)	0,5	0,2
23 Mozambik
24 Pakistan	-591	-634	76	129	1,9	2,0	23,6	18,2
25 Tansania	-29	10	6	13	1,3	1,1	5,0	4,3
26 Haiti	..	-14	(.)	(.)	1,0	1,2	7,7	8,2
27 Madagaskar	2	5	0,8	0,7	3,5	..
28 Sierra Leone	-13	-59	3	4	3,0	3,7	10,0	8,3
29 Sri Lanka	-47	17	12	23	1,7	4,1	9,6	20,1
30 Zentralafrik. Kaiserreich	..	9	(.)	2	0,9	1,8	3,2	7,2
31 Indonesien	-289	-932	21	354	0,9	2,3	6,6	7,1
32 Kenia	-38	-61	11	23	1,2	1,4	3,7	3,6
33 Uganda	24	-45	4	2	0,6	0,2	2,5	1,6
34 Jemen, Arabische Rep.	..	297
Länder mit mittlerem Einkommen					1,4	2,0	7,5	8,0
35 Togo	4	-61	1	4	0,9	2,0	2,9	9,9
36 Ägypten	-116	-730	38	77	4,1	6,0	28,7	17,6
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	(.)	..	(.)
38 Kamerun	-26	-83	4	19	0,9	1,8	3,1	6,0
39 Sudan	-30	-110	12	55	1,2	2,6	10,3	16,7
40 Angola
41 Mauretanien	-12	-52	(.)	3	1,5	14,7	3,2	33,2
42 Nigeria	-348	-311	20	39	0,7	0,9	4,1	2,3
43 Thailand	-234	-426	16	44	0,6	0,6	3,3	2,4
44 Bolivien	-15	-83	6	35	2,7	4,3	10,9	16,4
45 Honduras	-61	-94	3	15	0,8	2,5	2,8	6,3
46 Senegal	-15	-37	1	18	0,7	2,1	2,4	5,7
47 Philippinen	2	-1 019	26	87	1,5	1,3	7,6	6,6
48 Sambia	131	-571	23	52	3,2	2,4	5,4	8,9
49 Liberia	6	6	5,5	2,7
50 El Salvador	12	34	4	12	0,9	1,7	3,6	4,2
51 Papua-Neuguinea	1	19	(.)	2,2
52 Kongo, Volksrepublik	..	-218	3	6	3,2	2,3	..	5,3
53 Marokko	-101	-1 308	23	89	1,8	2,5	7,7	12,6
54 Rhodesien	4	2	0,6	0,2
55 Ghana	-56	-72	12	17	1,1	0,5	4,9	4,6
56 Elfenbeinküste	-26	-139	12	66	2,7	4,0	6,7	9,1
57 Jordanien	18	90	2	8	0,7	1,8	3,6	2,8
58 Kolumbien	-250	477	43	125	1,7	1,8	11,6	9,4
59 Guatemala	-2	-193	6	13	1,4	0,4	7,4	1,8
60 Ecuador	-106	24	7	25	1,5	1,7	9,0	5,8
61 Paraguay	-14	-87	3	7	1,7	1,1	11,1	8,7
62 Korea, Republik	-546	33	77	345	3,7	3,8	22,0	8,9
63 Nicaragua	-33	-22	7	44	3,0	4,6	10,4	12,2
64 Dominikanische Republik	-121	-36	4	12	1,1	1,4	6,4	7,5
65 Syrien, Arabische Republik	-64	-746	6	27	2,1	1,7	11,0	7,9

	Leistungsbilanzsaldo vor Zinszahlungen auf die öffentliche Auslands- verschuldung (in Mio US-\$)		Zinszahlungen auf die öffentliche Auslands- verschuldung (in Mio US-\$)		Schuldendienst in % von: ^a			
	1970	1976	1970	1976	BSP		Exporte von Waren und Dienstleistungen	
					1970	197	1970	1976
66 Peru	248	-1 012	46	178	2,8	3,5	13,6	21,6
67 Tunesien	-36	-147	17	41	4,4	2,4	17,1	6,8
68 Malaysia	33	-126	21	120	1,3	2,2	3,0	4,3
69 Algerien	-116	-542	10	341	0,9	5,7	3,2	14,1
70 Türkei	-28	-1 785	42	114	1,3	0,7	21,4	11,2
71 Costa Rica	-67	-178	7	28	2,9	3,0	9,7	9,4
72 Chile	-13	252	78	209	2,8	8,4	18,9	32,9
73 China, Republik	24	538	23	145	1,4	1,9	4,5	3,5
74 Jamaika	-145	-248	8	54	1,3	4,5	2,9	11,1
75 Libanon	1	2	0,2	..	0,5	..
76 Mexiko	-851	-2 413	217	1 070	2,1	3,1	23,6	32,3
77 Brasilien	-438	677	124	734	1,0	1,3	14,1	14,8
78 Panama	..	-134	7	60	3,0	4,2	7,7	8,1
79 Irak	110	298	9	13	0,9	0,4	2,2	0,9
80 Uruguay	-29	-17	16	57	2,6	5,7	21,5	29,2
81 Rumänien	106	122
82 Argentinien	-39	869	120	258	1,9	0,9	21,4	18,3
83 Jugoslawien	-276	-915	72	141	1,7	1,4	8,2	5,5
84 Portugal	..	-1 185	28	41	1,3	0,7	27,2	5,1
85 Iran	-423	5 396	84	332	3,0	1,5	12,2	4,3
86 Hongkong	2	..	0,1
87 Trinidad und Tobago	6	10	1,5	3,0	2,0	2,6
88 Venezuela	-17	1 580	41	122	0,8	1,3	2,9	3,9
89 Griechenland	-364	-906	41	177	1,0	2,2	10,1	11,2
90 Singapur	-566	-841	6	35	0,6	1,3	0,6	0,8
91 Spanien	151	-4 169	72	267	0,5	0,5	3,6	3,6
92 Israel	-560	-835	13	196	0,7	4,0	2,6	12,1
Industrielländer^a								
93 Südafrika	-1 215	-1 965
94 Irland	-183	-66
95 Italien	762	-2 846
96 Großbritannien	1 760	-2 502
97 Neuseeland	36	-542
98 Japan	1 970	3 691
99 Österreich	-22	-1 505
100 Finnland	-239	-1 168
101 Australien	-854	-1 397
102 Niederlande	-522	2 367
103 Frankreich	-152	-6 034
104 Belgien	715	-301
105 Deutschland, Bundesrep.	848	3 384
106 Norwegen	-242	-3 729
107 Dänemark	-544	-1 904
108 Kanada	1 077	-4 361
109 Vereinigte Staaten	2 357	3 477
110 Schweden	-266	-1 966
111 Schweiz	70	3 500
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß								
112 Saudi-Arabien	71	13 629
113 Libyen	645	1 698
114 Kuwait
Staatshandelsländer^a								
115 China, Volksrepublik
116 Korea, Demokr. Republik
117 Albanien
118 Kuba
119 Mongolei
120 Ungarn
121 Bulgarien
122 Sowjetunion
123 Polen
124 Tschechoslowakei
125 Deutschland, Demokr. Rep.

^a Siehe Technische Erläuterungen

Tabelle 10: Externe Kapitalströme

	Öffentliche und öffentlich garantierte mittel- und langfristige Kredite (in Mio US-\$)						Private Netto- Direktinvestitionen (in Mio US-\$)	
	Bruttozufluß		Schuldentilgung		Nettozufluß		1970	1976
	1970	1976	1970	1976	1970	1976		
Länder mit niedrigem Einkommen								
1 Bhutan
2 Kambodscha
3 Laotische Demokr. Rep.
4 Äthiopien	27	73	15	14	12	59	4	4
5 Mali	21	39	1	3	20	36	..	3
6 Bangladesch	..	347	..	36	..	311
7 Ruanda	(.)	14	(.)	(.)	(.)	14	(.)	4
8 Somalia	4	56	1	2	3	54	5	2
9 Obervolta	2	25	2	3	(.)	22	(.)	..
10 Birma	16	61	18	25	-2	36
11 Burundi	1	4	(.)	2	1	2
12 Tschad	6	26	2	5	4	21	1	27
13 Nepal	1	12	2	1	-1	11
14 Benin, Volksrepublik	2	31	1	6	1	25	7	..
15 Malawi	38	36	3	7	35	29	9	..
16 Zaire	32	329	30	14	2	315	42	..
17 Guinea	110	661	10	37	102	642
18 Indien	890	1 329	307	502	583	827	6	..
19 Vietnam, Sozial. Rep.	-1	..
20 Afghanistan	35	119	14	18	21	101
21 Niger	16	12	2	4	14	8	1	..
22 Lesotho	(.)	2	(.)	(.)	(.)	2
23 Mozambik
24 Pakistan	481	883	114	140	367	743	23	8
25 Tansania	50	117	10	15	40	102
26 Haiti	4	40	4	11	(.)	29	3	5
27 Madagaskar	11	20	5	9	6	11	20	..
28 Sierra Leone	8	24	10	17	-2	7	8	..
29 Sri Lanka	61	190	25	104	36	86	(.)	..
30 Zentralafrik. Kaiserreich	10	23	2	5	8	18	1	4
31 Indonesien	379	2 366	57	435	322	1 931	83	..
32 Kenia	30	204	7	20	23	184	14	42
33 Uganda	26	31	4	3	22	28	4	-7
34 Jemen, Arabische Rep.
Länder mit mittlerem Einkommen								
35 Togo	5	62	2	9	3	53	1	..
36 Ägypten	302	1 418	247	552	55	866	..	42
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	1	118
38 Kamerun	28	193	4	22	24	171	16	31
39 Sudan	39	389	21	63	18	326
40 Angola
41 Mauretanien	4	158	3	65	1	93	-1	50
42 Nigeria	61	65	36	211	25	-146	205	387
43 Thailand	55	242	23	43	32	199	43	79
44 Bolivien	54	288	17	70	37	218	-76	12
45 Honduras	29	84	3	13	26	71	8	8
46 Senegal	19	70	5	24	14	46	5	..
47 Philippinen	123	890	76	136	47	754	-29	127
48 Sambia	335	270	31	45	304	225	-297	..
49 Liberia	7	34	11	14	-4	20
50 El Salvador	8	91	6	23	2	68	4	10
51 Papua-Neuguinea	50	34	0	7	50	27
52 Kongo, Volksrepublik	30	53	6	10	24	43
53 Marokko	163	707	36	128	127	579	20	38
54 Rhodesien	5	6
55 Ghana	40	47	12	23	28	24	68	13
56 Elfenbeinküste	76	355	27	109	49	246	31	50
57 Jordanien	16	145	3	20	13	125	..	7
58 Kolumbien	235	250	75	150	160	100	39	49
59 Guatemala	37	58	20	6	17	52	29	96
60 Ecuador	42	239	16	56	26	183	89	80
61 Paraguay	15	59	7	12	8	47	4	-32
62 Korea, Republik	462	1 701	235	495	227	1 206	38	173
63 Nicaragua	43	76	16	33	27	43	15	12
64 Dominikanische Republik	42	118	12	42	30	76	72	..
65 Syrien, Arabische Republik	60	392	30	82	30	310

	Öffentliche und öffentlich garantierte mittel- und langfristige Kredite (in Mio US-\$)						Private Netto-Direktinvestitionen (in Mio US-\$)	
	Bruttozufluß		Schuldentilgung		Nettozufluß		1970	1976
	1970	1976	1970	1976	1970	1976		
66 Peru	168	886	122	202	46	684	-70	170
67 Tunesien	82	365	44	69	38	296	16	..
68 Malaysia	44	445	32	118	12	327	94	..
69 Algerien	292	1 938	33	433	259	1 505	45	..
70 Türkei	321	511	129	154	192	357	58	28
71 Costa Rica	30	156	21	40	9	116	26	55
72 Chile	397	428	163	548	234	-120	-79	-5
73 China, Republik	154	755	54	174	100	581	61	69
74 Jamaika	15	196	8	51	7	145	161	-1
75 Libanon	12	..	2	6	10	-6	17	..
76 Mexiko	782	5 506	475	1 217	307	4 289	323	689
77 Brasilien	992	4 126	316	924	676	3 202	131	1 009
78 Panama	67	362	24	38	43	324	33	..
79 Irak	63	47	18	48	45	-1	24	..
80 Uruguay	37	218	47	148	-10	70
81 Rumänien
82 Argentinien	489	1 908	341	590	148	1 318	11	..
83 Jugoslawien	180	538	168	364	12	174
84 Portugal	20	236	62	93	-42	143	..	55
85 Iran	914	1 118	235	655	679	463	25	..
86 Hongkong	..	44	1	2	-1	42
87 Trinidad und Tobago	8	11	6	62	2	-51	83	82
88 Venezuela	224	1 041	42	287	182	754	-23	-828
89 Griechenland	164	256	61	310	103	-54	50	10
90 Singapur	49	189	5	39	44	150	93	722
91 Spanien	268	1 533	123	255	145	1 278	179	165
92 Israel	410	1 240	25	337	385	903	39	35
Industrieländer^a								
93 Südafrika	318	-95
94 Irland	32	..
95 Italien	496	-60
96 Großbritannien	-460	-2 026
97 Neuseeland	22	179
98 Japan	-261	-1 786
99 Österreich	84	50
100 Finnland	-34	27
101 Australien	787	784
102 Niederlande	19	-645
103 Frankreich	249	-391
104 Belgien	162	473
105 Deutschland, Bundesrep.	-278	-927
106 Norwegen	32	185
107 Dänemark	75	92
108 Kanada	566	-965
109 Vereinigte Staaten	-6 125	-7 335
110 Schweden	-105	-495
111 Schweiz
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß								
112 Saudi-Arabien	20	-401
113 Libyen	139	-523
114 Kuwait
Staatshandelsländer^a								
115 China, Volksrepublik
116 Korea, Demokr. Republik
117 Albanien
118 Kuba
119 Mongolei
120 Ungarn
121 Bulgarien
122 Sowjetunion
123 Polen
124 Tschechoslowakei
125 Deutschland, Demokr. Rep.

^a Siehe Technische Erläuterungen

Tabelle 11: Öffentliche Auslandsverschuldung und Währungsreserven

	Ausgezählte und ausstehende öffentliche Auslandsverschuldung				Bruttowährungsreserven		
	(in Mio US-\$)		In % des BSP		(in Mio US-\$)		In Äquivalenten von Monatsimporten
	1970	1976	1970	1976	1970	1976	1976
Länder mit niedrigem Einkommen			14,2	20,9			2,4
1 Bhutan
2 Kambodscha
3 Laotische Demokr. Rep.
4 Äthiopien	169	431	9,5	14,9	71	306	7,5
5 Mali	236	376	87,7	49,5	1	7	0,4
6 Bangladesch	..	1943	..	39,0	..	289	3,6
7 Ruanda	2	35	0,8	8,1	8	64	4,7
8 Somalia	77	277	41,0	70,9	21	85	4,6
9 Obervolta	21	84	6,3	12,4	36	71	3,2
10 Birma	102	321	4,7	9,7	94	126	6,1
11 Burundi	7	24	2,9	5,1	15	49	..
12 Tschad	32	94	11,9	19,7	2	23	1,3
13 Nepal	3	44	0,3	3,2	97	135	9,0
14 Benin, Volksrepublik	41	95	17,2	23,2	16	19	1,0
15 Malawi	121	258	37,7	37,5	29	26	2,4
16 Zaire	309	2002	17,3	63,8	186	105	0,4
17 Guinea	320	872	85,8	99,1
18 Indien	7935	12392	14,8	14,6	1006	3074	2,6
19 Vietnam, Sozial. Rep.	..	240	241
20 Afghanistan	529	911	58,5	37,2	47	169	7,0
21 Niger	36	112	9,8	16,1	19	83	2,4
22 Lesotho	8	15	8,1	8,5
23 Mozambik
24 Pakistan	3060	5968	30,5	45,1	190	532	2,2
25 Tansania	237	914	18,5	35,7	65	112	2,0
26 Haiti	40	92	10,0	9,5	4	28	1,5
27 Madagaskar	94	181	10,9	10,2	37	42	..
28 Sierra Leone	59	159	14,2	27,7	39	25	1,5
29 Sri Lanka	311	682	14,6	22,1	43	92	1,6
30 Zentralafrik. Kaiserreich	20	70	9,4	18,7	1	19	1,6
31 Indonesien	2505	10141	27,8	29,1	160	1499	0,9
32 Kenia	284	688	18,5	22,2	220	276	2,6
33 Uganda	125	212	9,6	6,8	57
34 Jemen, Arabische Rep.	..	274	720	14,9
Länder mit mittlerem Einkommen			13,2	17,0			2,6
35 Togo	40	167	15,3	28,5	35	67	1,7
36 Ägypten	1639	5043	23,7	48,1	167	339	0,8
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	1	226	0,3	48,8	59	82	..
38 Kamerun	131	529	13,1	23,3	81	44	0,7
39 Sudan	293	1267	11,0	27,4	22	24	0,3
40 Angola
41 Mauretanien	27	354	15,6	76,7	3	82	2,6
42 Nigeria	494	954	6,6	3,3	222	5203	5,6
43 Thailand	322	822	4,9	5,2	906	1893	5,5
44 Bolivien	477	1000	54,9	41,4	46	168	2,6
45 Honduras	90	335	13,0	29,1	20	131	2,7
46 Senegal	103	336	12,3	17,0	22	25	0,5
47 Philippinen	635	2126	9,5	12,3	251	1640	4,1
48 Sambia	548	1184	32,0	53,7	514	100	1,3
49 Liberia	156	191	49,2	25,7	..	17	..
50 El Salvador	88	272	8,6	12,9	63	205	2,9
51 Papua-Neuguinea	61	289	10,4	23,3	..	202	..
52 Kongo, Volksrepublik	128	405	46,6	56,5	9	12	0,3
53 Marokko	713	2131	21,4	24,6	140	491	1,6
54 Rhodesien	227	156	15,4	4,5
55 Ghana	486	594	22,4	7,5	58	104	1,3
56 Elfenbeinküste	256	1183	18,2	27,2	119	77	0,5
57 Jordanien	120	447	19,2	28,7	256	491	4,5
58 Kolumbien	1250	2449	18,1	15,6	206	1158	5,2
59 Guatemala	106	212	5,7	5,0	78	511	5,0
60 Ecuador	209	639	13,3	13,0	83	515	4,3
61 Paraguay	98	222	16,7	13,1	18	158	5,9
62 Korea, Republik	1904	6690	22,8	26,7	610	2961	3,5
63 Nicaragua	146	642	19,4	37,8	49	147	2,5
64 Dominikanische Republik	215	528	14,7	14,1	32	127	2,0
65 Syrien, Arabische Republik	232	968	13,7	15,2	55	361	1,7

	Ausgezählte und ausstehende öffentliche Auslandsverschuldung				Bruttowährungsreserven		
	(in Mio US-\$)		In % des BSP		(in Mio US-\$)		In Äquivalenten von Monatsimporten
	1970	1976	1970	1976	1970	1976	1976
66 Peru	898	3 379	14,8	31,3	336	330	1,3
67 Tunesien	524	1 356	37,3	30,3	60	371	2,6
68 Malaysia	364	1 619	9,2	12,1	664	2 472	6,8
69 Algerien	937	5 853	20,6	37,4	339	1 987	3,0
70 Türkei	1 841	3 569	14,4	8,8	431	1 123	2,3
71 Costa Rica	134	534	13,8	24,0	16	98	1,3
72 Chile	2 066	3 527	24,0	39,1	389	460	2,4
73 China, Republik	609	2 236	10,8	13,0	622	1 607	2,2
74 Jamaika	129	855	10,3	36,6	139	32	0,3
75 Libanon	64	40	4,2	..	386	1 677	..
76 Mexiko	3 228	15 547	9,8	20,8	744	1 253	1,4
77 Brasilien	3 680	14 852	8,0	11,7	1 187	6 541	4,5
78 Panama	193	1 091	18,9	46,9	17
79 Irak	274	391	8,8	2,4	462	4 601	5,2
80 Uruguay	267	688	11,0	19,0	175	315	4,8
81 Rumänien
82 Argentinien	1 872	4 255	7,5	4,6	673	1 608	4,8
83 Jugoslawien	1 199	2 488	8,5	6,8	140	2 049	7,2
84 Portugal	473	875	7,1	5,4	1 504	1 302	3,2
85 Iran	2 167	4 271	20,6	6,5	208	8 833	6,2
86 Hongkong	2	62	0,1	0,7
87 Trinidad und Tobago	78	99	9,7	4,1	43	1 014	4,9
88 Venezuela	729	2 970	6,7	9,4	1 021	8 578	11,6
89 Griechenland	905	2 377	8,9	10,4	310	925	1,9
90 Singapur	141	687	7,3	11,8	1 012	3 364	4,1
91 Spanien	1 209	4 761	3,3	4,6	1 817	5 284	3,2
92 Israel	2 274	6 828	41,2	51,1	449	1 373	2,1
Industrieländer^a							1,6
93 Südafrika					1 012	940	0,9
94 Irland					697	1 837	4,2
95 Italien					5 352	6 654	1,6
96 Großbritannien					2 827	4 230	0,7
97 Neuseeland					258	492	1,5
98 Japan					4 840	16 605	2,6
99 Österreich					1 751	4 410	3,6
100 Finnland					460	498	0,7
101 Australien					1 693	3 170	2,4
102 Niederlande					3 241	7 387	1,9
103 Frankreich					4 960	9 728	1,5
104 Belgien					2 847	5 206	1,7
105 Deutschland, Bundesrep.					13 610	34 801	3,7
106 Norwegen					813	2 229	1,6
107 Dänemark					484	915	0,7
108 Kanada					4 679	5 843	1,4
109 Vereinigte Staaten					14 487	18 320	1,4
110 Schweden					761	2 491	1,2
111 Schweiz					5 132	12 993	8,6
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß							..
112 Saudi-Arabien	662	27 025	14,7
113 Libyen	1 590	3 206	5,4
114 Kuwait	203	1 929	..
Staatshandelsländer^a							..
115 China, Volksrepublik				
116 Korea, Demokr. Republik				
117 Albanien				
118 Kuba				
119 Mongolei				
120 Ungarn				
121 Bulgarien				
122 Sowjetunion				
123 Polen				
124 Tschechoslowakei				
125 Deutschland, Demokr. Rep.				

^a Siehe Technische Erläuterungen

Tabelle 12: Öffentliche Entwicklungshilfe der OECD-Mitgliedsländer^a

	1960	1965	1970	1971	1972
in Mio US-\$					
95 Italien	77	60	147	183	102
96 Großbritannien	407	472	447	562	609
97 Neuseeland	14	17	21
98 Japan	105	244	458	511	611
99 Österreich	..	10	11	12	18
100 Finnland	..	2	7	13	20
101 Australien	59	119	202	202	267
102 Niederlande	35	70	196	216	307
103 Frankreich	823	752	971	1075	1320
104 Belgien	101	102	120	146	193
105 Bundesrepublik Deutschland	223	456	599	734	808
106 Norwegen	5	11	37	42	63
107 Dänemark	5	13	59	74	96
108 Kanada	75	96	346	391	492
109 Vereinigte Staaten	2702	3418	3050	3324	3349
110 Schweden	7	38	117	159	198
111 Schweiz	4	12	30	28	65
Insgesamt	4 628	5 875	6 811	7 689	8 539
in % des BSP der Geberländer					
95 Italien	0,22	0,10	0,16	0,18	0,09
96 Großbritannien	0,56	0,47	0,37	0,41	0,39
97 Neuseeland	0,23	0,23	0,25
98 Japan	0,24	0,27	0,23	0,23	0,21
99 Österreich	..	0,11	0,07	0,07	0,09
100 Finnland	..	0,02	0,07	0,12	0,15
101 Australien	0,38	0,53	0,59	0,53	0,59
102 Niederlande	0,31	0,36	0,61	0,58	0,67
103 Frankreich	1,38	0,76	0,66	0,66	0,67
104 Belgien	0,88	0,60	0,46	0,50	0,55
105 Bundesrepublik Deutschland	0,31	0,40	0,32	0,34	0,31
106 Norwegen	0,11	0,16	0,32	0,33	0,43
107 Dänemark	0,09	0,13	0,38	0,43	0,45
108 Kanada	0,19	0,19	0,42	0,42	0,47
109 Vereinigte Staaten	0,53	0,49	0,31	0,32	0,29
110 Schweden	0,05	0,19	0,38	0,44	0,48
111 Schweiz	0,04	0,09	0,15	0,12	0,21
Zusammenfassung					
ODA (in Mrd US-\$, nominal)	4,6	5,9	6,8	7,7	8,5
ODA in % des BSP	0,52	0,44	0,34	0,35	0,33
ODA (in Mrd US-\$ und Preisen von 1977)	12,2	14,1	14,4	15,5	15,8
BSP (in Milliarden US-\$, nominal)	0,9	1,3	2,0	2,2	2,6
ODA-Deflator ^b	0,38	0,42	0,47	0,50	0,54

^a Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) der OPEC-Mitgliedsländer betrug 5,5 Mrd US-\$ im Jahre 1975 und 5,2 Mrd US-\$ im Jahre 1976. Siehe Technische Erläuterungen

^b Siehe Technische Erläuterungen

Geschätzt

1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
in Mio US-\$							
192	216	182	226	234	237	248	271
603	717	863	835	907	949	1073	1194
29	39	66	53	53	67	81	92
1011	1126	1148	1105	1421	2092	2530	3029
40	59	64	48	118	98	110	132
28	38	48	51	49	63	73	90
286	430	507	385	429	505	582	669
322	436	604	720	899	1167	1338	1509
1461	1616	2091	2146	2394	2665	3002	3374
235	271	378	340	369	507	644	749
1102	1433	1689	1384	1386	1883	2092	2313
87	131	184	218	295	406	464	538
132	168	205	214	255	328	386	430
515	713	880	887	994	1341	1582	1818
2968	3439	4007	4334	4123	5492	6171	6896
275	402	566	608	782	909	1047	1162
65	68	104	112	94	104	123	141
9351	11302	13586	13668	14802	18813	21546	24407
in % des BSP der Geberländer							
0,14	0,14	0,11	0,13	0,12	0,11	0,10	0,10
0,34	0,37	0,37	0,38	0,37	0,37	0,38	0,38
0,27	0,31	0,52	0,43	0,37	0,45	0,48	0,49
0,25	0,25	0,23	0,20	0,21	0,27	0,29	0,30
0,15	0,18	0,17	0,12	0,24	0,18	0,18	0,19
0,16	0,17	0,18	0,18	0,17	0,17	0,18	0,20
0,44	0,55	0,60	0,42	0,45	0,47	0,48	0,49
0,54	0,63	0,75	0,82	0,85	1,00	1,02	1,03
0,57	0,59	0,62	0,62	0,63	0,62	0,62	0,63
0,51	0,51	0,59	0,51	0,46	0,64	0,65	0,67
0,32	0,37	0,40	0,31	0,27	0,32	0,32	0,31
0,43	0,57	0,66	0,71	0,82	0,96	0,97	0,98
0,48	0,55	0,58	0,56	0,60	0,67	0,70	0,70
0,43	0,50	0,54	0,46	0,51	0,61	0,64	0,66
0,23	0,24	0,26	0,25	0,22	0,26	0,26	0,26
0,56	0,72	0,82	0,82	1,00	0,97	1,00	1,00
0,16	0,14	0,19	0,19	0,15	0,16	0,17	0,17
9,4	11,3	13,6	13,7	14,8	18,8	21,5	24,4
0,30	0,33	0,36	0,33	0,32	0,35	0,36	0,37
14,3	14,2	15,1	14,8	14,8	17,4	18,6	19,7
3,1	3,4	3,8	4,1	4,6	5,3	5,9	6,6
0,66	0,80	0,90	0,93	1,00	1,08	1,16	1,24

Tabelle 13: Zunahme der Bevölkerung und der Erwerbspersonen

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (%)					
	Bevölkerung insgesamt		Städtische Bevölkerung		Erwerbspersonen	
	1960-70	1970-75	1960-70	1970-75	1960-70	1970-75
Länder mit niedrigem Einkommen	2,4	2,4	5,4	5,5	1,9	2,0
1 Bhutan	2,3	2,3	4,3	4,6	1,8	2,0
2 Kambodscha	2,7	2,8	9,5	6,1	2,1	2,4
3 Laotische Demokr. Rep.	2,4	2,5	5,0	4,9	1,4	1,6
4 Äthiopien	2,0	2,6	6,1	5,6	2,0	2,0
5 Mali	2,1	2,5	4,2	4,6	1,9	2,0
6 Bangladesch	2,8	2,0	4,8	3,8	2,4	1,5
7 Ruanda	3,6	2,3	7,3	7,7	2,5	2,5
8 Somalia	2,4	2,4	6,0	4,7	1,6	2,7
9 Obervolta	2,1	2,3	5,1	5,2	1,7	1,8
10 Birma	2,2	2,2	3,8	4,8	1,2	1,6
11 Burundi	2,0	2,1	6,7	6,1	1,1	1,7
12 Tschad	1,7	2,1	7,5	6,3	1,3	1,5
13 Nepal	2,1	2,1	4,0	5,6	1,8	2,1
14 Benin, Volksrepublik	2,7	2,7	7,3	6,6	2,0	2,0
15 Malawi	2,6	2,3	4,8	5,3	1,8	1,9
16 Zaire	2,7	2,7	4,0	6,4	2,2	1,9
17 Guinea	2,8	2,8	7,5	6,6	1,7	1,7
18 Indien	2,3	2,1	3,5	3,8	1,7	2,0
19 Vietnam, Sozial. Rep.	2,8	2,6	4,3	4,6	1,1	1,6
20 Afghanistan	2,2	2,2	5,2	5,4	1,9	2,1
21 Niger	2,7	2,7	6,9	5,4	2,5	2,5
22 Lesotho	2,2	2,2	8,3	6,7	1,5	1,4
23 Mozambik	1,9	2,4	6,4	6,1	1,9	1,5
24 Pakistan	2,8	3,0	2,9	5,3	1,9	2,6
25 Tansania	3,0	2,7	5,6	7,5	2,3	2,4
26 Haiti	1,6	1,6	3,8	3,6	0,6	1,4
27 Madagaskar	2,6	3,1	5,5	6,0	2,3	2,3
28 Sierra Leone	2,2	2,5	3,8	4,4	1,6	1,8
29 Sri Lanka	2,4	1,7	4,5	4,3	2,1	2,5
30 Zentralafrik. Kaiserreich	2,2	2,2	7,0	5,8	1,7	1,8
31 Indonesien	2,2	2,4	4,4	4,7	2,2	2,2
32 Kenia	3,1	3,5	6,3	6,3	3,2	2,6
33 Uganda	2,7	3,3	7,1	6,8	2,4	2,4
34 Jemen, Arabische Rep.	2,3	1,9	9,0	8,0	2,3	2,4
Länder mit mittlerem Einkommen	2,7	2,7	4,8	4,5	2,3	2,7
35 Togo	2,7	2,6	5,4	5,0	2,6	2,1
36 Ägypten	2,6	2,2	4,3	3,9	2,2	2,5
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	3,4	2,7	5,5	5,4	2,3	2,3
38 Kamerun	2,1	1,9	6,2	5,2	1,3	1,4
39 Sudan	2,2	2,1	6,2	5,5	2,6	2,7
40 Angola	1,3	0,1	5,8	6,2	1,7	2,0
41 Mauretanien	1,8	2,7	5,5	5,0	1,8	1,8
42 Nigeria	2,5	2,5	4,8	7,0	1,8	2,1
43 Thailand	3,1	2,9	4,8	5,3	2,1	2,9
44 Bolivien	2,6	2,7	4,1	4,0	2,1	2,4
45 Honduras	2,7	2,7	4,7	4,5	2,8	3,0
46 Senegal	2,6	2,7	4,0	4,1	1,8	1,7
47 Philippinen	3,0	2,8	4,3	4,8	2,3	2,7
48 Sambia	2,9	2,9	8,7	6,8	2,4	2,4
49 Liberia	3,3	3,3	6,1	5,8	1,3	1,5
50 El Salvador	3,5	3,1	3,5	3,9	2,9	3,3
51 Papua-Neuguinea	2,3	2,6	12,9	10,1	1,8	1,9
52 Kongo, Volksrepublik	2,6	2,2	5,0	4,5	1,7	2,0
53 Marokko	2,4	2,4	4,2	5,1	1,7	2,8
54 Rhodesien	3,3	3,5	5,2	5,9	3,3	2,7
55 Ghana	2,6	2,7	4,6	5,5	1,8	2,1
56 Elfenbeinküste	3,4	4,2	7,3	6,5	1,9	1,9
57 Jordanien	3,3	3,2	5,1	4,9	2,7	2,9
58 Kolumbien	2,9	2,8	5,4	4,9	3,0	3,2
59 Guatemala	3,2	3,2	3,5	4,0	2,6	2,9
60 Ecuador	3,3	3,5	4,3	3,9	3,1	3,2
61 Paraguay	2,6	2,7	3,0	3,7	2,4	3,0
62 Korea, Republik	2,6	1,8	6,2	4,9	2,9	2,9
63 Nicaragua	2,9	3,3	4,1	4,5	2,6	3,2
64 Dominikanische Republik	2,9	2,9	6,3	5,5	2,6	3,1
65 Syrien, Arabische Republik	3,7	3,3	4,8	4,2	2,6	2,6

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten (%)

	Bevölkerung insgesamt		Städtische Bevölkerung		Erwerbspersonen	
	1960-70	1970-75	1960-70	1970-75	1960-70	1970-75
66 Peru	2,9	2,9	4,3	4,2	2,1	3,0
67 Tunesien	2,1	2,3	4,9	4,2	0,7	2,3
68 Malaysia	2,9	2,7	3,6	4,7	2,7	3,2
69 Algerien	3,2	3,2	6,6	5,7	1,2	2,8
70 Türkei	2,5	2,5	5,2	4,2	1,2	1,8
71 Costa Rica	3,5	2,5	4,6	3,8	3,5	3,8
72 Chile	2,1	1,8	3,7	2,7	1,4	2,5
73 China, Republik	3,1	2,0	5,6	5,6	4,2	5,0
74 Jamaika	1,7	1,8	4,7	3,8	0,5	1,1
75 Libanon	2,5	3,0	7,4	5,4	2,1	3,0
76 Mexiko	3,4	3,5	5,0	4,6	2,8	3,3
77 Brasilien	2,9	2,9	5,0	4,5	2,8	2,9
78 Panama	3,1	3,1	4,8	4,2	3,3	2,7
79 Irak	3,2	3,3	6,3	5,0	2,9	3,0
80 Uruguay	0,6	0,4	1,9	1,7	0,8	1,0
81 Rumänien	1,0	0,9	2,9	2,8	0,8	0,6
82 Argentinien	1,4	1,3	2,3	2,0	1,3	1,2
83 Jugoslawien	1,0	0,9	3,4	2,9	1,0	1,3
84 Portugal	0,1	0,8	1,5	1,7	0,6	0,2
85 Iran	2,9	2,8	5,0	4,7	2,5	2,6
86 Hongkong	2,5	1,9	3,1	1,7	3,2	2,9
87 Trinidad und Tobago	2,1	1,1	2,2	1,9	1,1	2,4
88 Venezuela	3,4	3,1	4,9	3,9	2,4	3,7
89 Griechenland	0,6	0,7	2,7	1,7	0,1	0,1
90 Singapur	2,3	1,7	4,7	2,5	2,8	3,2
91 Spanien	1,1	1,0	2,6	1,9	0,2	1,0
92 Israel	3,3	3,3	4,0	3,4	3,5	2,8
Industrieländer	1,0	0,8	1,9	1,8	1,0	1,0
93 Südafrika	3,1	2,6	3,3	3,7	3,5	2,6
94 Irland	0,4	1,2	1,8	2,3	0,1	1,3
95 Italien	0,7	0,8	1,5	1,3	0,1	0,6
96 Großbritannien	0,6	0,2	0,4	0,5	0,6	0,3
97 Neuseeland	1,7	1,8	2,5	1,9	2,2	1,9
98 Japan	1,0	1,4	2,4	2,3	1,9	1,4
99 Österreich	0,5	0,4	0,9	0,8	-0,6	0,7
100 Finnland	0,4	0,5	3,3	1,9	0,5	0,9
101 Australien	2,0	1,5	2,5	2,2	2,6	2,1
102 Niederlande	1,3	0,9	1,6	1,2	1,6	1,2
103 Frankreich	1,0	0,8	2,6	1,8	0,6	1,3
104 Belgien	0,6	0,3	1,1	1,0	0,3	0,8
105 Deutschland, Bundesrep.	1,0	0,2	1,4	0,8	0,5	0,9
106 Norwegen	0,8	0,7	2,1	2,0	0,5	0,7
107 Dänemark	0,8	0,5	1,5	1,0	1,1	0,6
108 Kanada	1,8	1,4	2,8	2,0	2,6	2,1
109 Vereinigte Staaten	1,2	0,8	1,8	1,5	1,8	1,7
110 Schweden	0,7	0,4	1,9	1,2	1,0	0,5
111 Schweiz	1,3	0,8	2,3	1,9	2,0	1,0
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß	4,0	4,2	6,6	6,3	3,4	2,4
112 Saudi-Arabien	1,7	2,4	6,6	6,3	2,3	2,4
113 Libyen	4,0	4,2	5,8	5,0	3,4	2,4
114 Kuwait	9,7	6,2	13,0	8,2	7,7	4,7
Staatshandelsländer	1,2	0,9	3,2	2,8	0,9	1,5
115 China, Volksrepublik	1,6	1,7	3,2	3,3	1,4	1,5
116 Korea, Demokr. Republik	2,8	2,7	5,8	5,1	2,3	3,0
117 Albanien	2,8	2,4	3,8	4,9	2,2	2,8
118 Kuba	2,1	1,8	3,5	2,9	0,9	1,8
119 Mongolei	2,8	3,0	5,3	5,4	2,1	2,4
120 Ungarn	0,3	0,4	1,6	1,5	0,5	0,8
121 Bulgarien	0,7	0,5	4,1	2,8	0,7	0,7
122 Sowjetunion	1,2	0,9	2,7	2,4	0,7	1,5
123 Polen	1,0	0,9	2,1	2,2	1,7	1,8
124 Tschechoslowakei	0,5	0,7	2,0	1,7	0,9	1,1
125 Deutschland, Demokr. Rep.	0,1	-0,3	0,1	0,5	0,4	0,4

Tabelle 14: Bevölkerungsstruktur

	Anteil der Bevölkerung (%)						Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft %	
	In städtischen Gebieten		Im Alter von unter 15 Jahren		Im arbeitsfähigen Alter (15-64 Jahre)		1960	1970
	1960	1975	1960	1975	1960	1975		
Länder mit niedrigem Einkommen	8	13	43	44	54	54	88	85
1 Bhutan	3	3	41	42	56	55	95	94
2 Kambodscha	10	23	45	45	53	52	82	78
3 Laotische Demokr. Rep.	8	11	41	42	56	55	83	79
4 Äthiopien	7	11	43	44	54	54	88	84
5 Mali	10	14	44	44	54	53	94	91
6 Bangladesch	5	9	44	46	53	49	87	86
7 Ruanda	2	4	45	44	52	53	95	93
8 Somalia	18	28	44	45	54	53	88	85
9 Obervolta	5	8	42	43	55	54	92	87
10 Birma	17	22	38	41	59	56	68	67
11 Burundi	2	4	43	43	55	54	90	87
12 Tschad	7	14	45	40	53	57	94	90
13 Nepal	3	5	42	42	56	55	95	94
14 Benin, Volksrepublik	10	18	44	45	53	52	55	50
15 Malawi	4	6	40	45	56	51	93	88
16 Zaire	20	26	44	44	53	53	83	79
17 Guinea	10	20	42	43	55	54	88	85
18 Indien	18	22	41	42	56	55	74	69
19 Vietnam, Sozial. Rep.	13	17	36	41	61	55	82	76
20 Afghanistan	8	12	42	44	55	53	85	82
21 Niger	6	9	46	46	52	52	95	93
22 Lesotho	1	3	38	38	57	56	93	90
23 Mozambik	4	6	42	43	56	54	81	74
24 Pakistan	20	27	44	47	52	51	61	59
25 Tansania	5	7	46	47	51	51	89	86
26 Haiti	15	21	39	40	58	56	80	74
27 Madagaskar	12	18	45	45	53	52	93	89
28 Sierra Leone	12	15	42	43	54	54	78	72
29 Sri Lanka	18	24	42	39	54	57	56	55
30 Zentralafrik. Kaiserreich	19	36	42	42	54	55	94	91
31 Indonesien	15	19	41	44	56	54	75	66
32 Kenia	7	11	47	47	51	51	86	82
33 Uganda	5	8	44	44	53	53	89	86
34 Jemen, Arabische Rep.	4	9	43	45	54	53	83	79
Länder mit mittlerem Einkommen	32	43	44	44	53	53	60	51
35 Togo	10	14	45	46	53	52	80	73
36 Ägypten	38	48	42	41	55	56	58	54
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	20	29	43	45	54	53	71	65
38 Kamerun	13	24	39	40	59	57	88	85
39 Sudan	9	13	44	45	53	52	86	82
40 Angola	10	18	43	42	55	55	69	64
41 Mauretanien	7	11	42	42	55	55	91	88
42 Nigeria	18	29	45	45	54	53	71	62
43 Thailand	13	17	45	46	53	51	84	80
44 Bolivien	29	37	43	43	54	54	61	56
45 Honduras	23	28	46	47	52	50	70	67
46 Senegal	22	28	43	43	56	54	84	80
47 Philippinen	30	36	45	46	52	51	61	53
48 Sambia	18	37	47	48	51	50	79	73
49 Liberia	9	28	41	41	56	55	81	76
50 El Salvador	38	40	46	47	51	50	62	56
51 Papua-Neuguinea	3	13	41	42	57	55	89	86
52 Kongo, Volksrepublik	27	40	42	42	55	54	52	42
53 Marokko	30	38	45	47	53	49	63	57
54 Rhodesien	16	20	48	48	49	51	69	64
55 Ghana	23	32	47	48	52	50	64	58
56 Elfenbeinküste	11	20	42	43	55	54	89	85
57 Jordanien	43	56	44	47	52	51	44	34
58 Kolumbien	47	62	46	46	51	52	51	38
59 Guatemala	32	35	46	44	52	53	67	61
60 Ecuador	34	42	45	46	52	51	57	51
61 Paraguay	35	37	46	45	51	52	56	53
62 Korea, Republik	28	47	43	37	54	60	66	51
63 Nicaragua	40	48	48	48	50	49	62	51
64 Dominikanische Republik	30	44	47	48	50	49	67	61
65 Syrien, Arabische Republik	37	46	44	46	52	50	54	51

Anteil der Bevölkerung (%)

	Anteil der Bevölkerung (%)						Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft %	
	In städtischen Gebieten		Im Alter von unter 15 Jahren		Im arbeitsfähigen Alter (15-64 Jahre)		1960	1970
	1960	1975	1960	1975	1960	1975		
66 Peru	47	57	44	44	52	53	53	45
67 Tunesien	32	47	43	44	53	52	57	50
68 Malaysia	26	30	45	44	51	53	63	50
69 Algerien	31	50	44	48	52	49	67	61
70 Türkei	30	43	41	42	55	54	79	71
71 Costa Rica	34	40	48	42	49	55	51	42
72 Chile	69	83	39	36	57	59	30	24
73 China, Republik	35	64	45	39	52	61	56	37
74 Jamaika	30	45	42	46	54	48	39	30
75 Libanon	35	60	41	43	53	52	38	20
76 Mexiko	50	63	46	46	51	51	55	45
77 Brasilien	45	60	44	42	54	55	52	46
78 Panama	41	51	44	43	52	53	51	42
79 Irak	43	62	46	47	51	51	53	47
80 Uruguay	73	81	28	28	64	63	21	15
81 Rumänien	34	45	25	25	65	65	65	49
82 Argentinien	71	80	31	29	64	64	20	16
83 Jugoslawien	28	39	31	26	63	66	64	50
84 Portugal	23	29	29	27	63	62	44	33
85 Iran	33	44	45	46	51	51	54	46
86 Hongkong	88	95	41	32	56	64	8	4
87 Trinidad und Tobago	21	25	43	39	53	56	22	19
88 Venezuela	68	82	46	45	51	53	35	26
89 Griechenland	43	65	27	23	65	64	56	41
90 Singapur	69	90	43	33	55	63	8	3
91 Spanien	57	70	27	27	64	62	42	26
92 Israel	78	84	36	33	59	60	14	10
Industrieländer	66	76	26	24	63	64	15	11
93 Südafrika	47	50	40	41	56	55	32	31
94 Irland	46	55	31	30	58	59	36	27
95 Italien	59	67	25	24	66	64	31	19
96 Großbritannien	78	78	23	24	65	62	4	3
97 Neuseeland	76	83	33	30	59	61	15	12
98 Japan	63	75	30	25	64	68	33	20
99 Österreich	50	53	22	24	66	61	24	15
100 Finnland	38	55	30	22	62	67	36	21
101 Australien	80	86	30	28	61	63	11	8
102 Niederlande	75	79	30	26	61	64	11	8
103 Frankreich	62	76	26	24	62	63	22	14
104 Belgien	66	72	24	23	65	63	8	5
105 Deutschland, Bundesrep.	78	83	21	22	68	64	14	8
106 Norwegen	37	46	26	24	63	62	20	12
107 Dänemark	74	82	25	22	64	64	18	11
108 Kanada	69	78	34	27	59	65	13	8
109 Vereinigte Staaten	70	76	31	25	60	64	7	4
110 Schweden	72	84	22	21	66	64	14	8
111 Schweiz	51	57	24	23	66	65	11	8
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß	23	31	43	45	54	53	53	32
112 Saudi-Arabien	12	21	43	45	54	53	72	66
113 Libyen	23	31	43	44	53	53	53	32
114 Kuwait	69	89	35	47	63	51	2	2
Staatshandelsländer	40	57	33	26	61	61	48	39
115 China, Volksrepublik	19	24	37	33	58	61	75	68
116 Korea, Demokr. Republik	29	43	44	42	53	55	62	55
117 Albanien	31	38	41	41	54	55	71	66
118 Kuba	51	62	36	38	61	56	39	31
119 Mongolei	37	51	42	44	54	53	70	62
120 Ungarn	40	48	25	20	66	67	38	25
121 Bulgarien	38	58	26	22	67	67	57	47
122 Sowjetunion	49	61	31	26	63	65	42	26
123 Polen	47	57	33	24	61	67	48	39
124 Tschechoslowakei	47	58	28	23	64	65	26	17
125 Deutschland, Demokr. Rep.	72	75	21	22	65	61	18	13

Tabelle 15: Demographische Indikatoren

	Unbereinigte Geburtensziffer je Tsd. Einwohner		Unbereinigte Sterbeziffer je Tsd. Einwohner		% -Veränderung der		Allgemeine Frucht- barkeits- ziffer 1975
	1960	1975	1960	1975	unberei- nigten Geburten- ziffer	unberei- nigten Sterbe- ziffer	
					1960-1975	1960-1975	
Länder mit niedrigem Einkommen	48	47	26	20	-2,1	-21,1	6,2
1 Bhutan	45	43	27	20	-4,5	-25,9	6,2
2 Kambodscha	49	47	22	18	-4,1	-18,2	6,7
3 Laotische Demokr. Rep.	44	42	23	22	-4,6	-4,4	6,2
4 Äthiopien	51	49	31	25	-3,9	-19,4	6,7
5 Mali	50	50	30	25	0,0	-16,7	6,7
6 Bangladesch	51	46	25	18	-9,8	-28,0	6,6
7 Ruanda	52	51	28	22	-1,9	-21,4	6,9
8 Somalia	48	48	26	21	0,0	-19,2	6,1
9 Obervolta	50	49	31	25	-2,0	-19,4	6,5
10 Birma	43	34	22	11	-20,9	-50,0	5,5
11 Burundi	48	48	30	24	0,0	-20,0	6,3
12 Tschad	45	44	26	24	-2,2	-7,7	5,3
13 Nepal	46	46	26	20	0,0	-23,1	6,2
14 Benin, Volksrepublik	51	49	29	22	-3,9	-24,1	6,7
15 Malawi	49	54	30	26	10,2	-13,3	6,1
16 Zaire	47	44	25	20	-6,4	-20,0	5,9
17 Guinea	47	46	29	22	-2,1	-24,1	6,2
18 Indien	44	36	21	15	-18,2	-28,6	5,7
19 Vietnam, Sozial. Rep.	42	41	21	16	-2,4	-23,8	6,2
20 Afghanistan	48	51	34	31	6,3	-8,8	6,9
21 Niger	52	52	27	25	0,0	-7,4	7,1
22 Lesotho	38	40	24	19	5,3	-20,8	5,1
23 Mozambik	43	43	24	20	0,0	-16,7	5,7
24 Pakistan	49	47	23	16	-4,1	-30,4	7,2
25 Tansania	51	47	27	19	-7,9	-29,6	6,7
26 Haiti	39	45	20	16	15,4	-20,0	4,9
27 Madagaskar	50	50	27	20	0,0	-25,9	6,7
28 Sierra Leone	45	45	25	20	0,0	-20,0	5,9
29 Sri Lanka	36	27	10	9	-25,0	-10,0	4,2
30 Zentralafrik. Kaiserreich	46	43	29	22	-6,5	-24,1	5,5
31 Indonesien	47	40	23	17	-14,9	-26,1	5,5
32 Kenia	49	50	20	15	2,0	-25,0	7,6
33 Uganda	49	47	21	15	-4,1	-28,6	6,1
34 Jemen, Arabische Rep.	51	50	28	20	-2,0	-28,6	7,2
Länder mit mittlerem Einkommen	45	40	17	12	-9,2	-27,3	6,1
35 Togo	51	50	29	23	-2,0	-20,7	6,7
36 Ägypten	44	35	19	13	-20,5	-31,6	5,2
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	51	49	28	20	-3,9	-28,6	7,2
38 Kamerun	43	41	26	21	-4,7	-19,2	5,5
39 Sudan	50	49	22	17	-2,0	-22,7	7,0
40 Angola	50	47	31	24	-6,0	-22,6	6,5
41 Mauretanien	45	45	26	24	0,0	-7,7	5,9
42 Nigeria	50	49	26	22	-2,0	-15,4	6,7
43 Thailand	46	34	17	10	-26,1	-41,2	6,3
44 Bolivien	45	44	21	17	-2,2	-19,1	6,2
45 Honduras	53	48	23	14	-9,4	-39,1	7,3
46 Senegal	48	47	25	22	-2,1	-12,0	6,3
47 Philippinen	45	36	15	10	-20,0	-33,3	6,4
48 Sambia	50	51	23	19	2,0	-17,4	6,9
49 Liberia	43	50	26	20	16,3	-23,1	5,7
50 El Salvador	49	40	17	10	-18,4	-41,2	6,2
51 Papua-Neuguinea	44	41	23	17	-6,8	-26,1	6,0
52 Kongo, Volksrepublik	44	45	26	20	2,3	-23,1	5,8
53 Marokko	50	48	21	14	-4,0	-33,3	7,1
54 Rhodesien	48	47	17	14	-2,1	-17,7	6,6
55 Ghana	50	49	26	21	-2,0	-19,2	6,7
56 Elfenbeinküste	46	45	25	20	-2,2	-20,0	6,2
57 Jordanien	47	47	20	14	0,0	-30,0	7,1
58 Kolumbien	45	33	12	8	-26,7	-33,3	5,9
59 Guatemala	45	43	17	13	-4,5	-23,5	6,1
60 Ecuador	46	45	14	10	-2,2	-28,6	6,3
61 Paraguay	43	39	13	9	-9,3	-30,8	6,2
62 Korea, Republik	41	24	13	8	-41,5	-38,5	4,0
63 Nicaragua	51	46	19	13	-9,8	-31,6	6,9
64 Dominikanische Republik	49	38	16	10	-22,5	-37,5	6,9
65 Syrien, Arabische Republik	47	46	18	14	-2,1	-22,2	7,1

	Unbereinigte Geburtenziffer je Tsd. Einwohner		Unbereinigte Sterbeziffer je Tsd. Einwohner		% - Veränderung der unbereinigten Geburten- ziffer unberei- nigten Sterbe- ziffer		Allgemeine Frucht- barkeits- ziffer
	1960	1975	1960	1975	1960-1975	1960-1975	
	1975						
66 Peru	43	42	17	13	-2,3	-23,5	5,8
67 Tunesien	47	34	19	13	-27,7	-31,6	6,2
68 Malaysia	39	31	9	6	-20,5	-33,3	5,7
69 Algerien	51	48	20	14	-5,9	-30,0	7,2
70 Türkei	43	34	16	12	-20,9	-25,0	5,8
71 Costa Rica	47	29	10	6	-38,3	-40,0	4,6
72 Chile	37	23	12	8	-37,8	-33,3	3,7
73 China, Republik	40	23	7	5	-42,5	-28,6	2,8
74 Jamaika	39	30	10	7	-23,1	-30,0	5,4
75 Libanon	43	40	14	9	-7,0	-35,7	6,3
76 Mexiko	44	40	10	8	-9,1	-20,0	6,5
77 Brasilien	40	38	11	8	-5,0	-27,3	5,2
78 Panama	41	31	10	7	-24,4	-30,0	5,1
79 Irak	49	48	20	14	-2,1	-30,0	7,1
80 Uruguay	23	20	9	9	-13,1	0,0	2,9
81 Rumänien	22	19	10	9	-13,6	-10,0	2,6
82 Argentinien	24	21	9	8	-12,5	-11,1	3,0
83 Jugoslawien	24	18	10	9	-25,0	-10,0	2,4
84 Portugal	24	20	8	11	16,7	37,5	2,6
85 Iran	47	45	21	15	-4,3	-28,6	6,9
86 Hongkong	35	18	7	5	-48,6	-28,6	3,0
87 Trinidad und Tobago	38	23	9	6	-39,5	-33,3	3,4
88 Venezuela	46	37	10	7	-19,6	-30,0	5,3
89 Griechenland	19	16	8	10	-15,8	25,0	2,3
90 Singapur	38	18	8	5	-52,6	-37,5	2,8
91 Spanien	21	19	9	9	-9,5	0,0	2,9
92 Israel	27	26	6	7	-3,7	16,7	3,7
Industrieländer	18	16	10	10	-13,6	0,0	2,3
93 Südafrika	42	42	17	15	0,0	-11,8	5,6
94 Irland	22	22	12	10	0,0	-16,7	3,7
95 Italien	18	16	10	10	-11,1	0,0	2,3
96 Großbritannien	17	15	12	11	-11,8	-8,3	2,4
97 Neuseeland	26	21	9	8	-19,2	-11,1	3,0
98 Japan	18	18	8	7	0,0	-12,5	2,2
99 Österreich	18	14	13	12	-22,2	7,7	2,2
100 Finnland	19	14	9	9	-26,3	0,0	1,7
101 Australien	22	19	9	8	-13,6	-11,1	2,8
102 Niederlande	21	15	8	8	-28,6	0,0	2,3
103 Frankreich	18	16	12	10	-11,1	-16,7	2,5
104 Belgien	17	14	12	12	-17,7	0,0	2,2
105 Deutschland, Bundesrep.	17	12	11	12	-29,4	9,1	1,8
106 Norwegen	18	16	9	10	-11,1	11,1	2,0
107 Dänemark	17	15	9	10	-11,8	11,1	1,9
108 Kanada	27	17	8	8	-37,0	0,0	2,4
109 Vereinigte Staaten	24	16	9	9	-33,0	0,0	2,2
110 Schweden	15	13	10	11	-13,3	10,0	2,4
111 Schweiz	18	14	10	10	-22,2	0,0	2,0
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß	48	46	19	14	-5,9	-32,1	7,2
112 Saudi-Arabien	51	48	28	19	-5,9	-32,1	7,2
113 Libyen	48	44	19	14	-8,3	-26,3	6,8
114 Kuwait	44	46	10	5	4,5	-50,0	7,2
Staatshandelsländer	24	18	10	9	-16,1	0,0	2,4
115 China, Volksrepublik	31	26	16	9	-16,1	-43,8	3,8
116 Korea, Demokr. Republik	41	37	13	9	-9,8	-30,8	5,2
117 Albanien	40	32	11	7	-20,0	-36,4	4,9
118 Kuba	33	21	9	6	-36,4	-33,3	4,0
119 Mongolei	41	38	17	9	-7,3	-47,1	5,6
120 Ungarn	16	16	10	12	0,0	20,0	2,0
121 Bulgarien	18	16	9	10	-11,1	11,1	2,2
122 Sowjetunion	24	18	8	8	-25,0	0,0	2,4
123 Polen	24	18	9	9	-25,0	0,0	2,1
124 Tschechoslowakei	17	17	10	11	0,0	10,0	2,2
125 Deutschland, Demokr. Rep.	17	12	13	13	-29,4	0,0	2,1

**Tabelle 16: Bevölkerungsprojektionen, 1976–2000,
und hypothetische stationäre Bevölkerung^a**

	Bevölkerung Mitte 1976	Projektierte Bevölkerung im Jahr 2000	Hypo- thetischer Umfang der stationären Bevölkerung (in Mio)	Voraussichtliches Jahr einer Netto- Reproduktionsrate von 1	Jahr, in dem stationäre Bevölkerung erreicht wird
	(in Mio)	(in Mio)	(in Mio)		
Länder mit niedrigem Einkommen					
1 Bhutan	1	2	5	2035	2165
2 Kambodscha	8	15	33	2035	2160
3 Laotische Demokr. Rep.	3	5	11	2035	2180
4 Äthiopien	29	54	184	2050	2175
5 Mali	6	11	37	2050	2175
6 Bangladesch	80	146	334	2035	2165
7 Ruanda	4	8	26	2050	2170
8 Somalia	3	7	22	2050	2170
9 Obervolta	6	9	26	2050	2175
10 Birma	31	50	91	2020	2145
11 Burundi	4	7	19	2050	2175
12 Tschad	4	6	14	2035	2180
13 Nepal	13	22	50	2035	2160
14 Benin, Volksrepublik	3	5	12	2035	2170
15 Malawi	5	9	28	2050	2175
16 Zaire	25	47	157	2050	2165
17 Guinea	6	10	29	2050	2170
18 Indien	620	958	1593	2020	2150
19 Vietnam, Sozial. Rep.	48	86	201	2035	2125
20 Afghanistan	14	24	68	2050	2175
21 Niger	5	9	33	2050	2175
22 Lesotho	1	2	5	2035	2160
23 Mozambik	10	17	50	2040	2135
24 Pakistan	71	135	315	2035	2155
25 Tansania	15	32	113	2050	2160
26 Haiti	5	9	19	2035	2130
27 Madagaskar	9	19	70	2050	2165
28 Sierra Leone	3	5	12	2035	2160
29 Sri Lanka	14	21	28	2010	2095
30 Zentralafrik. Kaiserreich	2	3	10	2050	2175
31 Indonesien	135	198	330	2020	2165
32 Kenia	14	31	121	2050	2120
33 Uganda	12	23	61	2035	2150
34 Jemen, Arabische Rep.	6	9	26	2050	2145
Länder mit mittlerem Einkommen					
35 Togo	2	4	12	2040	2150
36 Ägypten	38	59	89	2005	2100
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	2	3	9	2040	2130
38 Kamerun	8	13	37	2040	2155
39 Sudan	16	30	67	2025	2115
40 Angola	6	12	37	2040	2160
41 Mauretanien	1	2	6	2040	2155
42 Nigeria	77	154	478	2040	2155
43 Thailand	43	76	129	2015	2080
44 Bolivien	6	9	25	2040	2100
45 Honduras	3	7	20	2040	2100
46 Senegal	5	9	24	2040	2155
47 Philippinen	43	75	126	2015	2080
48 Sambia	5	11	38	2040	2135
49 Liberia	2	3	9	2040	2135
50 El Salvador	4	7	13	2015	2075
51 Papua-Neuguinea	3	5	10	2025	2120
52 Kongo, Volksrepublik	1	3	8	2040	2135
53 Marokko	17	35	72	2025	2115
54 Rhodesien	7	15	48	2040	2105
55 Ghana	10	20	59	2040	2135
56 Elfenbeinküste	7	14	41	2040	2135
57 Jordanien	3	5	11	2025	2110
58 Kolumbien	24	37	53	2005	2065
59 Guatemala	7	12	26	2025	2090
60 Ecuador	7	15	31	2025	2080
61 Paraguay	3	5	8	2015	2075
62 Korea, Republik	36	53	73	2005	2070
63 Nicaragua	2	5	12	2025	2110
64 Dominikanische Republik	5	9	17	2015	2075
65 Syrien, Arabische Republik	8	15	31	2025	2085

	Bevölkerung Mitte 1976	Projektierte Bevölkerung im Jahr 2000	Hypo- thetischer Umfang der stationären Bevölkerung	Voraussichtliches Jahr einer Netto- Reproduktionsrate von 1	Jahr, in dem stationäre Bevölkerung erreicht wird
	(in Mio)	(in Mio)	(in Mio)		
66 Peru	16	29	56	2025	2085
67 Tunesien	6	9	15	2005	2095
68 Malaysia	13	19	28	2005	2095
69 Algerien	16	35	100	2040	2100
70 Türkei	41	63	97	2005	2095
71 Costa Rica	2	3	5	2005	2065
72 Chile	11	15	20	2005	2065
73 China, Republik	16	25	33	2005	2065
74 Jamaika	2	4	6	2005	2065
75 Libanon	3	5	9	2010	2070
76 Mexiko	62	126	254	2020	2075
77 Brasilien	110	205	353	2010	2070
78 Panama	2	3	4	2005	2070
79 Irak	12	25	65	2030	2090
80 Uruguay	3	4	4	2005	2065
81 Rumänien	21	26	32	2005	2075
82 Argentinien	26	33	40	2005	2070
83 Jugoslawien	22	26	30	2005	2095
84 Portugal	10	12	14	2005	2090
85 Iran	34	60	103	2010	2100
86 Hongkong	5	6	8	2005	2060
87 Trinidad und Tobago	1	2	2	2005	2065
88 Venezuela	12	24	43	2010	2070
89 Griechenland	9	10	11	2005	2065
90 Singapur	2	3	4	2005	2060
91 Spanien	36	45	56	2005	2065
92 Israel	4	5	7	2005	2060
Industrieländer					
93 Südafrika	26	46	81	2010	2075
94 Irland	3	4	6	2005	2095
95 Italien	56	63	68	2005	2065
96 Großbritannien	56	61	66	2005	2040
97 Neuseeland	3	4	6	2005	2070
98 Japan	113	133	141	2005	2045
99 Österreich	8	8	8	2005	2035
100 Finnland	5	5	5	2005	2015
101 Australien	14	17	21	2005	2070
102 Niederlande	14	16	17	2005	2030
103 Frankreich	53	60	66	2005	2055
104 Belgien	10	10	11	2005	2030
105 Deutschland, Bundesrep.	62	63	63	2005	2005
106 Norwegen	4	4	5	2005	2045
107 Dänemark	5	6	6	2005	2030
108 Kanada	23	28	31	2005	2040
109 Vereinigte Staaten	215	254	276	2005	2035
110 Schweden	8	8	9	2005	2015
111 Schweiz	6	7	7	2005	2015
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß					
112 Saudi-Arabien	9	19	48	2030	2120
113 Libyen	3	5	13	2030	2090
114 Kuwait	1	2	7	2030	2090
Staatshandelsländer					
115 China, Volksrepublik	836	1093	1398	2005	2090
116 Korea, Demokr. Republik	16	26	40	2005	2095
117 Albanien	3	4	6	2005	2065
118 Kuba	10	14	19	2005	2070
119 Mongolei	2	2	4	2005	2070
120 Ungarn	11	11	12	2005	2030
121 Bulgarien	9	10	11	2005	2075
122 Sowjetunion	257	320	373	2005	2065
123 Polen	34	41	47	2005	2060
124 Tschechoslowakei	15	17	20	2005	2075
125 Deutschland, Demokr. Rep.	17	17	17	2005	2010
Insgesamt	4020	5916	10059		

^a Zu den Annahmen der Projektionen siehe Technische Erläuterungen

Tabelle 17: Gesundheitsbezogene Indikatoren

	Lebens- erwartung bei der Geburt		Sterblichkeitsziffern je Tsd. ^a				Einwohner je:				Anteil der Bevöl- kerung mit Zugang zu unbe- denk- lichem Wasser in %	
	1960	1975	Säuglinge im Alter von 0-1		Kinder im Alter von 1-4		Arzt ^a		Beschäftigten in der Kranken- pflege ^a			1975
			1960	1975	1960	1975	1960	1974	1960	1974		
Länder mit niedrigem Einkommen	36	44	142	122	37 000	21 185	4 515	6 710	25	
1 Bhutan	36	44	
2 Kambodscha	41	45	15 910	
3 Laotische Demokr. Rep.	40	40	21 570	
4 Äthiopien	34	38	91 000	69 340	8	
5 Mali	35	38	123	120	39 000	33 000	1 490	2 480	..	
6 Bangladesch	39	42	..	140	9 350	..	75 460	56	
7 Ruanda	36	41	..	133	144 000	53 550	11 680	11 480	68	
8 Somalia	35	41	30 000	15 560	2 010	..	38	
9 Obervolta	32	38	182	100 000	59 570	4 370	4 520	25	
10 Birma	43	50	..	56	31	..	9 900	6 910	..	7 040	17	
11 Burundi	34	39	..	138	63 000	45 990	..	7 090	..	
12 Tschad	34	39	70 000	44 370	..	6 990	26	
13 Nepal	36	44	72 000	36 450	..	36 770	8	
14 Benin, Volksrepublik	34	41	110	..	45	..	47 000	36 060	..	3 220	34	
15 Malawi	35	41	..	142	33 000	6 550	..	
16 Zaire	40	44	104	63 000	27 950	..	11 770	19	
17 Guinea	34	41	156	48 000	22 380	..	4 230	14	
18 Indien	42	50	139	122	44	..	5 800	4 160	9 610	6 530	31	
19 Vietnam, Sozial. Rep.	40	45	
20 Afghanistan	33	35	..	269	..	24	40 000	26 100	32 030	28 410	9	
21 Niger	36	39	200	162	71 000	41 060	8 800	4 840	27	
22 Lesotho	38	46	..	114	20 320	..	2 970	17	
23 Mozambik	36	44	..	93	21 000	16 680	4 660	
24 Pakistan	42	51	142	113	..	17	11 000	3 970	..	11 350	25	
25 Tansania	37	45	190	20 000	20 800	..	3 180	39	
26 Haiti	43	50	200	150	27	..	10 600	8 510	11 880	6 920	12	
27 Madagaskar	36	44	69	53	8 800	11 610	3 130	3 580	25	
28 Sierra Leone	36	44	26 000	
29 Sri Lanka	61	68	57	45	1	..	4 500	6 295	4 150	2 532	19	
30 Zentralafrik. Kaiserreich	35	41	200	..	27	..	37 000	27 970	4 300	2 260	..	
31 Indonesien	40	48	82	41 000	18 160	..	8 630	11	
32 Kenia	43	50	..	51	..	2	10 000	5 800	2 320	1 300	17	
33 Uganda	43	50	160	15 000	20 690	9 450	6 870	35	
34 Jemen, Arabische Rep.	37	45	..	160	26 440	..	11 400	..	
Länder mit mittlerem Einkommen	49	58	72	46	10	5	3 050	2 430	2 235	1 570	52	
35 Togo	34	41	127	121	45	..	34 000	22 280	..	2 490	16	
36 Ägypten	45	52	109	101	39	..	2 600	2 340	..	4 420	..	
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	37	45	..	40	
38 Kamerun	36	41	72	34 000	26 220	5 210	2 270	..	
39 Sudan	41	49	159	132	31 000	12 370	..	1 550	..	
40 Angola	32	39	..	24	14 000	15 170	..	1 870	..	
41 Mauretanien	36	39	30 000	17 770	7 130	3 790	..	
42 Nigeria	34	41	207	163	32 000	25 440	6 020	6 230	..	
43 Thailand	49	58	49	27	10	5	7 800	8 530	4 900	4 330	25	
44 Bolivien	42	47	11	7	3 900	2 120	..	3 520	34	
45 Honduras	41	54	52	34	14	9	5 400	3 360	1 790	1 540	41	
46 Senegal	36	40	193	158	35 000	15 360	4 110	1 920	..	
47 Philippinen	49	58	85	72	10	7	1 600	..	1 590	..	40	
48 Sambia	39	45	12 860	8 110	..	2 430	42	
49 Liberia	37	44	..	159	29	17	12 000	11 500	5 710	4 500	..	
50 El Salvador	47	58	76	58	17	7	5 400	4 070	2 030	1 140	53	
51 Papua-Neuguinea	39	48	11 340	..	2 290	20	
52 Kongo, Volksrepublik	36	44	200	13 000	6 160	1 460	640	38	
53 Marokko	45	53	149	117	9 700	13 800	2 190	
54 Rhodesien	44	52	5 700	
55 Ghana	37	44	113	63	21 000	11 220	..	870	35	
56 Elfenbeinküste	36	44	22 000	15 270	3 170	2 220	..	
57 Jordanien	46	53	54	22	5	..	5 900	2 440	..	1 020	..	
58 Kolumbien	55	61	100	56	12	8	2 400	2 180	3 741	1 920	64	
59 Guatemala	44	53	92	75	28	26	4 200	39	
60 Ecuador	51	60	100	70	22	15	2 600	2 840	2 280	2 880	36	
61 Paraguay	54	62	90	84	6	3	2 300	2 220	..	2 340	13	
62 Korea, Republik	53	61	58	38	3 000	2 010	..	1 500	66	
63 Nicaragua	46	53	70	46	9	..	2 700	1 720	..	760	46	
64 Dominikanische Republik	49	58	101	43	12	6	1 600	1 870	55	
65 Syrien, Arabische Republik	46	54	31	22	..	4	4 600	2 910	..	2 620	..	

	Lebens- erwartung bei der Geburt		Sterblichkeitsziffern je Tsd. ^a				Einwohner je:				Anteil der Bevöl- kerung mit Zugang zu unben- denk- lichem Wasser in %
			Säuglinge im Alter von 0-1		Kinder im Alter von 1-4		Arzt ^a		Beschäftigten in der Kranken- pflege ^a		
	1960	1975	1960	1975	1960	1975	1960	1974	1960	1974	
66 Peru	49	56	92	65	16	6	..	1 800	..	2 870	47
67 Tunesien	46	54	74	63	10 000	6 350	..	980	..
68 Malaysia	52	59	69	35	6	4	6 500	4 400	2 600	1 570	34
69 Algerien	46	53	36	..	12	..	8 770	77
70 Türkei	49	57	16	..	3 000	2 130	..	1 240	68
71 Costa Rica	61	68	71	38	7	3	2 600	1 580	1 700	640	72
72 Chile	56	63	125	79	10	3	1 810	2 420	650	470	70
73 China, Republik	64	71	31	14	8	2	1 690	1 592	7 270	3 740	..
74 Jamaika	63	70	52	20	..	8	2 600	3 510	440	540	86
75 Libanon	57	63	12	8	1 000	1 330	..	3 670	..
76 Mexiko	56	63	74	50	15	10	1 700	..	7 210	..	62
77 Brasilien	56	61	70	3 600	1 660
78 Panama	61	67	57	36	10	6	2 700	1 240	..	1 440	77
79 Irak	45	53	..	104	2	..	5 600	2 370	6 680	3 310	66
80 Uruguay	67	70	47	48	2	1	1 100	910	98
81 Rumänien	64	69	75	35	5	2	740	630	300	180	..
82 Argentinien	65	68	62	59	4	3	660	450	760	1 040	66
83 Jugoslawien	62	68	88	41	5	2	1 500	850	1 350	450	..
84 Portugal	62	68	78	38	5	2	1 300	850	1 430	810	..
85 Iran	44	51	..	120	3 800	2 570	..	1 910	51
86 Hongkong	63	70	38	15	2	1	3 100	1 490	3 040	1 550	..
87 Trinidad und Tobago	62	70	45	38	3	2	2 550	93
88 Venezuela	57	65	54	46	6	5	1 500	870	..	470	..
89 Griechenland	68	72	40	24	..	1	790	500	1 260	1 280	..
90 Singapur	63	70	35	14	2	1	2 400	1 400	650	390	..
91 Spanien	68	72	44	12	..	1	1 000	670	100
92 Israel	68	71	31	22	410	350
Industrieländer	70	72	25	15	1	1	860	650	390	230	..
93 Südafrika	47	52	2 000	1 970	490	440	..
94 Irland	69	72	29	18	1	1	950	850	180
95 Italien	69	72	44	21	2	1	610	500	920	390	..
96 Großbritannien	70	72	23	16	1	1	960	750	420	270	..
97 Neuseeland	71	72	23	16	1	1	700	850	..	160	..
98 Japan	67	73	31	10	3	1	920	870	460	330	..
99 Österreich	68	71	38	21	1	1	550	500	600	300	..
100 Finnland	68	70	21	10	1	1	1 600	750	220	130	..
101 Australien	70	72	20	17	1	1	860	720
102 Niederlande	73	74	18	11	1	1	900	670	..	320	..
103 Frankreich	70	73	27	14	1	1	930	680	..	190	..
104 Belgien	70	73	31	15	1	1	780	570
105 Deutschland, Bundesrep.	69	71	34	20	1	1	690	520	450	280	..
106 Norwegen	73	75	19	11	1	1	840	610	330	150	..
107 Dänemark	72	74	22	10	1	1	810	620	270	120	..
108 Kanada	71	72	27	15	1	1	910	600	300	140	..
109 Vereinigte Staaten	70	71	26	16	1	1	780	610	340	160	..
110 Schweden	72	73	17	8	1	..	1 100	650	..	150	..
111 Schweiz	71	72	21	11	1	1	740	590	390	300	..
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß	45	53	5 800	1 140	..	340	87
112 Saudi-Arabien	37	45	13 000	6 660	..	5 510	64
113 Libyen	45	53	5 800	1 140	2 040	340	87
114 Kuwait	58	67	..	44	4	1	760	1 140	190	290	89
Staatshandelsländer	66	70	830	480	530	245	..
115 China, Volksrepublik	51	62
116 Korea, Demokr. Republik	53	61
117 Albanien	61	69
118 Kuba	62	70	3 600	1 200	530	520	..
119 Mongolei	50	61	1 200	..	910
120 Ungarn	67	70	640	460	440	220	..
121 Bulgarien	67	72	710	480	550	270	..
122 Sowjetunion	68	70	520	340	340	210	..
123 Polen	66	70	1 100	590	660	270	..
124 Tschechoslowakei	69	70	570	430	280	170	..
125 Deutschland, Demokr. Rep.	68	73	950	560

^a Für eine Reihe von Ländern gelten die Daten für andere als die ausgewiesenen Jahre. Siehe Technische Erläuterungen

Tabelle 18: Ausbildung

	Zahl der Grundschüler in % ihrer Altersgruppe ^a				Zahl der Besucher weiterführender Schulen in % ihrer Altersgruppe ^a		Zahl der Besucher höherer Schulen in % der Bevölkerung im Alter von 20-24 ^a		Anteil der Erwachsenen mit Lese- und Schreibkenntnissen ^a	
	Insgesamt		Weiblich		1960	1975	1960	1975	(in%)	
	1960	1975	1960	1975	1960	1975	1960	1975	1960	1974
Länder mit niedrigem Einkommen	30	52	16	41	2	8	(.)	1	10	23
1 Bhutan	3	8	(.)	4
2 Kambodscha	64	38	41	32	3	9	1	2
3 Laotische Demokr. Rep.	25	57	16	47	1	5	(.)	(.)	20	..
4 Äthiopien	5	23	3	14	1	6	(.)	(.)	..	7
5 Mali	7	22	4	16	2	3	..	1	5	10
6 Bangladesch	47	73	26	51	8	25	1	3	..	23
7 Ruanda	49	58	30	54	2	2	(.)	(.)	10	23
8 Somalia	9	58	5	41	1	4	(.)	1	..	50
9 Obervolta	8	14	5	11	1	2	..	(.)	7	..
10 Birma	56	85	52	81	10	26	1	2	58	67
11 Burundi	18	23	9	17	1	3	(.)	(.)	10	10
12 Tschad	16	37	4	20	(.)	2	..	(.)	..	15
13 Nepal	10	27	3	10	6	18	1	2	10	19
14 Benin, Volksrepublik	26	44	15	28	2	11	..	1	..	10
15 Malawi	63	61	45	48	1	3	..	(.)	..	25
16 Zaire	60	90	38	66	3	11	(.)	1	..	15
17 Guinea	30	28	16	18	2	14	..	1	7	..
18 Indien	41	65	27	52	23	29	2	5	24	36
19 Vietnam, Sozial. Rep.
20 Afghanistan	9	23	2	7	1	8	(.)	1	8	14
21 Niger	5	17	3	12	(.)	2	..	(.)	5	..
22 Lesotho	83	102	103	144	3	12	(.)	1	..	40
23 Mozambik	48	52	36	35	2	6	..	(.)
24 Pakistan	30	51	13	31	11	15	1	3	16	21
25 Tansania	24	57	16	46	2	3	..	(.)	17	63
26 Haiti	46	50	42	44	4	4	(.)	..	10	20
27 Madagaskar	52	80	45	85	4	11	(.)	1	..	40
28 Sierra Leone	23	35	15	28	3	11	(.)	1	7	15
29 Sri Lanka	95	77	90	77	27	54	1	1	61	78
30 Zentralafrik. Kaiserreich	32	79	12	53	1	8	..	(.)	15	..
31 Indonesien	67	81	55	75	6	18	1	2	47	62
32 Kenia	47	109	30	101	2	13	(.)	1	..	40
33 Uganda	49	53	32	43	3	6	(.)	1	25	25
34 Jemen, Arabische Rep.	8	25	(.)	6	(.)	3	..	(.)	10	10
Länder mit mittlerem Einkommen	79	97	74	91	12	35	2	7	61	63
35 Togo	44	98	24	68	2	19	..	(.)	10	12
36 Ägypten	66	72	52	55	16	40	5	13	20	40
37 Jemen, Demokr. Volksrep.	13	78	5	48	5	19	..	1	..	10
38 Kamerun	65	111	43	97	2	12	..	1	..	12
39 Sudan	25	40	14	27	3	11	(.)	2	..	15
40 Angola	21	79	13	57	2	11	(.)	1
41 Mauretanien	8	17	3	9	(.)	3	5	10
42 Nigeria	36	49	27	39	3	10	(.)	1	25	..
43 Thailand	136	78	128	75	8	25	2	2	68	82
44 Bolivien	64	72	50	65	12	51	4	10	..	40
45 Honduras	67	89	67	88	8	13	1	4	47	61
46 Senegal	27	53	17	42	3	11	1	2	5	10
47 Philippinen	95	105	93	103	26	56	13	20	72	87
48 Sambia	48	96	38	86	1	14	..	1	41	43
49 Liberia	31	62	18	44	2	16	(.)	2	9	15
50 El Salvador	80	71	77	69	11	18	1	8	51	63
51 Papua-Neuguinea	70	59	60	44	1	12	..	3	..	32
52 Kongo, Volksrepublik	78	153	53	140	4	46	1	3	..	50
53 Marokko	47	61	27	44	5	16	1	3	17	26
54 Rhodesien	98	99	87	87	6	9	(.)
55 Ghana	59	60	39	53	3	35	(.)	1	..	25
56 Elfenbeinküste	46	86	24	64	2	17	(.)	2	9	20
57 Jordanien	78	83	59	77	25	42	1	4	32	62
58 Kolumbien	77	105	77	108	12	36	2	7	..	74
59 Guatemala	45	62	40	56	7	13	2	4	38	47
60 Ecuador	83	102	79	100	12	38	3	8	67	69
61 Paraguay	98	106	90	102	11	20	2	6	74	81
62 Korea, Republik	94	109	88	109	27	59	5	10	71	92
63 Nicaragua	66	85	66	87	7	21	1	6	38	57
64 Dominikanische Republik	98	104	98	105	7	19	1	9	..	51
65 Syrien, Arabische Republik	65	102	39	81	16	48	4	11	30	53

	Zahl der Grundschüler in % ihrer Altersgruppe ^a				Zahl der Besucher weiter- führender Schulen in % ihrer Alters- gruppe ^a		Zahl der Besucher höherer Schulen in % der Bevölkerung im Alter von 20-24 ^a		Anteil der Erwachsenen mit Lese- und Schreibkenntnissen ^a	
	Insgesamt		Weiblich		1960	1975	1960	1975	(in %)	
	1960	1975	1960	1975					1960	1974
66 Peru	83	111	71	106	18	46	4	14	61	72
67 Tunesien	66	95	43	75	12	20	1	4	..	55
68 Malaysia	96	93	83	91	19	41	1	3	23	60
69 Algerien	46	89	37	72	8	19	(.)	3	..	35
70 Türkei	75	104	58	94	14	30	3	7	40	55
71 Costa Rica	96	109	95	109	21	52	5	17	84	89
72 Chile	109	119	107	118	24	48	4	17	84	90
73 China, Republik	67	..	47	..	37	54	82
74 Jamaika	82	111	83	112	43	54	2	7	82	86
75 Libanon	109	132	104	125	19	38	6	23	..	68
76 Mexiko	80	112	77	109	11	35	3	9	62	76
77 Brasilien	95	90	93	90	11	18	2	10	61	64
78 Panama	96	124	94	120	29	54	5	18	78	82
79 Irak	65	93	36	63	19	35	2	9	15	26
80 Uruguay	111	103	112	103	37	62	8	14	90	91
81 Rumänien	98	109	95	109	24	62	5	9	..	98
82 Argentinien	98	108	99	109	31	55	11	28	91	93
83 Jugoslawien	96	97	91	93	34	54	9	19	77	85
84 Portugal	131	96	129	94	20	81	4	9	62	70
85 Iran	41	90	27	67	12	37	1	5	15	50
86 Hongkong	91	120	85	119	24	69	4	9	71	90
87 Trinidad und Tobago	110	111	109	111	22	39	1	3	..	90
88 Venezuela	100	96	100	96	21	43	4	19	65	82
89 Griechenland	105	105	103	104	41	76	4	14	80	82
90 Singapur	112	111	102	108	32	53	6	8	..	75
91 Spanien	111	115	116	115	23	78	4	18	87	94
92 Israel	98	128	97	129	48	39	10	24	84	84
Industrieländer	108	104	106	103	53	83	9	22	..	99
93 Südafrika	89	107	85	107	15	96	3	5
94 Irland	110	108	113	108	35	65	9	16	..	98
95 Italien	111	107	110	107	34	71	7	24	91	98
96 Großbritannien	95	116	94	116	67	76	9	16	..	98
97 Neuseeland	108	111	106	111	73	83	13	27	..	99
98 Japan	103	100	103	100	74	95	10	25	98	99
99 Österreich	105	102	105	102	50	75	8	17	..	99
100 Finnland	97	87	95	84	75	107	7	17	99	100
101 Australien	103	98	104	98	51	71	13	22	..	100
102 Niederlande	105	100	104	100	58	86	13	24	..	99
103 Frankreich	144	109	143	109	46	85	8	18	..	99
104 Belgien	109	105	108	105	69	84	9	22	..	99
105 Deutschland, Bundesrep.	133	129	134	128	53	70	6	20	..	99
106 Norwegen	118	102	119	102	53	90	7	21	..	99
107 Dänemark	105	102	104	102	56	59	10	28	..	99
108 Kanada	118	104	115	103	50	94	16	35	..	98
109 Vereinigte Staaten	118	104	64	91	32	54	98	99
110 Schweden	96	97	97	98	55	70	9	22	..	99
111 Schweiz	118	92	119	93	38	69	7	8	..	99
Ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß	59	90	24	84	9	45	(.)	7
112 Saudi-Arabien	12	44	2	32	2	16	(.)	3	..	15
113 Libyen	59	145	24	135	9	45	1	7	22	..
114 Kuwait	119	90	110	84	38	60	0	7	47	55
Staatshandelsländer	100	99	100	99	47	62	9	16
115 China, Volksrepublik
116 Korea, Demokr. Republik
117 Albanien	94	106	86	103	20	43	5	17
118 Kuba	109	126	109	123	14	35	3	9
119 Mongolei	79	85	80	85	51	94	8	6
120 Ungarn	101	99	100	99	47	62	7	11	97	98
121 Bulgarien	93	96	92	96	55	87	11	19
122 Sowjetunion	100	99	100	99	73	71	11	22	98	99
123 Polen	109	100	107	99	50	53	9	16	98	98
124 Tschechoslowakei	93	96	93	97	25	35	11	11	95	..
125 Deutschland, Demokr. Rep.	112	95	113	96	39	90	16	25

^a Für eine Reihe von Ländern gelten die Daten für andere als die ausgewiesenen Jahre. Siehe Technische Erläuterungen

Technische Erläuterungen

Diese Erläuterungen skizzieren die Reichweite der in den Tabellen präsentierten Daten und weisen auf die Methoden und die Begriffe hin, die bei ihrer Aufstellung angewendet wurden. Die im Anschluß an diese Erläuterungen in der Bibliographie wiedergegebenen Quellen enthalten umfassende Definitionen und Beschreibungen der verwendeten Begriffe.

Obwohl die Statistiken und Maße in diesem Anhang sorgfältig und im Einklang mit dem Erfordernis ihrer Verfügbarkeit für eine große Anzahl von Ländern über längere Zeiträume hinweg ausgewählt wurden, wird dem Leser dringend empfohlen, sie nur mit gebotener Vorsicht zu interpretieren; dies gilt vor allem für Quervergleiche der Indikatoren zwischen den Ländern, da die statistischen Verfahren, Definitionen und Methoden sowie die Reichweite der Statistiken von Land zu Land stark differieren. Die organisatorisch-technischen Voraussetzungen der Statistik sind in vielen Ländern nach wie vor schwach entwickelt, was sich auf die Zuverlässigkeit der Daten auswirkt.

Gruppierungen der Länder und Ausmaß ihrer Erfassung

Die erfaßten 125 Länder sind wie folgt gruppiert:

- *Entwicklungsländer* mit einer Bevölkerung von über einer Million¹⁾ sind auf der Basis ihres Bruttosozialprodukts (BSP) pro Kopf im Jahre 1976 unterteilt in:

Länder mit niedrigem Einkommen - mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 250 US-Dollar und darunter (34 Länder)

Länder mit mittlerem Einkommen - mit einem Pro-Kopf-Einkommen von über 250 US-Dollar (58 Länder)

- *Industrieländer* (19 Länder)
- *Größere ölexportierende Länder mit Kapitalbilanzüberschuß* (3 Länder)
- *Staatshandelsländer* (11 Länder¹⁾)

Innerhalb jeder Gruppe werden die Länder mit steigender Rangfolge nach dem BSP pro Kopf im Jahre 1976 ausgewiesen (siehe *World Bank Atlas, 1977*). Dies gilt nicht für Kambodscha, Libanon und Vietnam, für die die zuletzt verfügbaren Schätzungen des BSP pro Kopf aus dem Jahre

1974 stammen. Die Länder werden in allen Tabellen in der gleichen Reihenfolge präsentiert. Sie sind zusammen mit ihren Bezugsnummern auf der der Inhaltsübersicht vorausgehenden Seite in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

Länder mit einer Bevölkerungszahl von unter einer Million werden in den Tabellen nicht erfaßt; in den nachfolgenden Erläuterungen zu Tabelle 1 werden jedoch Basiskennzahlen für kleine Länder wiedergegeben, die Mitglieder der Vereinten Nationen und/oder der Weltbank sind.

Berechnung der Zuwachsraten

Die meisten Zuwachsraten wurden für zwei Zeiträume berechnet: 1960 bis 1970 und 1970 bis 1976 oder bis 1975, sofern für das Jahr 1976 keine Daten verfügbar waren. Alle Zuwachsraten sind reale Größen und wurden mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate berechnet²⁾.

Bei der Anwendung der Methode der kleinsten Quadrate werden alle innerhalb des relevanten Zeitraums beobachteten Werte erfaßt; die resultierenden Zuwachsraten reflektieren allgemeine Trends, die durch konjunkturelle Faktoren oder außergewöhnliche Veränderungen in einem einzelnen Jahr nicht über Gebühr beeinträchtigt werden.

Medianwerte

Der Median ist der mittlere Wert einer Gesamtheit von Werten, die nach ihrer Größe geordnet sind. Für jeden Indikator und für jede Ländergruppe werden die individuellen Länderwerte einfach vom größten bis zum kleinsten Wert geordnet, und der Median wird als derjenige Wert festgestellt, der größer ist als die Hälfte aller Werte und dessen Wert kleiner ist als die andere Hälfte der Werte. Im Falle einer ungeraden Anzahl von Ländern ist der Median identisch mit dem mittleren Wert; bei einer geraden Zahl liegt der Median zwischen (d. h. auf dem Durchschnitt) den beiden mittleren Werten.

²⁾ Zuwachsraten werden mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate durch die Regression aller Werte der untersuchten Variablen innerhalb des relevanten Zeitraums berechnet, wobei die folgende logarithmische Gleichung gilt:

$$\text{Log } X_t = a + bt + c_t$$

wobei:

- X_t = Variable
- t = Zeit
- c = Fehlermarge
- b = Neigungskoeffizient

Es gilt dann: $r = (\text{antilog } b) - 1$, so daß $(\text{antilog } b) - 1$ den nach der Methode der kleinsten Quadrate geschätzten Wert für die Zuwachsrate ergibt.

¹⁾ Albanien, Kuba, die Demokratische Republik Korea, die Mongolei und die Volksrepublik China werden zusammen mit anderen zentralen Planwirtschaften erfaßt. Rumänien und Jugoslawien werden in der Gruppe der Entwicklungsländer ausgewiesen. Ölexportierende Länder mit einem Überschuß in der Kapitalbilanz bilden eine eigene Kategorie.

Tabelle 1: Basiskennzahlen

Die Schätzwerte für die *Bevölkerung* für Mitte 1976 entstammen mit geringfügigen Änderungen, die neuere Informationen berücksichtigen, dem *World Bank Atlas, 1977*.

Die Angaben zur *Fläche* wurden dem *UN Demographic Yearbook, 1975* entnommen.

Das *Bruttosozialprodukt (BSP)* mißt die gesamte in- und ausländische Erzeugung, die den Bewohnern eines Landes zur Verfügung steht. Es schließt das Bruttoinlandsprodukt (siehe unten) sowie die Faktoreinkommen (wie Investitionerträge und Gastarbeiterüberweisungen) ein, die Inländern aus dem Ausland zufließen, abzüglich der im Inland verdienten Einkommen, die im Ausland lebenden Personen zuwachsen.

Das *Bruttoinlandsprodukt (BIP)* mißt die gesamte Enderzeugung von Gütern und Dienstleistungen, die von der Wirtschaft eines Landes erstellt wird; d. h. alle Leistungen innerhalb der Landesgrenzen sowohl Gebietsansässiger wie auch von Personen, die überwiegend im Ausland leben, werden erfaßt ohne Rücksicht darauf, ob das Verfügungsrecht

über die Erzeugung Inländern oder Ausländern zusteht. Sowohl bei der Wertermittlung des BIP als auch des BSP werden keine Abzüge vorgenommen zur Berücksichtigung der Ausgaben für Ersatzinvestitionen.

Die Schätzwerte für das BSP, aus denen die *BSP-Werte pro Kopf* für das Jahr 1976 abgeleitet sind, und die *realen Zuwachsraten des BSP pro Kopf* wurden von der Weltbank ermittelt. Sie basieren auf Zeitreihen aus nationalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die die nationalen statistischen Ämter erstellt haben, und werden durch Daten ergänzt, die die Weltbank bei Besuchen in den Mitgliedsländern gesammelt hat.

Die Werte für das *BSP pro Kopf für das Jahr 1976* wurden dem *World Bank Atlas, 1977* entnommen und wie folgt berechnet: Zuerst wird das in nationaler Währung gemessene BSP des Jahres 1976 in gewogenen Durchschnittspreisen der Basisperiode 1974–1976 ausgedrückt; das Ergebnis wird mit Hilfe des gewichteten durchschnittlichen Wechselkurses in diesem Zeitraum in US-Dollar konvertiert und dann um die Inflationsrate in den USA zwischen der Basisperiode 1974–1976 und dem Jahr 1976 bereinigt. Der so ermittelte Schätzwert für das BSP wird dann durch die Einwohnerzahl Mitte 1976 dividiert. Diese Methode wurde verwendet, um den Einfluß zeitweiliger Unter- oder Überbewertungen einzelner nationaler Währungen zu verringern; sie verbessert im allgemeinen die Vergleichbarkeit von Schätzwerten für das BIP pro Kopf zwischen den Ländern.

Die Umrechnung des BSP verschiedener Länder auf einen gemeinsamen Nenner führt bekanntlich zu Verzerrungen. Das Internationale Vergleichsprojekt der Vereinten Nationen (ICP – International Comparison Project), an dem die Weltbank maßgeblich beteiligt war, stellt darauf ab, Angaben über das Pro-Kopf-Einkommen, die auf Kaufkraftvergleichen beruhen, zu verbessern¹⁾. Bis heute wurden die Arbeiten für 16 Länder auf der Grundlage von 152 detaillierten Ausgabekategorien für jedes einzelne Land abgeschlossen.

Die nachfolgende Übersicht enthält Beispiele für die Differenzen, die zwischen den Werten des BSP pro Kopf für 1970 und 1973 auftreten, sofern sie einmal nach dem herkömmlichen Verfahren, zum anderen unter Verwendung der ICP-Methode berechnet werden.

UN/Weltbank-Mitglieder mit einer Bevölkerung von weniger als 1 Million

	Bevölkerung	BSP pro Kopf	Fläche
	(in Mio)	(in US-\$)	(in Tsd. Quadrat-kilometer)
	Mitte 1976	1976	
Malediven	0,1	120	(.)
Guinea-Bissau	0,5	140	36
Komoren	0,3	180	2
Gambia	0,5	180	11
Kapverd. Inseln	0,3	270	4
Äquatorialguinea	0,3	330	28
Westsamoa	0,2	350	3
Botsuana	0,7	410	600
Grenada	0,1	420	(.)
Swasiland	0,5	470	17
São Tomé und Príncipe	0,1	490	1
Guyana	0,8	540	215
Seyschellen	0,1	610	(.)
Mauritius	0,9	680	2
Fidschi	0,6	1 150	18
Surinam	0,4	1 370	163
Zypern	0,6	1 480	9
Barbados	0,2	1 550	(.)
Malta	0,3	1 780	(.)
Bahrain	0,3	2 140	1
Djibouti	0,1	2 160	22
Gabun	0,5	2 590	268
Oman	0,8	2 680	213
Bahamas	0,2	3 310	14
Island	0,2	6 100	103
Luxemburg	0,4	6 460	3
Katar	0,2	11 400	11
Vereinigte Arabische Emirate	0,7	13 990	84

1) Eine detaillierte Beschreibung der Methode geben I. B. Kravis, A. Heston und R. Summers, *International Comparisons of Real Product and Purchasing Power* (Baltimore und London: The Johns Hopkins University Press, 1978). Dieses Buch enthält die 2. Stufe des Internationalen Vergleichsprojekts der Vereinten Nationen.

**BSP pro Kopf, umgerechnet in US-Dollar mit Hilfe offizieller Wechselkurse,
sowie BIP pro Kopf in „internationalen“ US-\$, 1970 und 1973**

	1970			1973		
	(1) US-\$ ¹	(2) Internationale US-\$ ²	(3) Verhältnis (2):(1)	(1) US-\$ ¹	(2) Internationale US-\$ ²	(3) Verhältnis (2):(1)
Kenia	143	303	2,1	183	378	2,1
Indien	97	335	3,5	112	404	3,6
Philippinen	228	572	2,5	294	763	2,6
Republik Korea	277	593	2,1	411	932	2,3
Kolumbien	347	858	2,5	452	1126	2,5
Malaysia	437	915	2,1	609	1185	1,9
Iran	665	975	1,5	1156	1797	1,6
Ungarn	1326	2045	1,5	1712	2796	1,6
Italien	1908	2326	1,2	2398	2889	1,2
Japan	2630	2833	1,1	3760	4022	1,1
Großbritannien	2503	3027	1,2	3204	3742	1,2
Niederlande	3774	3293	0,9	4813	4239	0,9
Belgien	3804	3344	0,9	5121	4538	0,9
Frankreich	3671	3483	0,9	4860	4695	0,9
Bundesrepublik Deutschland	4421	3738	0,8	5690	4789	0,8
Vereinigte Staaten	4810	4854	1,0	6224	6240	1,0

¹ World Bank Atlas, verschiedene Ausgaben

² International Comparison Project

Der Index der *Nahrungsmittelproduktion pro Kopf* mißt den prozentualen Anteil der durchschnittlichen jährlichen Nahrungsmittelmenge pro Kopf, die in den Jahren 1974–1976 erzeugt wurde, an der durchschnittlichen jährlichen mengenmäßigen Produktion in den Jahren 1965–1967. Die Schätzungen wurden aus denen der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (UN Food and Agriculture Organization) abgeleitet, die die Indizes der hergestellten Nahrungsmittelmengen (Getreide, stärkehaltige Wurzeln, Zucker, Hülsenfrüchte, Pflanzen zur Erzeugung von Speiseöl, Nüsse, Früchte, Gemüse, Wein, Getränke, Viehbestand und Tierprodukte) durch die Bevölkerungsindizes dividiert.

Die Daten über das *Wachstum der Energieerzeugung* und den *Energieverbrauch pro Kopf* wurden von den Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt. Sie umfassen kommerzielle Formen der Primärenergie: Steinkohle und Braunkohle, Rohöl, Erdgas und verflüssigtes Erdgas sowie mit Wasserkraft und nuklear erzeugten Strom; diese Formen wurden in Steinkohleäquivalente umgerechnet. Die Verwendung von Brennholz und anderen traditionellen Brennstoffen, die in einigen Entwicklungsländern von erheblicher Bedeutung ist, wurde vernachlässigt.

Die *durchschnittliche jährliche Inflationsrate* ist identisch mit dem »impliziten BIP-Deflator«, der wie folgt zu berechnen ist: Für jedes Jahr des in Frage kommenden Zeitraums wird der Wert des BIP zu laufenden Marktpreisen durch den Wert des BIP zu konstanten Marktpreisen dividiert, wobei die Bewertung jeweils in nationaler Währung erfolgt.

Tabellen 2 und 3: Wachstum und Struktur der Produktion

Die Kennzahlen in diesen Tabellen wurden unter Zuhilfenahme von Zeitreihen in nationaler Währung aus den nationalen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt. Die Wachstumsraten in Tabelle 2 sind in konstanten Preisen berechnet; die Anteile am BIP in Tabelle 3 sind in laufenden Preisen ausgedrückt.

Die Zusammensetzung des *Bruttoinlandsprodukts* wird voranstehend in den Erläuterungen zu Tabelle 1 definiert.

Der *landwirtschaftliche Sektor* umfaßt die Land- und Forstwirtschaft, die Jagd und den Fischfang. Der *industrielle Sektor* setzt sich zusammen aus dem Bergbau, der industriellen Erzeugung und der Bauwirtschaft sowie den Bereichen Strom, Wasser und Gas. Alle anderen Zweige der Wirtschaftstätigkeit werden den *Dienstleistungen* zugerechnet.

Tabellen 4 und 5: Wachstum ausgewählter Komponenten der Nachfrage; Struktur der Nachfrage

Zur Berechnung der Kennzahlen in diesen Tabellen wurden Zeitreihen in nationaler Währung aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet. Die Wachstumsraten in Tabelle 4 basieren auf konstanten Preisen; die BIP-Anteile in Tabelle 5 sind in laufenden Preisen ausgedrückt. Die verwendeten Definitionen sind überwiegend identisch mit den Definitionen im *System of National Accounts* (SNA) der Vereinten Nationen.

Die Zusammensetzung des *Bruttoinlandsprodukts* wird voranstehend in den Erläuterungen zu Tabelle 1 definiert.

Der *öffentliche Verbrauch* (in der Terminologie des SNA »General Government consumption«) erfaßt alle laufenden Ausgaben auf allen Regierungsebenen für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen. Der Kapitalaufwand für die nationale Verteidigung wird als Verbrauchsausgabe behandelt.

Der *private Konsum* setzt sich zusammen aus dem Marktwert aller Güter und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten und gemeinnützigen Institutionen gekauft oder als Einkommensersatz bezogen wurden. Er schließt die kalkulatorische Eigenmiete für Wohnraum ein, der vom Eigentümer genutzt wird.

Die *Bruttoinlandsinvestition* erfaßt alle Ausgaben für die Aufstockung des Anlagevermögens sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor, zuzüglich des Nettowertes von Lagerbestandsveränderungen.

Die *Bruttoinlandsersparnis* mißt den Betrag der Bruttoinlandsinvestition, der aus inländischer Erzeugung stammt. Sie wird als Differenz zwischen der Bruttoinlandsinvestition und dem Defizit in der Leistungsbilanz (ohne den laufenden Nettotransfer) berechnet. Dabei wird sowohl die öffentliche als auch die private Ersparnis erfaßt.

Unter dem *Außenbeitrag* wird die Differenz zwischen den Ausfuhren und den Einfuhren von Gütern und Dienstleistungen verstanden. Die Ausfuhr und die Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen stellt den Wert aller Güter und Dienstleistungen dar, die an den Rest der Welt verkauft bzw. von dort erworben werden. Hierunter fallen Waren, Frachten, Versicherungen, Reisen und andere Dienstleistungen. Der Wert von Faktoreinkommen (z. B. Investitionserträge und Gastarbeiterüberweisungen) wird mit diesem Indikator nicht erfaßt.

Tabelle 6: Wachstum des Warenhandels

Die Statistiken über den Warenhandel stammen aus dem Handelsdatensystem der UN, das durch Daten aus der *Direction of Trade* und den *International Financial Statistics* des Internationalen Währungsfonds (IWF) ergänzt wurde.

Warenexporte und -importe umfassen mit wenigen Ausnahmen alle Transaktionen, die einen Wechsel des nationalen Eigentums an Waren nach sich ziehen, sofern diese die Zollgrenzen des berichtenden Landes überschreiten. Die Exporte werden auf fob (free on board)-Basis und die Importe auf cif (cost, insurance, and freight)-Basis bewertet und in laufenden US-Dollar ausgedrückt.

Die *Wachstumsraten der Warenexporte und -importe* werden in realen Größen angegeben. Sie basieren bei der Mehrzahl aller Länder auf Mengenindizes der Ausfuhren und Einfuhren, die dem

Handbook of International Trade and Development Statistics der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development) entnommen wurden. Die Zuwachsraten für die entwickelten Länder errechnen sich aus den inflationsbereinigten jährlichen Export- (bzw. Import-) Werten, ausgedrückt in laufenden US-Dollar. Die Indizes für die Export- bzw. Import-Durchschnittswerte wurden auf der Grundlage von Daten aus dem *UN Monthly Bulletin of Statistics* errechnet.

Bei der Berechnung der Terms of Trade (oder »Nettoaustauschverhältnisse im Handel«) wird der Index des Durchschnittswerts der Exporte eines Landes ins Verhältnis gesetzt zum Index des Durchschnittswerts seiner Importe. Entsprechend repräsentieren die für die Jahre 1960 und 1976 ausgewiesenen Werte des Terms of Trade-Index auf der Basis 1970 = 100 die im Zeitablauf aufgetretenen Änderungen des Exportpreisniveaus, ausgedrückt als Prozentsatz der Importpreise. Die Indizes der Durchschnittswerte entstammen den gleichen Quellen der UNCTAD und der UN, die voranstehend in Verbindung mit den Wachstumsraten der Ausfuhren und Einfuhren zitiert wurden.

Tabelle 7: Struktur des Warenhandels

Die Handelsanteile in dieser Tabelle wurden aus den in laufenden US-Dollar ausgedrückten Handelswerten abgeleitet, die auf Magnetbändern mit UN-Handelsdaten gespeichert sind. Als weitere Quelle für diese Werte diente das *UN Monthly Bulletin of Statistics*.

Der Begriff der *Warenausfuhren und -einfuhren* wird voranstehend in den Erläuterungen zu Tabelle 6 definiert.

Innerhalb der Klassifizierung der Exporte umfassen *Rohstoffe* die Abschnitte 0 bis 4 der *Standard International Trade Classification (Revised)* (Nahrungsmittel und lebende Tiere, Getränke und Tabak, unverzehrbare Rohmaterialien, Brennstoffe, Öle, Fette und Wachse) sowie die nicht-eisenhaltigen Metalle in Teil 68 der SITC. Der Begriff *Fertigwaren* bezieht sich auf Waren, die in der *Standard International Trade Classification (Revised)* in den Abschnitten 5 bis 9 aufgeführt sind (chemische Produkte und verwandte Erzeugnisse, industriell gefertigte Gegenstände, Maschinen und Transportausrüstung) ohne Teil 68 (nicht-eisenhaltige Metalle).

Innerhalb der Klassifizierung der Importe beinhalten die *Nahrungsmittel* die in der SITC (Rev.) in den Abschnitten 0, 1 und 4 sowie in Teil 22 (Nahrungsmittel und lebende Tiere, Getränke, Tabak, Öle und Fette) aufgeführten Produkte. *Brennstoffe* umfassen die Produkte in Abschnitt 3

der SITC (Rev.). Die *Sonstigen Importe* wurden als Differenzbetrag zum Gesamtwert der Importe erfaßt.

Tabelle 8: Warenexporte nach Bestimmungsland

Die *Warenexporte* wurden voranstehend in den Erläuterungen zu Tabelle 6 definiert. Sie schließen den Wert von Reexporten ein.

Alle Handelsanteile in dieser Tabelle wurden auf der Grundlage der Handelswerte (in laufenden US-Dollar) berechnet, die der IWF in seiner *Direction of Trade* veröffentlicht. Bedingt durch das in dieser Quelle verwendete Verfahren weichen die Ländergruppen, die als Empfänger der Warenausfuhren ausgewiesen werden, leicht von der Gruppierung ab, die sonst in diesem Anhang verwendet findet. Insbesondere bestehen die folgenden Abweichungen:

- Die *entwickelten Länder* umfassen – zusätzlich zu den in diesem Anhang als »Industrieländer« geführten Nationen – Gibraltar und Island.
- Kuwait, Libyen und Saudi-Arabien, die sonst in diesem Anhang als ölexportierende Länder mit einem Überschuß in der Kapitalbilanz bezeichnet sind, werden zur Gruppe der *Entwicklungsländer* gerechnet. Dies gilt auch für Kuba, das ansonsten innerhalb der Gruppe der Staatshandelsländer geführt wird.

Tabelle 9: Zahlungsbilanzen und Schuldendienstrelationen

Unter der *Leistungsbilanz* (auch *Bilanz der laufenden Posten*) wird die Differenz zwischen (i) den Exporten von Gütern und Dienstleistungen einschließlich unentgeltlicher Übertragungen und (ii) den Importen von Gütern und Dienstleistungen einschließlich unentgeltlicher Übertragungen gegenüber dem Rest der Welt verstanden. *Zinszahlungen auf die öffentliche und öffentlich garantierte Auslandsverschuldung* sind in diesem Begriff nicht enthalten und werden gesondert ausgewiesen. Diese Zahlungen umfassen Zinsen auf den ausgezahlten Teil der ausstehenden öffentlichen und öffentlich garantierten Schulden sowie Bereitstellungsgebühren für nicht ausgezahlte Kredite. Die Schätzwerte für die Leistungsbilanzen stammen aus der Datensammlung des IWF; die Schätzwerte für die Zinszahlungen entstammen dem Schuldenberichtssystem der Weltbank.

Der *Schuldendienst* umfaßt die *Zinszahlungen und die Tilgung auf die öffentliche und öffentlich garantierte Auslandsverschuldung*. Die Daten für den Schuldendienst wurden dem Schuldenberichtssystem der Weltbank entnommen. Das *Verhältnis des Schuldendienstes zum Export* von Gütern und Dienstleistungen ist eine verbreitete Daumenregel

zur Beurteilung der Schuldendienstkapazität. Allerdings erscheint die Anmerkung wichtig, daß die hier angeführten Schuldendienstkoeffizienten die private Verschuldung, die für einige Länder beträchtlich ist, außer acht lassen. Die nachfolgende Übersicht illustriert die Unterschiede zwischen den Zinszahlungen, die im Schuldenberichtssystem erfaßt sind (und auch zur Berechnung der Schuldendienstrelationen in Tabelle 9 verwendet wurden), und den gesamten Zinszahlungen, die in der Datensammlung der *Balance of Payments* des IWF gespeichert sind. Ferner sollte darauf hingewiesen werden, daß Kreditaufnahmen für Käufe militärischer Ausrüstungen regelmäßig nicht berichtet werden.

Da sich das Schuldenberichtssystem der Weltbank in erster Linie mit Entwicklungsländern befaßt, werden für andere Ländergruppen keine Angaben über die Auslandsverschuldung gemacht. Auch aus anderen Quellen sind keine vergleichbaren Daten verfügbar.

Vergleich von Zinszahlungen, 1976

	Schuldenberichtssystem ¹	Zahlungsbilanzen ²
(In Mio US-\$)		
Pakistan	129	167
Korea, Republik	345	480
Philippinen	87	246
Ägypten	77	257
Türkei	114	169
Israel	196	632
Spanien	267	816
Brasilien	734	2040
Mexiko	1070	1357
Chile	209	326
Kolumbien	125	262
Griechenland	177	210
China, Republik	145	261
Singapur	35	331
Panama	60	447

¹ Fällige Zinszahlungen auf die öffentliche und öffentlich garantierte mittel- und langfristige Auslandsverschuldung.

² Fällige Zinszahlungen auf die private, öffentliche und öffentlich garantierte kurz-, mittel- und langfristige Auslandsverschuldung.

Tabelle 10: Externe Kapitalströme

Die Daten für den *Bruttozufluß* und die *Tilgung* (Amortisation) öffentlicher und öffentlich garantierter mittel- und langfristiger Kredite stammen aus dem Schuldenberichtssystem der Weltbank. Die *Nettozuflüsse* bezeichnen die um die Tilgung verringerten Bruttozuflüsse.

Unter den *privaten Nettodirektinvestitionen* ist der Nettobetrag zu verstehen, der von Gebietsfremden eines Landes in Unternehmen investiert wird, deren Geschäftspolitik sie (oder andere Gebietsfremde) in signifikanter Weise beeinflussen; diese Nettogrößen schließen auch den Wert der Direktinvestitionen ein, die von Gebietsansässigen

im Ausland getätigt werden. Für die Berechnung dieser Schätzwerte wurde die Datensammlung des IWF über Zahlungsbilanzen herangezogen.

Da sich das Schuldenberichtssystem der Weltbank in erster Linie mit Entwicklungsländern befaßt, werden hier keine Angaben über die Auslandsverschuldung anderer Ländergruppen gemacht. Auch aus anderen Quellen sind keine vergleichbaren Daten verfügbar.

Tabelle 11: Öffentliche Auslandsverschuldung und Währungsreserven

Die *ausstehende öffentliche Auslandsverschuldung* erfaßt den Betrag der öffentlichen und öffentlich garantierten Kredite, der tatsächlich ausgezahlt wurde, ohne die gekündigten Kreditzusagen und die Tilgung. Die ausgewiesenen Daten beziehen sich jeweils auf das Ende des angegebenen Jahres und stammen aus dem Schuldenberichtssystem der Weltbank.

Da sich das Schuldenberichtssystem der Weltbank in erster Linie mit Entwicklungsländern befaßt, werden hier keine Angaben über die Auslandsverschuldung anderer Ländergruppen gemacht. Auch aus anderen Quellen sind keine vergleichbaren Daten verfügbar.

Die *Bruttowährungsreserven* setzen sich zusammen aus den Goldbeständen, den Sonderziehungsrechten (SZR), den Reservepositionen von IWF-Mitgliedern und den Beständen an Devisenreserven, über die die Währungsbehörden verfügen. Die Goldkomponente dieser Reserven ist durchweg zu 35 SZR je Feinunze bewertet. Dies entspricht 35 US-Dollar je Feinunze vor Dezember 1971, 38 US-Dollar je Feinunze von Dezember 1971 bis einschließlich Januar 1973 und 42,22 US-Dollar je Feinunze von Februar 1973 bis einschließlich Juni 1974; nach diesem Zeitpunkt entspricht der Wert von 35 SZR je Feinunze dem US-Dollar-Preis des Goldes, der sich aus der Marktbewertung des SZR ableitet, die im Juli 1974 eingeführt wurde. Die Daten über die Bestände an Währungsreserven stammen aus den Datensammlungen des IWF. Die für die Jahre 1970 und 1976 angegebenen Reservenbestände beziehen sich jeweils auf das Ende der angegebenen Jahre und sind in laufenden US-Dollar ausgedrückt. Für die Reservenbestände von Ende 1976 wird auch angegeben, wieviele Monatsimporte von Gütern und Dienstleistungen mit ihnen bezahlt werden könnten, wobei als Importwerte die Durchschnittswerte für das Jahr 1976 verwendet wurden.

Tabelle 12: Öffentliche Entwicklungshilfe der OECD-Mitgliedsländer

Die *öffentliche Entwicklungshilfe* (ODA – Official Development Assistance) setzt sich zusammen aus

Geschenken und ausgezahlten Krediten zu konzessionären finanziellen Bedingungen, die seitens öffentlicher Stellen der Mitglieder des Entwicklungshilfesausschusses der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit dem Ziel gegeben werden, die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand zu fördern. Sie schließt den Wert der technischen Zusammenarbeit ein.

Die Angaben für das Jahr 1976 und frühere Jahre sind effektive Werte, die die OECD veröffentlicht; für 1977 werden vorläufige Schätzungen angegeben. Alle anderen Daten sind Projektionen des Mitarbeiterstabs der Weltbank, die auf Informationen über Budgetbewilligungen für die Entwicklungshilfe und auf Regierungserklärungen zur Entwicklungspolitik aufbauen. Es handelt sich mithin nicht um Voraussagen, sondern um Projektionen dessen, was unter Berücksichtigung der augenblicklichen Pläne eintreten wird. Feste Zusagen für die Jahre 1979 und 1980 werden die Auszahlungen in diesen Jahren nur geringfügig beeinflussen.

Finnland wurde im Januar 1975 Mitglied des Entwicklungshilfesausschusses (DAC – Development Assistance Committee). Neuseeland erwarb die Mitgliedschaft im Jahre 1973; für Neuseeland liegen für die Jahre 1960 und 1965 keine ODA-Angaben vor.

Die Nominalwerte der BSP und der ODA wurden mit Hilfe des *BSP-Deflators für den US-Dollar* in konstante Preise des Jahres 1977 konvertiert. Mit diesem Deflator wird der Preisanstieg in den OECD-Ländern (ohne Griechenland, Portugal, Spanien und Türkei) in US-Dollar gemessen. Dabei werden Paritätsänderungen zwischen dem US-Dollar und anderen nationalen Währungen berücksichtigt. (Wertet zum Beispiel der US-Dollar ab, so sind die in nationalen Währungen gemessenen Preissteigerungsraten um den Betrag der Dollarabwertung nach oben zu korrigieren.)

Nach Schätzungen des DAC sind die nachfolgend wiedergegebenen ODA-Ströme aus den Mitgliedsländern der Organisation Ölexportierender Länder (OPEC) abgeflossen:

Zu den Geberländern der OPEC gehören Algerien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Tabelle 13 und 14: Zunahme der Bevölkerung und der Erwerbspersonen; Bevölkerungsstruktur

Die *Wachstumsraten für die Gesamtbevölkerung* wurden mit Hilfe der Methode der kleinsten Quadrate berechnet auf der Grundlage von Schätzungen der UN und der Weltbank über die Höhe der

Einwohnerzahl in den Ländern jeweils zur Jahresmitte. Abgesehen von geringfügigen Korrekturen, um neuere Informationen zu berücksichtigen, entsprechen diese Schätzungen den Angaben im *World Bank Atlas, 1977*.

Die Schätzwerte über die *Stadtbevölkerung* stammen aus der Abteilung für Bevölkerungsfragen der UN; sie basieren auf nationalen Daten. Die *Wachstumsraten für die städtische Bevölkerung* wurden aus Schätzungen der UN abgeleitet. Da diese Schätzungen auf unterschiedlichen Abgrenzungen des Begriffs »städtisch« in den verschiedenen Ländern aufbauen, sollten Länderquervergleiche nur mit Vorsicht interpretiert werden.

Die *Erwerbspersonen* umfassen alle Personen, die einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen, sowie die Streitkräfte und die Arbeitslosen, jedoch ohne Hausfrauen, Schüler und wirtschaftlich inaktive Gruppen. Die *Zuwachsraten für die Erwerbspersonen* sind Projektionen des Internationalen Arbeitsamtes (ILO – International Labour Office), die aus Erhebungen in den Jahren 1960 und 1970 abgeleitet und – soweit dies zur Sicherstellung der begrifflichen Einheitlichkeit erforderlich war – bereinigt wurden. Die ILO-Projektionen vernachlässigen grenzüberschreitende Bevölkerungsbewegungen. Der *prozentuale Anteil der von der Landwirtschaft abhängigen Erwerbspersonen* an allen Erwerbspersonen wurde von der ILO auf der Grundlage nationaler Daten errechnet.

Die *Schätzwerte für die Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren* stammen aus der Abteilung für Bevölkerungsfragen der UN; sie basieren auf nationalen Daten.

Der Begriff der *Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter* bezieht sich auf die Gesamtbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. Diese Schätzwerte wurden von der UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen ermittelt.

Tabelle 15: Demographische Indikatoren

Die *unbereinigten Geburten- und Sterbeziffern* basieren auf Berechnungen der UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen.

Die *Allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern* (TFR – Total Fertility Rates) wurden ebenfalls von der UN-Abteilung für Bevölkerungsfragen errechnet. Die TFR bezeichnet die Kinderzahl, die eine Frau theoretisch gebären könnte, falls sie bis zum Ende ihres gebärfähigen Alters lebte und in jeder Altersstufe in Übereinstimmung mit den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern Kinder zur Welt bringen würde.

Tabelle 16: Bevölkerungsprojektionen, 1976–2000 und hypothetische stationäre Bevölkerung

Die Schätzungen über den Bevölkerungsstand Mitte 1976 sind in Tabelle 1 wiedergegeben.

Die erforderlichen Daten für die Projektion der *Bevölkerung im Jahr 2000* – Gesamtbevölkerung, Fruchtbarkeit und Sterberaten im Jahre 1975, dem Basisjahr der Projektion – wurden für jedes Land von der Weltbank, der UN und dem Amt für Statistische Erhebungen der USA bezogen. Die Annahmen basieren auf Analysen der jüngsten Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitstrends in den einzelnen Ländern.

Bei der Projektion der Sterblichkeitsziffern wurde unterstellt, daß die weibliche Lebenserwartung im Zeitpunkt der Geburt (zur Definition dieses Begriffs siehe Erläuterungen zu Tabelle 17) weiterhin bis auf ein Alter von 77,5 Jahren ansteigen und danach konstant bleiben wird. Ferner wurde angenommen, daß die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt im gleichen Ausmaß wie das Niveau des Pro-Kopf-Einkommens ansteigt. Die projektierten Sterbeziffern für Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von über 450 US-Dollar im Jahre 1976 stimmen in etwa mit denen überein, die in den »mittleren« Projektionen der UN (1975) ausgewiesen werden; die Ziffern für Länder mit niedrigeren Einkommen liegen etwas über den »mittleren« UN-Projektionen.

Es wurde unterstellt, daß die Fruchtbarkeitsziffern in Übereinstimmung mit der Entwicklung des Einkommensniveaus pro Kopf und der bisherigen Ergebnisse auf dem Gebiet der Familienplanung abnehmen werden. Diese Annahmen führen zu Projektionen für die Geburtenziffern, die im allgemeinen in etwa mit den »niedrigen« Projektionen der UN übereinstimmen; sie hat diese Projektionen für Länder mit Familienplanungsprogrammen durchgeführt, die bislang eine mittlere bis starke Wirkung zeitigten. Für die anderen Länder ist der projektierte Rückgang der Geburtenziffern identisch mit den »mittleren« UN-Projektionen.

Bei den Projektionen wurde durchweg unterstellt, daß grenzüberschreitende Bevölkerungsbewegungen keinen merklichen Einfluß haben.

Die angegebenen Schätzungen für die Jahre, in denen eine *bestandsneutrale Fruchtbarkeit* (replacement level fertility) erreicht wird, in dem folglich der Bevölkerungsstand stationär ist, sind spekulativ. *Sie sollten deshalb nicht als Voraussagen aufgefaßt werden.* Sie wurden vielmehr mit dem Ziel aufgenommen, einen umfassenden Hinweis auf die langfristigen Implikationen neuerer Trends unter Verwendung stark vereinfachender Annahmen zu geben. Dabei wurden insbesondere jene Effekte vernachlässigt, die vom künftigen Einkommenswachstum in den Ländern auf ihre Fruchtbarkeitsziffern ausgehen können. Auf der Grundlage ihrer gegenwärtigen Einkommensniveaus wurden den Ländern bestimmte Fruchtbarkeits- und Sterbecha-

rakteristika zugeordnet; wenn jedoch, um ein Beispiel zu nennen, ein Land mit einem gegenwärtig niedrigen BSP pro Kopf über den Projektionszeitraum hinweg ein starkes Einkommenswachstum erzielt, so würde die Fruchtbarkeitsziffer wahrscheinlich schneller sinken als hier angenommen wurde.

In einer *stationären Bevölkerung* ist die Geburtenziffer identisch mit der Sterbeziffer. Die Bevölkerung wächst nicht, und ihre Altersstruktur bleibt konstant.

Die *Nettoreproduktionsziffer* (NRR – Net Reproduction Rate) gibt die Anzahl von Töchtern an, die ein neugeborenes Mädchen im Verlauf seines Lebens gebären wird, wenn feste altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern und ein feststehender Satz von Sterblichkeitsraten unterstellt werden. Entsprechend mißt die NRR das Ausmaß, in dem sich eine neugeborene Gruppe von Mädchen bei gegebenen Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsziffern selbst reproduziert.

Eine *Nettoreproduktionsziffer von 1* gibt an, daß die Fruchtbarkeit bestandsneutral ist: bei dieser Ziffer bringen gebärende Frauen im Durchschnitt nur soviele Töchter zur Welt, um sich selbst innerhalb der Bevölkerung zu reproduzieren. Eine Bevölkerung wird zunächst auch dann weiterwachsen, nachdem die bestandsneutrale Fruchtbarkeitsziffer erreicht wurde, da die höheren Geburtenziffern in der Vergangenheit zu einem Altersaufbau mit einem relativ hohen Anteil von Personen geführt haben, die sich innerhalb des reproduktionsfähigen Alters befinden oder in dieses noch hineinwachsen werden. Dadurch treten mehr Geburten als Sterbefälle auf, bis die Bevölkerung als notwendige Folge der niedrigen Geburtenziffer einen älteren Altersaufbau erreicht. Mithin hängt die Zeitspanne, die die Bevölkerung eines Landes nach Erreichen der bestandsneutralen Fruchtbarkeit benötigt, um stationär zu werden, von ihrer spezifischen Altersstruktur und früheren Fruchtbarkeitsmustern ab.

Um die Größe der stationären Bevölkerung zu schätzen, wurden die für das Jahr 2000 projizierten Bevölkerungsmerkmale als Ausgangsgrundlage verwendet. Es wurde des weiteren angenommen, daß die Fruchtbarkeitsziffern laufend bis auf das bestandsneutrale Niveau absinken ($NRR = 1$), um danach auf diesem Niveau zu verharren. Das Jahr, in dem diese Fruchtbarkeitsziffer erreicht wird, wurde zunächst aus der Fruchtbarkeitsrate und dem Einkommensniveau des betreffenden Landes im Jahr 2000 abgeleitet.

In mehreren Industrieländern liegt die Fruchtbarkeit zur Zeit unter dem bestandsneutralen Niveau. Da eine Bevölkerung nicht stationär werden kann, sofern ihre Reproduktionsziffer von 1 abweicht, mußte bei der Schätzung des hypothetischen stationären

Bevölkerungsniveaus in diesen Ländern unterstellt werden, daß ihre Fruchtbarkeitsziffern wieder auf das Reproduktionsniveau ansteigen. Im Interesse einer konsistenten Behandlung aller Länder wurde angenommen, daß die Allgemeinen Fruchtbarkeitsraten in diesen Industrieländern in den Jahren 2000 bis 2005 auf das bestandsneutrale Niveau ansteigen werden, um danach konstant zu bleiben.

Bei der Projektion des Umfangs der hypothetischen stationären Bevölkerung wurde mit dem Jahr begonnen, in dem die NRR den Wert 1 erreicht. Unter Verwendung von Daten über die Lebenserwartung bei der Geburt, des Medians aus dem jeweiligen Alter der Gebärenden, der Geschlechtsverteilung bei der Geburt und Sterbetafeln, die sich für das jeweilige Land eignen, wurde die Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer für fünfjährige Intervalle bis zu dem Jahr geschätzt, in dem die weibliche Lebenserwartung bei der Geburt 77,5 Jahre erreicht. Die Allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern für dazwischenliegende Jahre wurden durch Interpolation zwischen dem Wert im Jahr 2000 und dem Wert, der für das Jahr mit einer $NRR = 1$ gilt, ermittelt.

Den Projektionen zufolge würde die Weltbevölkerung innerhalb von rd. 200 Jahren auf einen Höchstbestand von ungefähr 10 Mrd anwachsen, was – bezogen auf den derzeitigen Stand von 4 Mrd – einer Zunahme von 250% entspricht.

Tabelle 17: Gesundheitsbezogene Indikatoren

Die *Lebenserwartung bei der Geburt* ist eine jährliche Durchschnittsgröße für alle, die innerhalb der im Jahre 1975 endenden Fünfjahresperiode geboren wurden. Dieses Maß gibt die Anzahl der Jahre an, die ein neugeborenes Kind leben würde, sofern es den Sterblichkeitsrisiken ausgesetzt wäre, die zum Zeitpunkt seiner Geburt im Querschnitt der Bevölkerung bestehen. Die Daten stammen aus der Abteilung für Bevölkerungsfragen der UN.

Die *Säuglings- und Kindersterblichkeitsziffern* sind Jahresraten, die von der Abteilung für Bevölkerungsfragen der UN berechnet wurden. Die Säuglingssterblichkeitsziffer schließt die Totgeburten nicht ein. Die Kindersterblichkeitsziffer wird im allgemeinen als guter Indikator für das Ausmaß der Unterernährung bei Kindern angesehen. Die Daten beziehen sich auf eine Vielzahl von Jahren, die jedoch in der Regel nicht um mehr als drei Jahre von den angegebenen abweichen.

Die Schätzungen über die *Bevölkerung je Arzt und je Beschäftigten in der Krankenpflege* sind aus den Daten der Weltgesundheitsorganisation (WHO – World Health Organization) abgeleitet. Die in der Krankenpflege Beschäftigten umfassen das Personal mit Hochschulabschluß und das praktische

Krankenpflegepersonal sowie Hilffschwwestern. Die Daten sind jedoch zwischen den Ländern strenggenommen nicht vergleichbar, da die Definition der in der Krankenpflege Beschäftigten von Land zu Land differiert und da sich die wiedergegebenen Daten auf andere als die angegebenen Jahre beziehen können (obwohl die Abweichungen im allgemeinen drei Jahre nicht überschreiten).

Der *prozentuale Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu unbedenklichem Wasser* an der Gesamtbevölkerung wurde von der WHO geschätzt; hierunter ist der Anteil der Bevölkerung zu verstehen, der innerhalb vernünftiger Grenzen Zugang zu einer unbedenklichen Wasserversorgung hat, die gereinigtes Oberflächenwasser oder unge-reinigtes, aber unverseuchtes Wasser – etwa aus Bohrlöchern, Quellen und Leitungsanschlüssen – einschließt.

Tabelle 18: Ausbildung

Die Angaben in dieser Tabelle beziehen sich auf unterschiedliche Jahre, die jedoch im allgemeinen nicht um mehr als drei Jahre von den angegebenen abweichen.

Die Schätzungen für die Zahl aller (und der weiblichen) *Besucher von Grundschulen* aller Altersstufen sind als Prozentsätze der gesamten (bzw. der gesamten weiblichen) Bevölkerung im Grundschulalter ausgedrückt, um »Bruttorelationen für den Grundschulbesuch« auszuweisen. Obwohl als grundschulfähiges Alter in der Regel ein

Alter von 6 bis 11 Jahren angesehen wird, sind die Ausbildungssysteme nicht einheitlich. Diese Unterschiede, die zwischen den Ländern im Hinblick auf das Schulalter und die Dauer der Ausbildung bestehen, schlagen sich in den angegebenen Relationen nieder. In Ländern mit einer umfassenden Grundschulausbildung können die Bruttorelationen für den Schulbesuch den Wert 100 übersteigen, sofern das offizielle Grundschulalter von einigen Schülern unter- oder überschritten wird.

Die *Bruttorelationen für den Besuch weiterführender Schulen* sind entsprechend aufgebaut. Sowohl die Besucherrelationen für die Grund- als auch für die weiterführenden Schulen wurden aus dem Jahrbuch 1976 der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco – Educational, Scientific and Cultural Organization) bezogen.

Die Daten über den *prozentualen Anteil der Besucher höherer Schulen an der Gesamtbevölkerung im Alter von 20 bis 24 Jahren* stammen von der Unesco. Die Mindestvoraussetzung für den Zugang zu einer höheren Ausbildung ist der erfolgreiche Abschluß der weiterführenden Ausbildung oder der Nachweis entsprechender Kenntnisse oder einer vergleichbaren Ausbildung.

Die *Rate der Erwachsenen mit Lese- und Schreibkenntnissen* mißt den Prozentsatz der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber, der lesen und schreiben kann. Diese Raten basieren auf Schätzungen der Unesco und der Weltbank.

Bibliographie der Datenquellen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und wirtschaftliche Kennzahlen

Datensammlungen der Weltbank.

World Bank Atlas, 1977 (Weltbank Atlas 1977) (Washington, D.C.: Weltbank)

United Nations Statistical Yearbook (Statistisches Jahrbuch der Vereinten Nationen), verschiedene Ausgaben (New York: Vereinte Nationen, Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Statistisches Büro der UN).

A System of National Accounts (Ein System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) (New York: Vereinte Nationen, Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Statistisches Büro der UN, 1968).

FAO Production Yearbook (Jahrbuch der Produktion der FAO), verschiedene Ausgaben (Rom: Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft der UN).

Nationale Quellen

Energie

World Energy Supply, 1971–1975 (Die Energieversorgung der Welt, 1971–1975), UN Statistical Papers Series J, Nr. 20 (New York: Vereinte Nationen, Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Statistisches Büro der UN, 1977).

Handel

UN-Bänder mit Handelsdaten

United Nations Monthly Bulletin of Statistics (Monatliches Statistisches Bulletin der Vereinten Nationen), verschiedene Ausgaben (New York: Vereinte Nationen, Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Statistisches Büro der UN).

United Nations Yearbook of International Trade Statistics (Jahrbuch der Außenhandelsstatistik der Vereinten Nationen), verschiedene Ausgaben (New York: Vereinte Nationen, Statistisches Büro der UN).

Handbook of International Trade and Development Statistics (Handbuch der Außenhandels- und Entwicklungsstatistik), verschiedene Ausgaben (Genf: Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung).

International Financial Statistics (Internationale Finanzstatistik), verschiedene Ausgaben (Washington, D.C.: Internationaler Währungsfonds, Statistisches Büro).

Direction of Trade (Regionale Handelsstatistik), verschiedene Ausgaben (Washington D.C.: Internationaler Währungsfonds, Statistisches Büro).

Zahlungsbilanz, Kapitalverkehr und Verschuldung

Datensammlung des Internationalen Währungsfonds über Zahlungsbilanzen.

Balance of Payments Manual (Zahlungsbilanzhandbuch), 4. Ausgabe (Washington, D.C.: Internationaler Währungsfonds, 1977).

Development Cooperation: Efforts and Policies of the Members of the Development Assistance Committee (Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe), jährliche Ausgaben (Paris: Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

World Bank Debt Reporting System (Schuldenberichtssystem der Weltbank)

Bevölkerung

Datensammlung der Weltbank

World Bank Atlas, 1977 (Weltbank Atlas 1977) (Washington, D.C.: Weltbank)

UN-Bänder mit Bevölkerungsdaten.

Selected World Demographic Indicators by Countries, 1950–2000 (Ausgewählte Demographische Kennzahlen der Länder, 1950–2000) (New York: Vereinte Nationen, Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Unterabteilung für Bevölkerungsfragen, 1975).

Erwerbspersonen

Datensammlung der Weltbank

Bänder des Internationalen Arbeitsamtes

Soziale Indikatoren

Datensammlung der Weltbank

Demographic Yearbook (Demographisches Jahrbuch), verschiedene Ausgaben (New York: Vereinte Nationen, Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Statistisches Büro der UN).

United Nations Statistical Yearbook (Statistisches Jahrbuch der Vereinten Nationen), verschiedene Ausgaben (New York: Vereinte Nationen, Abteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Statistisches Büro der UN).

World Health Statistics Annual (Jahrbuch der Weltgesundheitsstatistik), verschiedene Ausgaben (Genf: Weltgesundheitsorganisation).

World Health Statistics Report (Bericht über Weltgesundheitsstatistik), Bd. 29, Nr. 10, Sonderbericht über Wasser und Hygiene (Genf: Weltgesundheitsorganisation, 1976).

Unesco Statistical Yearbook (Statistisches Jahrbuch der Unesco), verschiedene Ausgaben (Paris: Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur).